

A2 EP-WS Was uns schützt.

Antragsteller\*in: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 11.09.2023)

## Antragstext

1 Liebe Wählerinnen und Wähler,  
2 am 9. Juni 2024 haben Sie die Wahl. Wir stehen vor der Entscheidung, ob wir das  
3 erhalten,  
4 was uns stärkt, und das stärken, was uns schützt. Es geht um nicht weniger als  
5 unseren  
6 Frieden und Wohlstand.

## 7 **Woher wir kommen: ein Europa, das Frieden** 8 **schaft**

9 Es ist die größte Errungenschaft unseres Kontinents: Wo noch vor wenigen  
10 Jahrzehnten  
11 Europäer gegeneinander auf dem Schlachtfeld kämpften, überwiegen nun Zutrauen  
12 und  
13 Zusammenhalt. Wo einst Frontlinien und Stacheldraht trennten, später dann Mauern  
14 und  
15 Grenzposten, verbindet nun das Bekenntnis zu Freiheit, Rechtsstaat und  
16 Demokratie.

17 Aus Feinden sind Nachbarn, aus Nachbarn längst Freunde geworden.

18 Die Europäische Union steht in einer Welt voller Konflikte als Garantin für  
19 Schutz und

20 Frieden: Es ist gar nicht lange her, da klang das noch für viele wie  
21 selbstverständlich. Mit

22 dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zerbrach diese Gewissheit.

23 Dieser Krieg richtet sich gegen den Willen der Ukrainerinnen und Ukrainer, in  
24 Frieden zu

25 leben. Er richtet sich gegen ihren Wunsch, Teil der europäischen Familie zu sein  
26 und zu

27 bleiben. Er richtet sich aber auch gegen europäische Werte, gegen Demokratie und  
28 Menschenrechte – und erinnert uns daran, welchen Schutz die Europäische Union

29 für uns alle

30 bedeutet.

31 In einer Welt, deren Herausforderungen mitnichten an nationalen Grenzen  
32 haltmachen, kann ein

33 starkes und geeintes Europa die Sicherheit bieten, nach der sich so viele  
34 Menschen sehnen.

35 Denn wo die Durchsetzungskraft des einzelnen Nationalstaates endet, fängt die  
36 der

37 Europäischen Union erst an.

38 Vor diesem Hintergrund wollen wir Europa schützen, damit es uns schützt. Wir  
39 wollen es

40 stärken, weil es uns stark macht. Wir wollen seine Handlungsfähigkeit sichern,  
41 um unsere  
42 Freiheit zu wahren.

## 43 **Wohin wir wollen: ein Europa, das Wohlstand** 44 **mehrt**

45 Frieden in Europa und unser Wohlstand sind untrennbar miteinander verbunden.  
46 Mehr noch, ihre  
47 Verknüpfung war Ausgangsidee der europäischen Einigung: Die Interessen der  
48 einzelnen Staaten  
49 sollten derart eng miteinander verwoben werden, dass Krieg fortan „nicht nur  
50 undenkbar,  
51 sondern materiell unmöglich“ werde.

52 Es war ein Wagnis. Und es gelang. Aus den Ruinen von Krieg und Zerstörung  
53 entstand eine  
54 politische Ordnung mit geteilten Werten, auf der Grundlage von Demokratie und  
55 Rechtsstaatlichkeit, basierend auf Freiheit und Solidarität – der  
56 unverzichtbaren Ergänzung  
57 wirtschaftlicher Einigung.

58 Nun stehen wir vor der nächsten großen Aufgabe. Wachsende Spannungen in der  
59 Welt, der  
60 technologische Wandel und die Klimakrise: Sie alle stellen uns und unsere  
61 Gesellschaft,  
62 stellen Wirtschaft und Politik vor neue Herausforderungen. Wir müssen deshalb  
63 mehr tun, als  
64 den bestehenden Wohlstand bloß zu verteidigen. Wir müssen jetzt dort vorangehen,  
65 wo die  
66 Arbeitsplätze und der Wohlstand der nächsten Jahrzehnte entstehen.

67 Europa zu stärken, ist also kein Selbstzweck; wir tun es, um Ihren Wohlstand,  
68 Ihre Freiheit  
69 und Ihre Sicherheit zu schützen.

70 Im Zentrum unseres politischen Angebots steht eine Infrastrukturunion: aus  
71 Wasserstoffnetzen  
72 und Glasfaserleitungen, aus Stromtrassen und Schienen, aus Solarpanelen und  
73 Windparks, aber  
74 auch aus modernen Krankenhäusern und verlässlichen Kitas – aus Institutionen  
75 also und  
76 Standards, die Gerechtigkeit stärken und Ihre Rechte schützen. Wir wollen Europa  
77 ganz  
78 wörtlich verbinden.

79 In einer Zeit, da insbesondere China und die USA massiv in die klimaneutrale  
80 Modernisierung  
81 ihrer Wirtschaft investieren, brauchen wir eine strategische europäische  
82 Investitionspolitik, die dafür sorgt, dass Europa im internationalen Wettbewerb  
83 besteht –  
84 und sich im Rennen um den ersten klimaneutralen Wirtschaftsstandort der Welt

85 durchsetzt.  
86 Wenn wir das Klima schützen, schaffen wir: gute Arbeitsplätze, saubere  
87 Infrastruktur und  
88 sicheren Wohlstand.

89 Gute Politik baut indes nicht nur Infrastruktur auf, sondern auch Bürokratie ab:  
90 Sie  
91 reguliert, wo es die Sicherung des Allgemeinwohls erfordert, hält wichtige  
92 Schutzstandards  
93 aufrecht – dreht zugleich aber auch unnötige Regulierung zurück, die Wirtschaft  
94 und  
95 Gesellschaft ausbremst, Investitionen hemmt und den Alltag erschwert.

96 Indem wir so die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen auf den Märkten der  
97 Zukunft  
98 sichern, legen wir das Fundament für gute Jobs und faire Löhne, für die  
99 Gewinnung von Fach-  
100 und Arbeitskräften, für Sicherheit in unsicheren Zeiten. Wir wollen unseren  
101 Wohlstand nicht  
102 nur für die Wenigen mehren, sondern sicherstellen, dass er bei den Vielen  
103 ankommt, die ihn  
104 erarbeiten: in der Breite der Gesellschaft.

105 Indem wir unseren Wohlstand auf klimaneutrale Beine stellen, schützen wir unsere  
106 vielleicht  
107 kritischste Infrastruktur: unsere vielfältige Natur und Artenvielfalt, unsere  
108 Umwelt und  
109 unser Klima. Die Folgen des Klimawandels haben wir in den letzten Jahren europa-  
110 und  
111 weltweit immer drastischer zu spüren bekommen. Extremwetter haben Leben  
112 gekostet, Häuser und  
113 Ernten, Wohlstand und Arbeitsplätze zerstört.

114 Indem wir in die Standortvorteile von morgen investieren – erneuerbare Energien  
115 und rasche  
116 Digitalisierung, modernste Batterietechnik und grüner Stahl oder die Ausbildung  
117 unserer  
118 Kinder und lebenswerte Dörfer –, bauen wir ein Europa, das Schutz bietet: für  
119 seine  
120 Bürgerinnen und Bürger, für Sie und uns alle.

121 Wir wissen: All das gelingt nur europäisch. Europäisch aber gelingt es.

## 122 **Der Weg dorthin: Verantwortung**

123 Wir wollen Verantwortung übernehmen. Darum bitten wir um Ihr Vertrauen. Wir  
124 treten an für  
125 eine Politik, die nicht übertönt, sondern überzeugt. Für eine Politik mit klaren  
126 Zielen, die  
127 zugleich Brücken zur gemeinsamen Lösung baut. Für eine Politik, die Antworten  
128 gibt.

129 Gerade weil wir wissen, dass wir gemeinsam mehr erreichen können als im  
130 nationalen  
131 Alleingang, wollen wir die Europäische Union demokratischer und nahbarer machen.  
132 Wir wollen  
133 Europa, unbedingt – aber noch besser. Besser für Sie. Ein Europa, wie es sein  
134 könnte.

135 Dabei sind wir bereit, über unseren Schatten zu springen, wenn es bedeutet, dass  
136 wir dadurch  
137 gemeinsam vorankommen. Verantwortung nämlich, die nicht aufgesetzt, sondern  
138 ernst ist,  
139 bedeutet immer auch Kompromiss. Europäischer Fortschritt war gerade in einem  
140 Europa der  
141 Vielfalt nie die vermeintlich reine Lehre, nie dafür oder dagegen, nie schwarz  
142 oder weiß.  
143 Wer deshalb den Kompromiss als solchen ablehnt, dem geht es ums Rechthaben,  
144 nicht darum,  
145 Lösungen zu finden; der nimmt hin, dass das Vertrauen in die Demokratie  
146 erodiert; der nimmt  
147 in Kauf, dass die Einheit Europas leidet.

148 Diese Einheit „war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie  
149 ist heute  
150 eine Notwendigkeit für uns alle.“ Was Konrad Adenauer vor rund 70 Jahren sagte,  
151 könnte  
152 aktueller kaum sein. Vom Traum zur Hoffnung zur Notwendigkeit: Die Europäische  
153 Union ist  
154 alles davon. Sie mag bisweilen anstrengend sein und ja, sie muss besser werden.  
155 Doch sie  
156 bleibt der Schlüssel zu einem Leben in Wohlstand und Sicherheit.

157 Europa hat beides erlebt: dunkelste Kapitel unserer Geschichte, aber auch die  
158 Fähigkeit des  
159 Menschen, neue Kapitel aufzuschlagen, Freiheit zu erkämpfen und Demokratie zu  
160 verteidigen.  
161 Wenn wir heute vor gleich mehreren Jahrhundertaufgaben stehen, allesamt  
162 menschengemacht, wenn  
163 deren Gleichzeitigkeit und Größe auch mal überwältigend wirken mögen, wissen wir  
164 als  
165 Europäerinnen und Europäer: Die Antwort wird es auch sein – menschengemacht und  
166 europäisch.

167 Was bei alledem zählt, ist nicht, wer gewinnt oder Recht behält. Europäischer  
168 Erfolg hat  
169 keine politische Farbe. Erfolgreich ist, was das Leben der Menschen in  
170 Deutschland und  
171 Europa lebenswerter macht. Was uns stärker macht. Was auch Sie schützt.

172 Eine solche Politik: Das ist unser Angebot an Sie.

173 Liebe Wählerinnen und Wähler,

174 am 9. Juni 2024 haben Sie die Wahl. Wir stehen vor der Entscheidung, ob wir das  
175 erhalten,

176 was uns stärkt, und das stärken, was uns schützt. Es geht um nicht weniger als  
177 unseren  
178 Frieden und Wohlstand.

## 179 **Woher wir kommen: ein Europa, das Frieden** 180 **schafft**

181 Es ist die größte Errungenschaft unseres Kontinents: Wo noch vor wenigen  
182 Jahrzehnten  
183 Europäer gegeneinander auf dem Schlachtfeld kämpften, überwiegen nun Zutrauen  
184 und  
185 Zusammenhalt. Wo einst Frontlinien und Stacheldraht trennten, später dann Mauern  
186 und  
187 Grenzposten, verbindet nun das Bekenntnis zu Freiheit, Rechtsstaat und  
188 Demokratie.

189 Aus Feinden sind Nachbarn, aus Nachbarn längst Freunde geworden.

190 Die Europäische Union steht in einer Welt voller Konflikte als Garantin für  
191 Schutz und  
192 Frieden: Es ist gar nicht lange her, da klang das noch für viele wie  
193 selbstverständlich. Mit  
194 dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zerbrach diese Gewissheit.

195 Dieser Krieg richtet sich gegen den Willen der Ukrainerinnen und Ukrainer, in  
196 Frieden zu  
197 leben. Er richtet sich gegen ihren Wunsch, Teil der europäischen Familie zu sein  
198 und zu  
199 bleiben. Er richtet sich aber auch gegen europäische Werte, gegen Demokratie und  
200 Menschenrechte – und erinnert uns daran, welchen Schutz die Europäische Union  
201 für uns alle  
202 bedeutet.

203 In einer Welt, deren Herausforderungen mitnichten an nationalen Grenzen  
204 haltmachen, kann ein  
205 starkes und geeintes Europa die Sicherheit bieten, nach der sich so viele  
206 Menschen sehnen.  
207 Denn wo die Durchsetzungskraft des einzelnen Nationalstaates endet, fängt die  
208 der  
209 Europäischen Union erst an.

210 Vor diesem Hintergrund wollen wir Europa schützen, damit es uns schützt. Wir  
211 wollen es  
212 stärken, weil es uns stark macht. Wir wollen seine Handlungsfähigkeit sichern,  
213 um unsere  
214 Freiheit zu wahren.

---

215 **Wohin wir wollen: ein Europa, das Wohlstand**  
216 **mehrt**

217 Frieden in Europa und unser Wohlstand sind untrennbar miteinander verbunden.  
218 Mehr noch, ihre  
219 Verknüpfung war Ausgangsidee der europäischen Einigung: Die Interessen der  
220 einzelnen Staaten  
221 sollten derart eng miteinander verwoben werden, dass Krieg fortan „nicht nur  
222 undenkbar,  
223 sondern materiell unmöglich“ werde.

224 Es war ein Wagnis. Und es gelang. Aus den Ruinen von Krieg und Zerstörung  
225 entstand eine  
226 politische Ordnung mit geteilten Werten, auf der Grundlage von Demokratie und  
227 Rechtsstaatlichkeit, basierend auf Freiheit und Solidarität – der  
228 unverzichtbaren Ergänzung  
229 wirtschaftlicher Einigung.

230 Nun stehen wir vor der nächsten großen Aufgabe. Wachsende Spannungen in der  
231 Welt, der  
232 technologische Wandel und die Klimakrise: Sie alle stellen uns und unsere  
233 Gesellschaft,  
234 stellen Wirtschaft und Politik vor neue Herausforderungen. Wir müssen deshalb  
235 mehr tun, als  
236 den bestehenden Wohlstand bloß zu verteidigen. Wir müssen jetzt dort vorangehen,  
237 wo die  
238 Arbeitsplätze und der Wohlstand der nächsten Jahrzehnte entstehen.

239 Europa zu stärken, ist also kein Selbstzweck; wir tun es, um Ihren Wohlstand,  
240 Ihre Freiheit  
241 und Ihre Sicherheit zu schützen.

242 Im Zentrum unseres politischen Angebots steht eine Infrastrukturunion: aus  
243 Wasserstoffnetzen  
244 und Glasfaserleitungen, aus Stromtrassen und Schienen, aus Solarpanelen und  
245 Windparks, aber  
246 auch aus modernen Krankenhäusern und verlässlichen Kitas – aus Institutionen  
247 also und  
248 Standards, die Gerechtigkeit stärken und Ihre Rechte schützen. Wir wollen Europa  
249 ganz  
250 wörtlich verbinden.

251 In einer Zeit, da insbesondere China und die USA massiv in die klimaneutrale  
252 Modernisierung  
253 ihrer Wirtschaft investieren, brauchen wir eine strategische europäische  
254 Investitionspolitik, die dafür sorgt, dass Europa im internationalen Wettbewerb  
255 besteht –  
256 und sich im Rennen um den ersten klimaneutralen Wirtschaftsstandort der Welt  
257 durchsetzt.  
258 Wenn wir das Klima schützen, schaffen wir: gute Arbeitsplätze, saubere  
259 Infrastruktur und  
260 sicheren Wohlstand.

261 Gute Politik baut indes nicht nur Infrastruktur auf, sondern auch Bürokratie ab:  
262 Sie  
263 reguliert, wo es die Sicherung des Allgemeinwohls erfordert, hält wichtige  
264 Schutzstandards  
265 aufrecht – dreht zugleich aber auch unnötige Regulierung zurück, die Wirtschaft  
266 und  
267 Gesellschaft ausbremst, Investitionen hemmt und den Alltag erschwert.

268 Indem wir so die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen auf den Märkten der  
269 Zukunft  
270 sichern, legen wir das Fundament für gute Jobs und faire Löhne, für die  
271 Gewinnung von Fach-  
272 und Arbeitskräften, für Sicherheit in unsicheren Zeiten. Wir wollen unseren  
273 Wohlstand nicht  
274 nur für die Wenigen mehren, sondern sicherstellen, dass er bei den Vielen  
275 ankommt, die ihn  
276 erarbeiten: in der Breite der Gesellschaft.

277 Indem wir unseren Wohlstand auf klimaneutrale Beine stellen, schützen wir unsere  
278 vielleicht  
279 kritischste Infrastruktur: unsere vielfältige Natur und Artenvielfalt, unsere  
280 Umwelt und  
281 unser Klima. Die Folgen des Klimawandels haben wir in den letzten Jahren europa-  
282 und  
283 weltweit immer drastischer zu spüren bekommen. Extremwetter haben Leben  
284 gekostet, Häuser und  
285 Ernten, Wohlstand und Arbeitsplätze zerstört.

286 Indem wir in die Standortvorteile von morgen investieren – erneuerbare Energien  
287 und rasche  
288 Digitalisierung, modernste Batterietechnik und grüner Stahl oder die Ausbildung  
289 unserer  
290 Kinder und lebenswerte Dörfer –, bauen wir ein Europa, das Schutz bietet: für  
291 seine  
292 Bürgerinnen und Bürger, für Sie und uns alle.

293 Wir wissen: All das gelingt nur europäisch. Europäisch aber gelingt es.

## 294 **Der Weg dorthin: Verantwortung**

295 Wir wollen Verantwortung übernehmen. Darum bitten wir um Ihr Vertrauen. Wir  
296 treten an für  
297 eine Politik, die nicht übertönt, sondern überzeugt. Für eine Politik mit klaren  
298 Zielen, die  
299 zugleich Brücken zur gemeinsamen Lösung baut. Für eine Politik, die Antworten  
300 gibt.

301 Gerade weil wir wissen, dass wir gemeinsam mehr erreichen können als im  
302 nationalen  
303 Alleingang, wollen wir die Europäische Union demokratischer und nahbarer machen.  
304 Wir wollen  
305 Europa, unbedingt – aber noch besser. Besser für Sie. Ein Europa, wie es sein  
306 könnte.

307 Dabei sind wir bereit, über unseren Schatten zu springen, wenn es bedeutet, dass  
308 wir dadurch  
309 gemeinsam vorankommen. Verantwortung nämlich, die nicht aufgesetzt, sondern  
310 ernst ist,  
311 bedeutet immer auch Kompromiss. Europäischer Fortschritt war gerade in einem  
312 Europa der  
313 Vielfalt nie die vermeintlich reine Lehre, nie dafür oder dagegen, nie schwarz  
314 oder weiß.  
315 Wer deshalb den Kompromiss als solchen ablehnt, dem geht es ums Rechthaben,  
316 nicht darum,  
317 Lösungen zu finden; der nimmt hin, dass das Vertrauen in die Demokratie  
318 erodiert; der nimmt  
319 in Kauf, dass die Einheit Europas leidet.

320 Diese Einheit „war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie  
321 ist heute  
322 eine Notwendigkeit für uns alle.“ Was Konrad Adenauer vor rund 70 Jahren sagte,  
323 könnte  
324 aktueller kaum sein. Vom Traum zur Hoffnung zur Notwendigkeit: Die Europäische  
325 Union ist  
326 alles davon. Sie mag bisweilen anstrengend sein und ja, sie muss besser werden.  
327 Doch sie  
328 bleibt der Schlüssel zu einem Leben in Wohlstand und Sicherheit.

329 Europa hat beides erlebt: dunkelste Kapitel unserer Geschichte, aber auch die  
330 Fähigkeit des  
331 Menschen, neue Kapitel aufzuschlagen, Freiheit zu erkämpfen und Demokratie zu  
332 verteidigen.  
333 Wenn wir heute vor gleich mehreren Jahrhundertaufgaben stehen, allesamt  
334 menschengemacht, wenn  
335 deren Gleichzeitigkeit und Größe auch mal überwältigend wirken mögen, wissen wir  
336 als  
337 Europäerinnen und Europäer: Die Antwort wird es auch sein – menschengemacht und  
338 europäisch.

339 Was bei alledem zählt, ist nicht, wer gewinnt oder Recht behält. Europäischer  
340 Erfolg hat  
341 keine politische Farbe. Erfolgreich ist, was das Leben der Menschen in  
342 Deutschland und  
343 Europa lebenswerter macht. Was uns stärker macht. Was auch Sie schützt.

344 Eine solche Politik: Das ist unser Angebot an Sie.



## A3 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller\*in: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 11.09.2023)

### Antragstext

1 Vom kleinen Handwerksbetrieb über den regional verankerten Mittelständler bis  
2 hin zum  
3 internationalen Großunternehmen: Europas vielgestaltige und innovative  
4 Wirtschaft ist global  
5 wettbewerbsfähig – und Deutschland profitiert wie kein zweiter Mitgliedstaat von  
6 der  
7 europäischen Integration und dem Binnenmarkt. Produkte und Dienstleistungen aus  
8 Thüringen  
9 oder Hessen werden zwischen Andalusien und Lappland, zwischen Riga und Nikosia  
10 gehandelt,  
11 als lägen diese Orte nur wenige Kilometer voneinander entfernt. Wir sind auch  
12 deshalb die  
13 viertstärkste Wirtschaftsnation der Welt, weil wir auf europäischer Ebene die  
14 Kräfte  
15 bündeln.

16 Europa macht uns stark. Europa zu stärken, ist deshalb in unserem ureigenen  
17 Interesse. Vor  
18 allem geht es nun darum, dort voranzugehen, wo die Stärke der nächsten Jahre und  
19 Jahrzehnte  
20 entsteht. Dafür haben wir einen Plan: die klimaneutrale Modernisierung unserer  
21 Wirtschaft  
22 und Infrastruktur. Sie ist für uns kein Selbstzweck, sondern der Schlüssel zu  
23 mehr  
24 Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand, zu Lebensqualität, zu guten Arbeitsplätzen  
25 und fairen  
26 Löhnen, zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen – und damit zu einer stabilen  
27 Grundlage für  
28 mehr soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt in ganz Europa.

29 Wir setzen alles daran, dass Europa nicht an der Seitenlinie steht, während  
30 China oder die  
31 USA massiv in die Entwicklung ihres Standortes und der Zukunftstechnologien  
32 investieren. Wir  
33 nehmen die Herausforderung an: Wir wollen, dass sich Deutschland und Europa auf  
34 den Märkten  
35 der Zukunft durchsetzen – bei erneuerbaren Energien und Wasserstoff, bei  
36 digitalen  
37 Dienstleistungen und Künstlicher Intelligenz (KI), bei modernster  
38 Batterietechnik und grünem  
39 Stahl. Das ist eine Frage der Unabhängigkeit. Wirtschaftspolitik ist heute auch  
40 Sicherheitspolitik.

41 Europas Wohlstand und seine Lebensqualität sind unmittelbar mit seinen  
42 natürlichen  
43 Grundlagen verbunden – mit fruchtbaren Böden und sauberen Meeren, mit  
44 Lebensräumen für eine

45 große Artenvielfalt, mit einer intakten Natur an den Küsten und in den Wäldern.  
46 In ihrem  
47 Zusammenspiel gedeiht Landwirtschaft in unmittelbarer Nachbarschaft zu High-  
48 Tech-  
49 Unternehmen, sind Handwerksbetriebe in lebenswerten ländlichen Räumen verankert,  
50 lässt sich  
51 aus den Städten in wenigen Stunden in Wälder oder Berge reisen.

52 Wohlstand in Europa bedeutet fair bezahlte Jobs und gute öffentliche  
53 Dienstleistungen in  
54 einem funktionierenden Wirtschaftsraum. Wohlstand bedeutet aber eben auch  
55 saubere Luft,  
56 reines Wasser und bezahlbare, gute Lebensmittel.

57 Wir treten an, unseren Wohlstand zu erneuern, indem wir ihn auf ein  
58 klimaneutrales Fundament  
59 stellen – eines, das über die nächsten Jahre und Jahrzehnte trägt. Wir haben den  
60 European  
61 Green Deal auf die Agenda gesetzt, er ist die richtige Strategie. Jetzt sorgen  
62 wir dafür,  
63 dass er in allen Bereichen seine Wirkung entfaltet: von der Energieerzeugung  
64 über Mobilität  
65 und Landwirtschaft bis hin zur Industriepolitik. Denn Klimaschutz wird zunehmend  
66 zu einem  
67 entscheidenden Wettbewerbs- und Standortfaktor. Wollen wir unseren Wohlstand  
68 bewahren und  
69 neuen schaffen, müssen wir Europäer\*innen nicht nur das Klima schützen, sondern  
70 auch diesen  
71 Wettbewerb annehmen.

72 Voraussetzung hierfür ist eine aktive europäische Wirtschafts- und  
73 Industriepolitik, die  
74 Innovation ermöglicht und nachhaltige Infrastruktur baut; die den Mut zu  
75 gezielten  
76 strategischen Investitionen aufbringt; die uns unabhängig macht von den  
77 Autokratien dieser  
78 Welt – und unser aller Leben damit krisenfest und bezahlbar. Wir wollen deshalb  
79 jetzt – von  
80 der Sonnenenergie aus Andalusien bis hin zum Wind über der Nordsee – die  
81 erneuerbaren  
82 Energien und die Stromnetze in ganz Europa ausbauen. Wenn wir aus der  
83 Europäischen Union  
84 (EU) eine moderne Infrastrukturunion machen wollen, dann tun wir das, um die  
85 industrielle  
86 Produktion, um Strom und Wärme, um günstige Energie für alle zu sichern.

87 Wenn wir in Forschung und Entwicklung investieren, dann tun wir das, damit sich  
88 die besten  
89 Ideen weiterhin auf unserem Kontinent zu Hause fühlen. Wenn wir Bürokratie  
90 abbauen, dann tun  
91 wir das, um die EU in den Dienst der Europäer\*innen, nicht der Paragraphen und  
92 Behörden zu  
93 stellen. Und wenn wir die Potenziale der Digitalisierung nutzen, dann tun wir

94 das, um Daten  
95 im Sinne der Menschen in Europa nutzbar zu machen, nicht umgekehrt.  
96 Kein Land in Europa ist diesen Aufgaben allein gewachsen. Gemeinsam aber sind  
97 wir es.  
98 Gemeinsam in der EU sind wir in der Lage, politische Antworten zu geben, die  
99 wirksam und  
100 wirkmächtig genug sind, um es mit der globalen Erwärmung und systemischer  
101 Konkurrenz  
102 gleichermaßen aufzunehmen.  
103 Diesen Weg gehen wir. Wir wollen eine gerechte und handlungsfähige EU, die  
104 Sicherheit  
105 schafft im Hier und Jetzt – und zugleich die Weichen stellt für den Wohlstand  
106 und  
107 Zusammenhalt von morgen. Wir wollen eine EU, in der Wohlstand im Einklang mit  
108 der Natur und  
109 dem Klima entsteht. Und wir wollen eine EU, in der nicht die soziale oder  
110 geografische  
111 Herkunft, der Zugang zu Bildung oder das Geschlecht über die Chance auf ein  
112 gutes Leben  
113 entscheiden, sondern in der alle Menschen am Wohlstand teilhaben können.  
114 Für dieses Europa treten wir an. Dieses Europa wollen wir sein.

## 115 1. Ein klimaneutrales Europa

116 In Energiesicherheit investieren

117 Um die Klimaziele zu erreichen, braucht Europa eine echte Energieunion mit  
118 effizienter und  
119 nachhaltiger Energieversorgung, die die Potenziale des gesamten Kontinents nutzt  
120 und  
121 miteinander verbindet. Wir bauen erneuerbare Energien als Teil einer aktiven  
122 Wirtschafts-  
123 und Industriepolitik europaweit massiv aus: Bis 2035 sollen sie den wesentlichen  
124 Beitrag  
125 dazu leisten, die europäische Stromversorgung zu 100 Prozent klimaneutral  
126 sicherzustellen.  
127 Denn nur die Erneuerbaren garantieren eine unabhängige Versorgung und auf Dauer  
128 günstigen  
129 Strom, mit dem Europa langfristig wettbewerbsfähig wirtschaften kann. Wir  
130 wollen, dass  
131 Deutschland auf diesem Weg mit gutem Beispiel vorangeht.

132 Deshalb brauchen wir in den nächsten Jahren überall in Europa die  
133 Elektrifizierung von  
134 Verkehr, Industrie und Haushalten sowie massive Investitionen in den Ausbau von  
135 Wind und  
136 Solar. In Zukunft wollen wir dabei noch stärker europäisch zusammenarbeiten.  
137 Gleichzeitig

138 müssen wir energieeffizienter werden und die entsprechenden Vorgaben weiter  
139 anpassen.

140 Um den Strom überall in Europa verlässlich dorthin zu transportieren, wo er  
141 gebraucht wird,  
142 wollen wir im Rahmen der Infrastrukturunion das europäische Stromnetz stärken  
143 und dabei vor  
144 allem die Verbindungen zwischen den Mitgliedstaaten massiv ausbauen. Ein  
145 stabiles  
146 europäisches Stromnetz macht uns widerstandsfähiger und erhöht unsere  
147 Versorgungssicherheit.  
148 Das hat die Energiekrise sehr deutlich gezeigt, als die Staaten Europas sich  
149 gegenseitig  
150 beispringen konnten. Wir wollen es deshalb nun auch für 100 Prozent erneuerbare  
151 Energien fit  
152 machen. So können wir die Synergien in der EU nutzen, in der immer irgendwo der  
153 Wind weht  
154 oder die Sonne scheint. Wir etablieren eine EU-Netzplanung – insbesondere für  
155 grenzüberschreitende Projekte und den Ausbau der Windenergie in den Meeren der  
156 EU. In  
157 Zukunft müssen darüber hinausgehend die Stromnetze, Wasserstoffnetze, Gasnetze  
158 und  
159 Wärmenetze zusammengedacht werden. Wir richten das Strommarktdesign, die  
160 Netzentgelte und  
161 die Bedingungen von Stromspeichern systematisch auf die Integration erneuerbarer  
162 Energien  
163 aus.

164 Generationen von Menschen in den Kohlerevieren haben einen wertvollen Beitrag zu  
165 Energiesicherheit, zum Fortschritt und zu unserem Wirtschaftsstandort geleistet.  
166 An diesen  
167 Einsatz und diese Expertise knüpfen wir in den europäischen Energieregionen an.  
168 Jedoch wird  
169 Kohle zunehmend unrentabel, ist zudem die klima- und gesundheitsschädlichste  
170 Form der  
171 Energieerzeugung und hat deshalb keine Zukunft. Wir werden die Voraussetzungen  
172 schaffen, um  
173 in der EU die Kohleverstromung beenden zu können. Die Kohleregionen unterstützen  
174 wir dabei,  
175 dass ihnen der Umstieg auf die neuen Energien bis zum Jahr 2030 gelingt.  
176 Gleichzeitig hat  
177 uns insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine gezeigt, wie  
178 abhängig wir  
179 noch von Erdgas sind und welche Schwierigkeiten das mit sich bringt. In den  
180 kommenden Jahren  
181 ist im Einklang mit unseren Klimazielen deshalb auch ein endgültiger Abschied  
182 vom fossilen  
183 Erdgas nötig. Wir wollen es vollständig durch erneuerbare Energien kombiniert  
184 mit grünem  
185 Wasserstoff ersetzen.

186 Atomkraft ist keine nachhaltige Form der Energieerzeugung und sie ist nicht  
187 geeignet, die

188 Klimakrise zu bekämpfen. Sie ist erheblich teurer als Erneuerbare, mit hohen  
189 Risiken  
190 verbunden und gerade in Zeiten von Hitze und Dürre unzuverlässig. Der Bau neuer  
191 Kraftwerke  
192 ist teuer und langwierig. Der Müll belastet noch unzählige nachfolgende  
193 Generationen. Wir  
194 setzen in der EU nicht auf Atomkraft als taugliche Form der Energiegewinnung.

195 Uns begeistern zukünftige Chancen und Potenziale neuer Energietechnologien,  
196 weshalb wir  
197 Forschung und Entwicklung neuer Ideen auch weiterhin vorantreiben wollen. Um in  
198 den nächsten  
199 Dekaden einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Klimakrise und zur  
200 Energiesicherheit  
201 leisten zu können, kommt die Kernfusion jedoch zu spät.

202 Den Weg zum klimaneutralen Kontinent beschreiten

203 Echte Fortschritte sind gemacht: Bis heute hat Europa die Emissionen gegenüber  
204 1990 um rund  
205 ein Drittel gesenkt. Mit dem „Fit for 55“-Paket will die EU bis 2030 mindestens  
206 55 Prozent  
207 ihrer Emissionen im Vergleich zu 1990 einsparen. Durch den reformierten  
208 Emissionshandel wird  
209 ein schnellerer europäischer Kohleausstieg rentabel. Wir haben die Ausbauziele  
210 für  
211 erneuerbare Energien verdoppelt. Und für fossile Energie, Stahl oder  
212 Chemieprodukte, die  
213 nach Europa importiert werden, muss bald an der Grenze ein Preis für ihren CO<sub>2</sub>-  
214 Fußabdruck  
215 bezahlt werden. Die Autoindustrie stellt ihre Produktion auf Elektrofahrzeuge  
216 um. Gebäude in  
217 der EU werden gedämmt und Anreize für klimafreundliches Heizen gesetzt. Damit  
218 hat Europa den  
219 richtigen Weg eingeschlagen.

220 Die EU muss diesen Weg zum klimaneutralen Wohlstand entschieden weitergehen.  
221 Europa soll der  
222 erste klimaneutrale Kontinent werden. Von diesem Ziel darf es kein Abrücken  
223 geben, und es  
224 muss zuverlässig erreicht werden. Für 2035 und 2040 braucht es deswegen  
225 Zwischenziele, die  
226 die EU sicher zu Klimaneutralität in Erfüllung des Pariser Klimaabkommens  
227 führen. Das  
228 Zwischenziel für 2035 wollen wir, wie es alle Staaten im Rahmen des Pariser  
229 Klimaabkommens  
230 international zugesagt haben, auch bei den Vereinten Nationen (UN) verbindlich  
231 hinterlegen.  
232 Für die Umsetzung müssen unter anderem der Rahmen für Klimaschutzmaßnahmen und  
233 die  
234 europäischen Emissionshandelssysteme angepasst werden.

235 Natürliche CO<sub>2</sub>-Senken und technologischen Fortschritt nutzen

236 Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir schnell raus aus Kohle, Öl und Gas  
237 und rein in  
238 erneuerbare Energien und Wasserstoff. In einigen wenigen Branchen wird es aber  
239 auch in  
240 Zukunft Emissionen geben, die schwer oder nach heutigem Stand der Technologie  
241 gar nicht zu  
242 vermeiden sind, etwa in der Zementindustrie. In diesen Bereichen wollen wir  
243 technologische  
244 Chancen nutzen und das CO<sub>2</sub> direkt bei der Produktion abscheiden, speichern und  
245 gegebenenfalls nutzen (Carbon Capture Use and Storage, CCUS). Wo nötig, soll  
246 dies aktiv  
247 gefördert werden. Wir wollen einen europaweit einheitlichen Regelungsrahmen  
248 dafür schaffen  
249 und eine integrierte europäische Infrastruktur – inklusive gemeinsamer  
250 europäischer CO<sub>2</sub>-  
251 Speicher – entwickeln.

252 In der Zukunft wird es laut Analysen des Weltklimarats zunehmend schwieriger,  
253 auf den 1,5-  
254 Grad-Pfad zu kommen. Deshalb müssen wir die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre  
255 aktiv  
256 senken, damit sich wieder ein stabiles und nachhaltiges Niveau einstellt. Dafür  
257 stärken und  
258 entwickeln wir negative Emissionen – also natürliche und technische Prozesse,  
259 die der  
260 Atmosphäre CO<sub>2</sub> wieder entziehen. Intakte Ökosysteme sind unsere besten  
261 Verbündeten, denn vor  
262 allem Wälder und Moorböden sind natürliche CO<sub>2</sub>-Speicher. Deswegen benötigen wir  
263 klare Regeln  
264 für die Landwirtschaft, den Humusaufbau, die Wiedervernässung von Mooren und die  
265 Aufforstung  
266 von Wäldern. Gleichzeitig wollen wir die Potenziale technischer  
267 Negativemissionen wie die  
268 CO<sub>2</sub>-Entnahme aus der Luft oder Bioenergie mit CO<sub>2</sub>-Speicherung in der Anwendung  
269 prüfen und an  
270 Pilotprojekten evaluieren. Die EU braucht – wie Deutschland – klare Ziele für  
271 das Erreichen  
272 von Negativemissionen, ohne diese gegen die Reduktionsziele des Emissionshandels  
273 zu handeln.

274 Grünen Wasserstoff als Energieträger der Zukunft einsetzen

275 Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, also grüner Wasserstoff, kann Energie  
276 speichern und  
277 transportabel machen. Er ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer zukünftigen  
278 Energieversorgung, denn er kann fossile Energieträger überall dort ersetzen, wo  
279 Elektrifizierung keine Option ist. Wir wollen dafür sorgen, dass Europa bei der  
280 Anwendung

281 Vorreiterin wird. Um ihre Potenziale zu heben, entwickeln wir die Europäische  
282 Wasserstoffstrategie weiter und unterstützen die Erforschung von umfassenden  
283 Ansätzen zur  
284 Erzeugung und Anwendung. Beispielsweise können durch dezentrale Lösungen die  
285 Netzausbaukosten minimiert und wo immer möglich die Abwärme in Wärmenetzen  
286 eingesetzt  
287 werden. Mit Instrumenten wie Klimaschutzverträgen und einem umfassenden  
288 Investitionsprogramm  
289 sorgen wir für einen schnellen Hochlauf der Produktion dieser  
290 Schlüsseltechnologie.

291 Wir wollen die Investitionen in den Aufbau eines neuen transeuropäischen  
292 Wasserstoffkernnetzes erhöhen und die Umrüstung der bestehenden Gasinfrastruktur  
293 für den  
294 Transport und die Speicherung fördern. Durch neue Pipelines wie H2Med können wir  
295 grünen  
296 Wasserstoff beispielsweise aus den sonnenreichen Regionen Südeuropas in die  
297 Industriezentren  
298 Deutschlands transportieren. Das ist ein Bestandteil einer leistungsfähigen  
299 Infrastrukturunion.

300 Wir setzen uns zusätzlich für den Aufbau eines globalen Marktes für grünen  
301 Wasserstoff und  
302 strategische Partnerschaften für dessen Handel zwischen der EU sowie wind- und  
303 sonnenreichen  
304 Ländern weltweit ein. Dank einer Vielzahl potenzieller Partnerländer können wir  
305 auf diesem  
306 Weg eine diversifizierte Energieversorgung sichern und einseitige Abhängigkeiten  
307 vermeiden.  
308 Durch Partnerschaften und den Transfer von Know-how sorgen wir zudem dafür, dass  
309 die Länder  
310 des Globalen Südens in die Wertschöpfungskette integriert werden und von der  
311 grünen  
312 Energiezukunft profitieren.

313 Da die Produktionskapazitäten erst aufgebaut werden müssen, wird Wasserstoff  
314 vorerst ein  
315 sehr knapper Rohstoff bleiben. Zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen setzen wir daher  
316 vorrangig auf  
317 die Elektrifizierung von Antrieben, Produktionsprozessen und Heizungen, da sich  
318 grüner Strom  
319 so am effizientesten nutzen lässt. Wasserstoff wollen wir also priorisiert dort  
320 einsetzen,  
321 wo eine Elektrifizierung nicht oder nur sehr schwer möglich ist. Dazu gehören  
322 etwa die  
323 Produktion von Grundstoffen wie Stahl- oder Chemieerzeugnisse, der  
324 Schwerlasttransport sowie  
325 der interkontinentale See- und Luftverkehr. Zudem werden wir grünen Wasserstoff  
326 bei geringer  
327 Solar- und Windenergieerzeugung sowie besonders hoher Last zur Stromerzeugung  
328 einsetzen, um  
329 die Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien jederzeit sicherzustellen.

330 Klimaneutralität sozial und bürgernah erreichen

331 Klimaneutralität sichert und mehrt Wohlstand, ist aber auch mit Veränderungen  
332 verbunden.  
333 Dieser Prozess verlangt den Menschen viel ab. Nicht nur deshalb muss  
334 klimaneutral immer auch  
335 sozial heißen. Mit dem Klimasozialfonds, der primär aus dem Emissionshandel  
336 gespeist wird,  
337 geben wir den Mitgliedstaaten die Mittel an die Hand, das umzusetzen. Dabei  
338 werden  
339 Leistungen für Menschen finanziert, die besonders von steigenden Energie- und  
340 Transportkosten betroffen sind. Wir wollen deshalb, dass die Mitgliedstaaten –  
341 wie etwa  
342 Österreich mit dem Klimabonus – ein Klimageld pro Kopf auszahlen.

343 Erneuerbare Energien sind Bürgerenergien. Sie ermöglichen es den Menschen und  
344 Kommunen, ihre  
345 Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen. Das ist solidarisch und  
346 demokratisch, denn  
347 damit bleiben die Erträge vor Ort. Wir haben es in der Bundesregierung erheblich  
348 vereinfacht, selbst erneuerbare Energien zu nutzen. Das soll europaweit gelten:  
349 Der Einsatz  
350 von Bürgerenergie soll noch finanziell attraktiver und einfacher werden. Wir  
351 wollen  
352 europäisch besser verankern, dass Bürger\*innen an der Energiewende teilhaben  
353 können – indem  
354 sie Mitglied eines Bürgerwindparks werden, den Strom ihrer Photovoltaikanlage  
355 direkt an ihre  
356 Nachbar\*innen verkaufen oder die in ihren Autos und Pufferbatterien gespeicherte  
357 Energie  
358 einfach zur Netzstabilisierung einsetzen.

359 Erneuerbare Energien garantieren den Menschen, dass sie ihre Wohnungen auch  
360 zukünftig  
361 bezahlbar heizen können. Deshalb unterstützen wir die Weiterentwicklung der  
362 europäischen  
363 Anforderungen an die Effizienz von Gebäuden und Heizungen, um Gebäude schnell  
364 und günstig  
365 von der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu befreien. Wir setzen dabei  
366 vor allem auf  
367 Beratung und finanzielle Anreize. Wir möchten, dass alle Mitgliedstaaten  
368 kommunale  
369 Wärmepläne entwickeln, die aufzeigen, welche Potenziale es für Erneuerbare gibt  
370 und wie  
371 Abwärme oder Kraft-Wärme-Kopplung genutzt werden kann.

372 Mit einem effizienten Strommarkt, geringen Infrastrukturkosten und intelligent  
373 aufeinander  
374 abgestimmten Mechaniken von Stromverbrauch und -erzeugung bleibt der Vorteil der  
375 günstigen  
376 Stromerzeugung bei den Verbraucher\*innen. Durch die Umstellung der Förderung von  
377 erneuerbaren Energien auf Differenzverträge sichern wir die



378 Stromverbraucher\*innen gegen  
379 hohe Kosten ab.

## 380 2. Ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort

381 In Innovation und Resilienz investieren

382 Um die Infrastrukturunion zu verwirklichen, entscheiden wir uns für eine  
383 strategische  
384 europäische Investitionspolitik. Das Wiederaufbauprogramm Next-Generation-EU  
385 (NGEU) hat uns  
386 in der Pandemie vor einer schweren Krise bewahrt und stark dazu beigetragen,  
387 dass Europa  
388 wirtschaftlich und politisch zusammengehalten hat. Mit dem Ende von NGEU im Jahr  
389 2026 droht  
390 diese wichtige Säule der Finanzierung europäischer Investitionen wegzubrechen.  
391 NGEU kann uns  
392 als Vorbild für eine effektive gemeinsame europäische Finanzierung von großen  
393 Investitionsvorhaben – wie dem Aufbau der Infrastrukturunion – dienen.

394 Wir wollen daher ab 2026 ein großes Investitionsprogramm für Innovation und  
395 Resilienz mit  
396 drei klaren Zielen schaffen: Erstens wollen wir, dass Europa im Rahmen der  
397 Infrastrukturunion durch starke gemeinsame Infrastrukturen weiter zusammenwächst  
398 – mit einem  
399 voll ausgebauten und integrierten europäischen Schienen-, Strom- und  
400 Wasserstoffnetz.  
401 Zweitens wollen wir überall in Europa den klimaneutralen Umbau der Industrie  
402 genauso wie den  
403 Aufbau der Industrien von morgen fördern. Und drittens wollen wir unsere  
404 Wirtschaft und  
405 unsere Gesellschaften widerstandsfähiger gegen und unabhängiger von Autokratien  
406 machen.

407 Industriepolitik aktiv gestalten

408 Europa ist ein starker Wirtschaftsstandort mit einer vielfältigen Landschaft aus  
409 kleinen,  
410 mittleren und großen Unternehmen, die eine wesentliche Grundlage für unseren  
411 Wohlstand ist.  
412 Wir werden dafür sorgen, dass das so bleibt. Dafür sind zwei Hebel für uns  
413 zentral:

414 Zum einen stärken wir den Binnenmarkt, also den gemeinsamen Regelungsrahmen  
415 der EU für  
416 Unternehmen. Dieser gemeinsame Rahmen, in dem kein Mitgliedstaat seinen eigenen  
417 Firmen  
418 unfaire Vorteile verschaffen darf und dessen Regeln in vielen Bereichen den  
419 Goldstandard auf  
420 der Welt setzen, leistet gerade für Deutschland als Exportland einen  
421 unschätzbaren Beitrag

422 zu unserem Wohlstand. Ihn werden wir weiter vertiefen und seine Grundlagen  
423 verteidigen.

424 Zum anderen müssen wir feststellen: Insbesondere China, aber auch die USA mit  
425 ihrem  
426 Inflation Reduction Act investieren massiv in den Aufbau neuer  
427 Produktionsstandorte für  
428 Zukunftstechnologien. Wir nehmen diesen Wettbewerb an: Für die EU gilt es, dem  
429 eine eigene  
430 aktive Wirtschafts- und Industriepolitik entgegenzusetzen, die Europas Stärken  
431 stärkt. Sie  
432 setzt bei der Forschung an und reicht bis zur Unterstützung bei Investitionen.  
433 Dazu gehört  
434 einerseits eine Angebotspolitik, die Bürokratie abbaut und Anreize für private  
435 Investitionen  
436 setzt, andererseits starke öffentliche Förderprogramme etwa für  
437 Zukunftstechnologien wie  
438 Elektrolyseure, Windräder, E-Autos und Mikrochips. Denn wir wollen, dass Europa  
439 an der  
440 Spitze der Märkte der Zukunft steht und dass die Produkte der Zukunft in Europa  
441 erdacht und  
442 hergestellt werden. So sichern wir Jobs und Wohlstand in Europa. Gerade der  
443 Aufbau einer  
444 europäischen Halbleiterindustrie ist elementar für die Erneuerung des  
445 Industriestandortes  
446 Europa und dient unserer wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit.

447 Hier werden wir einen Neuanfang anschieben: In der EU hat sich ein  
448 Förderdschungel  
449 entwickelt, der es Unternehmen sehr schwer macht, schnell und unbürokratisch an  
450 die  
451 bereitstehenden Mittel zu kommen. Das ist ein entscheidender Wettbewerbsnachteil  
452 – etwa im  
453 Vergleich zu den USA. Wir treten für eine kohärente und leicht verständliche  
454 Industriepolitik ein, bei der auch Förderpolitik und Beihilferecht Hand in Hand  
455 gehen. Dafür  
456 wollen wir relevante Teile der bisher nationalen Industriepolitiken auf die  
457 europäische  
458 Ebene verlagern, die dafür finanziell sehr viel besser ausgestattet und in die  
459 Lage versetzt  
460 wird, schnell und wirksam zu handeln.

461 Unsere Wirtschaft für den globalen Wettbewerb rüsten

462 Die europäische Industrie kann nur langfristig wettbewerbsfähig sein und Europa  
463 gleichzeitig  
464 seine Klimaziele einhalten, wenn industrielle Produktionsprozesse komplett  
465 klimaneutral  
466 werden. Dafür werden wir die industrielle Basis erneuern.

467 Immer mehr Unternehmen investieren massiv in eine Umstellung ihrer Produktion.  
468 Dafür muss

469 die Politik den Rahmen schaffen: einen klaren Reduktionspfad im europäischen  
470 Emissionshandel. Wir füllen ihn durch einen massiven Ausbau der erneuerbaren  
471 Energien und  
472 der Infrastruktur für Strom und grünen Wasserstoff mit Leben, damit genug grüne  
473 Energie zu  
474 wettbewerbsfähigen Preisen überall in Europa zur Verfügung steht.

475 Das wird allerdings nicht reichen: Wir wollen die Unternehmen mit einem  
476 europäischen  
477 Programm zur Dekarbonisierung der Industrie unterstützen. Dazu wollen wir einen  
478 europaweiten  
479 Einsatz von Klimaschutzverträgen (Carbon Contracts for Difference) aus dem EU-  
480 Haushalt  
481 finanzieren und somit in einem Auktionsverfahren diejenigen Unternehmen  
482 finanziell fördern,  
483 die möglichst kosteneffizient ihre Produktion klimaneutral umrüsten und dabei am  
484 meisten CO<sub>2</sub>

485 einsparen. Hier gilt das Effizienzprinzip: größere Fußabdrücke, die einfacher  
486 und günstiger

487 eingespart werden können, zuerst. Zusätzlich wollen wir europäische grüne  
488 Leitmärkte für

489 einige besonders energieintensive Produkte aus klimaneutraler Produktion wie  
490 etwa grünen

491 Stahl schaffen. Dafür wollen wir beispielsweise bei öffentlichen Aufträgen eine  
492 Mindestquote

493 von grünem Stahl vorschreiben, die stetig ansteigt. Somit wird ein neuer  
494 Absatzmarkt

495 geschaffen, der klimaneutrale Produktion über einen Marktmechanismus in Gang  
496 setzt.

497 Schließlich wollen wir auch für die Umstellung von Produktionsprozessen auf  
498 klimaneutrale

499 Verfahren die Planungs- und Genehmigungsverfahren erheblich beschleunigen, weil  
500 dies zu

501 schnellerer Emissionsminderung bei gleichzeitigem Erhalt von industrieller  
502 Substanz und

503 guten Arbeitsplätzen beiträgt.

504 Mit der zeitlich gestaffelten Einführung von Resilienz- und

505 Nachhaltigkeitskriterien bei

506 öffentlichen Ausschreibungen und öffentlichen Förderprogrammen wollen wir  
507 gezielt die

508 Produktion dieser Produkte in Europa begünstigen.

509 Den Binnenmarkt stärken

510 Der EU-Binnenmarkt ist zentral für den Wohlstand der Bevölkerung der EU und  
511 hilft,

512 Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken. Er ist auch ein zentraler Hebel, die  
513 klimaneutrale

514 Modernisierung unserer Wirtschaft voranzubringen. Er ermöglicht es den  
515 europäischen

516 Unternehmen, Waren und Dienstleistungen überall in der EU anzubieten. Und

517 Arbeitnehmer\*innen  
518 ermöglicht er, überall in der EU zu arbeiten. Deshalb wollen wir den Binnenmarkt  
519 stärken und  
520 vertiefen: Wo es in Europa eine gemeinsame Regel gibt, müssen Unternehmen nicht  
521 mehr 27  
522 verschiedene befolgen.

523 Wir gestalten die Regeln für den Binnenmarkt so, dass er dabei hilft,  
524 übergeordnete Ziele zu  
525 erreichen: Demokratie, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit, Umwelt- und Klimaschutz  
526 sowie die  
527 Schaffung von fair bezahlten Arbeitsplätzen. Wir wollen den Binnenmarkt auch  
528 nutzen, um  
529 widerstandsfähiger gegenüber Krisen und unabhängiger von Rohstoffimporten zu  
530 werden.

531 Um funktionierenden Wettbewerb zum Nutzen von Verbraucher\*innen und kleinen  
532 Unternehmen  
533 durchzusetzen, haben wir in Deutschland das Wettbewerbsrecht verschärft. Ein  
534 solches Update  
535 braucht auch das EU-Wettbewerbsrecht. Dafür wollen wir das New Competition Tool  
536 wiederbeleben, das die Kommission schon einmal vorgeschlagen hatte.

537 Eine starke Wettbewerbspolitik, die die Bildung von zu starker Marktmacht  
538 bekämpft und  
539 Subventionswettläufe innerhalb der EU möglichst unterbindet, macht den Erfolg  
540 des  
541 Binnenmarktes aus. Daran wollen wir auch in Zukunft festhalten. Allerdings steht  
542 Europa  
543 heute im Ringen um die Märkte der Zukunft im globalen Wettbewerb mit anderen  
544 Staaten, die  
545 sich nicht an diese Regeln halten. Gerade für die grünen Zukunftstechnologien  
546 muss die EU-  
547 Kommission deshalb einen dauerhaften neuen Beihilferahmen schaffen, der den  
548 Mitgliedstaaten  
549 eine aktivere, europäisch koordinierte Industriepolitik ermöglicht und dabei  
550 zugleich  
551 Wettbewerbsverzerrungen verhindert. Dazu gehören schnellere Planungssicherheit  
552 bei  
553 Beihilfeverfahren, Ausnahmen für die Unterstützung von neuen Produktionsanlagen  
554 in den  
555 Zukunftstechnologien und bei der Umstellung von Produktionsprozessen auf  
556 Klimaneutralität.

557 Ein Ansatz dafür sind die strategischen Förderprojekte IPCEI, mit denen die EU  
558 die  
559 Industriepolitik der Mitgliedstaaten in Schlüsselsektoren wie dem Aufbau der  
560 europäischen  
561 Wasserstoffinfrastruktur und die Wertschöpfungsketten rund um Mikroelektronik  
562 ermöglicht und  
563 koordinieren will. Für mehr Planungssicherheit für Unternehmen müssen die  
564 Beihilfeverfahren  
565 gerade im Kontext der IPCEIs beschleunigt werden.

566 Fachkräfte ausbilden, gewinnen und halten

567 Wir wollen, dass der Wohlstand denjenigen zukommt, die ihn erarbeiten. Wir  
568 wollen mehr  
569 Gerechtigkeit für die Mitte der Gesellschaft. Dazu sind gute Arbeitsbedingungen,  
570 sichere  
571 Jobs und anständige Löhne das beste Mittel. So wachsen wir aus der Mitte heraus.  
572 Fachkräfte  
573 sind das Rückgrat der europäischen Wirtschaft. Das gilt gleichermaßen für  
574 akademisch  
575 ausgebildete Fachkräfte wie für solche mit handwerklicher oder industrienaher  
576 Ausbildung.  
577 Davon hängt auch das Gelingen der Energiewende ab. Das heißt auch: Mit  
578 Investitionen in  
579 Klimaschutz fördern wir gleichzeitig sichere und zukunftsfeste Arbeitsplätze.

580 Dafür müssen wir junge Menschen entsprechend ausbilden, Weiterbildungsangebote  
581 für alle  
582 bereithalten – besonders auch für ältere Arbeitnehmer\*innen – und Fachkräfte von  
583 außerhalb  
584 gewinnen. Gleichzeitig müssen wir Frauen die Möglichkeit geben, sich voll  
585 einzubringen. In  
586 vielen EU-Ländern arbeiten Millionen Frauen oft unfreiwillig in Teilzeit oder  
587 gar nicht. Wir  
588 brauchen auf EU-Ebene eine feministische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik,  
589 die soziale  
590 Infrastruktur für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mitdenkt.

591 Wir wollen es Frauen leichter machen, einen technischen – und damit häufig auch  
592 gut  
593 bezahlten – Beruf zu wählen. Wir wollen einen Bonus einführen, den Unternehmen  
594 und Betriebe,  
595 in denen bislang unterdurchschnittlich wenig Frauen beschäftigt sind, bei der  
596 EU-  
597 Fördermittelvergabe erhalten können, wenn sie mehr Frauen ausbilden bzw.  
598 beschäftigen.  
599 Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Betrieben werden wir neue Ideen  
600 entwickeln, wie wir  
601 eine gleichberechtigte Teilhabe der Geschlechter in der Wirtschaft ermöglichen  
602 können.

603 Europa konkurriert mit weiteren Weltregionen, wenn es um die Anwerbung von  
604 Fachkräften geht,  
605 vom Bauingenieur über die Handwerkerin bis zur Fachkraft im Krankenhaus. Wir  
606 setzen uns  
607 daher für eine umfassende EU-Fachkräftestrategie ein. Bei der Anwerbung aus  
608 Drittstaaten  
609 sollte die EU-Blue-Card-Initiative ausgeweitet werden und vielen weiteren  
610 Berufsgruppen  
611 zugutekommen.

612 Viele Beschäftigte, die in der fossilen Industrie arbeiten, sorgen sich um ihr  
613 Auskommen,

614 wenn ihre Industriezweige elektrifiziert werden. Den Wandel zu einer  
615 klimaneutralen  
616 Wirtschaft wollen wir deshalb mit gut bezahlten Arbeitsplätzen, attraktiven Aus-  
617 und  
618 Weiterbildungsmöglichkeiten, Tarifbindung sowie wirtschaftlicher und sozialer  
619 Sicherheit  
620 zusammenbringen, gerade in noch strukturschwachen Regionen. Unsere  
621 Industriepolitik bietet  
622 dafür einen Hebel: Die Vergabe von EU-Geldern wollen wir stärker daran koppeln,  
623 dass  
624 Ausbildungsplätze eingerichtet, Sozialstandards eingehalten und geltende Tarife  
625 befolgt  
626 werden.

### 627 **3. Stabile Finanzen**

628 Europa finanziell wappnen

629 Eine zentrale Stellschraube für die Handlungsfähigkeit der EU ist ihre  
630 finanzielle  
631 Ausstattung: Was wir uns in Europa gemeinsam vornehmen, müssen wir auch zu einem  
632 relevanten  
633 Teil mit europäischen Mitteln finanzieren können. Diesen Anspruch wollen wir  
634 endlich  
635 erfüllen, denn in den nächsten fünf Jahren sind weitreichende Entscheidungen zur  
636 Finanzierung unserer gemeinsamen europäischen Vorhaben bis weit in die 2030er-  
637 Jahre zu  
638 treffen.

639 Dabei werden uns zwei Prinzipien leiten: Erstens wollen wir die finanzielle  
640 Ausstattung der  
641 EU insgesamt durch neue Eigenmittel und höhere nationale Beiträge verbessern. Im  
642 Krisenfall  
643 haben sich zudem auch gemeinsame europäische Anleihen bewährt. Zweitens muss die  
644 EU deutlich  
645 mehr Handlungsspielraum im Einsatz ihrer Mittel bekommen, um sie für gemeinsame  
646 Investitionen in strategisch wichtigen Bereichen wie der Industriepolitik und  
647 für eine  
648 Infrastrukturunion einzusetzen. In diesem Sinne werden wir sowohl für einen  
649 starken  
650 Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), die Grundlage für den Haushalt der EU, als auch  
651 für ein  
652 neues großes Investitionsprogramm streiten.

653 Wir wollen, dass der MFR für die Jahre 2028 bis 2035 gegenüber dem jetzigen  
654 deutlich  
655 aufwächst. Dafür muss auch Deutschland seinen Beitrag leisten. Es gilt, gezielt  
656 die  
657 Ausgabenposten zu stärken, die Europas Handlungsfähigkeit in den entscheidenden  
658 Feldern der  
659 Zukunft verbessern. Dafür müssen wir auch die Ausgaben im MFR kritisch auf ihre

660 Wirkung hin  
661 überprüfen. Das betrifft insbesondere die Bereiche, in denen die Mitgliedstaaten  
662 die  
663 Ausgaben verwalten.

664 Der Schutz unseres Gemeinwohls setzt eine auch finanziell handlungsfähige EU  
665 voraus. Gerade  
666 in Zeiten massiv wachsender Aufgaben kann sie sich auf Dauer nicht nur aus den  
667 Beiträgen der  
668 Mitgliedstaaten finanzieren. Sie braucht auch eigene Einnahmen, die ihre  
669 finanzielle  
670 Ausstattung langfristig sichern. Dafür wollen wir das Prinzip festschreiben,  
671 dass Einnahmen,  
672 die infolge europäischer Instrumente entstehen, im Grundsatz mehrheitlich dem  
673 EU-Haushalt  
674 zugutekommen.

675 In einem ersten Umsetzungsschritt wollen wir festlegen, dass 75 Prozent der  
676 möglichen  
677 Geldschöpfungsgewinne des Eurosystems in Zukunft dem EU-Haushalt zugutekommen.  
678 Auch die  
679 Einnahmen aus dem neuen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) sollen zu 75  
680 Prozent dem EU-  
681 Haushalt zufließen.

682 Damit die anstehenden Zins- und Tilgungszahlungen für das NGEU-Programm nicht zu  
683 einer  
684 Kürzung des EU-Haushalts führen, wollen wir so schnell wie möglich den bereits  
685 2020 von Rat  
686 und Parlament beschlossenen Fahrplan zu neuen Eigenmitteln in die Tat umsetzen.  
687 Dabei muss  
688 die Finanzierung der notwendigen nationalen Klimafinanzierung in den  
689 Mitgliedstaaten  
690 sichergestellt werden.

691 Wirtschafts- und Währungsunion vervollständigen

692 Eine stabile und solidarische Wirtschafts- und Währungsunion ist eine  
693 Grundvoraussetzung für  
694 Wohlstand und politischen wie sozialen Zusammenhalt in Europa. Doch die  
695 Architektur der  
696 Währungsunion ist weiterhin unvollständig und Europa damit weiter anfällig für  
697 Krisen. Das  
698 wollen wir durch ein umfassendes Maßnahmenpaket ändern.

699 Mit dem neuen Investitionsprogramm für Innovation und Resilienz verstetigen wir  
700 die  
701 gemeinsame Fiskalpolitik – auch als wichtigen Puffer für Krisenzeiten. Mit der  
702 Überführung  
703 des Europäischen Stabilitätsmechanismus in den EU-Rechtsrahmen und der  
704 Umstellung auf  
705 Mehrheitsentscheidungen schaffen wir nationale Vetos in Krisen ab und etablieren

706 endlich  
707 eine gemeinsame europäische parlamentarische Kontrolle über zukünftige EU-  
708 Hilfsprogramme.

709 Mit der Einführung einer Arbeitslosenrückversicherung nach Vorbild des EU-  
710 Kurzarbeitergeldes  
711 SURE schaffen wir ein zusätzliches Auffangnetz in Krisenzeiten, damit die  
712 Mitgliedstaaten  
713 Jobs sicher schützen können. Und wir wollen die Banken- und Kapitalmarktunion  
714 vollenden,  
715 damit auch der Finanzsektor in Krisen stabilisierend wirkt.

716 Eine widerstandsfähige Währungsunion braucht auch funktionierende Regeln für die  
717 Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten, die die Schuldentragfähigkeit in allen  
718 Ländern  
719 jederzeit sicherstellen und gleichzeitig genug Raum für Investitionen und  
720 Wachstum schaffen.  
721 Die seit einem Jahrzehnt geltenden Regeln und auch der Vorschlag der  
722 Europäischen Kommission  
723 werden diesem Anspruch nicht gerecht. Deshalb braucht es eine ambitionierte  
724 Reform, deren  
725 Ergebnis von der Kommission konsequent durchgesetzt wird.

726 Wir unterstützen die Einführung des digitalen Euros als Ergänzung zum Bargeld  
727 und zum  
728 Buchgeld der Geschäftsbanken. Der digitale Euro befördert die Digitalisierung  
729 der Wirtschaft  
730 und ermöglicht Verbraucher\*innen digitalen Zugriff auf sicheres und wertstabiles  
731 Zentralbankgeld. Als öffentliches Gut kann er einen wertvollen Beitrag zur  
732 finanziellen  
733 Inklusion, zur Souveränität der EU und zur Stabilität unseres Zahlungssystems im  
734 digitalen  
735 Zeitalter leisten.

736 Bankenunion vollenden

737 Um die klimaneutrale Erneuerung unserer Wirtschaft zu unterstützen, muss das  
738 Finanzsystem  
739 resilienter werden und konsequent an den europäischen Nachhaltigkeitszielen  
740 ausgerichtet  
741 sein. Jede Finanzierungsentscheidung ist eine Entscheidung über die Wirtschaft  
742 der Zukunft  
743 und muss deshalb auch mit unseren Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen  
744 kompatibel  
745 sein.

746 Der Bankensektor ist in der EU zentral für die Finanzierung der Investitionen  
747 von  
748 Unternehmen und Bürger\*innen in die Modernisierung unserer Wirtschaft. Eine  
749 weitere  
750 Bankenkrise können wir uns schon allein deshalb nicht leisten. Mit einer hohen  
751 Eigenkapitalquote, regelmäßigen Stresstests und der Vollendung der Bankenunion  
752 stellen wir



753 die Banken stabil auf. Mit einer europäischen Einlagenrückversicherung, die den  
754 Erhalt der  
755 Institutssicherungssysteme von Sparkassen und Genossenschaftsbanken erlaubt,  
756 einem  
757 funktionierenden Abwicklungsregime sowie einer Trennung des Kreditgeschäfts mit  
758 Privatkund\*innen vom Investmentbanking bei Großbanken können wir verhindern,  
759 dass  
760 Kreditinstitute im Fall einer Insolvenz mit Steuergeld gerettet werden müssen.  
761 Indem wir  
762 Banken verpflichten, die von ihnen finanzierten Emissionen schrittweise zu  
763 reduzieren,  
764 sorgen wir dafür, dass ihr Geschäft in Einklang mit dem Ziel der  
765 Klimaneutralität steht.

766 Neben den Banken müssen auch alle anderen Akteure des Finanzsektors wie  
767 Ratingagenturen,  
768 Versicherer und Pensionsfonds Klimarisiken offenlegen und berücksichtigen. Wir  
769 setzen uns  
770 dabei für mehr Kohärenz bei der europäischen Gesetzgebung ein, um unnötige  
771 Bürokratie –  
772 insbesondere bei kleineren Unternehmen – zu verhindern.

773 Die grüne Taxonomie der EU ist ein Mittel, um die Finanzierung  
774 umweltverträglicher  
775 Wirtschaftsaktivitäten zu unterstützen. Deshalb bleibt es falsch, Atomenergie  
776 und Erdgas als  
777 nachhaltig einzustufen. Nachhaltigkeit ist aber komplexer als ein binäres Ja  
778 oder Nein, denn  
779 dafür brauchen wir auch starke und innovative Zulieferer, zum Beispiel für E-  
780 Autos oder  
781 Windräder, die bisher in der Taxonomie nicht erfasst sind. Das wollen wir  
782 zukünftig besser  
783 abbilden. Wir wollen bei der grünen Taxonomie weitere Abstufungen ergänzen,  
784 damit  
785 Investitionen in den Übergang in eine nachhaltige Wirtschaft ausreichend  
786 finanziert werden.  
787 Es sollen zukünftig auch soziale Aspekte berücksichtigt werden.

788 Grüne Geldanlagen sind im Mainstream angekommen, denn viele Menschen wollen sich  
789 an  
790 Zukunftsbranchen beteiligen und dabei auch das Klima schützen. Die  
791 Finanzaufsicht hat mit  
792 dem schnellen Wachstum nachhaltiger Finanzprodukte jedoch nicht Schritt  
793 gehalten. Um das  
794 Vertrauen der Anleger\*innen zu festigen, wollen wir deshalb die europäischen  
795 Finanzaufsichtsbehörden mit weitreichenden Kompetenzen gegen Greenwashing  
796 ausstatten und ein  
797 staatliches Labelsystem für nachhaltige Geldanlagen einführen. Verbraucher\*innen  
798 sollen  
799 Klarheit haben, welchen Beitrag ein Finanzprodukt zur klimaneutralen  
800 Modernisierung unserer  
801 Wirtschaft leistet.

802 Wir wollen die Kapitalmarktunion zu einem Erfolg machen. Hierfür müssen wir das  
803 Vertrauen  
804 der Sparer\*innen zurückgewinnen. Denn Interessenkonflikte durch Provisionen  
805 haben dafür  
806 gesorgt, dass Sparer\*innen viel zu oft teure, riskante oder unpassende  
807 Finanzprodukte  
808 verkauft wurden. Wir wollen, dass Provisionen in der Finanzberatung  
809 mittelfristig keine  
810 Rolle mehr spielen und jedem den Zugang zu unabhängiger provisionsfreier  
811 Beratung  
812 ermöglichen. Nur so können wir die Potenziale der Kapitalmarktunion für alle  
813 zugänglich  
814 machen.

#### 815 **4. Steuergerechtigkeit**

816 Steuerhinterziehung bekämpfen

817 Die Finanzierung unseres demokratischen Gemeinwesens hängt davon ab, dass alle  
818 ihren fairen  
819 Beitrag leisten – für Schulen und Kinderbetreuung, für Krankenhäuser, für eine  
820 gute Bus- und  
821 Bahninfrastruktur. Mutige Whistleblower\*innen und unabhängige Medien haben in  
822 den letzten  
823 Jahren eine ganze Reihe internationaler Steuerskandale aufgedeckt. Sie haben  
824 belegt, wie  
825 Superreiche und viele Großunternehmen Steuertricks nutzen, um Gewinne in  
826 Niedrigsteuerrländer  
827 zu verschieben: über Steuerschlupflöcher, Briefkastenfirmen und Steueroasen bis  
828 hin zu  
829 Steuerbetrug. Diese Praktiken wälzen die Steuerlast auf die Bürger\*innen und  
830 besonders  
831 kleine und mittlere Unternehmen ab, die rechtmäßig ihre Steuern zahlen.  
832 Schätzungen zufolge  
833 verursacht Steuermissbrauch EU-weit Verluste von jährlich mehr als 170  
834 Milliarden Euro.  
835 Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sind häufig grenzüberschreitende Probleme.  
836 Die EU kann  
837 hier einen wirkungsvollen Beitrag zur Bekämpfung leisten.

838 Auch im Kampf gegen Steuervermeidung, die beispielsweise durch Verlagerung von  
839 Gewinnen in  
840 Steueroasen geschieht, wollen wir weiter voranschreiten. Es braucht strengere  
841 Kriterien, um  
842 sicherzustellen, dass die EU-Liste der Steueroasen wirklich vollständig wird. So  
843 fehlen  
844 aktuell namhafte Steueroasen wie beispielsweise Singapur. Länder mit einem  
845 Steuersatz von  
846 null Prozent müssen automatisch auf der EU-Liste der Steueroasen landen, wie  
847 beispielsweise

848 Bermuda oder die Cayman Islands. Entscheidungen darüber, welches Land auf die  
849 Liste gesetzt  
850 wird, müssen transparent, nach einheitlichen Kriterien und unparteiisch  
851 getroffen werden.

852 Ebenso wollen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Steuerbehörden  
853 wesentlich  
854 verbessern, um den EU-weiten Austausch steuerrelevanter Informationen zu  
855 stärken. Wir  
856 begrüßen, dass dabei nun ebenfalls Kryptoassets voll erfasst werden sollen.

857 Wir werden den Missbrauch von Briefkastenfirmen angehen, also Firmen, die nur  
858 existieren, um  
859 Steuern zu hinterziehen oder zu verlagern. Wir fordern die Mitgliedstaaten auf,  
860 den  
861 entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission schnell und ohne ihn abzuschwächen  
862 anzunehmen –  
863 die EU wäre mit dieser Gesetzgebung weltweit Vorreiterin.

864 Quellensteuern senken das Risiko von Steuerhinterziehung und -umgehung, wie es  
865 sich beim  
866 Cum-Ex- und Cum-Cum-Skandal gezeigt hat, sowie die Gewinnverlagerung in  
867 Niedrigsteuerländer.

868 Wir unterstützen daher die Pläne der EU-Kommission zur Einführung eines EU-  
869 weiten Systems  
870 für die Quellensteuer auf Dividenden und Zinszahlungen und setzen uns für einen  
871 weiteren  
872 Schritt ein – einen EU-weiten Quellensteuer-Mindestsatz. International müssen  
873 wir das  
874 Problem von Quellensteuern auf Auslandszahlungen in Drittländern außerhalb der  
875 EU angehen.

876 Steuerdumping beenden

877 Der Flickenteppich nationaler Steuervorschriften und der Steuerwettbewerb  
878 zwischen den EU-  
879 Mitgliedstaaten bei den Körperschaftssteuersätzen erschweren faire  
880 Wettbewerbsbedingungen im  
881 Binnenmarkt. Um dem entgegenzuwirken, muss die Steuergesetzgebung Schritt halten  
882 mit neuen  
883 Geschäftsmodellen, die internationaler, komplexer und digitaler geworden sind.  
884 So  
885 profitieren die großen Digitalunternehmen mit ihren immateriellen Gütern (wie  
886 Daten, Wissen  
887 oder Algorithmen) davon, dass Unternehmensgewinne am Ort einer physischen  
888 Niederlassung oder  
889 Fabrik besteuert werden und nicht beispielsweise dort, wo die Nutzer\*innen  
890 digitaler Dienste  
891 verortet sind. Wir wollen verhindern, dass der Bäckerladen um die Ecke einen  
892 deutlich  
893 höheren Steuersatz zahlt als ein internationaler Großkonzern. Alle Unternehmen

894 müssen ihren  
895 gerechten Anteil zur Finanzierung des Gemeinwohls beitragen.

896 Auf dem Weg zu einer fairen und effektiven Unternehmensbesteuerung in Europa ist  
897 ein großer  
898 Schritt genommen worden: Die EU hat sich – infolge eines Durchbruchs auf Ebene  
899 der  
900 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – endlich  
901 auf eine  
902 Mindestbesteuerung großer multinationaler Unternehmen von 15 Prozent geeinigt.  
903 Damit können  
904 sie sich einem Mindeststandard an Besteuerung nicht mehr entziehen. Die  
905 Umsetzung in den  
906 Mitgliedstaaten und der Vorschlag der EU-Kommission für einen neuen EU-Rahmen  
907 zur  
908 Unternehmensbesteuerung (BEFIT) müssen nun folgen. Die Einigung auf die  
909 Mindestbesteuerung  
910 ist ein zentraler Schritt bei der Reform des internationalen Steuersystems. Er  
911 reicht aber  
912 noch nicht aus, damit die großen Digitalunternehmen, der E-Commerce oder  
913 multinationale  
914 Unternehmen in Europa fairer besteuert werden. Sollten bei den auf OECD-Ebene  
915 aktuell  
916 stockenden Verhandlungen in diesem Bereich keine Fortschritte absehbar sein,  
917 sollte die EU-  
918 Kommission vorschlagen, wie dieses Ziel europäisch weiterverfolgt werden kann.

919 Steuertransparenz ist ein wirkungsvolles Instrument, da es Steuerdumping für  
920 alle sichtbar  
921 macht. Die Einigung auf die öffentliche länderbezogene Steuerberichterstattung  
922 von  
923 Großunternehmen im Jahr 2021 war in diesem Sinne ein Meilenstein. Wenn große  
924 Unternehmen  
925 offenlegen, wie viel Steuern sie in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten zahlen,  
926 führt das zu  
927 einer besseren Kontrolle ihrer Steuerpraktiken. Aber es werden noch nicht alle  
928 Länder  
929 erfasst. Wir werden darauf hinarbeiten, die im Gesetz verankerte Klausel zur  
930 Überprüfung der  
931 Richtlinie zu nutzen, um die Richtlinie zu verbessern und eine weltweite  
932 Aufschlüsselung  
933 relevanter Steuerdaten zu erreichen. Um einen zerstörerischen Steuerwettbewerb  
934 zwischen den  
935 EU-Mitgliedstaaten zu verhindern, braucht es darüber hinaus ein klares  
936 Rahmenwerk der EU für  
937 Steuerbegünstigungen, die einzelne Mitgliedstaaten Unternehmen gewähren können.

938 Gemeinwesen solidarisch finanzieren

939 Steuergerechtigkeit heißt, dass hohe Vermögen und Milliardengewinne von  
940 Unternehmen einen  
941 fairen Beitrag leisten müssen, um das Gemeinwesen solidarisch zu finanzieren,

942 Klimaschutz  
943 und Nachhaltigkeit zu fördern und soziale Ungleichheit abzubauen. In der ganzen  
944 EU hat die  
945 starke Ungleichverteilung und Konzentration insbesondere von Vermögen weiter  
946 zugenommen.

947 Um diese Probleme adressieren zu können, muss die EU auch in der Steuerpolitik  
948 handlungsfähig sein. Vorstöße gegen Steuerdumping und Steuerflucht werden immer  
949 wieder durch  
950 Vetos einzelner EU-Mitgliedstaaten verhindert. Wir wollen die bestehenden  
951 Möglichkeiten der  
952 Verträge ausschöpfen, qualifizierte Mehrheitsentscheidungen zu treffen.  
953 Perspektivisch  
954 eröffnet die Überwindung des Einstimmigkeitsprinzips größeren gemeinsamen  
955 Handlungsspielraum.

956 Infolge des russischen Kriegs in der Ukraine erzielten Öl- und Gaskonzerne durch  
957 hohe  
958 Energiepreise extrem hohe Zufallsgewinne. Diesen unverhältnismäßigen Gewinnen  
959 einiger  
960 Krisengewinner stehen Höchststände bei der Armut gegenüber, die durch sprunghaft  
961 gestiegene  
962 Lebenshaltungskosten noch verstärkt wurden. Dass sich die EU in dieser Situation  
963 auf eine  
964 Übergewinnsteuer geeinigt hat, durch die die großen Energiekonzerne einen  
965 Krisenbeitrag an  
966 die Gesellschaften zurückgeben, ist ein großer Erfolg. Ein Teil der  
967 gegenwärtigen Inflation  
968 wurde durch überzogene Profite verursacht und ist nicht durch gestiegene  
969 Produktionskosten  
970 gerechtfertigt. Wir fordern, das Instrument der Übergewinnsteuer auch für andere  
971 Bereiche  
972 fest zu verankern, um in ökonomischen Sondersituationen die öffentlichen  
973 Haushalte zu  
974 entlasten. Schlupflöcher wie das Kleinrechnen von Gewinnen über mehrere  
975 Geschäftsjahre oder  
976 die Gewinnverlagerung ins Ausland müssen geschlossen werden. Unternehmen, die in  
977 erneuerbare  
978 Energien reinvestieren, sollten eine Gutschrift erhalten.

## 979 5. Innovationskraft und Bürokratieabbau

980 Europäische Forschung an der Weltspitze verankern

981 Für die großen technologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen  
982 Herausforderungen  
983 unserer Zeit brauchen wir das gebündelte Wissen unseres gesamten Kontinents und  
984 darüber  
985 hinaus. Deswegen ist eine europäische Wissenschafts- und Forschungspolitik, die  
986 Menschen und  
987 Institutionen aus ganz Europa verbindet und sie bei der Entfaltung einer freien

988 Forschung  
989 unterstützt, ein Schlüsselement für eine Zukunft in Freiheit und Wohlstand.  
990 Wir wollen,  
991 dass die nächsten großen Durchbrüche für eine komfortable und klimafreundliche  
992 Mobilität,  
993 für Hochleistungsrechner oder ein Medikament gegen Krebs oder Alzheimer in  
994 Europa erdacht  
995 und produziert werden.

996 Im Zentrum steht dabei das Programm Horizont Europa, das die  
997 Forschungsaktivitäten der EU  
998 bündelt. Es ist ein höchst erfolgreiches und bei Antragsteller\*innen sehr  
999 beliebtes  
1000 Förderprogramm, das weltweit seinesgleichen sucht. Wir wollen seinen Umfang im  
1001 nächsten  
1002 europäischen Finanzrahmen ausbauen.

1003 Europäische Forschungspolitik muss die freie Grundlagenforschung ebenso wie die  
1004 missions-  
1005 und anwendungsorientierte Forschung beinhalten. Zentral dafür ist die  
1006 Klimaforschung, für  
1007 die wir im laufenden Zyklus von Horizont Europa eine feste Quote von 35 Prozent  
1008 für die  
1009 europäische Klimaforschung verankern konnten. Wir treten für eine gut  
1010 ausgestattete  
1011 Grundlagenforschung ein – etwa im European Research Council, der  
1012 Exzellenzforschung par  
1013 excellence. Die für Forschende so wichtige Marie-Sklodowska-Curie-  
1014 Mobilitätsförderung wollen  
1015 wir verstetigen. Wir machen uns auch weiterhin dafür stark, dass Sozial- und  
1016 Geisteswissenschaften (SSH) einen festen Platz in der EU-Förderkulissee bekommen,  
1017 denn sie  
1018 sind von hoher Bedeutung für lebendige und resiliente Kultur, Gesellschaft und  
1019 Demokratie.  
1020 Open Science, also das Prinzip, dass Forschungsergebnisse frei zugänglich sein  
1021 sollen,  
1022 wollen wir als Prinzip von Horizont Europa weiterhin stärken.

1023 Horizont Europa ist bereits mit vielen Partnerländern weltweit verbunden, was  
1024 den  
1025 Wissensaustausch fördert. Wir haben aber für unsere Forschenden den Anspruch:  
1026 Horizont  
1027 Europa muss noch internationaler werden und weitere Partnerländer einbinden.

1028 Aus Ideen Wohlstand machen

1029 Für die wirtschaftliche Zukunft Europas sind Innovationen von entscheidender  
1030 Bedeutung. Wir  
1031 wollen sie auf ihrem Weg vom Labor in die Praxis unterstützen. Innovationen sind  
1032 als  
1033 Wachstumskeime ein entscheidender Baustein für den wirtschaftlichen Erfolg von  
1034 morgen.

1035 Aufbauend auf der Grundlagenforschung gestalten wir eine missionsorientierte  
1036 Forschung, die  
1037 uns dabei hilft, die großen Herausforderungen unserer Zeit anzugehen: Wir  
1038 brauchen  
1039 beispielsweise einen schnelleren Roll-out der erneuerbaren Energien, effektive  
1040 Behandlungen  
1041 für Krebs, smarte digitale Lösungen für Klima, Energie und Mobilität und nicht  
1042 zuletzt  
1043 soziale Innovationen, um kluge Konzepte umzusetzen. Die Missionen von Horizont  
1044 Europa sollen  
1045 sich weiterhin insbesondere am Green Deal orientieren. Um sie umzusetzen, wollen  
1046 wir  
1047 Hochschulen, Institute, Zivilgesellschaft, Start-ups und die Industrie  
1048 zusammenbringen.

1049 Innovationspolitik ist ein entscheidender Teil unserer aktiven Wirtschafts- und  
1050 Industriepolitik. Wir wollen die Programmbestandteile von Horizont Europa so  
1051 ausbauen, dass  
1052 sie schnell und dynamisch die besten Ideen auf dem Weg zu ihrer Umsetzung  
1053 unterstützen.

1054 Dafür soll die EU auch verstärkt regionale Innovationsökosysteme unterstützen  
1055 und dabei  
1056 neben den Universitäten die Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw.  
1057 Fachhochschulen  
1058 in den Blick nehmen. Bisher profitieren diese von der EU-Förderung häufig nicht  
1059 im selben  
1060 Maße wie Universitäten, sind aber besonders in der anwendungsnahen Forschung  
1061 sehr stark.  
1062 Solche Cluster von Forschung, Lehre und Anwendung sind zentral, um Innovationen  
1063 zu fördern,  
1064 sichtbar zu machen und vor Ort klimaneutralen Wohlstand zu schaffen.

1065 Die bestehenden Instrumente wollen wir handhabbarer und schneller machen. Dies  
1066 gilt  
1067 beispielsweise für die Wissensgemeinschaften (KIC), die sich besonders der  
1068 Nachwuchsausbildung widmen, zum Beispiel in Master- oder  
1069 Weiterbildungsprogrammen. So können  
1070 wir dafür sorgen, dass wir möglichst vielen eine Chance geben, sich in die  
1071 Zukunftsbranchen  
1072 einzubringen.

1073 Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen sind auch in diesem  
1074 relevanten  
1075 Bereich von großer Bedeutung: Die Kommission hat eine Vielzahl von öffentlich-  
1076 privaten  
1077 Partnerschaften geschaffen, die EU-Gelder gemeinsam mit der Industrie verwalten.  
1078 Wir möchten  
1079 hier eine Transparenzinitiative starten und sicherstellen, dass Hochschulen,  
1080 Forschungsinstitute und Gründer\*innen stärker von diesen Förderinstrumenten  
1081 profitieren.

1082 Mit Europäischen Start-ups durchstarten

1083 Eine innovative Unternehmenslandschaft braucht ein lebendiges  
1084 Gründungsgeschehen. Hier  
1085 entstehen die erfolgreichen Geschäftsmodelle von morgen. Dafür muss Gründen  
1086 schneller und  
1087 einfacher werden. Wir setzen uns dafür ein, dass bisher weniger aktive  
1088 Mitgliedstaaten  
1089 beispielsweise von Estland, dem europäischen Vorreiterland für Start-ups, lernen  
1090 können.

1091 Wir brauchen in der Kommission eine klare Zuständigkeit für Start-ups, damit der  
1092 Know-How-  
1093 Transfer in der EU besser koordiniert und eine Strategie für das europäische  
1094 Gründungsgeschehen erarbeitet wird.

1095 Wir wollen sicherstellen, dass es in jedem Mitgliedsland One-Stop-Shops gibt.  
1096 Dort finden  
1097 Gründer\*innen Begleitung und Beratung aus einer Hand. Einen Überblick über alle  
1098 Förderprogramme für Gründer\*innen soll ein digitaler Kompass bieten. Mit einem  
1099 Klick ohne  
1100 Umwege zur Antragstellung – das ist unser Ziel.

1101 Die European Tech Champions Initiative, die die Bundesregierung gemeinsam mit  
1102 anderen EU-  
1103 Mitgliedstaaten ins Leben gerufen hat, ist ein wichtiger Baustein, um Start-ups  
1104 in der  
1105 Wachstumsphase besser zu unterstützen. Ergänzend wollen wir regelmäßige  
1106 europäische Matching  
1107 Hubs ins Leben rufen, die private Investor\*innen mit Gründer\*innen an einen  
1108 Tisch bringen,  
1109 eine Messe für Geschäftsmodelle der Zukunft.

1110 Mittelstand fördern

1111 Die Innovationsfähigkeit und die Tatkraft der KMU und des Handwerks sind Motor  
1112 der  
1113 europäischen Wirtschaft. Diese Unternehmen werden im Verhältnis besonders stark  
1114 durch die  
1115 Einführung neuer Regelungen belastet. Um sie zu unterstützen, wollen wir KMU-  
1116 Tests  
1117 verbessern und konsequent anwenden, mit denen neue Gesetze auf ihre Auswirkungen  
1118 auf KMU  
1119 überprüft werden. Wir setzen uns zusätzlich für angemessene Ausnahmen und  
1120 Übergangsfristen  
1121 für KMU in neuen Gesetzen ein. Durch vereinfachte Antragsverfahren erleichtern  
1122 wir den  
1123 Zugang von KMU zu Förder- und Investitionsprogrammen der EU. Mithilfe von  
1124 festgelegten KMU-  
1125 Quoten stellen wir sicher, dass diese Programme ihnen auch tatsächlich  
1126 zugutekommen. Die  
1127 Förderlandschaft in der EU werden wir vereinheitlichen und stärker mit



1128 nationalen  
1129 Förderinstrumenten verzahnen.

1130 Manche Gesetzesvorschriften erweisen sich als mittlerweile überholt, andere in  
1131 der Praxis  
1132 als untauglich. Wir setzen uns für eine regelmäßige Überprüfung aller  
1133 Regulierungen ein, um  
1134 bürokratische Anforderungen zu vereinfachen und Vorschriften, die ihr Ziel  
1135 verfehlen, wieder  
1136 zu streichen. Beispielsweise wollen wir die Meldepflicht bei touristischen  
1137 Übernachtungen  
1138 und die A1-Bescheinigungen durch einen praktikableren Ansatz ersetzen.

1139 Ein zentrales Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der  
1140 Verwaltung. Dadurch  
1141 können viele Behördengänge entfallen, der Datenaustausch automatisiert und  
1142 Anträge leichter  
1143 gestellt werden. Verwaltungsleistungen sollen so weit wie möglich digital  
1144 erfolgen.  
1145 Verfahrensstände sollen online einsehbar werden. Durch eine stärkere Vernetzung  
1146 von  
1147 europäischen und nationalen Behörden soll das Once-Only-Prinzip eingeführt  
1148 werden, damit  
1149 Daten künftig nur noch einmal bei Unternehmen abgefragt werden, um sie dann im  
1150 Rahmen der  
1151 datenschutzrechtlichen Vorgaben und innerhalb der Behörden austauschen zu  
1152 können. Die  
1153 Schriftformerfordernis in Verwaltungsverfahren wollen wir weitgehend abschaffen.

## 1154 6. Digitale Souveränität

1155 Europa digital fit machen

1156 Digitalisierung liefert einen Schlüssel für zentrale Herausforderungen unserer  
1157 Zeit. Sie  
1158 erlaubt es, grundlegende Lebensbereiche wie Verkehr, Bildung, Gesundheit oder  
1159 Energie völlig  
1160 neu zu denken. Damit bietet sie enorme Chancen für die wirtschaftliche  
1161 Entwicklung und für  
1162 die Vereinfachung vieler Aufgaben für alle – von lästigen Verwaltungsgängen über  
1163 das  
1164 Management von Lieferketten in der Industrie bis hin zur Erforschung und  
1165 Therapie schwerer  
1166 Krankheiten. Wir wollen sie als Grundlage eines fairen, dezentralen, hoch  
1167 vernetzten und  
1168 resilienten Wirtschaftssystems gestalten.

1169 Auch im digitalen Bereich erleben wir einen Systemwettbewerb – zwischen einer  
1170 emanzipatorischen Digitalisierung, die Bürger\*innen befähigt und Freiheit  
1171 stärkt, und einer  
1172 Digitalisierung, die entmündigt und Überwachung fördert. Europa muss sich in

1173 diesem  
1174 Wettstreit selbstbewusst positionieren. Wir wollen deshalb die digitale  
1175 Souveränität Europas  
1176 sichern, stärken und ausbauen.

1177 Basis einer digitalen europäischen Souveränität ist unter anderem eine  
1178 resiliente und  
1179 klimafreundliche Infrastruktur, zu der Breitbandnetze, Mobilfunknetze,  
1180 Knotenpunkte,  
1181 Rechenzentren und die Verlässlichkeit sensibler Lieferketten zählen. Wir wollen  
1182 vermehrt die  
1183 Entwicklung und Produktion von Infrastrukturkomponenten in Europa vorantreiben,  
1184 seien es  
1185 Halbleiter oder Mobilfunktechnik. Dabei können wir auf starke europäische  
1186 Unternehmen in  
1187 verschiedenen Sektoren der Digitalisierung aufbauen. Die Anbindung an die  
1188 globale  
1189 Netzinfrastruktur, ob bei Unterseekabeln oder Knotenpunkten, wollen wir mit  
1190 starken  
1191 europäischen Akteuren gestalten.

1192 Digitalisierung voranzutreiben, heißt auch, sie in politischen Vorhaben  
1193 mitzudenken. Wir  
1194 wollen die digitale Umsetzung von Gesetzesvorhaben bereits im legislativen  
1195 Prozess  
1196 berücksichtigen. Damit können staatliche Dienstleistungen schneller und  
1197 effizienter erbracht  
1198 werden. Vor allem kann die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse helfen,  
1199 politische Regeln  
1200 – vom Grenzausgleichsmechanismus CBAM bis zum Datenschutz – in der  
1201 wirtschaftlichen Praxis  
1202 handhabbar zu machen.

1203 Die rasanten Fortschritte in der Entwicklung und Anwendung von KI stellen eine  
1204 riesige  
1205 Chance für viele Lebensbereiche dar. Sie kann dem Menschen dienen, unser Leben  
1206 vereinfachen  
1207 und unseren Wohlstand mehren, sie kann Prozesse in Alltag, Wissenschaft,  
1208 Verwaltung und  
1209 Wirtschaft verändern und vereinfachen. Moderne KI-gestützte Verfahren können  
1210 beispielsweise  
1211 dabei helfen, den Einsatz von Wasser sowie Pestiziden zu verringern und  
1212 gleichzeitig den  
1213 Ernteertrag erhöhen. Sie schonen die Umwelt und erhöhen die Wirtschaftlichkeit.  
1214 Wir wollen  
1215 KI nach unseren gemeinsamen Werten einsetzen. Mit dem KI-Gesetz macht Europa  
1216 einen großen  
1217 Schritt in diese Richtung, der weltweit wahrgenommen und genau beobachtet wird.  
1218 Wir wollen  
1219 diese Potenziale gestalten und nutzbar machen, dazu gehören die bessere  
1220 Verfügbarkeit von  
1221 Daten und die Unterstützung bei Forschung und Transfer.

---

1222 Mit datensparsamen und nachhaltigen technologischen Lösungen sowie mit Open-  
1223 Source- und  
1224 Open-Data-Lösungen schaffen wir europäische Standortvorteile.

1225 Wir wollen ökologische Standards in der IT international etablieren,  
1226 Nachhaltigkeitsstandards für Softwaredesigns entwickeln und implementieren sowie  
1227 energieintensive Rechenzentren klimaneutral betreiben lassen. Für Software und  
1228 vernetzte  
1229 Geräte muss „Sustainability by Design“ die Regel sein; für KI, Cloud-  
1230 Plattformen, Browser,  
1231 Suchmaschinen, digitale Marktplätze und soziale Netzwerke muss die EU  
1232 Nachhaltigkeitsstandards entwickeln. Dazu fordern wir einen Digital  
1233 Sustainability Act, ein  
1234 europäisches Gesetz, das die Innovationskraft des Sektors für Informations- und  
1235 Kommunikationstechnologie für Nachhaltigkeit optimiert. Eine  
1236 Abwärmeinfrastruktur von  
1237 Rechenzentren wollen wir in die europäische Energieinfrastruktur integrieren.

1238 Daten rechtebasiert nutzen

1239 Daten und die Verarbeitung von großen Datensätzen sind die Grundlage für  
1240 zahlreiche  
1241 innovative Technologien und besonders der KI. Die kluge Nutzung von Daten  
1242 leistet einen  
1243 wichtigen Beitrag dazu, unser Zusammenleben zu bereichern und zahlreiche  
1244 gesellschaftliche  
1245 Probleme anzugehen sowie wirtschaftliches Wachstum zu fördern, Ressourcen zu  
1246 schonen und die  
1247 wissenschaftliche Forschung voranzubringen.

1248 Die Entwicklung von KI und der Erfolg europäischer KI-Modelle hängen vor allem  
1249 an der  
1250 Verfügbarkeit von Daten. Wir wollen nicht personenbezogene Daten rechtebasiert  
1251 besser  
1252 nutzbar und leichter zugänglich machen. Wir haben dazu beigetragen, dass dieses  
1253 Prinzip bei  
1254 der Gesetzgebung zur Nutzung und dem verbesserten Austausch von Daten zwischen  
1255 Unternehmen  
1256 im Rahmen der Datenstrategie umgesetzt wurde. Projekte wie die Smart City  
1257 Barcelona können  
1258 ein Vorbild sein, wie Daten verfügbar gemacht werden und Forschung sowie  
1259 Innovation  
1260 vorangetrieben werden.

1261 Die EU hat mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) den Datenschutz in den  
1262 vergangenen  
1263 Jahren weltweit stark geprägt und globale Maßstäbe bei der Regelung des Schutzes  
1264 von  
1265 personenbezogenen Daten gesetzt.

1266 Die Durchsetzung der Regeln in den Mitgliedstaaten ist allerdings  
1267 unterschiedlich. Während  
1268 in Deutschland Entbürokratisierung und mehr Rechtssicherheit nötig sind, müssen

1269 die Regeln  
1270 gegenüber den internationalen Digitalkonzernen mit Sitz in anderen  
1271 Mitgliedstaaten genauso  
1272 konsequent durchgesetzt werden. Gerade die Big-Tech-Unternehmen haben sich  
1273 aufgrund der  
1274 laxen Durchsetzung in den letzten Jahren Wettbewerbsvorteile verschaffen können,  
1275 die für  
1276 alle Wirtschaftsbereiche und insbesondere im Bereich Werbung, soziale Netzwerke  
1277 und KI  
1278 entscheidend sind. Deshalb muss die Europäische Kommission für eine einheitliche  
1279 und  
1280 konsequente Durchsetzung der DSGVO sorgen, um die Grund- und Bürger\*innen-Rechte  
1281 wirksam zu  
1282 schützen sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen zu schaffen,  
1283 die eine  
1284 Sonderbehandlung von Großkonzernen gegenüber KMU ausschließen.

1285 Durch die Digitalisierung des Datenschutzes sehen wir weitere Möglichkeiten,  
1286 Nutzer\*innen in  
1287 der Durchsetzung ihrer Ansprüche zu unterstützen, KMU die Umsetzung zu  
1288 vereinfachen und  
1289 allseitige Rechtssicherheit zu schaffen. Darüber hinaus erleichtert der Ansatz  
1290 es  
1291 Bürger\*innen, ihre Daten für Forschungszwecke zu spenden und so die für KI-  
1292 Modelle  
1293 notwendigen Datenpools zu erzeugen.

1294 Digitale Standards setzen

1295 Vertrauen und Verlässlichkeit sind für Verbraucher\*innen und Unternehmen das A  
1296 und O einer  
1297 erfolgreichen Digitalisierung. Dieses Vertrauen wird durch gemeinsame Standards  
1298 gefördert  
1299 und gewährleistet. Daher treten wir für faire, offene und resiliente digitale  
1300 Regelungsrahmen ein. Unser besonderes Augenmerk richtet sich auf die notwendige  
1301 Investitionssicherheit für europäische Unternehmen, insbesondere KMU. Denn nur  
1302 klare und  
1303 verlässliche Regeln stellen innovative, vertrauenswürdige und somit erfolgreiche  
1304 Wirtschaftsräume sicher. Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und dem Digitale-  
1305 Märkte-  
1306 Gesetz (DMA) haben wir in der EU dazu wichtige Schritte getan. Die Vollendung  
1307 des digitalen  
1308 Binnenmarktes kann Europa dabei helfen, global wettbewerbsfähig zu sein.

1309 Ein wesentlicher Schlüssel erfolgreicher Digitalpolitik liegt in der  
1310 Interoperabilität:  
1311 Europas digitale Systeme müssen die gleiche Sprache sprechen. Interoperabilität  
1312 bezeichnet  
1313 die Fähigkeit von IT-Systemen, über die Grenzen von Unternehmen, Behörden und  
1314 Forschungseinrichtungen hinweg Geschäftsprozesse abzuwickeln – vollautomatisch,  
1315 ohne  
1316 manuelle Zuarbeiten. Das erfordert die Standardisierung gemeinschaftlicher

---

1317 Softwareschnittstellen, spezifisch für jeden Anwendungsfall. Auf diese Weise  
1318 können  
1319 Einzelpersonen, Firmen, Forschungseinrichtungen und  
1320 Nichtregierungsorganisationen (NGOs)  
1321 gleichermaßen miteinander Transaktionen ausführen.

1322 Die Erfahrung zeigt, dass Standardisierung innovativen Technologien zum  
1323 Durchbruch verhelfen  
1324 kann. Beispiele dafür sind das World Wide Web oder der digitale Mobilfunk (GSM).  
1325 Interoperabilität durchbricht Monopolstellungen, eröffnet damit Wirtschaftsräume  
1326 und  
1327 milliardenschwere Märkte, die vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen  
1328 aus Europa  
1329 riesige Chancen bieten.

1330 Die EU hat mit dem European Interoperability Framework (EIF) einen ersten  
1331 Kristallisationspunkt geschaffen, an dem wir ansetzen: In verschiedenen Gruppen  
1332 erarbeiten  
1333 Vertreter\*innen unterschiedlicher Interessensgruppen die standardisierten IT-  
1334 Schnittstellen  
1335 (Profile) für den jeweiligen Anwendungsfall.

1336 Das Erarbeiten dieser Standards muss demokratisch legitimiert sein.  
1337 Willkürlichen Konsortien  
1338 internationaler Großunternehmen fehlt es daran. Wir wollen die Standardisierung  
1339 daher ebenso  
1340 für Entwickler\*innen, die Zivilgesellschaft und kleine und mittlere Unternehmen  
1341 öffnen.  
1342 Damit alle unter gleichen Voraussetzungen an dieser Gestaltung mitwirken können,  
1343 muss ihr  
1344 Engagement vergütet werden. Wir sehen es als zentrale Aufgabe der EU, über diese  
1345 demokratische Governance zu wachen sowie für Planungs- und  
1346 Investitionssicherheit zu sorgen.

1347 Die EU kann darüber hinaus durch die Macht der öffentlichen Hand als Kundin  
1348 einen  
1349 entscheidenden Beitrag dazu leisten, diese Standards am Markt durchzusetzen.

1350 Verbraucherschutz digitalisieren

1351 Die zunehmende Relevanz von Software und digitalen Plattformen muss sich im  
1352 Verbraucher\*innenschutz widerspiegeln. In den vergangenen Jahren hat die EU hier  
1353 bedeutende  
1354 Fortschritte gemacht. Mit dem DSA und dem DMA haben wir in Europa die  
1355 Grundsteine gelegt, um  
1356 klare Regeln im Internet zu schaffen und Wettbewerb wiederherzustellen. Die Big-  
1357 Tech-  
1358 Konzerne müssen nun regelmäßig das Risiko bewerten, das ihre Algorithmen für die  
1359 Gesellschaft darstellen – und wo nötig Gegenmaßnahmen vorschlagen. Auf unseren  
1360 Druck hin  
1361 erhalten Wissenschaftler\*innen und NGOs Zugang zu den Daten der Plattformen, um  
1362 deren  
1363 Wirkungsweise zu erforschen und öffentlich zu machen. Diese Regeln gilt es

1364 jetzt, in  
 1365 Deutschland und Europa konsequent durchzusetzen und aufgrund der durch  
 1366 Datenzugänge  
 1367 gewonnenen Erkenntnisse weiterzuentwickeln. Gesetze zum Schutz von  
 1368 Verbraucher\*innen im  
 1369 digitalen Raum müssen durchgesetzt und angewendet werden; hierzu wollen wir auf  
 1370 nationaler  
 1371 und europäischer Ebene die Verbraucherschutzstellen stärken. Die Regulierung  
 1372 digitaler  
 1373 Plattformen muss die Dominanz großer digitaler Marktplätze stärker in den Blick  
 1374 nehmen.  
 1375 Immer stärker kommt es in diesem Zusammenhang auch zu Grundrechtsverletzungen  
 1376 dieser  
 1377 Plattformen, wenn Nutzer\*innen grundlos gesperrt werden.  
  
 1378 Wir wollen für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen, die KMU gute Zugänge bieten  
 1379 und  
 1380 Verbraucher\*innen nicht unbegrenzter Marktmacht aussetzen. Es muss gewährleistet  
 1381 sein, dass  
 1382 diese ihre Produkte zu fairen Bedingungen online handeln können. Dafür werden  
 1383 wir  
 1384 nötigenfalls das Wettbewerbsrecht nachschärfen. Wir wollen die Rechte von  
 1385 Nutzer\*innen auf  
 1386 digitalen Kommunikationsplattformen stärken. Interoperabilität hilft dabei:  
 1387 Plattformen  
 1388 sollen miteinander kommunizieren können, sodass Nutzer\*innen unterschiedlicher  
 1389 Dienste  
 1390 miteinander in Austausch treten können. Das Umziehen von Daten wird dadurch  
 1391 möglich und  
 1392 verbessert, damit Nutzer\*innen beim Verlassen von Plattformen darauf  
 1393 zurückgreifen können.

## 1394 7. Kreislaufwirtschaft

1395 Abhängigkeiten bei Rohstoffen reduzieren  
  
 1396 Sie stecken im E-Auto auf der Straße oder im Solarpanel auf dem Dach: Für eine  
 1397 klimaneutrale  
 1398 Wirtschaft, die nötigen Technologien und Produkte brauchen wir Rohstoffe. Laut  
 1399 Internationaler Energieagentur (IEA) wird sich der Bedarf an metallischen  
 1400 Rohstoffen allein  
 1401 für grüne Energietechnologien bis zum Jahr 2040 vervierfachen, um die Ziele des  
 1402 Pariser  
 1403 Klimaabkommens zu erfüllen. Ein großer Teil dieser Rohstoffe wird derzeit in  
 1404 Ländern des  
 1405 Globalen Südens abgebaut – und in der Volksrepublik China in Schmelzen und  
 1406 Raffinerien  
 1407 weiterverarbeitet. Deutsche und europäische Unternehmen sind bei einer Reihe von  
 1408 Metallen zu  
 1409 75 bis 100 Prozent auf Importe angewiesen. Da mit China derzeit ein einziges

1410 Land die  
1411 zentrale Stellung in der Rohstofflieferkette einnimmt, muss Europa seine  
1412 Rohstoffquellen  
1413 diversifizieren, um die eigene Unabhängigkeit zu sichern. Wir setzen uns deshalb  
1414 für die  
1415 Gründung einer europäischen Rohstoffagentur sowie für regelmäßige und  
1416 verpflichtende  
1417 Stresstests für betroffene Unternehmen ein, um die Rohstoffsicherheit der  
1418 europäischen  
1419 Wirtschaft zu gewährleisten.

1420 Mit dem EU Critical Raw Materials Act (CRMA) haben wir einen großen Schritt für  
1421 mehr  
1422 Rohstoffsicherheit gemacht. Das Ziel des CRMA ist, dass nicht mehr als 65  
1423 Prozent der  
1424 Importe kritischer Rohstoffe aus einem einzigen Drittstaat kommen dürfen. Unser  
1425 Ansatz der  
1426 Diversifizierung basiert auf verschiedenen Säulen: die Reduktion des  
1427 Rohstoffverbrauchs und  
1428 die Umsetzung einer effektiven Kreislaufwirtschaft, die Substitution besonders  
1429 knapper  
1430 Rohstoffe, die Verwendung und Weiterverarbeitung heimischer Rohstoffe in der EU  
1431 sowie die  
1432 Umsetzung einer nachhaltigen Rohstoffaußenpolitik, die auf die Ausweitung der  
1433 partnerschaftlichen Kooperationen mit Ländern weltweit setzt und dabei  
1434 ambitionierte  
1435 Nachhaltigkeitsziele verfolgt.

1436 Zirkulär wirtschaften

1437 Der kluge Umgang mit Ressourcen ist eine der zentralen Voraussetzungen für eine  
1438 wettbewerbsfähige Wirtschaft. Kreislaufwirtschaft ist im Mainstream angekommen  
1439 und wir  
1440 machen sie zum europäischen Erfolgsmodell. Der größte Beitrag zur  
1441 Rohstoffsicherheit ist das  
1442 Einsparen von knappen Rohstoffen und ihre wiederholte Nutzung. Die  
1443 Kreislaufwirtschaft  
1444 verfolgt das Ziel, dass Materialien und Produkte so lange wie möglich geteilt,  
1445 geleast,  
1446 wiederverwendet, repariert, aufgearbeitet und recycelt und Abfälle auf ein  
1447 Minimum reduziert  
1448 werden. Das beginnt schon beim Entwerfen von neuen Produkten. Deshalb wollen wir  
1449 eine  
1450 ressourcenschonende, langlebige und umweltfreundliche Gestaltung im Sinne eines  
1451 „Designs for  
1452 Recycling“ unterstützen. Es ist gut, dass die Ökodesign-Richtlinie nun auch in  
1453 diesem Sinne  
1454 weiterentwickelt wird. Verbrauchsgüter sollen strengere Mindestkriterien  
1455 erfüllen, um Klima  
1456 und Ressourcen zu schonen. Produzenten müssen den gesamten Lebenszyklus ihrer  
1457 Produkte in

1458 den Blick nehmen, damit neben der Produktion auch die Verwendung und die  
1459 Verwertung  
1460 möglichst nachhaltig sind. Wir setzen auch auf die nachhaltige Nutzung des  
1461 bestehenden  
1462 Gebäudebestands und den Einsatz modularer Bauweisen.

1463 Viel zu oft landet zum Beispiel die Waschmaschine auf dem Müll, weil es  
1464 einfacher und  
1465 günstiger ist, sie neu zu kaufen, als sie reparieren zu lassen. So werden  
1466 Ressourcen unnötig  
1467 verbraucht und in der EU jährlich 35 Millionen Tonnen Abfall aus noch  
1468 gebrauchsfähigen Waren  
1469 verursacht. Für eine Gesellschaft ohne Müll wollen wir das Recht auf Reparatur,  
1470 eine Pflicht  
1471 zur Bereitstellung von Ersatzteilen und die Zerstörung von Neuwaren minimieren.  
1472 Auch das  
1473 Zerstören zurückgeschickter Waren aus dem Onlinehandel soll so bald ein Ende  
1474 haben.

1475 Noch immer verlieren wir wertvolle Rohstoffe zur Produktion von Waren aufgrund  
1476 lückenhafter  
1477 Regeln. Illegalen Abfallexporten wollen wir durch eine konsequente Umsetzung der  
1478 neuen  
1479 Abfallverbringungsverordnung den Riegel verschieben. Wir setzen uns dafür ein,  
1480 dass  
1481 Plastikmüllexporte in Drittstaaten gänzlich beendet werden.

1482 Für die Erhöhung der Versorgungssicherheit in der EU brauchen wir einen  
1483 europäischen Ansatz,  
1484 damit wir die Rohstoffquellen und -verarbeitungskapazität auf unserem Kontinent  
1485 effektiv  
1486 nutzen können. Dazu gehört auch der heimische Bergbau von knappen Rohstoffen und  
1487 die  
1488 Stärkung der Weiterverarbeitungskapazitäten in der EU. Wir werden uns dafür  
1489 einsetzen, dass  
1490 die EU dies unter Einhaltung von hohen Nachhaltigkeits- und  
1491 Menschenrechtsstandards  
1492 ambitioniert voranbringt.

1493 Doch Rohstoffquellen gibt es nicht nur unter der Erde: In unseren Häusern,  
1494 Infrastrukturen,  
1495 aber auch in unseren Deponien und Halden liegen Rohstoffquellen, die wir bislang  
1496 nicht  
1497 ausreichend erschlossen haben. Deshalb wollen wir eine konsequente  
1498 Wiederverwendung und  
1499 Weiternutzung von Rohstoffen durch eine zirkuläre Wirtschaft fördern, die die  
1500 Chancen der  
1501 Digitalisierung nutzt, sowie das sogenannte Urban Mining vorantreiben. Dadurch  
1502 schaffen wir  
1503 neue Geschäftsmodelle und verringern gleichzeitig den Bedarf an knappen  
1504 Primärrohstoffen.



1505 Mehrweg- und Pfandsysteme möchten wir europaweit vereinheitlichen und ausweiten.  
1506 Wir wollen  
1507 die Sammelquoten von Batterien erhöhen und insbesondere ein Rückgabesystem für  
1508 Lithium-  
1509 Ionen-Batterien einführen. Die Verwendung von kritischen Rohstoffen wie Lithium  
1510 sollte durch  
1511 weniger kritische Mineralien ersetzt werden, etwa durch den verstärkten Einsatz  
1512 von Natrium-  
1513 Ionen-Batterien. Hierfür wollen wir weitere Forschungsgelder bereitstellen.

1514 Rohstoffpartnerschaften schließen

1515 Um unsere Rohstofflieferquellen außerhalb der EU vielfältiger zu gestalten,  
1516 setzen wir uns  
1517 für eine nachhaltige Rohstoffaußenpolitik ein. Sie zielt darauf ab, neue und  
1518 strategische  
1519 Partnerschaften im Rohstoffsektor aufzubauen und bestehende Partnerschaften zu  
1520 vertiefen.  
1521 Wir unterstützen internationale Kooperationsformate wie die Minerals Security  
1522 Partnership  
1523 (MSP) und eine verstärkte Zusammenarbeit der G7 im Rahmen des Clubs für  
1524 kritische Rohstoffe.

1525 Darüber hinaus wollen wir partnerschaftliche Kooperationen mit rohstoffreichen  
1526 Ländern  
1527 weltweit vertiefen und diese bei der Um- und Durchsetzung ihrer Nachhaltigkeits-  
1528 und  
1529 Menschenrechtsstandards unterstützen. Wir wollen Kooperationsangebote nicht nur  
1530 einseitig im  
1531 europäischen Versorgungsinteresse ausrichten, sondern Partnerländern dabei zur  
1532 Seite stehen,  
1533 ihre Wertschöpfung im Rohstoffsektor zu erhöhen und sie so besser in  
1534 Lieferketten zu  
1535 integrieren. Wir wollen Länder bei dieser Aufgabe über den Global Gateway und  
1536 andere  
1537 Finanzierungsinitiativen unterstützen und in diesem Kontext auch den Ausbau von  
1538 Transport-  
1539 und Energieinfrastruktur fördern.

## 1540 8. Moderne Mobilität

1541 Europas Verkehrswende voranbringen

1542 Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, in Europa sicher und bezahlbar mobil  
1543 zu sein.  
1544 Damit das auch morgen noch so ist, gestalten wir ein Verkehrssystem, das  
1545 klimaneutral  
1546 funktioniert. Dazu gehört, dass Menschen sich auch ohne eigenen  
1547 Personenkraftwagen (Pkw)  
1548 komfortabel bewegen können. Wir brauchen gut ausgebaute Schienenwege und

1549 attraktive Züge,  
1550 ein engmaschiges Netz an Radwegen und Radrouten, den Ausbau der E-  
1551 Ladeinfrastruktur, ein  
1552 sicheres Straßennetz, klimaneutralen Flug- und Schiffsverkehr und attraktive  
1553 Angebote, um  
1554 verschiedene Verkehrsträger zu kombinieren.

1555 Eine solche Verkehrswende ist ein zentraler Baustein für ein gutes und  
1556 selbstbestimmtes  
1557 Leben im Einklang mit dem Klimaschutz – in der Stadt und auf dem Land. Wir  
1558 setzen uns  
1559 deshalb dafür ein, dass das europäische Bahnnetz weiter ausgebaut wird.  
1560 Insbesondere die  
1561 Wiederherstellung von Lückenschlüssen zwischen den Ländern, europäischer  
1562 Güterverkehr und  
1563 gute Nachtzüge haben für uns Priorität.

1564 Nachtzüge sind eine komfortable und klimafreundliche Möglichkeit, lange Strecken  
1565 innerhalb  
1566 Europas zurückzulegen, und damit eine gute Alternative zum Fliegen. Ein massiver  
1567 Ausbau des  
1568 Nachtzugverkehrs ist daher geboten. Wir setzen uns deshalb für reduzierte  
1569 Trassenpreise,  
1570 eine bessere Förderung für grenzüberschreitende Züge, für den zügigen Ausbau der  
1571 Eisenbahninfrastruktur und insbesondere eine industriepolitische Offensive für  
1572 moderne  
1573 Schlafwagen ein.

1574 Die Stärkung von Bahn- und Fahrradwirtschaft bietet nicht zuletzt große  
1575 Beschäftigungspotenziale in der Entwicklung, Produktion und Instandhaltung.  
1576 Insbesondere das  
1577 industriepolitische Potenzial der Fahrradwirtschaft für lokale,  
1578 ressourceneffiziente  
1579 Produktion ist bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Deshalb setzen wir uns für  
1580 eine  
1581 europäische Fahrradstrategie ein, die auch den Bau sicherer Fahrradwege und die  
1582 Förderung  
1583 der privaten und gewerblichen Nutzung von Cargobikes umfasst.

1584 Tickets einfach buchen

1585 Was beim Buchen von Flügen selbstverständlich ist, soll künftig auch für alle  
1586 Zugreisen in  
1587 Europa Standard sein. Mit einem anbieterübergreifenden Ticketing-System können  
1588 wir  
1589 Buchungsplattformen in die Lage versetzen, durchgehende Fahrkarten  
1590 einschließlich Sharing-  
1591 Angeboten für alle anzubieten. Dabei werden jeweils die günstigsten Fahrkarten  
1592 auf einfache  
1593 Weise zugänglich gemacht. Reisende werden anschauliche und transparente  
1594 Informationen zu den  
1595 Kosten, Fahrzeiten sowie zur Klimawirkung der jeweiligen Reiseoption bekommen

1596 und die für  
1597 sie beste Option wählen können. Damit Europa auf der Schiene zusammenrückt,  
1598 müssen Buchungen  
1599 einfacher erfolgen.

1600 Dies sollte auch für den Offlineverkauf von Fahrscheinen gelten.  
1601 Interrailtickets sollten  
1602 leichter reserviert werden können. Wir wollen zum unbeschwertem Reisen einladen  
1603 und deshalb  
1604 die Fahrgastrechte stärken. Zum Beispiel sollen Reisende bei Zugausfall jeden  
1605 beliebigen  
1606 nächsten Zug oder Bus nutzen können, auch wenn dieser von einem anderen  
1607 Unternehmen  
1608 betrieben wird.

1609 Auch im europaweiten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) soll eine  
1610 konsequente Umsetzung  
1611 des Open-Data-Prinzips dafür sorgen, dass Mobilitätsangebote für alle leicht und  
1612 günstig  
1613 nutzbar sind. Insbesondere Sharing-Modelle und die Kombination verschiedener  
1614 Verkehrsmittel,  
1615 zum Beispiel E-Bike und Bahn oder Park and Ride, sollen davon profitieren. Um  
1616 klimafreundliche Mobilität zu fördern, wollen wir Fahrgästen in neuen Zügen die  
1617 Fahrradmitnahme ermöglichen.

1618 Daneben wollen wir in Europa für das Flatrate-Prinzip im ÖPNV werben, das wir  
1619 mit dem  
1620 Deutschland-Ticket erfolgreich im eigenen Land etabliert haben. Das Deutschland-  
1621 Ticket soll  
1622 auch in der ersten Station im Nachbarland gelten, um den grenzübergreifenden  
1623 Austausch zu  
1624 stärken.

1625 Antriebswende umsetzen

1626 Damit auch morgen noch alle mobil sein können, wollen wir die Antriebswende zur  
1627 Klimaneutralität beschleunigen. Dabei muss das Prinzip gelten, so viele  
1628 Verkehrsmittel wie  
1629 möglich elektrisch mit erneuerbaren Energien zu betreiben. Grüner Wasserstoff  
1630 und die darauf  
1631 basierenden E-Fuels sollten bevorzugt dort eingesetzt werden, wo Verkehrsmittel  
1632 nicht  
1633 preiswerter elektrisch betrieben werden können.

1634 Die Automobilindustrie ist ein zentraler Industriezweig in Deutschland und  
1635 bietet viele  
1636 Arbeitsplätze. Wir wollen sie auch deshalb auf dem Weg der Antriebswende  
1637 unterstützen. Die  
1638 EU hat in einer historischen Entscheidung beschlossen, dass ab 2035 keine  
1639 fossilen  
1640 Verbrennungsmotoren in Pkw mehr neu zugelassen werden dürfen. Nun braucht es  
1641 eine  
1642 flächendeckende, intelligent vernetzte und effiziente Ladeinfrastruktur für alle

1643 Verkehrsmittel. Es muss ohne Probleme möglich sein, mit einem E-Auto von  
1644 Stockholm nach  
1645 Syrakus zu fahren. Um den Übergang zur E-Mobilität möglichst attraktiv zu  
1646 gestalten, wollen  
1647 wir aktuelle Mängel im Verbraucherschutz, zum Beispiel teure Roaming-Gebühren  
1648 beim Laden  
1649 eines E-Autos, abschaffen.

1650 Neueste Entwicklungen deuten darauf hin, dass auch der schwere Güterverkehr auf  
1651 der Straße  
1652 in Zukunft zum größten Teil batterieelektrisch abgewickelt werden kann. Dazu  
1653 braucht es den  
1654 schnellen Ausbau der Ladeinfrastruktur für Lastkraftwagen (Lkw) entlang der  
1655 europäischen  
1656 Fernstraßen und in den Güterverteilzentren.

1657 Neue Pkw und andere Verkehrsmittel sollen schon in der Herstellung und  
1658 Entwicklung durch  
1659 Effizienzstandards stärker an Energie- und Ressourceneffizienz orientiert  
1660 werden. So wollen  
1661 wir größere Anreize für Hersteller schaffen, um leichte und effiziente Lösungen  
1662 anzubieten.  
1663 Um den schweren Luft- und Schiffsverkehr klimaneutral zu gestalten, unterstützen  
1664 wir die  
1665 Produktion nachhaltiger Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien, zum Beispiel E-  
1666 Kerosin. Für  
1667 Häfen unterstützen wir den schnellen Aufbau einer klimaneutralen Versorgung. So  
1668 werden  
1669 fossile und biogene Brennstoffe im Verkehr in einer Generation der Vergangenheit  
1670 angehören.  
1671 Für den Flugverkehr unterstützen wir die Forschung und Entwicklung von  
1672 klimaneutralen  
1673 Technologien.

1674 Verkehr sicher machen

1675 Wir verfolgen die Vision Zero für den Straßenverkehr. Diese zielt darauf ab,  
1676 dass es keine  
1677 Verkehrsunfälle mit schweren Verletzungen mehr gibt. Wir setzen uns deshalb für  
1678 sichere  
1679 Schulwege, Tempo 30 und Verkehrssicherheitszonen in dicht bevölkerten  
1680 Innenstädten sowie für  
1681 ein EU-weites Tempolimit auf Autobahnen ein.

1682 Lärm wird als Gesundheitsfaktor noch immer unterschätzt. Wir setzen uns für  
1683 ambitioniertere  
1684 Reduktionsziele im Verkehr ein. Flugzeuge, Bahnen, Autos und Motorräder wollen  
1685 wir stärker  
1686 für die Gesundheit der Menschen in die Verantwortung nehmen. Dazu wollen wir die  
1687 EU-  
1688 Umgebungslärmrichtlinie sowie quellenbezogene Lärmrichtlinien (beispielsweise  
1689 Grenzwerte für

1690 die Geräuschemission von Fahrzeugen) weiterentwickeln und an den Stand der  
1691 Technik anpassen.  
1692 Mehrfachbelastungen wollen wir stärker berücksichtigen. So kann die  
1693 Gesundheitsbelastung der  
1694 Menschen durch Verkehr um bis zu 50 Prozent gesenkt werden. Auch Stickoxide,  
1695 (Ultra-  
1696 )Feinstaub, Reifen- und Bremsabrieb müssen für den Schutz der Gesundheit  
1697 minimiert werden.  
1698 Die Luftreinhaltungsrichtlinie und die Euro-7-Abgasnorm sind hierfür wichtige  
1699 Schritte.

## 1700 9. Gesunde Natur

1701 Unsere Natur bewahren

1702 Wir sind Teil der Natur. Unser Wohlstand, unsere Lebensqualität, unsere Zukunft  
1703 hängen von  
1704 ihr ab. Die Natur zu schützen und dafür Sorge zu tragen, dass wir sie auch in  
1705 Zukunft noch  
1706 verantwortungs- und respektvoll nutzen können, ist eine entscheidende Aufgabe  
1707 der Politik.  
1708 Das gilt nicht zuletzt, weil der Reichtum der europäischen Lebensräume – von den  
1709 unberührten  
1710 Wäldern Nord- und Osteuropas über die vielfältigen Kulturlandschaften  
1711 Mitteleuropas bis hin  
1712 zum Mittelmeer – unser Selbstverständnis als Europäer\*innen prägt und weltweit  
1713 für unseren  
1714 Kontinent steht.

1715 Wir haben hier auch dank unserer Anstrengungen in Deutschland und Europa in den  
1716 vergangenen  
1717 Monaten große Durchbrüche erzielt:

1718 Das EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law, NRL)  
1719 sowie die  
1720 Vereinbarungen der Weltnaturkonferenz in Montreal 2022 und das Abkommen der UN  
1721 zum Schutz  
1722 der Biodiversität auf Hoher See sind historische Meilensteine. 30 Prozent der  
1723 Land- und  
1724 Meeresflächen sollen dank dieser Abkommen unter Naturschutz stehen, 10 Prozent  
1725 der Flächen  
1726 sogar unter besonderem Schutz. Bedrohte Arten und Lebensräume sollen endlich  
1727 besser  
1728 geschützt und geschädigte Ökosysteme wiederhergestellt werden. Zudem wurden  
1729 erstmals  
1730 verbindliche Regeln für den Schutz der Hohen See vereinbart. Insgesamt dürfen  
1731 damit  
1732 Meeresressourcen nur noch nachhaltig genutzt werden. Mit dem NRL haben wir im  
1733 Europäischen  
1734 Parlament unseren Kontinent auf den Kurs für die dringend notwendige  
1735 Wiederherstellung der

1736 europäischen Natur gesetzt. Diese Pläne müssen wir jetzt verwirklichen: Eine  
1737 verbesserte  
1738 Naturschutzfinanzierung ist zum Erreichen der globalen und europäischen Ziele  
1739 unabdingbar.  
1740 Deshalb fordern wir einen eigenen Naturschutzfonds ein. Mit dem NRL sollen bis  
1741 2050 alle  
1742 Ökosysteme auf den Weg der Erholung geführt werden. Wir setzen uns dafür ein,  
1743 dass die  
1744 entsprechenden Konzepte bis 2035 vorliegen müssen.

1745 Artenvielfalt retten

1746 Die Klimakrise geht einher mit einer Biodiversitätskrise extremen Ausmaßes.  
1747 Beide bedingen  
1748 einander: Die Natur ist unsere wichtigste Verbündete im Kampf gegen die  
1749 Klimakrise.  
1750 Naturschutz und Klimaschutz müssen gemeinsam gedacht werden.

1751 Wir möchten daher besonders den natürlichen Klimaschutz fördern.  
1752 Schlüsselemente sind hier  
1753 die Wiedervernässung von Mooren und Auen, ein naturnaher Waldumbau und  
1754 effektiver  
1755 Meeresschutz.

1756 Wir setzen uns dafür ein, dass es keinen Tiefseebergbau geben wird, bis  
1757 ausreichend  
1758 wissenschaftliche Erkenntnisse über dessen Auswirkungen vorliegen und ernsthafte  
1759 Umweltschäden ausgeschlossen werden können. Denn neben Mooren und Wäldern  
1760 gehören die Ozeane  
1761 zu den wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen die Klima- und  
1762 Biodiversitätskrisen.

1763 Intakte Ökosysteme gibt es nur mit einer lebendigen Artenvielfalt. Von den 8  
1764 Millionen Tier-  
1765 und Pflanzenarten auf unserer Erde sind 1 Million vom Aussterben bedroht – und  
1766 damit ein  
1767 unendlicher Reichtum. Dieses Massensterben muss dringend gestoppt werden. Ein  
1768 wichtiger  
1769 Hebel dafür ist die Art und Weise, wie wir Flächen bewirtschaften. Den  
1770 Artenschwund in und  
1771 um Agrarflächen und Wälder wollen wir stoppen, indem wir die Flächenversiegelung  
1772 aufhalten  
1773 und den Naturschutz in der Bewirtschaftung von Flächen stärken. Der Erhalt von  
1774 Ökosystemen  
1775 muss deshalb immer mitgedacht werden. Wir setzen uns insbesondere für den  
1776 Insekten-, Vogel-  
1777 und Bodenschutz ein. In der Bewirtschaftung wollen wir die ökologische  
1778 Landwirtschaft und  
1779 naturnahe Waldbewirtschaftung fördern. Wir brauchen Misch- statt Monokulturen in  
1780 Land- und  
1781 Forstwirtschaft, weniger Pestizideinsatz sowie eine Abkehr von degradierenden  
1782 Praktiken wie

1783 Kahlschlägen. Wir machen uns gegen illegale Rodungen stark und fordern klare,  
1784 einheitliche  
1785 Definitionen für die europäische Forstwirtschaft. Dafür braucht es ein  
1786 einheitliches  
1787 Monitoring und europaweite ökologische Mindeststandards im Wald. Im Hinblick auf  
1788 die  
1789 zunehmende Trockenheit brauchen wir außerdem eine europäische  
1790 Waldbrandstrategie, die durch  
1791 naturnahe Wälder, die Vermeidung von Kahlschlägen und ökologische  
1792 Schutzkorridore die  
1793 Brandgefahr eindämmt.

1794 Zur Erhaltung der Artenvielfalt wollen wir die natürlichen Lebensräume wieder  
1795 miteinander  
1796 vernetzen, sodass Wanderungen und ein genetischer Austausch möglich und dadurch  
1797 stabile  
1798 Populationen gesichert sind. Das ist eine grüne Infrastruktur für Europas Natur.  
1799 Zentral  
1800 dafür ist das Natura-2000-Netzwerk. Die genetische Vielfalt fördert die  
1801 Resilienz unserer  
1802 Ökosysteme und schafft somit auch einen gesellschaftlichen Mehrwert. Die  
1803 Korridore sollen in  
1804 engem Austausch mit den Kommunen, Landwirt\*innen und Förster\*innen entstehen.  
1805 Darüber hinaus  
1806 wollen wir sicherstellen, dass Ökosysteme nicht zusätzlich zerschnitten werden,  
1807 ohne einen  
1808 genetischen Austausch zu gewährleisten. Wir engagieren uns für die  
1809 Bereitstellung  
1810 finanzieller Anreize für Landwirt\*innen und Landbesitzer\*innen, um nachhaltige  
1811 Praktiken  
1812 einzuführen, die den Schutz der Natur und der Artenvielfalt fördern.

1813 In diesem Rahmen wollen wir klimaresiliente Ökosysteme wiederherstellen und  
1814 Ausweichschutzgebiete für kälteliebende Arten sowie Hilfsprogramme für besonders  
1815 betroffene  
1816 Arten schaffen.

1817 Umwelt schützen

1818 Die zunehmende Verschmutzung und Vermüllung ist neben der Klima- und  
1819 Biodiversitätskrise die  
1820 dritte große Herausforderung für den Schutz unserer natürlichen  
1821 Lebensgrundlagen. Sie  
1822 belastet Mensch und Ökosysteme. Eine wichtige Rolle spielen dabei die  
1823 Auswirkungen der  
1824 Nutzung umwelt- und gesundheitsschädlicher Chemikalien. Besonders vordringlich  
1825 ist es,  
1826 Stoffe in den Blick zu nehmen, die Mensch und Ökosysteme dauerhaft schädigen.  
1827 Dazu zählen  
1828 sogenannte Ewigkeitschemikalien wie [per- und polyfluorierte Chemikalien \(PFAS\)](#).  
1829 Diese werden  
1830 seit Jahrzehnten zum Beispiel in der Herstellung von Halbleitern,

1831 Medizinprodukten,  
1832 Textilien oder Kältemitteln vielfältig verwendet. Überall dort, wo sie gut  
1833 ersetzt werden  
1834 können und insbesondere in verbrauchernahen Produkten, wollen wir aus ihrer  
1835 Verwendung rasch  
1836 aussteigen. Gleichzeitig brauchen wir einen differenzierten Regulierungsrahmen,  
1837 um die  
1838 Entwicklung von Alternativen zu verstärken und den Produktionshochlauf wichtiger  
1839 Zukunftstechnologien wie Elektrolyseuren oder elektrischer Antriebe nicht zu  
1840 gefährden.

1841 Wir setzen uns zudem für eine Chemikalienstrategie ein, die  
1842 Nachhaltigkeitsanforderungen  
1843 wirklich umsetzt, vor allem bei Spielzeug-, Lebensmittelkontaktmaterialien und  
1844 Kosmetik. Wir  
1845 wollen deshalb bei der Reform des europäischen Instruments für die Sicherheit  
1846 von  
1847 Chemikalien (REACH-Regelung) schneller vorankommen. Wir setzen uns für die  
1848 Verwendung eines  
1849 umfassenderen Ansatzes zur Risikobewertung ein, der verschiedene Dimensionen der  
1850 Wirkung von  
1851 Chemikalien, schnellere Verfahren und bessere Sanktionsmöglichkeiten  
1852 berücksichtigt.

1853 Vor allem aber wollen wir unsere Chemie nachhaltig und damit zukunftstauglich  
1854 aufstellen.  
1855 Deshalb setzen wir uns für ein neues Investitionsprogramm für sichere und  
1856 nachhaltige  
1857 Chemikalien „made in EU“ (EU Sustainable Chemistry Act) zur Förderung des  
1858 Markthochlaufs von  
1859 Green Chemistry ein. Dies ist ein Teil unseres Programms für eine klimagerechte  
1860 Industriepolitik.

1861 Sauberes Wasser für alle

1862 Besonders extreme Dürren und Starkregenereignisse nehmen in Europa deutlich zu.  
1863 Das ist eine  
1864 große Herausforderung, um in ganz Europa die Versorgung mit sauberem Wasser  
1865 sicherzustellen,  
1866 und ein Stressfaktor für unsere Natur. Bilanziell hat etwa Deutschland in den  
1867 vergangenen 20  
1868 Jahren 20 Prozent seiner Wasservorräte verloren. Wir brauchen deshalb eine  
1869 europäische  
1870 Wasserstrategie, die Extreme abpuffert, sauberes Trinkwasser für alle sichert  
1871 sowie den  
1872 Bedarf in der Landwirtschaft und in den natürlichen Lebensräumen deckt. Neben  
1873 dem Gesetz zur  
1874 Wiederherstellung der Natur müssen auch die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie  
1875 schnellstmöglich umgesetzt werden, um die Übernutzung von Grundwasser und die  
1876 dadurch  
1877 drohende Schädigung von Feuchtgebieten und Flüssen zu verhindern.



1878 Wir setzen uns ein für den Umbau hin zu einer klimaresilienten  
1879 Wasserinfrastruktur und einem  
1880 naturverträglichen Hochwasserschutz. Das Risiko von Überflutungen durch  
1881 Starkregenereignisse  
1882 reduzieren wir durch mehr Regenwasserbecken, Grünflächen, Bäume und  
1883 Fassadenbegrünung.  
1884 Dieser Umbau zur Schwammstadt bietet gleichzeitig Kühlung und verbessert die  
1885 Luftqualität.

1886 Wir brauchen klare europaweite Grenzwerte, um bei länderübergreifenden  
1887 Wasserkrisen, wie an  
1888 der Oder, konsequent handeln zu können. Wir verschreiben uns dem Ziel, 25.000  
1889 Kilometer in  
1890 der EU in frei fließende Flüsse zu renaturieren – wie in der EU-  
1891 Biodiversitätsstrategie  
1892 vorgesehen. Und wir setzen uns für einen Vorrang für Trinkwasser gegenüber  
1893 gewerblicher oder  
1894 landwirtschaftlicher Nutzung ein.

1895 Dazu ist es auch notwendig, die sparsame Nutzung und die Speicherung von Wasser  
1896 in der  
1897 Landschaft stärker in den Mittelpunkt zu stellen, ob im Gemüsebau durch  
1898 Tröpfchenbewässerung, im Wald durch naturnahen Mischwald oder in Gewerbe und  
1899 Industrie durch  
1900 sparsame Prozesse und Wiederaufbereitung. Hier setzen wir verstärkt auf  
1901 Kooperation  
1902 innerhalb Europas und mit den Mittelmeeranrainern. Denn die Erfahrungen in den  
1903 semiariden  
1904 Gebieten des Südens werden in den anderen Teilen Europas dringend gebraucht.

1905 Tiere schützen

1906 Wir haben eine besondere Verantwortung für Tiere in menschlicher Obhut. Wir  
1907 wollen, dass  
1908 Europa alle Tiere durch konsequente und ambitionierte Gesetzgebung sowie die  
1909 Durchsetzung  
1910 bestehender Regelungen schützt. Denn Europäer\*innen wollen Tierschutz: Sechs der  
1911 zehn  
1912 erfolgreichen europäischen Bürgerinitiativen setzen sich dafür ein.

1913 Wir fordern die Umsetzung der Initiative „Fur Free Europe“, um die Pelztierzucht  
1914 und den  
1915 Handel mit Zuchtpelzprodukten auf dem europäischen Markt zu verbieten.

1916 Wir setzen uns darauf aufbauend für eine konsequente Umsetzung des EU-  
1917 Aktionsplans zur  
1918 Bekämpfung des illegalen Artenhandels ein. Den Import von Wildfängen für die  
1919 Privathaltung  
1920 wollen wir beenden sowie den Import und Handel von Arten unter Strafe stellen,  
1921 die in ihrem  
1922 Herkunftsland national geschützt sind. Wir sind für ein Einfuhrverbot von  
1923 Jagdtrophäen von  
1924 Tierarten, die durch das Washingtoner Artenschutzübereinkommen und die EU-

1925 Artenschutzverordnung geschützt sind, wie bereits vom EU-Parlament gefordert. In  
1926 Handelsabkommen setzen wir uns für hohe Tierschutzstandards ein.  
1927 EU und Mitgliedsländer sollen konkrete Ausstiegspläne aus Tierversuchen  
1928 erstellen, die  
1929 Experimente an Tieren für Chemikalienprüfungen und Medizinprodukte wo immer  
1930 möglich beenden,  
1931 für Arzneimittelentwicklung und Grundlagenforschung reduzieren und auch die  
1932 Förderung  
1933 tierversuchsfreier Bildungs- und Ausbildungsinitiativen umfassen. Die  
1934 Entwicklung und  
1935 Anerkennung von Ersatzmethoden wollen wir verstärken und beschleunigen. Geprüfte  
1936 tierfreie  
1937 Methoden sollen unverzüglich in Testrichtlinien aufgenommen werden und an die  
1938 Stelle von  
1939 Tierversuchen treten.

## 1940 **10. Eine starke Landwirtschaft**

1941 Gemeinsame Agrarpolitik weiter entwickeln

1942 Landwirt\*innen versorgen uns nicht nur mit dem, was wir zum Überleben brauchen.  
1943 Sie sorgen  
1944 auch für eine Vielfalt an Lebensmitteln in Europa, die ihresgleichen sucht.  
1945 Gleichzeitig  
1946 erhalten und pflegen sie so unsere Kulturlandschaften, die Felder, Wiesen und  
1947 Weinberge, die  
1948 Europa auszeichnen. Wir wollen diese Landwirtschaft stärken – im Einklang mit  
1949 der Natur und  
1950 im Dienste aller Menschen, der Produzent\*innen wie der Verbraucher\*innen.

1951 Wir wollen dazu die europäische Agrarpolitik so umbauen, dass diejenigen, die  
1952 die Flächen  
1953 bewirtschaften, unbürokratisch für den Erhalt der Natur und der Kulturlandschaft  
1954 bezahlt  
1955 werden. Denn sie sind es, die diese gesellschaftliche Leistung erbringen, und  
1956 nicht die  
1957 Eigentümer\*innen der Flächen.

1958 Statt pauschalen, flächenbezogenen Direktzahlungen in der Gemeinsamen  
1959 Agrarpolitik (GAP),  
1960 die Fehlanreize setzen und nicht zielgerichtet zu einer zukunftsfähigen  
1961 landwirtschaftlichen  
1962 Struktur beitragen, wollen wir konsequent Leistungen für Klima, Umwelt,  
1963 Biodiversität,  
1964 Gesundheit – und damit für das Gemeinwohl entlohnen. Leistungen sind so zu  
1965 gestalten, dass  
1966 sie Planungssicherheit ermöglichen und direkt bei den Landwirt\*innen ankommen,  
1967 die vor Ort  
1968 verankert sind.

---

1969 Die EU-Agrarpolitik können wir damit so gestalten, dass sie allen in der  
1970 Landwirtschaft  
1971 tätigen Frauen und Männern eine Perspektive bietet, denn jeder Hof zählt. Indem  
1972 wir  
1973 regionale Wertschöpfungsketten vom Bauernhof bis zum Teller und das  
1974 Lebensmittelhandwerk  
1975 stärken, verbessern wir ihre wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

1976 Landwirt\*innen müssen dabei gegenüber den Verarbeiter\*innen und dem Einzelhandel  
1977 in der  
1978 Wertschöpfungskette gestärkt werden. Insbesondere der Einzelhandel kann und muss  
1979 einen  
1980 höheren Beitrag zur Stabilisierung der Erlöse für die Produzenten und der Preise  
1981 für die  
1982 Verbraucher\*innen leisten. Wir setzen uns deshalb für europaweite Regelungen  
1983 ein, um  
1984 Preisdumping im Lebensmittelbereich zu beenden.

1985 Gute Lebensmittel für alle

1986 Ernährung ist ein zentraler Teil unserer Kultur und individuellen Identität. Sie  
1987 ist  
1988 maßgeblich für unsere Gesundheit und unsere Lebensqualität. Wir wollen eine gute  
1989 Ernährung  
1990 für alle ermöglichen. Das ist auch ein Beitrag zur Stärkung regionaler  
1991 Wirtschaftsräume,  
1992 denn die Herstellung und Verarbeitung von Lebensmitteln vor Ort schafft  
1993 Wohlstand und  
1994 regionale Identität.

1995 Jede und jeder soll frei entscheiden können, was auf den Teller kommt. Die EU  
1996 kann die  
1997 Entscheidungsfreiheit von Verbraucher\*innen schützen, indem sie für verlässliche  
1998 Informationen über Herkunft und Inhalt von Lebensmitteln sorgt. Wir unterstützen  
1999 daher  
2000 europaweite Labels, um nachhaltigen, regionalen, saisonalen, vielfältigen und  
2001 tierschutzkonformen Konsum zu ermöglichen. Mit einem EU-weiten Rahmen für  
2002 nachhaltige  
2003 Ernährungssysteme stellen wir die Zeichen auf Nachhaltigkeit. Wir wollen etwa  
2004 durch  
2005 Änderungen des Vergaberechts Anreize setzen für eine bessere Ernährung in der  
2006 Gemeinschaftsverpflegung, von Kita bis Krankenhaus. Wir wollen ein Umfeld  
2007 schaffen, in dem  
2008 es leicht ist, sich gesund und nachhaltig zu ernähren. Wir wollen, dass  
2009 Nahrungsmittel frei  
2010 von chemischen Rückständen wie Pestiziden und hormonwirksamen Stoffen sind. So  
2011 schaffen wir  
2012 eine nachhaltige und gesunde Ernährung für alle, besonders für Kinder.

2013 Lebensmittel gehören auf den Teller und nicht in den Müll. Wir setzen uns  
2014 deshalb für  
2015 rechtsverbindliche Maßnahmen ein, um die Lebensmittelverschwendung bis 2030 zu

2016 halbieren,  
2017 einschließlich der Neubewertung von Aussortierungsmerkmalen und Supermarktnormen  
2018 sowie der  
2019 Einführung von Verzehr- statt Mindesthaltbarkeitsdaten, um verbindlichere  
2020 Angaben für die  
2021 sichere Verzehrbarkeit von Lebensmitteln zu liefern.

2022 Ökologische Landwirtschaft gestalten

2023 Europas Landwirtschaft muss nachhaltiger wirtschaften, um die Ernährung der  
2024 Zukunft zu  
2025 sichern. Agrarökologische Ansätze, die dieses Ziel verfolgen, können dabei der  
2026 gesamten  
2027 Landwirtschaft helfen. Ökologische Landwirtschaft ist die Vorreiterin dafür:  
2028 Unser Ziel ist  
2029 es, bis 2030 einen Anteil von 25 Prozent ökologischer Landwirtschaft zu  
2030 erreichen und diesen  
2031 Anteil bis 2035 und darüber hinaus weiter zu erhöhen. Ökologisch wirtschaftende  
2032 Betriebe  
2033 erzielen in Deutschland ein höheres Einkommen pro Person als konventionelle  
2034 Betriebe. Das  
2035 zeigt, dass es sich schon jetzt finanziell lohnt, in eine regionale und  
2036 nachhaltige  
2037 Wirtschaftsweise zu investieren. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür stärken.

2038 Dazu gehört auch die Forschungs- und Förderpolitik der EU. Es braucht mindestens  
2039 30 Prozent  
2040 der Mittel für den Ökolandbau in der Züchtungsforschung sowie Unterstützung bei  
2041 der  
2042 Entwicklung innovativer Konzepte für die Bio-Wertschöpfungskette. Außerdem  
2043 sollen  
2044 Ökobetriebe nicht mehr doppelt nachweisen müssen, dass sie Vorschriften  
2045 einhalten. Das EU-  
2046 Biosiegel wollen wir beim Tierschutz, insbesondere in der Eierproduktion,  
2047 nachschärfen.

2048 Für eine nachhaltige und transparente Landwirtschaft ist es unabdingbar, dass  
2049 Betriebe, die  
2050 gentechnikfrei wirtschaften wollen, dies sicher tun können. Die EU soll  
2051 garantieren, dass  
2052 alle wissen, was bei ihnen auf den Teller kommt und wo es hergestellt wurde.  
2053 Transparenz und  
2054 Wahlfreiheit müssen besonders bei gentechnisch veränderten Futter- und  
2055 Lebensmitteln  
2056 sichergestellt werden. Patente auf Pflanzen lehnen wir ab, egal ob diese ihren  
2057 Ursprung in  
2058 konventioneller Züchtung oder in gentechnischen Verfahren haben. Damit sichern  
2059 wir die  
2060 Zukunft besonders kleiner und mittelständischer Landwirtschafts- und  
2061 Zuchtbetriebe.

2062 Der übermäßige Einsatz von Pestiziden belastet unsere Natur auf vielfache Weise.  
2063 Die bisher  
2064 verabschiedeten europäischen Pläne zur Schadstoffreduktion aber werden noch  
2065 nicht konkret  
2066 umgesetzt. Das wollen wir ändern und dafür sorgen, dass die Ziele der EU auf  
2067 wissenschaftlicher Basis weiterentwickelt werden. Die Mitgliedstaaten wollen wir  
2068 zu weiteren  
2069 wirksamen Maßnahmen verpflichten, etwa einer Pestizidabgabe.

2070 Wir schließen Rechtslücken, die bisher zum Beispiel den Einsatz von  
2071 fruchtbarkeitsschädigenden Chemikalien in Dünger oder von Mikroplastik in  
2072 Pestiziden  
2073 erlauben. Die Genehmigungsverfahren für Pestizide wollen wir reformieren, indem  
2074 die  
2075 vorgelegten Studien nicht mehr von den Herstellern, sondern von den  
2076 Bewertungsbehörden in  
2077 Auftrag gegeben werden. Die Hersteller dürfen sich nicht länger aussuchen  
2078 können, in welchem  
2079 Mitgliedstaat die Behörden ihre Anträge prüfen. Um Zeit und Kapazitäten zu  
2080 gewinnen,  
2081 beschleunigen wir die Genehmigungsverfahren von Stoffen, bei denen früh klar  
2082 ist, dass sie  
2083 aufgrund von Ausschlusskriterien nicht genehmigungsfähig sind. Zudem setzen wir  
2084 uns für die  
2085 konsequente Umsetzung des Verursacherprinzips ein, sodass Unternehmen, die  
2086 Pestizide in den  
2087 Verkehr bringen, für entstandene Schäden im Grundwasser oder in der  
2088 Biolandwirtschaft  
2089 haften.

2090 Mit Nachhaltigkeit Ernährung sichern

2091 Die Landwirtschaft leidet besonders unter der Klimakrise mit langen Dürren und  
2092 plötzlichem  
2093 Starkregen. Wenn wir die Überdüngung beenden, den Einsatz von fossilen Düngern  
2094 zurückfahren  
2095 und die Böden wieder zu Senken von CO<sub>2</sub> machen, ist die Landwirtschaft ein  
2096 zentraler Teil des  
2097 natürlichen Klimaschutzes. Deshalb setzen wir uns für die Wiedervernässung von  
2098 Mooren, den  
2099 Aufbau von Holzmasse und die Weidewirtschaft ein – mit stabilen  
2100 Einkommensperspektiven für  
2101 Landwirt\*innen. So kann die Landwirtschaft ihren nötigen Beitrag zum Klimaschutz  
2102 und zur  
2103 Klimaanpassung leisten.

2104 Die Wiedervernässung der Moore geht nur mit den Landwirt\*innen zusammen. Uns ist  
2105 wichtig,  
2106 dass die Wertschöpfung in den Moorregionen erhalten bleibt. Deswegen  
2107 unterstützen wir  
2108 Landwirt\*innen bei der Bewirtschaftung von wiedervernässten Moorflächen und  
2109 fördern den

2110 Aufbau neuer Wertschöpfungsketten in ländlichen Räumen. Sowohl Moore als auch  
2111 die

2112 Weidewirtschaft auf mineralischen Böden sind ein echter Klimaschützer, da hier  
2113 deutlich mehr

2114 Kohlenstoff gespeichert wird als im Ackerboden. Außerdem stellt die  
2115 Weidewirtschaft die

2116 tierfreundlichste Haltung dar. Diese wollen wir stärker fördern.

2117 Die europäischen Meere und ihre Fischbestände sind in einem schlechten Zustand.

2118 Wir werden

2119 deshalb die Meeresumwelt besser schützen, um auch den Fischbeständen und unseren

2120 Fischer\*innen eine nachhaltige Perspektive zu geben. Deshalb unterstützen wir

2121 den

2122 Aktionsplan der Kommission zur Erhaltung der Fischereiresourcen und zum Schutz

2123 der

2124 Meeresökosysteme. Wir fördern Alternativen zur Stellnetz- und

2125 Schleppnetzfisherei und gehen

2126 gegen besonders umweltschädliche Fangmethoden vor.

2127 Tiere gut halten

2128 Wir wollen die Tierhaltung so gestalten, dass sie wertvolle Lebensmittel liefern

2129 kann, Tiere

2130 als Lebewesen in ihren Bedürfnissen respektiert und Teil einer nachhaltigen

2131 Bewirtschaftung

2132 unserer vielfältigen Landschaften ist. Die industrielle Tierhaltung dagegen

2133 gefährdet

2134 essenzielle Lebensgrundlagen und die Gesundheit der Menschen: zoonotische

2135 Erreger,

2136 multiresistente Keime, Trinkwasserverschmutzung, Lebensraumzerstörung,

2137 Artenverlust,

2138 Lebensmittelverschwendung in der Tiermast und hohe Klimagasemissionen – wenn wir

2139 Tieren

2140 schaden, schaden wir uns letztlich selbst.

2141 Deshalb wollen wir weniger Tiere besser halten und die Züchtung auf ihre

2142 Gesundheit

2143 konzentrieren. Daher setzen wir uns für die Etablierung, Verbesserung und

2144 bessere Kontrolle

2145 einheitlicher europaweiter Tierschutzstandards in Zucht, Haltung, Transport,

2146 Tötung und

2147 Handel ein. Das umfasst das Ende von Käfig- und Kastenhaltung sowie von

2148 fehlenden

2149 Brandschutzvorkehrungen. Im Mittelpunkt steht für uns die möglichst lokale

2150 Verarbeitung: Wir

2151 brauchen eine deutliche Reduzierung von Lebendtiertransporten. Dabei möchten wir

2152 Langstreckentransporte auf acht Stunden begrenzen und Tiertransporte in schwer

2153 kontrollierbare Regionen unterbinden. Bei der Schlachtung fordern wir eine

2154 bessere

2155 Kontrolle, ein Ende der CO<sub>2</sub>- und Wasserbadbetäubung, die Betäubungspflicht bei

2156 der Tötung

2157 von Fischen, Krebsen, Hummern und Tintenfischen und ein Verbot der Tötung von  
2158 Küken.

2159 Die Gesundheit von Mensch und Tier ist durch den übermäßigen Antibiotikaeinsatz  
2160 in der  
2161 landwirtschaftlichen Tierhaltung massiv bedroht. Derzeit werden mehr Antibiotika  
2162 an gesunde  
2163 Tiere als an kranke Menschen verabreicht. Den Antibiotikaeinsatz wollen wir  
2164 drastisch  
2165 reduzieren, um die Entstehung multiresistenter Keime zu vermeiden, die eine der  
2166 größten  
2167 gesundheitlichen Bedrohungen auch für den Menschen darstellen. Dafür braucht es  
2168 eine  
2169 Umstellung auf bessere Haltungsformen, eine Steigerung der Tiergesundheit, die  
2170 Einschränkung  
2171 der Gruppenbehandlung und vorrangige Behandlung kranker Einzeltiere.  
2172 Reserveantibiotika  
2173 sollen der Humanmedizin vorbehalten sein.

## A4 B – Was Gerechtigkeit schützt

Antragsteller\*in: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 11.09.2023)

### Antragstext

1 Inflation mit steigenden Lebenshaltungskosten, Pandemie und zunehmende  
2 Wetterextreme haben  
3 viele Menschen in ganz Europa vor große Herausforderungen gestellt. Familien und  
4 Rentner\*innen mussten wegen der gestiegenen Lebenshaltungskosten schmerzhaft  
5 Einschnitte  
6 hinnehmen. Für viele Selbstständige und kleine Betriebe ist die  
7 Existenzgrundlage  
8 weggebrochen. Und bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein sorgen  
9 gestiegene  
10 Lebenshaltungskosten für akute, bisweilen gar existenzielle Nöte.

11 Zugleich hat die Krisenbewältigung der letzten Jahre gezeigt, was alles möglich  
12 ist, wenn  
13 wir zusammenstehen – in Deutschland und Europa.

14 Menschen sehnen sich in diesen Zeiten der Krise nach Stabilität und  
15 Zusammenhalt. Europa  
16 bietet darauf die Antwort. Die europäische Einigung hat den Lebensstandard von  
17 Millionen von  
18 Menschen angehoben und mehr soziale Sicherheit gebracht. Wir sind überzeugt: Die  
19 Menschen in  
20 Europa müssen sich gerade in Krisenzeiten auf einen starken Sozialstaat  
21 verlassen können,  
22 der wirksam vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützt.

23 Die Europäische Union (EU) kann einen Schutzraum bieten, der die sozialen Rechte  
24 grenzüberschreitend und für die gesamte Breite der Gesellschaft sichert. Die EU  
25 kann  
26 zugleich für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sorgen, die gerechten  
27 Wohlstand  
28 überhaupt erst ermöglichen. Ein Wohlstand, der bei denen ankommen muss, die ihn  
29 erarbeiten.

30 Ein Wohlstand für die Vielen. Indem wir europaweit die Infrastruktur für  
31 klimaneutrales  
32 Wirtschaften bauen, erzeugen wir Wertschöpfung, erhalten und schaffen gute Jobs  
33 für  
34 Millionen von Menschen: Wirtschaftliche und soziale Infrastruktur gehen Hand in  
35 Hand und  
36 bedingen einander.

37 Das starke und gerechte Europa, das wir gestalten wollen, zielt im Kern auf den  
38 Schutz jeder  
39 und jedes Einzelnen, auf den Respekt vor der Leistung aller. Es schützt die  
40 Rechte der  
41 Arbeitnehmer\*innen gegen Ausbeutung. Es reduziert Ungleichheit. Es sichert den  
42 Anspruch der  
43 Bürger\*innen auf wirksame Medikamente und den Zugang zu hochwertiger  
44 Gesundheitsversorgung.



45 Es sorgt dafür, dass Verbraucher\*innen ihre Ansprüche durchsetzen können. Es  
46 trägt dazu bei,  
47 dass Familien besser abgesichert sind und Kinder eine gute Zukunft haben.

48 Europa ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Die Europäische ist auch eine soziale  
49 Union, die  
50 sich dem sozialen Fortschritt verschrieben hat. Das Versprechen von einem Leben  
51 in Würde und  
52 Freiheit, von guten Arbeits- und Lebensbedingungen, von gleichen Chancen und  
53 einem Auskommen  
54 ohne Armut, Ausgrenzung oder Diskriminierung zeichnet Europa aus – ein  
55 Gerechtigkeitsversprechen an die Breite der Gesellschaft.

56 Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Versprechen nun auch überall eingelöst  
57 wird. Dafür  
58 wollen wir die soziale Dimension der EU weiter stärken. Wir wollen die  
59 Bedingungen dafür  
60 verbessern, dass alle Europäer\*innen noch einfacher und sicherer überall in der  
61 Union leben  
62 und arbeiten können. So wird soziale Sicherheit zu einem Mehr an Freiheit.

63 Dazu wollen wir ein Europa, das verbindliche Standards setzt – für faire Löhne  
64 und starke  
65 Gewerkschaften, gegen Willkür und Ausbeutung. Davon profitieren letztlich alle  
66 in der EU,  
67 egal ob in wohlhabenden oder ärmeren Regionen. So ergänzt die soziale  
68 Infrastruktur die  
69 wirtschaftliche; so erfüllen wir den europäischen Anspruch an eine  
70 Infrastrukturunion für  
71 alle; so schaffen wir Zusammenhalt über den ganzen Kontinent hinweg. Denn klare  
72 Mindeststandards beugen einem Wettlauf nach unten bei der sozialen Sicherung  
73 wirksam vor.

74 Wir stehen für ein starkes soziales Europa, das die Menschen vor Krisen schützt  
75 und vor Ort  
76 einen echten Unterschied macht. Wenn wir über die europäische Souveränität  
77 sprechen, dann  
78 geht es uns auch um die Ausgestaltung und die Verteidigung des europäischen  
79 Sozialmodells,  
80 das sich in einer globalisierten Welt behauptet – und für Wohlstand und  
81 materielle  
82 Sicherheit, gute Arbeit und hohe Sozialstandards steht. Dies gilt umso mehr, als  
83 die  
84 Herausforderung der Klimaneutralität, technologischer Fortschritt und der  
85 demografische  
86 Wandel die Arbeitswelt verändern.

87 In der Europäischen Säule sozialer Rechte sind die Grundsätze für ein soziales  
88 Europa  
89 angelegt. Sie ist ein wichtiger Meilenstein einer europäisch abgestimmten  
90 sozialen Politik.  
91 Doch bei Grundsätzen und Empfehlungen darf es nicht bleiben. Wir wollen  
92 rechtsverbindliche

93 und einklagbare Arbeits- und Sozialstandards daraus ableiten. Auch wenn der  
94 Sozialstaat  
95 institutionell in erster Linie in den Mitgliedstaaten verankert ist, darf  
96 soziale  
97 Gerechtigkeit nicht an Landesgrenzen haltmachen.

98 Wir wollen ein gerechtes Europa bauen. Das gerechte Europa ist ein Gemeinwesen,  
99 das  
100 solidarisch finanziert wird, ohne Steuerschlupflöcher für Superreiche. Das  
101 gerechte Europa  
102 ist ein Kontinent, auf dem jede und jeder gut leben kann – ob im Großraum  
103 Mailand, in der  
104 Lausitz oder im ländlichen Rumänien. Das gerechte Europa bietet Zugang zu fair  
105 bezahlter  
106 Arbeit und öffentlichen Dienstleistungen, zu guter Bildung und intakter Natur.

107 Kurzum: Das gerechte Europa ist ein Raum der Chancen und der Solidarität. Es  
108 bekämpft  
109 soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen. Es fördert soziale Gerechtigkeit, die  
110 Gleichstellung von Frauen und Männern, den Zusammenhalt zwischen den  
111 Generationen, Familien  
112 und den Schutz der Rechte des Kindes. So ist es im Gründungsvertrag der EU  
113 angelegt. Für  
114 diese Gerechtigkeit streiten wir. Dieses Europa wollen wir sein.

## 115 1. Gute Arbeit und soziale Sicherheit

### 116 Faire Löhne erreichen

117 Gute Arbeit mit fairen und verlässlichen Arbeitsbedingungen und einer wirksamen  
118 Mitsprache  
119 gibt gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs Sicherheit und Rückhalt. Wer  
120 von seiner  
121 Arbeit verlässlich leben und seinen Arbeitsplatz aktiv mitgestalten kann, kann  
122 sich auch bei  
123 Veränderungen einbringen. Das stärkt auch die Demokratie. Wir wollen gute  
124 Standards in ganz  
125 Europa gestalten und prekäre Beschäftigung und Ausbeutung unterbinden. Eine  
126 starke  
127 Sozialpartnerschaft und eine hohe Reichweite von Tarifverträgen sind wichtige  
128 Grundlagen für  
129 gute Arbeit.

130 Ein konkreter Erfolg des sozialen Europas ist die Mindestlohnrichtlinie. Sie  
131 schützt Wert  
132 und Würde von Arbeit. Und sie trägt dazu bei, dass viele Millionen Beschäftigte  
133 in Europa  
134 künftig ein höheres Einkommen haben werden – wie die Bundesregierung auch auf  
135 unsere  
136 Initiative mit der deutlichen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns vorgemacht  
137 hat. Die

138 Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten dazu, angemessene Mindestlöhne nach  
139 klaren  
140 Kriterien festzulegen und das Ergreifen wirksamer Maßnahmen nachzuweisen. Wir  
141 wollen, dass  
142 die Mindestlohnrichtlinie in Deutschland konsequent umgesetzt wird, sodass der  
143 gesetzliche  
144 Mindestlohn steigt und auch in Zukunft einen effektiven Mindestschutz für  
145 Beschäftigte  
146 bietet. Darüber hinaus soll mit der Richtlinie die Tarifbindung verbindlich  
147 gestärkt werden:  
148 Mitgliedstaaten mit einer tarifvertraglichen Abdeckung von weniger als 80  
149 Prozent müssen  
150 einen Aktionsplan vorlegen. Das werden wir auch in Deutschland umsetzen und  
151 damit  
152 Gerechtigkeit in der Mitte der Gesellschaft stärken. Denn hierzulande ist die  
153 Reichweite von  
154 Tarifverträgen in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen. Damit die  
155 Mindestlohnrichtlinie in allen Mitgliedstaaten tatsächlich greift, muss ein  
156 wirksames  
157 Monitoring erfolgen. So wirkt Europa konkret gegen Dumpinglöhne, damit Arbeit  
158 sich immer  
159 lohnt.

160 Wir wollen Demokratie und Mitbestimmung am Arbeitsplatz länderübergreifend  
161 ausbauen, indem  
162 wir die Europäischen Betriebsräte stärken. Bereits seit Jahren fordern wir an  
163 der Seite der  
164 Gewerkschaften, dass die EU-Kommission endlich die bestehende Richtlinie zu den  
165 Europäischen  
166 Betriebsräten überarbeitet und Ausnahmeregelungen beendet. Dabei wollen wir die  
167 Rechtssicherheit, den Rechtszugang und Durchsetzungsmöglichkeiten für  
168 Europäische  
169 Betriebsräte verbessern. Um Schlupflöcher zu schließen, sollen auch Franchise-  
170 Unternehmen in  
171 die Richtlinie einbezogen werden. Zudem setzen wir uns für eine stärkere  
172 Vertretung von  
173 Frauen sowie jungen Beschäftigten und Auszubildenden in den Europäischen  
174 Betriebsräten ein.

175 Um die Mitbestimmung in der gesamten EU zu stärken, setzen wir uns für eine neue  
176 Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung von  
177 Arbeitnehmer\*innen ein, die  
178 auf die verschiedenen europäischen Gesellschaftsformen von Unternehmen  
179 abgestimmt ist.

180 Darüber hinaus kämpfen wir für einen zeitgemäßen Arbeitsschutz in Europa – in  
181 einer sich  
182 rasant beschleunigenden digitalen Arbeitswelt, die für viele Beschäftigte mit  
183 ständiger  
184 Erreichbarkeit, Arbeitsverdichtung und Stress einhergeht. Wir wollen daher den  
185 Schutz der  
186 Arbeitnehmer\*innen vor psychischen und körperlichen Belastungen voranbringen.

187 Beschäftigte in der digitalen Arbeitswelt stärken

188 Neue Technologien bieten große Chancen: Mit neuen Geschäftsfeldern und -modellen  
189 entstehen

190 neue Jobs, digitalisierte Prozesse bringen Produktivitätsgewinne, Arbeiten wird  
191 flexibler,

192 beispielsweise durch Homeoffice-Regelungen. Ausbeutung darf auch in der  
193 digitalen

194 Arbeitswelt kein Geschäftsmodell sein. Deshalb setzen wir uns für starke Rechte  
195 von

196 Arbeitnehmer\*innen im digitalen Zeitalter ein.

197 EU-weit arbeiten rund 28 Millionen Menschen für Unternehmen, die digitale  
198 Dienste anbieten

199 und zusammenführen, sogenannte Plattformunternehmen. Die EU-Kommission schätzt,  
200 dass 4

201 Millionen davon Scheinselbstständige sind. In der laufenden europäischen  
202 Gesetzgebung zu

203 Arbeitsbedingungen auf digitalen Plattformen setzen wir uns dafür ein,  
204 Scheinselbstständigkeiten, die zu schlechten Arbeitsbedingungen und zu

205 unzureichender

206 sozialer Absicherung führen, europaweit einen Riegel vorzuschieben. Es braucht  
207 zudem bessere

208 Möglichkeiten, die Regeln durchzusetzen. Dazu wollen wir unter anderem

209 Arbeitsinspektionen

210 stärken.

211 Viele Unternehmen setzen Software ein, um automatisiert Aufgaben zuzuteilen und  
212 Arbeitnehmer\*innen zu überprüfen, zu evaluieren und zu disziplinieren oder auch

213 Einstellungsentscheidungen zu treffen – das sogenannte algorithmische

214 Management. Die

215 ständige Überwachung, der Wegfall persönlicher Planungssicherheit im Alltag und  
216 der

217 übermäßige Arbeitsdruck, die mit seinem Einsatz einhergehen können, wollen wir  
218 beenden. Um

219 die Rechte der Arbeitnehmer\*innen zu stärken und Missbrauch vorzubeugen, setzen  
220 wir uns für

221 eine neue EU-Richtlinie zum algorithmischen Management am Arbeitsplatz ein.

222 Freizügigkeit einfacher machen

223 Dass EU-Bürger\*innen in jedem Mitgliedstaat arbeiten und leben können, ist ein  
224 Grundprinzip

225 der EU. Das eröffnet Freiheiten und fördert gleiche Chancen für alle in der EU.

226 Damit das

227 für die Beschäftigten im Alltag funktioniert, setzen wir uns für eine bessere

228 Koordinierung

229 der nationalen Sozialversicherungssysteme ein.

230 Es ist eine große Errungenschaft, dass Bürger\*innen der EU

231 Sozialversicherungsansprüche, die

232 sie in einem anderen EU-Land erworben haben, über die Grenzen mitnehmen können

233 (Portabilität). Doch die Realität löst dieses Versprechen noch nicht immer ein:  
234 Die  
235 Unterschiede der nationalen Sicherungssysteme, aber auch die Bürokratie machen  
236 die  
237 Handhabung kompliziert, und Lücken in den Leistungen lassen einige zurück. Wir  
238 wollen  
239 deshalb mehr Koordinierung zwischen den nationalen Sozialversicherungssystemen,  
240 um soziale  
241 Leistungsansprüche leichter von einem Land in das andere übertragen zu können  
242 und die  
243 bestehenden Lücken gerade für Grenzpendler\*innen abzubauen.

244 Auch die Langzeitpflege, beispielsweise für Rentner\*innen oder Menschen mit  
245 chronischen  
246 Krankheiten oder Behinderungen, soll auf diese Weise abgedeckt werden. Ein  
247 Europäischer  
248 Sozialversicherungsausweis (ESSPASS) ist ein Beitrag dazu. Er soll die  
249 Übertragbarkeit von  
250 Ansprüchen über Grenzen hinweg verbessern und durch digitale Überprüfung  
251 entbürokratisieren.  
252 Wir wollen darüber hinaus die sogenannte A1-Bescheinigung durch ein digitales  
253 Echtzeitregister ersetzen, um grenzüberschreitende Arbeitsausbeutung zu  
254 verhindern und einen  
255 wirksamen Sozialschutz zu gewährleisten.

256 Das Arbeiten im Homeoffice gehörte in der Coronakrise für sehr viele  
257 Beschäftigte zum Alltag  
258 und wird spätestens seitdem von mehr und mehr Arbeitnehmer\*innen geschätzt. Wir  
259 wollen, dass  
260 auch das mobile Arbeiten nicht an den europäischen Grenzen haltmacht, sondern  
261 prinzipiell  
262 auch aus einem anderen Land als dem Beschäftigungsland möglich ist. Deshalb  
263 setzen wir uns  
264 dafür ein, dass es eine Richtlinie für Homeoffice gibt, die es erleichtert, EU-  
265 weit im  
266 Homeoffice zu arbeiten.

267 Ausbeutung bekämpfen

268 Damit Freizügigkeit für alle Arbeitnehmer\*innen funktioniert, ist darüber hinaus  
269 ein  
270 wirksamer Schutz vor Ausbeutung unerlässlich. Egal ob eine Arbeitnehmerin aus  
271 Österreich in  
272 Frankreich arbeitet oder ein Saisonarbeiter aus Georgien in Rumänien:  
273 Unionsbürger\*innen und  
274 Menschen aus Drittstaaten brauchen umfassenden Schutz vor Diskriminierung und  
275 Ausbeutung,  
276 wenn sie in einem anderen EU-Land arbeiten.

277 Das führen nicht zuletzt die Skandale in der Fleischindustrie, bei Lkw-  
278 Fernfahrer\*innen, bei  
279 Saisonarbeiter\*innen oder im Baugewerbe deutlich vor Augen. Wir sagen diesen

280 Formen der  
281 Ausbeutung den Kampf an. Ein wirksames Mittel sind regelmäßig stattfindende  
282 Arbeitsinspektionen, für die die Mitgliedstaaten das Personal aufstocken sowie  
283 Schulungen in  
284 europäischer Gesetzgebung und grenzüberschreitenden Angelegenheiten verbessern  
285 sollten. Auch  
286 eine bessere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden und der  
287 Europäischen  
288 Arbeitsbehörde (ELA) ist nötig. Sie sollte zudem eine stärkere Rolle für  
289 gemeinsame  
290 koordinierte Inspektionen erhalten.

291 Wir wollen weitere Maßnahmen ergreifen, um missbräuchliche Praktiken von  
292 Subunternehmen zu  
293 unterbinden, beispielsweise die gesamtschuldnerische Haftung rechtlich  
294 verankern. Immer  
295 wieder werden Arbeiter\*innen zu katastrophalen Bedingungen untergebracht, in  
296 überfüllten  
297 Zimmern, unter schlechten hygienischen Bedingungen und mit überteuerter Miete,  
298 die direkt  
299 vom Lohn einbehalten wird. Die Verpflichtung zu angemessener Unterbringung  
300 wollen wir  
301 deshalb rechtlich absichern und wirksam durchsetzen.

302 Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitsausbeutung beginnt damit, dass sich  
303 Betroffene einfach  
304 und in der eigenen Sprache über ihre Rechte informieren können – und für deren  
305 Durchsetzung  
306 Hilfe erhalten. Wir setzen uns für eine langfristige und verlässliche  
307 Finanzierung für die  
308 Schaffung und europaweite Vernetzung entsprechender Beratungs- und  
309 Unterstützungsstrukturen  
310 ein. Die Gewerkschaften sind mit ihrer fachlichen Expertise wertvolle  
311 Partnerinnen in der  
312 Entwicklung und Durchführung solcher Angebote. Wir begrüßen, dass europäische  
313 Zahlungen im  
314 Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik künftig von der Einhaltung von  
315 Arbeitsnormen in der  
316 Landwirtschaft abhängig gemacht werden. Diese sogenannte soziale Konditionalität  
317 muss nun  
318 effektiv umgesetzt werden.

319 Kinderarmut abbauen

320 Jedes vierte Kind in Europa ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht – das  
321 entspricht  
322 fast 20 Millionen Kindern, die an gesunder Ernährung, Sport, Bildung und Kultur  
323 nur sehr  
324 eingeschränkt teilhaben können. Kinderarmut bedeutet einerseits existenziellen  
325 Mangel im  
326 Hier und Jetzt, andererseits weniger Chancen auf ein selbstbestimmtes und  
327 erfolgreiches

328 Leben in der Zukunft. Wir wollen, dass alle Kinder gut ins Leben starten können.  
329 Dazu  
330 brauchen sie eine bessere finanzielle Absicherung sowie den Zugang zu einer gut  
331 ausgebauten  
332 Betreuung und sozialen Infrastruktur. Mit der Kindergrundsicherung hat die  
333 Bundesregierung  
334 auf unsere Initiative in Deutschland ein zentrales Instrument im Kampf gegen  
335 Kinderarmut auf  
336 den Weg gebracht. Armutsgefährdeten Kindern wird es besser gehen, Armut nicht  
337 mehr versteckt  
338 sein und Eltern sorgen- und angstfreier leben können, weil sie und ihre Kinder  
339 abgesichert  
340 sind.

341 Auch die EU unterstützt die Mitgliedstaaten im Kampf gegen Kinderarmut. Mit der  
342 Europäischen  
343 Kindergarantie gibt es seit 2021 erstmals ein europaweites Instrument, um Kinder  
344 aus  
345 benachteiligten Verhältnissen zu unterstützen; das reicht vom kostenlosen Zugang  
346 zu Bildung  
347 über gesunde Ernährung bis hin zu angemessener Unterbringung. Bei der Umsetzung  
348 der  
349 Kindergarantie in Deutschland binden wir auch die Zivilgesellschaft aktiv ein.

350 Soziale Mindeststandards verankern

351 Über 95 Mio. Menschen in der EU sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.  
352 Hohe  
353 Lebenshaltungskosten haben die soziale Lage der Menschen zum Teil existenziell  
354 verschärft.  
355 Wir wollen, dass sich alle Menschen in Europa auf starke Sozialsysteme verlassen  
356 können, die  
357 sie vor Armut schützen. Dafür brauchen die Sozialstaaten der Mitgliedsländer  
358 verbindliche  
359 Mindeststandards.

360 Wir wollen die bisherige europäische Empfehlung für angemessene  
361 Mindestsicherungssysteme zu  
362 einer verbindlichen Richtlinie weiterentwickeln und die darin festgelegten  
363 Standards mit  
364 einem sozialen Rechtsanspruch für Betroffene in den Mitgliedstaaten verbinden.  
365 In diesem  
366 Zuge sollen alle Mitgliedstaaten ihre Sozialsysteme stufenweise gemäß ihrem  
367 jeweiligen  
368 Wohlstandsniveau armutsfest ausgestalten, nachhaltige Integration in gute Arbeit  
369 fördern und  
370 die soziale Infrastruktur ausbauen. Das bedeutet auch für Deutschland Rückenwind  
371 für einen  
372 starken Sozialstaat und mehr soziale Gerechtigkeit.

## 373 Soziale Sicherung krisenfest machen

374 Der Sozialstaat muss sich gerade in Krisenzeiten bewähren. Eine bessere Vorsorge  
375 gegen  
376 wirtschaftliche und soziale Folgen externer Schocks muss daher eine zentrale  
377 Lehre aus den  
378 Krisen der letzten Jahre sein. Die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten müssen  
379 krisenfest  
380 gemacht werden und in Notlagen schnellen und wirksamen Schutz für die Menschen  
381 ermöglichen.  
382 Krisenbedingte Massenarbeitslosigkeit mit hohen sozialen Folgekosten und Härten  
383 aber  
384 überfordert viele Mitgliedstaaten der EU. Ihre Folgen destabilisieren die ganze  
385 EU. Mit dem  
386 europäischen Kriseninstrument SURE wurden den Mitgliedstaaten während der  
387 Coronapandemie  
388 finanzielle Darlehen und Garantien bereitgestellt, um Arbeitsplätze durch den  
389 Einsatz von  
390 Kurzarbeitergeld zu retten – ein großer Erfolg. Mit dem Instrument konnten  
391 allein im Jahr  
392 2020 in Europa schätzungsweise 1,5 Millionen Jobs gerettet werden. Aufbauend auf  
393 dieser  
394 Erfahrung wollen wir mit einer Arbeitslosenrückversicherung für die  
395 Mitgliedstaaten ein  
396 dauerhaftes Kriseninstrument schaffen, das die nationalen  
397 Arbeitslosenversicherungen – und  
398 damit die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt – in schweren ökonomischen  
399 Ausnahmesituationen  
400 durch kreditbasierte Soforthilfen stabilisiert und Arbeitsplätze sichert.

## 401 Wohnen bezahlbar machen

402 Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Es muss als Teil der  
403 Daseinsvorsorge verstanden werden. In gesicherten Wohnverhältnissen zu leben,  
404 ist für alle  
405 Menschen existenziell. Knapper Wohnraum in den Städten, vielerorts steigende  
406 Mieten und ein  
407 rückläufiger Bestand an Sozialwohnungen belasten Mieter\*innen bis in die Mitte  
408 der  
409 Gesellschaft und führen zu Verdrängung und Unsicherheit. Wir wollen mehr  
410 bezahlbaren  
411 Wohnraum schaffen und steigende Mieten begrenzen. Investor\*innen, die europaweit  
412 im  
413 erheblichen Umfang städtische Wohnimmobilien aufkaufen, treiben vielerorts  
414 Immobilien- und  
415 Mietpreise in die Höhe. Wir wollen die bestehenden europäischen Regelungen den  
416 Prüfstand  
417 stellen, um Mieter\*innen in den Mitgliedstaaten besser vor steigenden Preisen zu  
418 schützen.



419 Obdach- und Wohnungslosigkeit verletzt die Menschenwürde und gehört zu den  
420 extremsten  
421 Ausprägungen von Armut. Die EU hat sich das Ziel gesetzt, Wohnungslosigkeit bis  
422 2030 zu  
423 beenden und eine Europäische Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit ins  
424 Leben gerufen.  
425 Der Dialog zwischen den Mitgliedstaaten muss weiter gestärkt werden, damit sie  
426 voneinander  
427 lernen können und bewährte Konzepte wie Housing First adaptieren können. Ferner  
428 wollen wir  
429 die Unterstützung der betroffenen Menschen vor Ort stärken. Die europäischen  
430 Fördermittel  
431 für entsprechende Vorhaben und Projekte wollen wir angemessen ausgestalten.

## 432 2. Starke Regionen

433 Kommunen stärken

434 Die Stärke und Attraktivität der EU liegt auch in der Vielfalt ihrer Regionen  
435 und Kommunen.  
436 Sie sind das Fundament der EU. Hier leben, lernen und arbeiten die Menschen.  
437 Starke Kommunen  
438 florieren in einem starken Europa, das kommunalen Bedürfnissen und der  
439 kommunalen  
440 Gestaltungsfreiheit eine besondere Bedeutung beimisst. Das Subsidiaritätsprinzip  
441 – also  
442 Entscheidungen möglichst bürgernah zu treffen – ist die Grundlage für ein  
443 Europa, das  
444 schützt und ermöglicht. Dieses Prinzip wollen wir stärken.

445 Dazu gehört auch, dass die EU mit ihren Möglichkeiten da unterstützend wirken  
446 soll, wo  
447 Kommunen an ihre Grenzen stoßen. In den Kommunen Europas findet das Alltagsleben  
448 der  
449 Bürger\*innen statt. Hier wird gewohnt und gearbeitet, werden Kinder betreut und  
450 das Ehrenamt  
451 gepflegt. Kommunen bieten die Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens  
452 und mit einer  
453 funktionierenden Grundversorgung auch attraktive Standorte für Unternehmen und  
454 Arbeitnehmer\*innen aus ganz Europa. Die Umsetzung der Wettbewerbsregeln darf  
455 nicht dazu  
456 führen, dass Kommunen zur Privatisierung öffentlicher Güter gezwungen werden. Es  
457 braucht  
458 deshalb gutes Vergabe- und Konzessionsrecht, das soziale und ökologische  
459 Kriterien in den  
460 Mittelpunkt stellt – und dabei die öffentliche Hand stärkt. Es fördert die  
461 Rechtssicherheit  
462 und ermöglicht Kommunen, sich für qualitativ hochwertige Angebote zu  
463 entscheiden. So können  
464 Kommunen selbst die Wertschöpfung aus öffentlicher Infrastruktur stärken. Indem

465 wir in der  
466 EU die Rekommunalisierung vergangener Privatisierungen ermöglichen, sorgen wir  
467 für neue  
468 Entscheidungsspielräume vor Ort. Eine EU, die die kommunalen  
469 Gestaltungsspielräume  
470 verteidigt und ausbaut, sichert Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt.

471 Insbesondere der Zugang zu sauberem und günstigem Trinkwasser ist eine  
472 existenzielle  
473 Grundlage für ein gesundes Leben. Europa garantiert durch den Erfolg der  
474 Bürgerinitiative  
475 Right2Water die weltweit höchsten Standards für Trinkwasser. Die Versorgung mit  
476 Trinkwasser  
477 soll weiterhin in kommunaler Hand bleiben und nicht nach rein  
478 marktwirtschaftlichen  
479 Interessen bestimmt werden. Wir verteidigen daher die Ausnahme der  
480 Wasserversorgung aus der  
481 Konzessionsrichtlinie und schützen das Recht auf Trinkwasser in der EU.

482 Europa muss vor Ort gelebt werden. Kommunen, Regionen, Unternehmen und die  
483 Zivilgesellschaft  
484 brauchen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung europäischer Politik. Deshalb  
485 wollen wir  
486 den Europäischen Ausschuss der Regionen und den Europäischen Wirtschafts- und  
487 Sozialausschuss stärken. Die grenzüberschreitende europäische Zusammenarbeit wie  
488 die  
489 Städtepartnerschaften oder Initiativen zur Stärkung der grenzüberschreitenden  
490 regionalen  
491 Wettbewerbsfähigkeit (INTERREG-Programme) stärken die Kommunen und Regionen. Sie  
492 wollen wir  
493 ausweiten. Die Ebene der europäischen Regionen (Euregios und Eurodistrikte) soll  
494 entbürokratisiert und flexibler gestaltet werden. Sie tragen mit  
495 grenzüberschreitenden  
496 Programmen wie etwa einer Beratung für Grenzpendler\*innen, der Zusammenarbeit  
497 der  
498 Handwerkskammern oder der gemeinsamen Raumentwicklung maßgeblich und nah am  
499 Alltag der  
500 Bürger\*innen zum Gelingen der Europäischen Union bei.

501 Zusammenhalt vor Ort fördern

502 Der Erfolg des Green Deal und der Zusammenhalt der EU entscheiden sich vor Ort:  
503 in den  
504 europäischen Regionen und anhand konkreter Projekte. Eine effiziente  
505 Förderpolitik in der EU  
506 ist an den Chancen und Herausforderungen des digitalen und ökologischen Wandels  
507 ausgerichtet. Wir stellen dabei die wirtschaftliche und soziale Annäherung der  
508 Regionen in  
509 Europa in den Vordergrund. Der Umfang der Fonds und Förderprogramme soll sich in  
510 seiner  
511 Größe an den Herausforderungen orientieren.

512 Europäische Regionen sind bislang unterschiedlich stark auf diese  
513 Herausforderungen  
514 vorbereitet. Das gilt sowohl innerhalb als auch zwischen den europäischen  
515 Mitgliedstaaten.  
516 Eine konsistente und an klaren Kriterien ausgerichtete Förderpolitik wird bei  
517 der  
518 Bewältigung dieser Herausforderungen zu Antrieb und Kompass zugleich.  
519 Strukturschwache und  
520 ländliche Regionen, sowie Regionen mit industrieller Prägung und  
521 Modernisierungsherausforderungen, wollen wir bei der Auszahlung in den  
522 Mittelpunkt stellen,  
523 um gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaffen.

524 Gerade in strukturschwachen Regionen stellt der demografische Wandel eine große  
525 Herausforderung dar. Die Abwanderung von Fachkräften, insbesondere jungen  
526 Menschen und  
527 Frauen, führt diese Regionen in eine Spirale der Perspektivlosigkeit. Dem muss  
528 die EU-  
529 Förderpolitik entgegenwirken. So stärken wir die Gestalter\*innen der Zukunft vor  
530 Ort und  
531 schaffen gute Perspektiven für die Regionen.

532 Große Herausforderungen brauchen eine große Kraftanstrengung und gleichzeitig  
533 Effizienz und  
534 Zielgenauigkeit im Einsatz der Mittel. Das stellen wir sicher, indem wir die  
535 Fördermittel an  
536 Kriterien im Sinne des europäischen Green Deal ausrichten. Der Europäische  
537 Sozialfonds  
538 (ESF+) spielt dabei eine bedeutende Rolle. Durch ihn werden auch bei uns  
539 zahlreiche  
540 Gründer\*innen und Angestellte beraten, unterstützt und lebenslang weiter  
541 gebildet. Wir  
542 statten den ESF+ mit ausreichend Mitteln aus, um über ihn unter anderem aktive  
543 Beschäftigungspolitik und soziale Teilhabe zu fördern. Dabei setzen wir uns  
544 dafür ein, dass  
545 die Bedingungen guter Arbeit eine große Rolle spielen und die Mittel zu Treibern  
546 für eine  
547 gerechte EU werden. Durch ein starkes Bekenntnis zu Tarifen, einen guten  
548 Arbeits- und  
549 Gesundheitsschutz und vielfältige Möglichkeiten, Aus- und Weiterbildungen  
550 wahrzunehmen,  
551 werden attraktive Arbeitsplätze für die geförderten Regionen zum  
552 Standortvorteil.

553 Europäische Fördermittel bieten eine große Chance, innovative Projekte zu  
554 entwickeln. Die  
555 Beantragung der Mittel ist jedoch oft zu kompliziert. Das reduziert die Zahl der  
556 Anträge und  
557 manche gute Projekte werden nicht verwirklicht. Das ändern wir, indem wir uns  
558 dafür  
559 einsetzen, den Zugang zu Fördermitteln zu vereinfachen und die Umsetzung zu  
560 erleichtern.  
561 Dabei stellen wir die Zielgenauigkeit sicher. Gleichzeitig erhalten wir die

562 nötige  
563 Flexibilität, um auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Um  
564 bürokratische Hürden  
565 abzubauen, wollen wir unter anderem bei kleineren Fördersummen mehr Pauschalen  
566 einführen und  
567 ehrenamtliche Antragsteller\*innen nach Projektbewilligung von der  
568 Vorfinanzierung befreien.  
569 Bürokratieabbau schafft so mehr Effizienz.

570 Jede wichtige Veränderung braucht die Beteiligung der Bürger\*innen und der  
571 Zivilgesellschaft  
572 vor Ort. Eine Politik des Gehörtwerdens nutzt die lokale Expertise und schafft  
573 gegenseitiges  
574 Verständnis. Dieses Wissen kann durch die Partnerschaft für Bürgerbeteiligung  
575 (Partnerschaftsprinzip) einfließen. Mechanismen wie Bürgerdialoge, öffentliche  
576 Beratungen  
577 oder Foren sollen Teil der Prozesse zur Mittelvergabe in allen Mitgliedstaaten  
578 sein. So  
579 sichern wir Mitbestimmung und demokratisieren die Förderpolitik der EU.

580 Chancen in ländlichen Räumen nutzen

581 Ländliche Räume sind Zukunfts- und Chancenräume. Ihre Entwicklung entscheidet  
582 erheblich über  
583 den Erfolg einer EU, die zusammenhält. Die Verkehrswende kann die ländlichen  
584 Räume näher  
585 zusammenbringen. Die Energiewende kann neue Wertschöpfung und finanziell  
586 gestärkte Kommunen  
587 schaffen. Die Entwicklung aller ländlichen Räume ist für uns ein zentrales Ziel.  
588 Alle  
589 Menschen sollen mitentscheiden und davon profitieren können. Dazu brauchen sie  
590 eine  
591 verlässliche Daseinsvorsorge und Orte, an denen sie sich begegnen und  
592 austauschen können.  
593 Wir wollen die Daseinsvorsorge stärken, indem wir Bürgergenossenschaften und  
594 multifunktionale Einrichtungen unterstützen. Um das zu erreichen, wollen wir  
595 Förderansätze  
596 wie LEADER und den EU-Multifondsansatz in der Strukturpolitik weiter stärken.

597 Energie wird wieder zunehmend in der Fläche erzeugt, das schafft zusätzliche  
598 Wertschöpfung  
599 auf dem Land. Den Flächenverbrauch wollen wir dabei minimieren und konsequent  
600 Mehrfachnutzen  
601 mitdenken, beispielsweise über Agri-Photovoltaik-Anlagen, Biodiversitäts-  
602 Photovoltaik oder  
603 mehr erneuerbare Stromerzeugung über versiegelten Flächen. Den Ausbau der  
604 Erneuerbaren und  
605 die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft werden wir durch den  
606 gezielten Einsatz  
607 von Förderungen so unterstützen, dass die Menschen vor Ort davon profitieren.  
608 Wir setzen uns  
609 dementsprechend dafür ein, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die

610 Entwicklung des  
611 ländlichen Raums (ELER) in die Kohäsionsmittel zu integrieren und es auszubauen.

612 Vergaberecht modernisieren

613 Eine echte Infrastrukturunion, ein starker europäischer Markt und die Umsetzung  
614 des Green  
615 Deal in ganz Europa gehen Hand in Hand mit massiven Investitionen in eine  
616 sichere Zukunft,  
617 auf nationaler wie europäischer Ebene. Mit einem an sozialen und nachhaltigen  
618 Kriterien  
619 ausgerichteten Vergaberecht werden diese Investitionen einmal mehr zum Motor für  
620 eine  
621 gerechte und zukunftsfeste EU. Besonders dort, wo wir in eine stabile  
622 europäische  
623 Infrastruktur, in effiziente Stromnetze, ein zuverlässiges Bahnnetz oder ein am  
624 Menschen  
625 ausgerichtetes Gesundheitssystem investieren, können wir viel bewirken. Die  
626 europäische  
627 Infrastrukturunion anzukurbeln, hat positive Effekte auf den europäischen  
628 Arbeitsmarkt: Es  
629 entstehen gerade in diesen Sektoren neue Jobs. Diese Jobs sollen auch gute Jobs  
630 werden. Ein  
631 starkes Vergaberecht sichert die Zukunft vieler Arbeitnehmer\*innen in ganz  
632 Europa.

633 Der Staat ist selbst ein großer wirtschaftlicher Akteur, diesen riesigen Hebel  
634 wollen wir  
635 nutzen. Egal ob Dienstleistungen oder Waren: Öffentliche Beschaffungen sollten  
636 in der EU  
637 konsequent nachhaltig erfolgen. Daher wollen wir die Richtlinie für öffentliches  
638 Beschaffungswesen modernisieren und auf Nachhaltigkeitskriterien ausrichten.

639 Dabei bleiben Transparenz, Digitalisierung, Entbürokratisierung und  
640 unkomplizierte Verfahren  
641 unsere Leitlinien. Jedes Unternehmen soll sich einfach und erfolgreich um die  
642 Vergabe  
643 öffentlicher Aufträge bewerben können. Geldverschwendung wird durch eine klare  
644 Beschaffungspolitik minimiert. Die einfache Kommunikation der Regeln und eine  
645 aktive  
646 Unterstützung für kleine und lokale Anbieter, beispielsweise mit Hinweisen auf  
647 die  
648 rechtlichen Rahmenbedingungen, sorgen dabei für Gerechtigkeit. Die Vergabe  
649 öffentlicher  
650 Aufträge wird so zum Wettbewerb um die besten Konditionen.

### 651 **3. Eine verlässliche Gesundheitsversorgung**

652 Gesundheitskrisen europäisch bewältigen

653 Wir wollen ein Europa, das gemeinsam die Gesundheit aller Menschen schützt.

654 Die Coronapandemie hat einmal mehr gezeigt, dass die großen Herausforderungen  
655 für unsere  
656 Gesundheit keine nationalen Grenzen kennen. Sie hat uns auch gezeigt, dass wir  
657 ihnen  
658 gemeinsam besser begegnen können. Die schnelle Entwicklung und Verfügbarkeit der  
659 Coronaimpfstoffe zum Beispiel war auch ein europäischer Erfolg, der durch  
660 langjährige  
661 Forschung, innovative Unternehmen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit  
662 zustande gekommen  
663 ist. Die EU hat in der Pandemie die gemeinsame Beschaffung von  
664 Schutzausrüstungen und  
665 Impfstoffen vorangetrieben, gemeinsame Forschungstätigkeit gestärkt, bei  
666 Grenzsicherungen  
667 Freizügigkeiten und Warenlieferungen koordiniert sowie ökonomische  
668 Notsituationen  
669 abgedeckt. Auch die Kompetenzen des Europäischen Zentrums für die Prävention  
670 und die  
671 Kontrolle von Krankheiten (ECDC) wurden erweitert, um den Austausch mit und  
672 zwischen den  
673 Mitgliedstaaten zu stärken sowie Gesundheitskrisen früher zu erkennen und zu  
674 bewältigen.

675 Um grenzüberschreitende Gesundheitskrisen besser zu bewältigen und die  
676 Krisenvorsorge zu  
677 stärken, wollen wir noch enger auf europäischer und globaler Ebene  
678 zusammenarbeiten. Die EU  
679 hat hier eine wichtige Rolle, um nationale Maßnahmen zu unterstützen und zu  
680 ergänzen. Sie  
681 kann auch global einen wichtigen Einfluss ausüben. Auf internationaler Ebene  
682 setzen wir uns  
683 dafür ein, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und multilaterale  
684 Gesundheitsinitiativen  
685 politisch, finanziell und personell zu stärken sowie den globalen Zugang zu  
686 bezahlbaren  
687 Medikamenten zu verbessern. Das ist eine Frage der Solidarität, denn  
688 Gesundheitskrisen  
689 treffen die Ärmsten häufig am stärksten. Es liegt aber auch in unserem  
690 Eigeninteresse, denn  
691 Pandemien sind globale Herausforderungen. Wir setzen uns für einen aktiven  
692 Technologie- und  
693 Wissenstransfer bezüglich der Herstellung entscheidender Arzneimittel ein.  
694 Monopole auf  
695 geistiges Eigentum zur Bekämpfung von Krankheiten dürfen den Zugang zu  
696 überlebenswichtigen  
697 Schutzmaterialien, Gesundheitstechnologien, Impfstoffen und Medikamenten nicht  
698 verhindern.

699 Lehren aus der Pandemie ziehen

700 Auch wenn mit den Ausgangsbeschränkungen oder der Maskenpflicht die sichtbarsten  
701 Zeichen der

702 Coronapandemie verschwunden sind, leiden noch immer viele Menschen unter den  
703 Folgen von  
704 Covid-19. Betroffene von myalgischer Enzephalomyelitis bzw. dem chronischen  
705 Erschöpfungssyndrom (ME/CFS), von Post-Vac oder von Long Covid finden nicht die  
706 notwendige  
707 Aufmerksamkeit, werden fehldiagnostiziert oder treffen auf Vorurteile. Deshalb  
708 wollen wir  
709 auf europäischer Ebene Forschungsgelder zur Diagnostik dieser Krankheitsbilder  
710 sowie zu  
711 Heilungsmethoden bereitstellen. Zudem braucht es mehr europäischen Austausch,  
712 beispielsweise  
713 durch ein EU-Sachverständigennetzwerk.

714 Covid-19 ist – neben beispielsweise Aids oder Ebola – ein weiterer Fall einer  
715 sogenannten  
716 Zoonose, also einer Krankheit, die von Tieren auf den Menschen übertragen wurde.  
717 Damit  
718 unterstreicht die Coronapandemie einmal mehr, dass die menschliche Gesundheit  
719 nicht isoliert  
720 betrachtet werden sollte, sondern in engem Zusammenhang mit der Umwelt und der  
721 Tiergesundheit steht. Deshalb ist der One-Health-Ansatz ein Leitbild für unsere  
722 Gesundheitspolitik: Ausreichend Raum für die Natur hilft im Kampf gegen  
723 Zoonosen; weniger  
724 Antibiotika in der Massentierhaltung führt zu weniger Antibiotikaresistenzen;  
725 saubere Luft  
726 und weniger Giftstoffe in der Umwelt retten Menschenleben.

727 Mentale Gesundheit in den Fokus nehmen

728 Krieg, Inflation, Klimakrise, Pandemie – die vergangenen Jahre waren unruhig,  
729 konfliktreich  
730 und geprägt von Krisen und Umbrüchen, die an niemandem spurlos vorbeigegangen  
731 sind. Diese  
732 Zeit ist für viele Menschen auch eine seelische Belastung. Gerade auch bei  
733 vielen jungen  
734 Menschen haben sich psychische Probleme verschärft. Im Gegensatz zur  
735 körperlichen wird der  
736 seelischen Gesundheit im öffentlichen Gesundheitswesen aber oft nicht die nötige  
737 Aufmerksamkeit zuteil. Das wollen wir auch mit der Unterstützung aus Europa  
738 ändern. Wir  
739 setzen uns sowohl für eine verbesserte europaweite Prävention ein als auch  
740 dafür, die  
741 bisherigen Ansätze um die psychische Gesundheit zu verbessern und Erkrankungen  
742 besser zu  
743 behandeln. Wir treten für eine Vernetzung von Expert\*innen in Europa ein und  
744 wollen zusammen  
745 mit den Mitgliedstaaten umfassende Lösungsstrategien entwickeln. Da die Ursachen  
746 für mentale  
747 Gesundheitsprobleme vielfältig sind, müssen wir sie auch auf allen Ebenen  
748 angehen. Darum  
749 setzen wir uns dafür ein, dass die Auswirkungen auf die mentale Gesundheit

750 übergreifend in  
751 allen relevanten Politikfeldern mitgedacht werden. Dafür braucht es ein größeres  
752 Problembewusstsein in der EU und ihren Institutionen. Wir begrüßen in dieser  
753 Hinsicht die  
754 Strategie der EU-Kommission für psychische Gesundheit und setzen uns für eine  
755 möglichst  
756 rasche und umfassende Umsetzung ein.

757 Auch Einsamkeit erfahren immer mehr Menschen in Europa. Das ist für die  
758 Betroffenen häufig  
759 ein sehr belastender Zustand. Gerade auch ältere Menschen sind davon betroffen.  
760 Die Pandemie  
761 hat die Situation für viele Menschen diesbezüglich weiter verschärft. Wir setzen  
762 uns mit  
763 unserer Politik für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, Teilhabe und  
764 Integration ein.

765 Arzneimittelversorgung sicherstellen

766 Die Herausforderungen für die europäischen Gesundheitssysteme sind immens:  
767 alternde  
768 Gesellschaften, eine steigende Zahl chronischer Erkrankungen und Epidemien. Die  
769 Coronapandemie hat zudem deutlich gemacht, dass die EU bei Arzneimitteln und  
770 ihren  
771 Wirkstoffen zu sehr von Importen aus Drittstaaten abhängig ist – und damit  
772 häufig auch eine  
773 Produktion unter schlechten Arbeitsbedingungen und schlechten Umweltstandards in  
774 Kauf nimmt.

775 Um die großen Herausforderungen für den Gesundheitsbereich zu adressieren, hat  
776 die EU-  
777 Kommission ein Gesetzespaket zur Reform des Pharmasektors vorgelegt. Wir  
778 begrüßen die  
779 Vorschläge, die darauf abzielen, Lieferketten zu diversifizieren und  
780 nachhaltiger zu machen  
781 sowie Pharmaunternehmen zu verpflichten, Arzneimittelengpässen besser  
782 vorzubeugen und diese  
783 früher zu melden.

784 Um Unternehmen zu ermutigen, Arzneimittel und Wirkstoffe in Europa zu entwickeln  
785 und zu  
786 produzieren, braucht es Anreize und weniger bürokratische Verfahren. Dabei  
787 setzen wir zwei  
788 Prioritäten: Zum einen müssen kritische Arzneimittel, die jederzeit  
789 unentbehrlich sind,  
790 beispielsweise wichtige Antibiotika, durch eine Produktion in Europa zuverlässig  
791 verfügbar  
792 sein. Zum anderen wollen wir hier Wirkstoffe für Krankheiten entwickeln, für die  
793 es bislang  
794 keine oder nur unbefriedigende Diagnose- oder Therapiemöglichkeiten gibt. Die  
795 Anreize für  
796 Forschung und Entwicklung sowie der Schutz von geistigem Eigentum dürfen



797 zugleich aber nicht  
798 die Bezahlbarkeit von essenziellen Arzneimitteln gefährden und den Markteintritt  
799 von  
800 Generika unverhältnismäßig verzögern. Zudem setzen wir uns für  
801 geschlechterspezifische  
802 Forschung und Medizin ein, damit Unterschiede bei Diagnose und Behandlung  
803 zwischen Frauen  
804 und Männern besser berücksichtigt werden.

805 Es ist viel zu undurchsichtig, wie Preise für Arzneimittel festgesetzt werden.  
806 Der Mangel an  
807 Transparenz und Rechenschaftspflichten in diesem Bereich führt teilweise zu  
808 immensen  
809 Preisanstiegen. Gerade wenn öffentliche Mittel für die Arzneimittelentwicklung  
810 eingesetzt  
811 werden, sollte das mit Transparenz über die Kosten für Forschung und Entwicklung  
812 sowie die  
813 Preisgestaltung einhergehen.

814 Gesundheitsdaten sicher nutzen

815 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen hat große Vorteile für die  
816 gesundheitliche  
817 Versorgung von Patient\*innen und die Forschung. Krankheiten können besser  
818 diagnostiziert,  
819 Krankheitsursachen erforscht, Doppeluntersuchungen vermieden und die Behandlung  
820 von  
821 Patient\*innen zwischen verschiedenen Ärzt\*innen und Krankenhäusern  
822 grenzüberschreitend in  
823 ganz Europa vereinfacht werden. Der europäische Gesundheitsdatenraum soll  
824 deshalb europaweit  
825 den Zugang zu digitalen Patient\*innen-Akten ermöglichen.

826 Wir wollen dabei durch effektiven Datenschutz die Rechte der Patient\*innen  
827 stärken. Eine  
828 Weitergabe der Daten erfolgt dabei nicht gegen den Willen der Patient\*innen,  
829 eine  
830 Rückverfolgbarkeit der Daten muss ausgeschlossen werden. Sie sollen Zugang zu  
831 den Daten  
832 bekommen, die über sie gespeichert sind. Auch die Bedürfnisse vulnerabler  
833 Gruppen müssen  
834 umfassend berücksichtigt werden.

835  
836 Wir möchten die anonymisierten bzw. pseudonymisierten Gesundheitsdaten auch für  
837 die  
838 Forschung und für öffentliche Stellen zur besseren Einschätzung von  
839 Notsituationen in der  
840 Gesundheitsversorgung zugänglich machen. Dies stellt einen wichtigen  
841 Paradigmenwechsel in  
842 der Gesundheitsdatennutzung dar, den wir gestalten wollen. Der Zugang zu  
843 größeren  
844 Datenmengen und deren Analyse fördert Innovationspotenzial und kann damit die

845 Versorgung der  
846 Patient\*innen verbessern. Wichtig ist dabei, dass dies rechtssicher und unter  
847 Wahrung des  
848 Datenschutzes erfolgen darf, denn die Informationen zur eigenen Gesundheit  
849 gehören zu den  
850 sensibelsten und persönlichsten Daten überhaupt.

851  
852 Grundlegend für den Erfolg der Digitalisierung im Gesundheitswesen ist eine  
853 einheitliche  
854 technische Sprache, um eine Zusammenführung von Daten und eine  
855 grenzüberschreitende Nutzung  
856 in Europa zu ermöglichen. Daher wollen wir die Entwicklung und verpflichtende  
857 Nutzung von  
858 international gebräuchlichen Datenstandards und interoperablen Schnittstellen  
859 durch die  
860 Softwaresysteme von Beginn an sicherstellen.

861 Antibiotikaresistenzen eindämmen

862 Antibiotika können Menschenleben retten Das soll auch in Zukunft gewährleistet  
863 sein. Daher  
864 müssen Maßnahmen ergriffen werden, um ihre Wirksamkeit dauerhaft zu garantieren.  
865 Durch einen  
866 verantwortungsvollen Umgang mit Antibiotika wollen wir die Entstehung und  
867 Verbreitung  
868 multiresistenter Keime verhindern. Denn diese sind eine der größten  
869 gesundheitlichen  
870 Herausforderungen der Menschheit. Besonders bei Menschen mit schwachen  
871 Immunsystemen wie  
872 Älteren, Kindern oder Menschen mit Erkrankungen führen sie jedes Jahr zu  
873 Hunderttausenden  
874 Todesfällen weltweit. Darum ist es wichtig, dass Antibiotika nur dort eingesetzt  
875 werden, wo  
876 es sie wirklich braucht. Das muss besonders die Landwirtschaft in den Blick  
877 nehmen. Wir  
878 wollen den umsichtigen Einsatz von Antibiotika in der Humanmedizin stärken und  
879 die Forschung  
880 fördern. Zudem sollten schnelle Diagnosetests, die vor einer Verschreibung  
881 überprüfen, ob  
882 die Behandlung mit Antibiotika geboten ist, in ausreichender Menge verfügbar  
883 sein.

884 Wir wollen die EU-Liste für Reserveantibiotika, die für die Humanmedizin  
885 vorbehalten bleiben  
886 und nicht in der industriellen Tierhaltung eingesetzt werden dürfen, an den  
887 entsprechenden  
888 Kriterien der WHO ausrichten. Außerdem wollen wir den Import von tierischen  
889 Produkten  
890 beenden, bei denen in der EU verbotene Antibiotika eingesetzt wurden. Durch  
891 Maßnahmen für  
892 bessere Hygiene und Abwasserentsorgung wollen wir den Eintrag von

893 Antibiotikarückständen in  
894 die Umwelt verringern. Wir wollen die Entwicklung neuer Antibiotika und  
895 wirksamer  
896 alternativer Behandlungsmethoden durch Anreize fördern.

897 Der Pflege den Rücken stärken

898 Ein starkes öffentliches Gesundheitswesen und eine bedarfsgerechte Pflege sind  
899 unverzichtbar, um die menschliche Würde zu schützen und Selbstbestimmung zu  
900 fördern. Der  
901 Mangel an Pflegefachpersonen spitzt sich immer weiter zu, in der EU und auch  
902 hier in  
903 Deutschland. Deshalb wollen wir die Attraktivität des Pflegeberufs steigern, die  
904 berufliche  
905 Freizügigkeit innerhalb der EU in diesem Bereich erleichtern und die  
906 Arbeitsbedingungen des  
907 Pflegepersonals verbessern. Unser Ziel sind einfachere Anerkennungsverfahren für  
908 Studienabschlüsse sowie für Aus- und Weiterbildungen von Pflegefachpersonen  
909 innerhalb der EU  
910 und aus dem Ausland. Im Rahmen der EU-Pflegestrategie setzen wir uns für  
911 wettbewerbsfähige  
912 Arbeitsbedingungen und Gehälter der professionellen Pflege gegenüber anderen  
913 Branchen ein.  
914 Zudem braucht es mehr Investitionen in Pflegeeinrichtungen sowie in die Aus- und  
915 Weiterbildung von Pflegefachpersonen. Auch ein stärkeres Engagement der EU in  
916 Forschungs-  
917 und Modellprojekten sowie ein Wissens- und Erfahrungstransfer zur Verbesserung  
918 der  
919 Arbeitsbedingungen in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen der Mitgliedstaaten  
920 wollen wir  
921 fördern.

922 Um die Situation der Pflegekräfte in der häuslichen Betreuung zu verbessern,  
923 fordern wir  
924 eine Überarbeitung der Rechtsvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz  
925 bei der  
926 Arbeit, um sicherzustellen, dass auch angestellte Pflegekräfte in privaten  
927 Haushalten  
928 einbezogen werden und gute Arbeitsbedingungen haben.

929 Cannabis europaweit legalisieren

930 An verschiedenen Orten der Welt ist der Wechsel hin zu einem unideologischen und  
931 zeitgemäßen  
932 Umgang mit Cannabis bereits gelungen. Wir setzen uns auch in Europa für eine  
933 zeitgemäße  
934 Drogenpolitik ein, die Gesundheit und Jugendschutz in den Vordergrund stellt und  
935 die  
936 kriminellen Strukturen hinter dem Drogenhandel effektiv bekämpft. Mit einem  
937 ersten großen  
938 Schritt bei der Legalisierung von Cannabis in Deutschland macht die

939 Ampelkoalition endlich  
940 Schluss mit der gescheiterten Drogenpolitik der letzten Jahrzehnte und setzt auf  
941 Vernunft  
942 statt Kriminalisierung. Wir entlasten Polizei und Justiz und stärken die  
943 Konsument\*innen in  
944 ihrer freien bewussten Entscheidung.

945 Indem wir kontrollierte, aber legale Bezugswege für Cannabis schaffen, stärken  
946 wir die  
947 Verbraucher\*innen und dämpfen den Schwarzmarkt ein. Gleichzeitig stärken wir  
948 Prävention und  
949 Verbraucherschutz. Das europäische und internationale Recht setzt aktuell den  
950 Mitgliedstaaten im Umgang mit Cannabis enge Grenzen. Wir streben eine  
951 europaweite  
952 Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis an. Deshalb werden wir uns  
953 in Europa  
954 dafür einsetzen, dass das europäische und internationale Recht in Bezug auf die  
955 Produktion,  
956 den Vertrieb und Verkauf von Cannabisprodukten entschärft wird.

#### 957 **4. Bildung und Chancen**

958 Europas Hochschulen besser vernetzen

959 Europas Hochschulen sind die Grundlage für Chancen und Innovation. Wenn wir sie  
960 vernetzen,  
961 können wir ihre vielfältigen Kompetenzen und Profile noch besser für den ganzen  
962 Kontinent  
963 nutzen. Wir haben uns deshalb lange für die Gründung von europäischen  
964 Hochschulen oder  
965 Hochschulnetzwerken eingesetzt – und begrüßen, dass nach einer Pilotphase 2018  
966 jetzt bereits  
967 zwei Ausschreibungsrunden stattfinden konnten. Wir setzen uns für weitere  
968 Ausschreibungsrunden sowie eine engere Zusammenarbeit der Hochschulnetzwerke  
969 ein.

970 Wir unterstützen die Idee eines europäischen Hochschulabschlusses (European  
971 Degree). Ein  
972 European Degree kann ein zusätzliches Qualitätssiegel darstellen, das  
973 binationale,  
974 trinationale bzw. europäische und internationale Abschlüsse als zusätzliches  
975 Qualitätssiegel  
976 aufwertet und damit Anreize für die Internationalisierung von Studiengängen  
977 schafft.

978 Egal in welchem Land: Studierende haben selten viel Geld zur Verfügung. Besuche  
979 in Museen,  
980 Theatern, aber auch beispielsweise Ausflüge in andere Städte eröffnen neue  
981 Horizonte. Viele  
982 dieser Einrichtungen bieten Rabatte für Studierende an. Aber gerade für  
983 Studierende aus

984 anderen Ländern ist es oft schwierig, diese Vergünstigungen mit ihren heimischen  
985 Studierendenausweisen zu erhalten. Die EU hat mit der European Student Card  
986 (ESC) und dem  
987 digitalen Studierendenausweis in der Erasmus+-App bereits erste Schritte für  
988 einen  
989 europäischen Studierendenausweis unternommen, aber nur für einen sehr begrenzten  
990 Personenkreis. Wir wollen, dass alle Studierenden an europäischen Universitäten  
991 und  
992 Hochschulen einen (digitalen) europäischen Studierendenausweis bekommen können.

993 Berufsabschlüsse europaweit anerkennen

994 Die Möglichkeit, in jedem europäischen Land zu studieren oder zu arbeiten,  
995 eröffnet viele  
996 neue Perspektiven. Wenn es aber konkret wird, wird es oft schwierig: Zwar haben  
997 wir mit  
998 Bachelor und Master im Bologna-Prozess ein vergleichbares Abschlusssystem in der  
999 EU  
1000 geschaffen. Aber es ist kein Automatismus, dass zum Beispiel der Bachelor aus  
1001 einem Land in  
1002 einem anderen Land für ein Masterstudium anerkannt wird. Studierende und  
1003 Absolvent\*innen  
1004 müssen in dem jeweiligen Land eine oftmals noch sehr bürokratische Prozedur  
1005 durchlaufen.  
1006 Teils wird dann der heimische Abschluss geringwertiger eingestuft, teils ist die  
1007 Anerkennung  
1008 sehr kostspielig. Darum setzen wir uns dafür ein, dass Universitätsabschlüsse  
1009 einfacher und  
1010 schneller in jedem Land der EU anerkannt werden.

1011 Noch schwieriger wird es bei Berufsabschlüssen. Hier ist die Anerkennung oft  
1012 kompliziert,  
1013 langwierig und teuer. In Zeiten des Fachkräftemangels ist das besonders  
1014 kontraproduktiv. Für  
1015 eine Handvoll Berufe können Menschen deshalb den Europäischen Berufsausweis  
1016 (EBA) in ihrem  
1017 Heimatland beantragen. Mit diesem elektronischen Verfahren ist es leichter, sich  
1018 die  
1019 Qualifikation in einem reglementierten Beruf in einem anderen EU-Land anerkennen  
1020 lassen zu  
1021 können. Wir wollen die Anzahl der Berufe, für die der EBA möglich ist, deutlich  
1022 erweitern.

1023 Politische Bildung gegen Desinformation

1024 Unsere Demokratien und unsere Werte sind stetigen Angriffen autoritärer und  
1025 demokratiefeindlicher Strömungen aus dem In- und Ausland ausgesetzt. Ihre  
1026 Mittel:  
1027 Desinformationen und Fake News. Sie operieren immer mehr grenzüberschreitend und  
1028 versuchen,  
1029 den Zusammenhalt in der EU und unsere europäischen Werte zu unterminieren. Ihre

1030 Verschwörungsmythen säen Hass und Ausgrenzung. Dem müssen wir stärker und  
1031 europäisch  
1032 koordiniert entgegenwirken. Wir wollen daher eine Europäische Zentrale für  
1033 politische  
1034 Bildung gründen, einen Anlaufpunkt für politische Bildung, der gezielt die  
1035 europäische  
1036 Dimension von Desinformation adressiert. Sie soll sich vor allem an Jugendliche  
1037 und junge  
1038 Erwachsene wenden, zugleich aber allen Bürger\*innen als Informationsquelle zur  
1039 Verfügung  
1040 stehen und breite Angebote im digitalen Raum schaffen.

1041 Sie kann den europäischen Gedanken und komplexe europäische Prozesse  
1042 zielgruppengerecht  
1043 erklären. Diese Zentrale soll zudem die digitale Medienkompetenz der Menschen in  
1044 Zeiten von  
1045 Desinformation und Fake News stärken. Dazu kann sie in der Forschung und  
1046 Aufklärung auch  
1047 eine Vernetzung der europäischen Akteure vorantreiben. Sie soll unabhängig und  
1048 nach klaren  
1049 wissenschaftlichen und ethischen Kriterien arbeiten können. So fördern wir  
1050 unsere  
1051 demokratischen Werte und stärken den Einsatz gegen Diskriminierung.

1052 Mit Erasmus Europa kennenlernen

1053 Erasmus+ ist für viele die erste und oft auch persönlichste Begegnung mit der  
1054 EU. Über  
1055 Erasmus+ wird gelebte europäische Gemeinschaft gefördert und der akademische und  
1056 berufliche  
1057 Austausch ermöglicht.

1058 Im Zentrum des Programms steht der Studierendenaustausch: Wir wollen, dass mehr  
1059 Menschen  
1060 diese Erfahrungen machen können, vor allem aus Familien, denen das Geld für  
1061 Urlaub oder  
1062 Austauschzeit im Ausland fehlt. Für viele ist es ein großer Schritt, von zuhause  
1063 ins Ausland  
1064 zu gehen, und die Aussicht, sich in dieser Zeit keinen Besuch bei der Familie  
1065 leisten zu  
1066 können, eine Hemmschwelle. Deshalb wollen wir ein Mobilitätsticket für Erasmus-  
1067 Teilnehmer\*innen einführen, das es ihnen ermöglicht, einmal pro Halbjahr  
1068 kostenlos nach  
1069 Hause und zurück zu fahren.

1070 Wir wollen, dass sich auch Menschen mit Behinderung für eine wertvolle Erasmus+-  
1071 Erfahrung  
1072 entscheiden können. Deshalb wollen wir die Beratungsangebote ausbauen sowie  
1073 Informationen  
1074 barrierefrei zur Verfügung stellen. Wir wollen mit Großbritannien Wege finden,  
1075 wie Menschen  
1076 auf beiden Seiten nach dem Brexit wieder vom Austausch profitieren können.

1077 Für viele Studierende ist Erasmus+ ein Begriff. Bei Auszubildenden aber ist das  
1078 Programm  
1079 noch nicht ausreichend bekannt. Das wollen wir ändern. Denn es bietet viele  
1080 Möglichkeiten,  
1081 neue fachliche Kompetenzen zu lernen und neue Erfahrungen zu sammeln. Mit  
1082 besseren  
1083 Informationen, mehr Beratung sowie einfacheren Anträgen und Anerkennungen wollen  
1084 wir  
1085 Erasmus+ für Auszubildende stärken.

1086 Erasmus+ ist eine der europäischen Erfolgsgeschichten, auch für die  
1087 Jugendarbeit. Mit Blick  
1088 auf die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 werden wir uns dafür  
1089 einsetzen,  
1090 die Mittel für Erasmus+ zu verdoppeln.

## 1091 5. Europas Jugend

1092 Jugend beteiligen

1093 Europa lebt durch Gemeinschaft, Begegnungen, Toleranz und Verständnis  
1094 füreinander. Um dies  
1095 zu ermöglichen, spielt europäische und internationale Jugendarbeit eine  
1096 außerordentliche  
1097 Rolle. Sie ermöglicht es jungen Menschen, über den Tellerrand hinauszuschauen  
1098 und europaweit  
1099 Freundschaften zu schließen. Jugendverbände und Jugendgruppen sind Grundlage für  
1100 die  
1101 Gestaltung von Freizeit und Bildung von Millionen Jugendlichen in Europa. In  
1102 unserer  
1103 Zivilgesellschaft muss sichergestellt werden, dass ehrenamtliches Engagement von  
1104 Jugendlichen wertgeschätzt wird und Jugendarbeit nicht an bürokratischen Hürden  
1105 scheitert.  
1106 Wir sprechen uns daher für eine Stärkung und Vereinfachung der Projektförderung  
1107 über  
1108 Erasmus+ aus.

1109 Viele reden über Jugendliche und ihre Bedürfnisse. Wir wollen, dass sie selbst  
1110 zu Wort  
1111 kommen und ein Mitspracherecht für das Europa haben, in dem sie leben. Sie sind  
1112 derzeit im  
1113 politischen Geschehen massiv unterrepräsentiert. Darum ist es gut, dass jetzt in  
1114 Deutschland  
1115 Jugendliche ab 16 Jahren erstmals bei der Europawahl wählen können. Wir setzen  
1116 uns dafür  
1117 ein, dass dies in allen Mitgliedstaaten und in Deutschland auf allen Ebenen  
1118 Wirklichkeit  
1119 wird.

1120 Auch über das Wahlrecht hinaus wollen wir die Jugendbeteiligung in Europa  
1121 strukturell weiter

1122 stärken. Über den EU-Jugenddialog hat die Europäische Union einen direkten Kanal  
1123 für die  
1124 Beteiligung junger Menschen und Jugendverbände auf europäischer Ebene  
1125 geschaffen, dieser  
1126 soll weiter gestärkt und bei anderen Beteiligungsformaten integriert werden. Die  
1127 Ergebnisse  
1128 dieser Beratungen sollen zukünftig noch stärker in die Arbeit der EU-Kommission  
1129 einfließen  
1130 und junge Menschen und ihre Interessenvertreter\*innen künftig regelmäßig im  
1131 Europäischen  
1132 Parlament angehört werden. Wir unterstützen zudem den EU Youth Check, mit dem  
1133 die  
1134 Auswirkungen von EU-Entscheidungen auf junge Menschen überprüft werden sollen.  
1135 In der EU-  
1136 Jugendstrategie werden die Leitlinien für europäische Jugendpolitik gezogen. Wir  
1137 wollen  
1138 sicherstellen, dass eine Weiterentwicklung der EU-Jugendstrategie die Interessen  
1139 junger  
1140 Menschen in allen Politikbereichen stärkt. Wir setzen uns außerdem dafür ein,  
1141 dass die  
1142 Stelle der EU-Jugendkoordinatorin aufgewertet wird.

1143 Freiwilligendienste ausbauen

1144 Eine Gemeinschaft ist so stark wie das Engagement ihrer Mitglieder. Der  
1145 Zivilgesellschaft  
1146 kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Gerade das Engagement von jungen  
1147 Europäer\*innen ist  
1148 elementar – zum Beispiel für die Flüchtlingshilfe oder, Projekte der  
1149 Demokratieförderung,  
1150 Klimaschutz oder soziale Gerechtigkeit.

1151 Darum wollen wir eine Million Plätze im Europäischen Freiwilligendienst  
1152 schaffen, gerade  
1153 auch für Jugendliche aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen. Für sie müssen  
1154 wir bessere  
1155 Rahmenbedingungen schaffen, damit Engagement etwas ist, das sich jede und jeder  
1156 leisten  
1157 kann. Für die Durchführung von Freiwilligendiensten braucht es aber auch  
1158 Vereine, Verbände  
1159 und Organisationen, die sie anbieten. Diese wollen wir stärken, denn sie  
1160 schaffen Orte der  
1161 Demokratie und des zivilgesellschaftlichen Engagements.

1162 Diese Idee wollen wir nicht nur für Jugendliche anbieten. Wir wollen auch die  
1163 Erfahrungen,  
1164 das Wissen und das Engagement von Senior\*innen in ganz Europa fruchtbar machen:  
1165 Viele von  
1166 ihnen haben Kenntnisse, die sie auch im Rentenalter noch einsetzen wollen. Mit  
1167 einem  
1168 europäischen Programm wollen wir den Rahmen bereitstellen, mit dem Senior\*innen  
1169 überall in



1170 der EU an Projekten in Ausbildung, Vermittlung oder Zivilgesellschaft  
1171 mitarbeiten können.

1172 Europa entdecken

1173 Mit dem DiscoverEU-Programm können 18-Jährige die EU praktisch erleben. Zweimal  
1174 im Jahr  
1175 werden unter jungen Menschen sogenannte TravelPasses verlost, mit denen sie dann  
1176 in einem  
1177 bestimmten Zeitraum 30 Tage lang mit dem Zug durch Europa reisen können.  
1178 Gemeinsam mit  
1179 anderen jungen Menschen aus unterschiedlichen Ländern können sie entdecken, wie  
1180 vielfältig  
1181 Europa ist. Daher unterstützen wir das DiscoverEU-Programm und wollen es  
1182 zukünftig noch  
1183 ausbauen. Unser Ziel ist es, aus vielen parallelen Reisen mehr gemeinsame  
1184 Erlebnisse zu  
1185 schaffen. Wir wollen das Programm bekannter machen, besonders unter jungen  
1186 Menschen aus  
1187 weniger wohlhabenden Elternhäusern. Außerdem wollen wir Anreize dafür setzen,  
1188 dass Gruppen  
1189 aus mehreren europäischen Ländern zusammen verreisen.

## 1190 6. Verbraucherschutz

1191 Verbraucherschutz als Standortvorteil begreifen

1192 Der Rechtsschutz der Verbraucher\*innen macht die EU zu einer Union der starken  
1193 Bürger\*innen.

1194 Die Freiheiten für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen im europäischen  
1195 Binnenmarkt

1196 gehören zu den größten Standortvorteilen der EU. Der Verbraucherschutz sichert  
1197 Konsum,

1198 Gesundheit und Freiheiten weitreichend ab und macht die EU damit weltweit zur  
1199 Vorreiterin:

1200 Gebührenfreies Roaming, ein nutzer\*innenfreundlicher Strommarkt, moderne  
1201 Infrastruktur oder

1202 sichere und langlebige Konsumgüter sind nur einige wenige Beispiele.

1203 Und es funktioniert: So verspricht etwa ein einheitliches Ladekabel für mobile  
1204 Endgeräte,

1205 den Kabelsalat in unzähligen Schubladen zu beenden. Der verbindliche europäische  
1206 Standard

1207 stärkt die europäische Kreislaufwirtschaft, verringert Elektroabfall und  
1208 erleichtert

1209 merklich das Leben der Verbraucher\*innen. Wir wollen dabei das ganze Spektrum  
1210 digitaler

1211 Endgeräte wie Smartwatches, E-Reader oder Kopfhörer abdecken und auch kabellose  
1212 Ladetechnologien mit einschließen.

1213 Das verbindliche Ökodesign, also die Produktion nach Kriterien der Haltbarkeit,  
1214 Reparierbarkeit und ökologischen Verträglichkeit, beschert den Verbraucher\*innen  
1215 bessere  
1216 Produkte. Wir setzen uns für eine schnelle Umsetzung der Richtlinien ein, sodass  
1217 relevante  
1218 Produktgruppen wie Spielzeug, Möbel oder Kleidung zeitnah umfasst werden.

1219 Geht ein Produkt doch mal kaputt, verspricht das europäische Recht auf Reparatur  
1220 Konsument\*innen den langfristigen Zugang zu Ersatzteilen und  
1221 Reparaturanleitungen. Ein  
1222 kaputter Handyakku, Drucker oder Staubsauger müssen noch lange keine  
1223 Neuanschaffung  
1224 bedeuten. Die Lebensdauer von teuren oder lieb gewonnenen Anschaffungen  
1225 verlängert sich mit  
1226 dem Recht auf Reparatur erheblich. So werden langlebige und reparierbare  
1227 Produkte die  
1228 Geldbeutel der Bürger\*innen entlasten.

1229 Produkte des Alltags sicher nutzen zu können, wird mit der EU zur  
1230 Selbstverständlichkeit.

1231 Von Essen über Kleidung bis hin zu Kosmetika, Spielzeug und einfachen  
1232 Gebrauchsgegenständen  
1233 geht Sicherheit vor. Schadstoffe, Nanopartikel und Rückstände  
1234 gesundheitsschädlicher Halb-  
1235 oder Schwermetalle kommen in vielen dieser Verbrauchs- und Konsumgüter vor. Um  
1236 Sicherheit  
1237 und Transparenz zu gewährleisten, weiten wir die Risikoforschung aus und  
1238 schaffen ein  
1239 Register für Nanopartikel.

1240 Auch das Design des europäischen Strommarkts wollen wir im Sinne der  
1241 Verbraucher\*innen  
1242 gestalten. Mit geringen Infrastrukturkosten sowie intelligent aufeinander  
1243 abgestimmten  
1244 Mechaniken von Stromverbrauch und -erzeugung bleibt der Vorteil der günstigen  
1245 Stromerzeugung  
1246 bei ihnen. Wir stärken die Teilhabe von Verbraucher\*innen durch die einfache  
1247 Integration von  
1248 Wärmepumpen oder Wallboxen für Elektroautos in den Strommarkt.

1249 Fahrgastrechte garantieren

1250 Die Reisefreiheit in der EU soll für alle Bürger\*innen komfortabel und sicher  
1251 nutzbar sein.

1252 Fahrgäste sollen bei ihren Reisen durch Europa in ihren Rechten geschützt werden  
1253 – ganz  
1254 egal, ob mit Bus, Bahn oder Flugzeug. Auch deshalb wollen wir ein europaweites  
1255 einheitliches  
1256 Ticketsystem einführen, das Reisen mit dem Zug attraktiver macht und den  
1257 Planungsaufwand  
1258 erheblich senkt.

1259

1260 Wir setzen uns für einen durchgehenden Schutz der Fahrgastrechte ein. Die  
1261 Entschädigung für  
1262 Bahnverspätungen sollte auf 50 Prozent des Fahrpreises nach 60 Minuten und 75  
1263 Prozent nach  
1264 90 Minuten angehoben werden, wie es das Europäische Parlament fordert.

1265 Auch wer sich für eine Flugreise entscheidet, soll sicher und pünktlich am Ziel  
1266 ankommen.  
1267 Die Novellierung der Fluggastrechte soll die bestehenden Lücken im  
1268 Verbraucherschutz bei  
1269 Flugreisen schließen und die Rechte weiter ausbauen. Wir stärken den Anspruch  
1270 der  
1271 Verbraucher\*innen auf Entschädigungen bei Verspätungen oder Verschiebungen von  
1272 Flugreisen.  
1273 Ansprüche der Reisenden sollen bei einer großen Verspätung ab drei Stunden in  
1274 die Verordnung  
1275 aufgenommen werden. Bei einer Verschiebung von Flügen soll die Frist zur  
1276 Information der  
1277 Reisenden auf vier Wochen vor Reisebeginn verlängert werden. So stärken wir den  
1278 Anspruch der  
1279 Verbraucher\*innen auf Entschädigungen.

1280 Besonders für Reisende, die nur gelegentlich fliegen, und Familien sind die  
1281 Regelungen zur  
1282 Mitnahme von Gepäck häufig intransparent und kompliziert. Wir setzen uns für  
1283 eine  
1284 einheitliche Regelung für die Maße von Handgepäck und eine transparente  
1285 Preisgestaltung für  
1286 alle Gepäckvarianten ein.

1287 Ausfälle dürfen nicht zulasten der Reisenden gehen. Deswegen wollen wir, dass  
1288 alle  
1289 Fluggesellschaften sich gegen Insolvenz versichern müssen.

1290 Vor Kostenfallen schützen

1291 Verträge online abzuschließen, ist für viele Menschen längst Alltag und eine  
1292 erhebliche  
1293 Erleichterung. Genauso unkompliziert wie der Abschluss sollte die Kündigung  
1294 sein.  
1295 Verbraucher\*innen finden oft keine Möglichkeit, online abgeschlossene Verträge  
1296 zu kündigen,  
1297 oder haben keine Sicherheit über den Eingang und die Rechtssicherheit der  
1298 Kündigung. Die  
1299 Bindung an ungewollte oder nicht mehr benötigte Verträge wird so schnell zur  
1300 Kostenfalle.  
1301 Bei langfristigen Verträgen, die online abgeschlossen werden können, wollen wir  
1302 einen leicht  
1303 zugänglichen Kündigungsbutton auf der Webseite der Unternehmen einführen. Wir  
1304 sorgen so für  
1305 ein europaweit hohes Verbraucherschutzniveau nach deutschem Vorbild. Damit wird  
1306 die

1307 europaweite Nutzung von Dienstleistungen vereinfacht und sicherer gemacht. Die  
1308 Beweislast  
1309 für die ordnungsgemäße Umsetzung soll dabei bei den Unternehmen liegen. Ist  
1310 diese nicht  
1311 rechtssicher ausgestaltet, geht das nicht zulasten der Verbraucher\*innen:  
1312 Verträge sollen  
1313 dann jederzeit, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist, aufgehoben werden können.  
1314 Wir setzen  
1315 uns für die Ergänzung der entsprechenden Verbraucherrichtlinie ein und geben  
1316 Kund\*innen so  
1317 die Kontrolle über ihre Verträge zurück.

## A5 C – Was Frieden schützt

Antragsteller\*in: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 11.09.2023)

### Antragstext

1 Der russische Angriffskrieg auf unseren europäischen Nachbarstaat Ukraine hat  
2 gezeigt:  
3 Frieden und Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte sind keine  
4 Selbstverständlichkeit. Sie  
5 müssen immer wieder aufs Neue verteidigt und gestärkt werden. Moskau hat das  
6 Friedensprojekt  
7 Europäische Union herausgefordert. Gemeinsam mit unseren ukrainischen  
8 Freund\*innen haben wir  
9 diese Herausforderung angenommen – und halten stand.

10 Aber auch über die Ukraine hinaus nehmen die Spannungen weltweit zu. China tritt  
11 immer  
12 autoritärer auf und stellt die regelbasierte internationale Ordnung infrage.  
13 Chinas  
14 Konkurrenz mit den USA stellt auch unser Leben und Wirtschaften vor bedeutende  
15 Herausforderungen. In Afrika, Asien und Südamerika fordern Staaten und  
16 Gesellschaften  
17 derweil zu Recht faire Mitsprache und einen gleichwertigen Platz an  
18 Verhandlungstischen ein.

19 Diese Verschiebungen im globalen Machtgefüge fordern die EU heraus. Gemeinsam  
20 mit den Folgen  
21 der Pandemie, mit Inflation, Staatsschulden- und Klimakrise machen sie einmal  
22 mehr deutlich:  
23 Wir müssen unsere Kräfte bündeln, um den Frieden in Europa zu schützen, um  
24 Europa in der  
25 Welt sicherer zu machen.

26 Gemeinsam sind wir handlungsfähig. Immer wieder hat Europa bewiesen, wie sehr es  
27 in der Lage  
28 ist, auch international für Frieden, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit zu  
29 wirken. Es hat  
30 bewiesen: Man kann Frieden lernen, stabilisieren und zum Wohle aller gestalten.  
31 Das gibt  
32 Hoffnung in schwierigen Zeiten: Eine EU, die auf der Weltbühne selbstbewusst  
33 auftritt und  
34 mit einer Stimme spricht, ist imstande, sich gegen Unfreiheit und Krieg zu  
35 behaupten, unsere  
36 Interessen und Werte zu verteidigen, Einflussnahme von außen abzuwehren, Zukunft  
37 und Frieden  
38 zu gestalten – und das Leben der Menschen spürbar zu verbessern. Dieses Europa  
39 bietet  
40 weltweit Perspektiven für politische und wirtschaftliche Entwicklung – und damit  
41 ein  
42 dringend benötigtes Gegenangebot zum Einfluss insbesondere Chinas und Russlands.

43 Das ist unsere Perspektive, das ist unser politischer Auftrag: die globale  
44 Handlungsfähigkeit der EU zu verteidigen und zu stärken. Als viele noch von

45 „Wandel durch  
46 Handel“ träumten, haben GRÜNE davor gewarnt, dass autokratische Regime wie  
47 Russland im  
48 Zweifelsfall gegen das Interesse ihrer eigenen Bürger\*innen handeln, um ihre  
49 imperialen  
50 Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Wir treten deshalb für ein souveränes und  
51 selbstbewusstes  
52 Europa ein, das nicht abwartet, sondern das Heft des Handelns in die Hand nimmt;  
53 ein Europa,  
54 das sich aus seinen Abhängigkeiten löst und global Verantwortung übernimmt. Eine  
55 handlungsfähige EU, die auf eigenen Beinen steht, ist der beste Schutz gegen all  
56 jene  
57 Kräfte, die Isolation und Ausgrenzung heraufbeschwören, innerhalb und außerhalb  
58 des  
59 europäischen Bündnisses. Die EU kann dabei ihre Interessen vor allem dann  
60 effektiv  
61 durchsetzen, wenn sie zugleich ihre Werte in den Mittelpunkt stellt – der oft  
62 behauptete  
63 Widerspruch ist keiner.

64 Frieden und Freiheit erwachsen nicht aus Abschottung, sondern aus einem  
65 wertegeleiteten und  
66 fairen Umgang mit unseren Partnerinnen und Partnern. Das wichtigste Forum dafür  
67 sind die  
68 Vereinten Nationen (UN) und ihre Organisationen, die wir stärken und gerechter  
69 gestalten  
70 wollen. Sie sind der beste Weg zu einem Multilateralismus, in dem die Stärke des  
71 Rechts  
72 wirkt, nicht das Recht des Stärkeren.

73 Die EU muss in diesen herausfordernden Zeiten alle Möglichkeiten internationaler  
74 Zusammenarbeit aktiv suchen und alle Kanäle der Kooperation nutzen, um den  
75 Frieden zu  
76 wahren, demokratische Kräfte zu stärken und Konflikten vorzubeugen. Die EU muss  
77 aktiv um  
78 Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens werben. Orientiert an den  
79 Nachhaltigkeitszielen wollen wir globale Gerechtigkeit fördern.

80 Oft genug aber sitzen bei Verhandlungen vor allem Frauen nicht mit am Tisch. Das  
81 macht es  
82 schwerer, faire und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Gesellschaften sind  
83 nachweislich  
84 friedlicher und wohlhabender, wenn alle Menschen am politischen, sozialen und  
85 wirtschaftlichen Leben teilnehmen können. Frieden und Sicherheit sind  
86 nachhaltiger, wenn  
87 Frauen beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns aktiv dafür ein, dass gerade auch  
88 Frauen in  
89 der Außenpolitik umfassend vertreten sind.

90 Das gilt umso mehr, da sich die existenziellste Herausforderung der Menschheit,  
91 die  
92 Klimakrise, nur global bewältigen lässt. Europa und die übrigen Industriestaaten  
93 haben durch

94 ihre jahrzehntelangen Emissionen eine zweifache Verantwortung: Sie müssen im  
95 ganz eigenen  
96 Interesse selbst schnell klimaneutral werden und zugleich ärmere Länder auf  
97 ihrem Weg zu  
98 klimaneutralem Wohlstand partnerschaftlich unterstützen. Deswegen stellen wir  
99 die  
100 Klimadiplomatie ins Zentrum unseres Plans für eine europäische Außenpolitik und  
101 damit die  
102 Weichen für belastbare Partnerschaften – Partnerschaften, die auch dabei helfen  
103 werden,  
104 unsere Versorgung mit erneuerbaren Energien und Rohstoffen zu sichern. Dabei  
105 muss die EU  
106 auch weltweit gemeinsam mit der Privatwirtschaft einen entscheidenden Beitrag zu  
107 den nötigen  
108 Investitionen für eine klimagerechte Entwicklung leisten.

109 Im äußersten Fall müssen wir im Stande sein, unseren Frieden auch militärisch zu  
110 verteidigen. Dies können wir besser, effizienter und wirkungsvoller tun, wenn  
111 wir unsere  
112 Sicherheitspolitik europäisch koordinieren. Dabei bleiben militärische Maßnahmen  
113 für uns  
114 Ultima Ratio: Wir wollen einen umfassenden Ansatz europäischer Außenpolitik, der  
115 die  
116 menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt rückt – und auf Vorbeugung und zivile  
117 Bearbeitung  
118 von Krisen und Konflikten setzt. Wer dazu beiträgt, Frieden zu erhalten, beugt  
119 der  
120 Notwendigkeit vor, Frieden schaffen zu müssen – so schützt Europa. Wir denken  
121 Sicherheit von  
122 jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde und Freiheit im Zentrum unserer  
123 Politik stehen.  
124 Dieses Verständnis einer vorsorgenden und wertegeleiteten Sicherheitspolitik ist  
125 Teil des  
126 europäischen Versprechens.

127 Dessen Gewicht wiederum wird dort am deutlichsten, wo es Einladung ist und  
128 Hoffnung gibt.  
129 Das Streben vieler Ukrainer\*innen danach, ihre Freiheit zu behaupten und Teil  
130 der  
131 europäischen Familie zu werden, mag von Wladimir Putin mit brutaler Waffengewalt  
132 beantwortet  
133 worden sein. Aber es lebt fort und beweist, welche Strahlkraft das europäische  
134 Projekt über  
135 die eigenen Grenzen hinaus entfalten kann. Wir bekennen uns zum Beginn des  
136 ukrainischen  
137 Beitrittsprozesses – und verstehen ihn zugleich als Anerkennung der  
138 unermesslichen Leistung,  
139 die das Land tagtäglich für unser aller Sicherheit und die europäischen Werte  
140 erbringt.

141 Das Europa, das wir gestalten wollen, tut genau das. Es schützt und verteidigt  
142 die eigenen  
143 Werte. Es behauptet sich – und reicht zugleich anderen selbstbewusst die Hand.

144 An diesem  
145 Europa wollen wir arbeiten. Dieses Europa wollen wir sein.

## 146 1. Eine europäische Außenpolitik

147 Gemeinsam außenpolitisch handeln

148 Wir benötigen eine starke und souveräne EU, die als weltpolitische Akteurin  
149 agieren kann.  
150 Bislang braucht es in der EU-Außenpolitik jedoch immer noch die Zustimmung aller  
151 27  
152 Mitgliedstaaten. Wir setzen uns für eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen  
153 im Rat ein,  
154 die dabei die Interessen der großen und der kleineren Mitgliedstaaten  
155 berücksichtigt. Um das  
156 zu erreichen, wollen wir die bestehenden Möglichkeiten innerhalb der  
157 europäischen Verträge  
158 nutzen und setzen uns gleichzeitig für Vertragsänderungen ein.

159 Unsere Werte und Interessen brauchen eine gemeinsame Stimme der EU – wir wollen  
160 die  
161 bestehende Rolle des Hohen Vertreters bzw. der Hohen Vertreterin für die Außen-  
162 und  
163 Sicherheitspolitik zu einer europäischen Außenministerin bzw. einem europäischen  
164 Außenminister machen. Auch den Europäischen Auswärtigen Dienst wollen wir  
165 stärken. Um eine  
166 gemeinsame europäische Außenpolitik umzusetzen, braucht es einen echten  
167 europäischen  
168 diplomatischen Dienst. Deshalb wollen wir die Europäische Diplomatische Akademie  
169 fest  
170 verankern, um Kompetenzen im Bereich EU-Außenpolitik unter Diplomat\*innen aus  
171 den  
172 Mitgliedstaaten auszubauen. Konsularische Dienste der Mitgliedsländer wie  
173 Visafragen,  
174 Rechtshilfe oder Anträge wollen wir vermehrt in den europäischen Botschaften  
175 bündeln.

176 Das Klima global schützen

177 Die Klimakrise ist die zentrale globale Herausforderung unserer Zeit. Sie  
178 bedroht die  
179 Lebensgrundlagen in vielen Teilen der Welt und treibt Millionen Menschen in die  
180 Flucht. Sie  
181 verschärft Konflikte um knapper werdende Ressourcen wie Nahrungsmittel und  
182 Wasser.

183 Kein Staat kann die Klimakrise alleine stoppen. Unser Ziel ist eine starke  
184 europäische  
185 Klimaaußenpolitik, die im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen steht. Wir  
186 stehen für eine  
187 EU, die weltweit Partnerschaften für die Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes knüpft,



188 Partnerländer  
189 beim klimaneutralen Auf- und Umbau ihrer Wirtschaftssysteme und  
190 Energieversorgung sowie bei  
191 der Anpassung an die unvermeidbaren Folgen der Klimakrise unterstützt. Als eine  
192 der größten  
193 Emittentinnen von Treibhausgasen weltweit muss die EU entsprechend der  
194 Vereinbarung im  
195 Pariser Klimaschutzabkommen dafür eintreten, dass rasch jährlich 100 Milliarden  
196 US-Dollar  
197 aus öffentlichen und privaten Quellen für Klimaschutz und Anpassung  
198 zielgerichtet und im  
199 Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen der UN in Ländern des Globalen Südens  
200 eingesetzt  
201 werden. Ein Vorbild dafür sind sogenannte Just Energy Transition Partnerships,  
202 die die  
203 Bundesregierung gemeinsam mit weiteren internationalen Partnern bereits mit  
204 mehreren Ländern  
205 abgeschlossen hat. Sie machen Angebote für eine umfassende und sozial gerechte  
206 Energiewende.  
207 Wir unterstützen außerdem den internationalen Prozess zur Ausgestaltung eines  
208 Loss-and-  
209 Damage-Fonds, der die von den Auswirkungen der Klimakrise geschädigten  
210 Gemeinschaften  
211 finanziell angemessen unterstützen soll.

212 Unser Ziel ist es, die globale Energiewende zu beschleunigen und den Ausstieg  
213 aus fossilen  
214 Energien voranzutreiben. Wir setzen uns deshalb für ein verbindliches globales  
215 Ziel für den  
216 Ausbau erneuerbarer Energien und eine ambitionierte Klimafinanzierung ein. Dafür  
217 braucht es  
218 zusätzliche Mittel zur ODA-Quote. Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die  
219 Europäische  
220 Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) müssen sich noch stärker  
221 partnerschaftlich an  
222 der Modernisierung der Wirtschaft unserer Partnerländern beteiligen.

223 Wir wollen den Team-Europe-Ansatz – die engere Zusammenarbeit zwischen  
224 Kommission,  
225 Mitgliedstaaten und EU-Finanzinstitutionen – stärken und ausbauen, um  
226 internationale  
227 Allianzen zu schmieden. Der im Rahmen der G7 angeregte Klimaclub kann dabei eine  
228 zentrale  
229 Rolle einnehmen, um internationale Strukturen im Rahmen des Pariser Abkommens zu  
230 unterstützen und ambitionierte Ziele für Klimaschutz sowie nachhaltiges Wachstum  
231 voranzutreiben. Mit der geplanten Strategie für Klimaaußenpolitik kann die  
232 Bundesregierung  
233 Deutschland zum Vorreiter machen. Das möchten wir zum Vorbild für Europa nehmen.

234 Wie die Klimakrise stellt auch der globale Arten- und Biodiversitätsverlust eine  
235 enorme  
236 Bedrohung dar. Deshalb wollen wir die Umsetzung des Biodiversitätsabkommens von  
237 Kunming-

238 Montreal in Europa und weltweit fördern. Wir steigern das europäische Engagement  
239 mit den am  
240 stärksten von Biodiversitätsverlust betroffenen Ländern und unterstützen den  
241 Schutz von  
242 Flächen unter Wahrung der Rechte indigener Völker. Unser Ziel ist es, die  
243 biologische  
244 Vielfalt Europas und der Welt auf den Weg der Erholung zu bringen.

245 Global Gateway zum Erfolg bringen

246 In vielen Teilen der Welt, vor allem im Globalen Süden, gibt es einen gewaltigen  
247 Investitionsbedarf, um Wachstum, Mobilität und Wohlstand unter der Bedingung der  
248 Klimaneutralität zu erreichen. Auf diesen Bedarf antwortet bislang vor allem das  
249 chinesische  
250 Programm einer „neuen Seidenstraße“. Die europäische Global-Gateway-Strategie  
251 wollen wir zu  
252 einem geostrategischen Erfolgsprojekt machen, das Partnerländern eine  
253 Alternative zur  
254 chinesischen Politik anbietet, die durch starke finanzielle Abhängigkeiten  
255 etabliert wird.

256 Durch gezielte Investitionen in die sozialökologische Modernisierung in unseren  
257 Partnerländern wollen wir damit klimaneutralen Wohlstand schaffen, den Schutz  
258 der  
259 Menschenrechte stärken, Lieferketten diversifizieren und die Produktion von  
260 grüner Energie  
261 in unserer Nachbarschaft fördern.

262 Global Gateway kann aber nur zum Erfolg werden, wenn die EU das Programm mit  
263 substanziellen  
264 Mitteln ausstattet, die in Verbindung mit dem gehebelten privaten Kapital die  
265 nötigen  
266 Ressourcen bilden können. Um die Sichtbarkeit und Verbindlichkeit des Programms  
267 weltweit und  
268 innerhalb der EU zu verbessern, wollen wir eine Sondergesandte bzw. einen  
269 Sondergesandten  
270 dafür einrichten. Die EU muss für Global Gateway klare strategische Prioritäten  
271 setzen und  
272 alle Projekte auf der Basis von gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den  
273 Partnerländern  
274 nach Beratung mit der lokalen Zivilgesellschaft erarbeiten. Maßstab sind für uns  
275 hierbei die  
276 Menschenrechte, die Agenda 2030 der UN sowie die Einhaltung der Ziele des  
277 Pariser  
278 Klimaabkommens. Zudem muss die EU-Kommission die Kohärenz und eine größere  
279 Transparenz bei  
280 der Auswahl der strukturpolitischen Projekte sowie bei ihrer Durchführung und  
281 Evaluierung  
282 sicherstellen.

283 Internationale Organisationen stärken

284 Die UN bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus. Im  
285 Fall des  
286 russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die internationale  
287 Staatengemeinschaft in  
288 der UN-Vollversammlung bewiesen, dass sie sehr wohl handlungsfähig ist, als eine  
289 überragende  
290 Mehrheit diesen brutalen Angriffskrieg mehrfach und deutlich verurteilte. Die EU  
291 und ihre  
292 Mitgliedstaaten leisten mehr als die Hälfte aller Beiträge zu multilateralen  
293 Organisationen  
294 wie dem UN-System. In den anstehenden Reformdiskussionen wollen wir durch ein  
295 koordiniertes  
296 Vorgehen der EU die UN und ihre Organisationen fit für die Zukunft machen. Dazu  
297 gehört eine  
298 Reform des Sicherheitsrats, in dem wir eine gerechtere Repräsentanz der  
299 Weltregionen  
300 gewährleisten wollen. Langfristig zielen wir darauf ab, das Vetorecht  
301 abzuschaffen.

302 Bei der Weltbank, die mit der Evolution Roadmap ihren Reformprozess bereits  
303 begonnen hat,  
304 muss sich die EU für eine umfassende Erneuerung und Demokratisierung einsetzen,  
305 um  
306 angemessen auf die heutigen globalen und entwicklungspolitischen  
307 Herausforderungen reagieren  
308 zu können. UN-Sonderorganisationen wie das Flüchtlingshilfswerk UNHCR oder die  
309 Gesundheitsorganisation WHO leisten vitale Hilfe, um Menschen in Not zu helfen.  
310 Die EU muss  
311 diese Organisationen deshalb weiter unterstützen und stärken.

312 Darüber hinaus setzen wir uns für eine aktive Personalpolitik der EU bei der  
313 Besetzung von  
314 Posten in internationalen Organisationen etwa bei der International  
315 Standardization  
316 Organisation (ISO) oder Weltbankgruppe ein.

317 Menschenrechte weltweit verteidigen

318 Weltweit werden vielerorts Oppositionelle verfolgt, der Handlungsspielraum von  
319 Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien eingeschränkt und Proteste  
320 niedergeschlagen. Wir  
321 setzen uns für Demokratie und Menschenrechte ein und stärken unabhängige Medien,  
322 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Menschenrechts-Verteidiger\*innen. Wir  
323 wollen die  
324 Fördermöglichkeiten ausbauen und die entsprechenden Schutzinstrumente und  
325 Institutionen,  
326 beispielsweise Sonderberichterstatter\*innen und den Europäischen  
327 Demokratiefonds, finanziell  
328 stabilisieren und zugänglicher machen.

329 Der Zusammenarbeit mit Demokratien weltweit kommt bei der Förderung von Freiheit  
330 und  
331 Selbstbestimmung eine besondere Rolle zu. Wir unterstützen entsprechend der  
332 Globalen  
333 Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte die Verhängung von  
334 gezielten  
335 Sanktionen gegen staatliche wie nicht-staatliche Akteure, die für schwere  
336 Menschenrechtsverletzungen und -verstöße verantwortlich oder an ihnen beteiligt  
337 sind.

338 Menschenrechts-Verteidiger\*innen riskieren viel. Sie bedürfen unseres Schutzes,  
339 unserer  
340 Solidarität und unserer aktiven Unterstützung. Die EU-Leitlinien zum Schutz von  
341 Menschenrechts-Verteidiger\*innen wollen wir konsequent umsetzen. Dabei ist eine  
342 geschlechtsspezifische Perspektive wichtig, da Frauen und marginalisierte  
343 Gruppen, etwa  
344 Verteidiger\*innen indigener Rechte, einem höheren Gewaltisiko ausgesetzt sind.  
345 Gefährdeten  
346 Menschenrechts-Verteidiger\*innen wollen wir in der EU mit einer schnelleren und  
347 vereinfachten Visavergabe Schutz bieten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die  
348 Auslandsvertretungen der EU für Menschenrechts-Verteidiger\*innen stark machen.  
349 Dazu gehört  
350 etwa, Gerichtsverfahren von politischen Gefangenen zu beobachten, internationale  
351 Sichtbarkeit zu schaffen, Soforthilfe bereitzustellen oder regelmäßigen  
352 Austausch/regelmäßige Treffen durchzuführen. Nach Vorbild des kanadischen  
353 Resettlement-  
354 Programms setzen wir uns für ein europäisches Schutzprogramm von Menschenrechts-  
355 Verteidiger\*innen ein, das es ihnen ermöglicht, schnell und unbürokratisch  
356 Schutz zu  
357 erhalten und ihre Arbeit in sicherer Umgebung fortführen zu können.

358 Außen- und Entwicklungspolitik feministisch umsetzen

359 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, nachhaltiger und  
360 wirtschaftlich erfolgreicher. Sie ist fester Bestandteil der universellen  
361 Menschenrechte.  
362 Frauen und marginalisierte Gruppen sind in besonderem Maße von Gewalt, Armut und  
363 Krieg, aber  
364 auch von den Folgen der Klimakrise betroffen. Gleichzeitig sitzen oft nur wenige  
365 von ihnen  
366 mit am Tisch, wenn es darum geht, Lösungen für diese Krisen zu erarbeiten. Mit  
367 der UN-  
368 Resolution 1325 ist der Schutz von Frauen und Mädchen in Kriegsgebieten sowie  
369 ihre Teilhabe  
370 bei Konfliktprävention und -bewältigung bereits international verankert. Wir  
371 wollen  
372 weitergehen. Wir setzen uns für eine feministische Außen- und  
373 Entwicklungspolitik ein, die  
374 Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen, Mädchen und marginalisierten  
375 Gruppen in  
376 allen Bereichen weltweit stärkt. Menschenrechtsbasiert hat sie die Überwindung

377 aller Formen  
378 von Diskriminierung zum Ziel. Wir wollen sie als ein Leitprinzip der  
379 Außenbeziehungen der EU  
380 verankern. Die Leitlinien für die feministische Außenpolitik der Bundesregierung  
381 sind  
382 Vorbild für die Debatte auf europäischer Ebene.

383 Wir setzen uns dafür ein, den Frauenanteil in den außenpolitischen Institutionen  
384 der EU  
385 deutlich zu erhöhen, und dafür, dass die Perspektiven von Frauen und Mädchen bei  
386 allen  
387 internationalen Verhandlungen der EU einbezogen werden. Die Kapazitäten für  
388 Gender und  
389 Diversität in der EU-Diplomatie wollen wir stärken.

390 Wir fordern, dass die EU in ihren Außenbeziehungen weltweit zur Vorreiterin im  
391 Kampf gegen  
392 sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt wird. Nach dem Beitritt der EU  
393 zur Istanbul-  
394 Konvention verlangen wir deren konsequente Umsetzung durch die EU-  
395 Mitgliedsländer. Auch  
396 fordern wir die weltweite Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien gegen die  
397 Diskriminierung und  
398 für den Schutz der Menschenrechte von LGBTIQ\*-Personen.

399 Wir wollen, dass die EU ihre Entwicklungspolitik nach den Grundsätzen  
400 feministischer  
401 Entwicklungszusammenarbeit partnerorientiert und nachhaltig ausrichtet. Sie muss  
402 ihr selbst  
403 gesetztes Ziel erreichen, dass bis 2025 85 Prozent der EU-Entwicklungsprogramme  
404 auch zur  
405 Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Dazu soll die EU mehr Mittel für Projekte  
406 zur Förderung  
407 von Frauen bereitstellen, besonders im Bereich der Bildung sowie der sexuellen  
408 und  
409 reproduktiven Gesundheit. Zudem müssen intersektionale Perspektiven in den EU-  
410 Aktionsplan  
411 für die Gleichstellung der Geschlechter Eingang finden.

## 412 2. Eine europäische Sicherheitspolitik

413 Europa gemeinsam verteidigen

414 Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns deutlich  
415 vor Augen  
416 geführt, dass wir unsere Art zu leben im äußersten Notfall auch militärisch  
417 verteidigen  
418 können müssen. Die Zukunft der Bündnisverteidigung und der kollektiven  
419 Reaktionsfähigkeit  
420 liegen in der europäischen und transatlantischen Integration und

421 Interoperabilität unserer  
422 Streitkräfte.

423 Je enger wir in der EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik  
424 zusammenarbeiten, desto  
425 besser, kosteneffektiver und wirksamer können wir die europäische  
426 Verteidigungsfähigkeit  
427 sicherstellen, gerade auch als Teil des transatlantischen Bündnisses (NATO). Der  
428 strategische Kompass der EU und die Einbettung in das strategische Konzept der  
429 NATO sind  
430 dafür maßgebend.

431 Wir wollen daher weiter an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion mit  
432 einer starken  
433 parlamentarischen Kontrolle arbeiten. Die verstärkte Zusammenarbeit der  
434 Streitkräfte, zum  
435 Beispiel innerhalb von permanenten EU-Einheiten, wollen wir ausbauen. Dabei sind  
436 gemeinsame  
437 Rahmenstandards und Arbeitsbedingungen für Soldat\*innen notwendig. Wir wollen  
438 die gemeinsame  
439 EU-Kommandostruktur und europäische Militärkooperationsinitiativen vertiefen,  
440 zum Beispiel  
441 bei der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO).

442 Zivile und militärische Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und  
443 Verteidigungspolitik (GSVP) und deren Planungsstäbe stärken wir finanziell und  
444 personell.  
445 Diese Missionen müssen immer in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet sein,  
446 einer  
447 kontinuierlichen Risikoanalyse unterliegen und sich am Leitbild der menschlichen  
448 Sicherheit  
449 orientieren. Gemeinsame EU-Auslandseinsätze sollten stärker vom Europäischen  
450 Parlament  
451 begleitet, kontrolliert und evaluiert werden. Wir verstetigen die Unterstützung  
452 der Ukraine  
453 im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EPF) und stärken deren Einheit für  
454 Risikoanalyse und Rüstungskontrolle. Die Strukturen der EPF sollten so angepasst  
455 werden,  
456 dass die Verfügbarkeit der Mittel und die Planbarkeit der Ausgaben verbessert  
457 werden.

458 Im Verteidigungssektor führt die unkoordinierte Beschaffung der EU-  
459 Mitgliedstaaten zu  
460 Überlappungen und damit zur Verschwendung von Steuergeldern in großem Maßstab.  
461 Unser Ziel  
462 ist eine gemeinsame europäische Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern.  
463 Dafür bedarf  
464 es finanzieller Anreize und Vertrauen, aber auch des politischen Willens, die  
465 industriepolitischen Interessen der Mitgliedstaaten zugunsten von mehr  
466 gemeinsamer  
467 Sicherheit zurückzustellen. Die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) hat das  
468 bisher nicht  
469 im ausreichenden Maß bewerkstelligt. Wir teilen die Zielsetzung von bestehenden

470 Finanzinstrumenten wie dem European Defense Fund (EDF) oder der gemeinsamen  
471 Beschaffung  
472 (EDIRPA). Allerdings sind diese Instrumente unzureichend, rechtlich fragil und  
473 die  
474 parlamentarische Kontrolle stark eingeschränkt.

475 Deswegen wollen wir mittelfristig ein rechtssicheres außerbudgetäres  
476 Finanzinstrument  
477 schaffen, das die bestehenden Einzelprogramme ersetzt und den gesamten  
478 militärischen  
479 Fähigkeitszyklus abdeckt – von Forschung über Beschaffung bis hin zu  
480 Instandhaltung und  
481 Training. Die Ausgaben dieses Topfes müssen unter strenger und abgestimmter  
482 Kontrolle des  
483 Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente stehen.

484 Für einen gemeinsamen europäischen Rüstungsmarkt muss die EU-Kommission  
485 Standardisierung,  
486 Zertifizierung und Normierung betreiben, um die gemeinsame Einsatzfähigkeit von  
487 Waffensystemen sicherzustellen. Bei allen diesen Schritten muss die  
488 Komplementarität mit  
489 Kommandostrukturen und Fähigkeiten der NATO gesichert bleiben.

490 Rüstungsexporte europäisch regulieren

491 Die gemeinsame Entwicklung, Anschaffung und Nutzung von europäischen  
492 Waffensystemen schafft  
493 mehr Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. Damit senkt sie auch den Druck, die  
494 Waffensysteme an  
495 Drittstaaten zu exportieren, und ist somit auch ein Beitrag für eine gemeinsame  
496 wertebasierte Sicherheitspolitik. Für diese EU-Gemeinschaftsprojekte braucht es  
497 einheitliche  
498 und restriktive europäische Ausfuhrregeln. Wir wollen hierfür auf der Grundlage  
499 des  
500 gemeinsamen Standpunkts der EU eine Rüstungsexportkontrollverordnung  
501 beschließen, die  
502 Transparenz und Klarheit schafft sowie auf europäischen Werten und einer  
503 gemeinsamen  
504 Einschätzung der Sicherheitslage beruht. Es muss klare Entscheidungsmechanismen  
505 und vor dem  
506 Europäischen Gerichtshof (EuGH) einklagbare Sanktionsmöglichkeiten geben.  
507 Vorgehende  
508 Risikoanalysen sowie verbindliche und physische Endverbleibskontrollen müssen  
509 dabei  
510 vorgeschrieben werden. Europäische Waffen dürfen nicht weiter in die Hände von  
511 Regimen  
512 gelangen, die Menschenrechte systematisch verletzen oder diese für Verbrechen  
513 der Aggression  
514 nutzen. Wir setzen uns für ein Exportverbot für Überwachungstechnologien an  
515 repressive  
516 Regime und für ein weitgehendes Exportverbot für Kleinwaffen an Drittstaaten  
517 ein.

518 Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Gerade  
519 in  
520 unsicheren Zeiten wollen wir die Rüstungskontrolle stärken und  
521 Abrüstungsinitiativen  
522 fördern. Die EU muss sich für eine Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung  
523 von Kernwaffen  
524 (NVV) einsetzen und ihre Mitgliedstaaten zum schrittweisen Beitritt zum  
525 Atomwaffenverbotsvertrag sowie zum Bekenntnis zu Vision Global Zero ermutigen.  
526 Das Ziel  
527 unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie Welt. Die völkerrechtlichen  
528 Bemühungen um  
529 eine Regulierung von autonomen Waffensystemen unterstützen wir. Es darf keinen  
530 Einsatz von  
531 Waffensystemen geben, bei denen eine Maschine die letzte Entscheidung über Leben  
532 und Tod  
533 trifft.

534 Konflikten vorbeugen

535 Wir setzen uns für eine vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik ein, die  
536 Konflikte  
537 frühzeitig erkennt und ihnen begegnet. Wir wollen daher die EU-Mittel für  
538 friedensfördernde  
539 zivile Akteure umfassend aufstocken. Dabei muss die EU lokale  
540 zivilgesellschaftliche  
541 Konzepte und Akteure in der Friedensförderung stärker unterstützen und  
542 Förderrichtlinien in  
543 diesem Zusammenhang flexibilisieren. Die Fähigkeiten zur Friedenssicherung der  
544 UN und der  
545 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie von  
546 Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir stärken.

547 Wir wollen zivile Missionen der GSVP als Instrument der EU-Außenpolitik durch  
548 mehr  
549 finanzielle Ressourcen und Personal stärken, um zum Beispiel die Polizei oder  
550 das  
551 Justizwesen in fragilen Staaten zu unterstützen. Mit rechtsstaatlichen und  
552 bürgernahen  
553 Institutionen können sie Vertrauen aufbauen und Konflikten vorbeugen. Eine  
554 Neuausrichtung  
555 der zivilen GSVP-Missionen auf Migrationsmanagement lehnen wir ab.

556 Durch eine Politik der Prävention leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur  
557 Fluchtursachenbekämpfung. Gefestigte lokale Strukturen und funktionierende  
558 staatliche  
559 Institutionen mindern die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, die menschliches  
560 Leid erzeugen  
561 und Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen.

562 Die europäischen und internationalen Organisationen im Bereich der humanitären  
563 Hilfe wollen  
564 wir stärken. Dazu zählen insbesondere eine bessere finanzielle Ausstattung sowie



565 effizientere Strukturen und Vergaberichtlinien der europäischen Organisation für  
566 humanitäre  
567 Hilfe ECHO. Auch die nationalen europäischen Hilfen wollen wir besser  
568 koordinieren.  
569 Schließlich wollen wir die europäischen Organisationen in der Nothilfe  
570 verpflichten, stärker  
571 auf geschlechterspezifische Bedürfnisse und die Bedürfnisse von marginalisierten  
572 Gruppen zu  
573 achten.

### 574 3. Globale Gerechtigkeit

575 Verlässliche Partnerin sein

576 Im Mittelpunkt unseres entwicklungspolitischen Engagements stehen für uns die  
577 Menschen, die  
578 wir bei ihrem Streben nach besseren Lebensverhältnissen vor Ort unterstützen  
579 wollen. Damit  
580 stehen wir für eine andere Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern  
581 als  
582 Autokratien. Chinas Entwicklungsinitiativen haben oft zum Ziel, einseitige  
583 Abhängigkeiten zu  
584 schaffen. Russland hat in seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die  
585 Ukraine  
586 gezeigt, dass es bereit ist, Hunger als Waffe einzusetzen. Wir wollen, dass die  
587 EU aktiv den  
588 Wettbewerb um die Partnerschaft mit dem Globalen Süden aufnimmt und den  
589 begonnenen Weg eines  
590 koordinierten Vorgehens mit den Mitgliedstaaten beim Aufbau von fairen  
591 Partnerschaften  
592 intensiviert. Dafür stehen wir auf europäischer Ebene ein. Dies muss auch dem  
593 Erbe unserer  
594 kolonialen Vergangenheit gerecht werden.

595 Wir wollen lokales Wissen und lokale Initiativen fördern, um den Aufbau von  
596 Wirtschaftskreisläufen und sozialen Sicherungssystemen zu unterstützen. Dafür  
597 wollen wir die  
598 bestehenden Instrumente der europäischen Entwicklungszusammenarbeit im Dialog  
599 mit unseren  
600 Partnern weiterentwickeln. Dafür muss die EU lokale und zivilgesellschaftliche  
601 Akteure in  
602 Hochschulen, NGOs oder Start-ups stärken und Förderrichtlinien flexibilisieren.  
603 Auch die  
604 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gehört dazu. Wir setzen uns dafür ein,  
605 dass  
606 zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus Ländern  
607 des Globalen  
608 Südens nach dem Vorbild des kanadischen Equality Fund direkt durch die EU  
609 gefördert werden.

610 Angesichts der globalen Herausforderungen bedarf es substanzieller Mittel für  
611 die  
612 Entwicklungszusammenarbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass alle EU-  
613 Mitgliedstaaten das  
614 gegebene Versprechen einlösen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für  
615 Entwicklungsfinanzierung (ODA-Quote) auszugeben. Es kommt aber nicht nur auf die  
616 Quantität  
617 der Unterstützung an, sondern auch darauf, Projekte partnerorientiert, schnell  
618 und  
619 unbürokratisch umzusetzen. Die Entwicklungsgelder müssen vor allem den  
620 bedürftigsten Ländern  
621 zukommen und zur Erfüllung der nachhaltigen Entwicklungsziele sowie des Pariser  
622 Klimaabkommens beitragen. In Kooperation mit den Partnerstaaten wollen wir auch  
623 die soziale  
624 Absicherung der Menschen stärken. Wir unterstützen den Aufbau sozialer  
625 Sicherungssysteme als  
626 nachhaltiges Instrument gegen Armut.

627 Noch allzu häufig arbeiten EU-Kommission und Mitgliedstaaten im  
628 entwicklungspolitischen  
629 Bereich nebeneinanderher. Wir unterstützen deswegen den Team-Europe-Ansatz, der  
630 in  
631 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft eine bessere sektorübergreifende  
632 Koordinierung,  
633 Kohärenz, Sichtbarkeit und Effektivität anstrebt. Um Kohärenz und Transparenz zu  
634 erhöhen,  
635 setzen wir uns für sektorübergreifende Evaluierungen und einen  
636 Transparenzmechanismus für  
637 öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in der EU ein. Das Europäische Parlament  
638 wollen wir  
639 in entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse besser einbeziehen.

640 Ernährung global sichern

641 Die multiplen Krisen unserer Zeit, allen voran die Klimakrise, bedeuten  
642 existenzielle  
643 Herausforderungen für die Ernährungssicherheit weltweit. Die EU muss sich für  
644 ein  
645 nachhaltiges und resilientes globales Ernährungssystem einsetzen und damit zur  
646 Umsetzung des  
647 Rechts auf Nahrung beitragen.

648 Eine resiliente und produktive ökologische Landwirtschaft mit starken regionalen  
649 Märkten ist  
650 das beste Mittel, um die Landwirtschaft widerstandsfähiger gegen politische  
651 Krisen und die  
652 Folgen des Klimawandels zu machen. Projekte der europäischen  
653 Entwicklungszusammenarbeit  
654 sollen verstärkt wirtschaftlich tragfähige und ökologisch nachhaltige  
655 Anbausysteme mit  
656 möglichst geschlossenen Nährstoffkreisläufen fördern. Europäische  
657 Agrarsubventionen,

658 patentiertes Saatgut und Landraub dürfen nicht länger kleinbäuerliche Strukturen  
659 und Märkte  
660 in Ländern des Globalen Südens unterminieren und einseitige, teure  
661 Abhängigkeiten schaffen.  
662 Viele traditionelle Anbaumethoden geraten immer mehr unter Druck. Wir wollen den  
663 Auf- und  
664 Ausbau lokaler Saatgutbanken fördern, damit traditionelles Wissen und die  
665 biologische  
666 Vielfalt erhalten und zugänglich bleiben. Wir wollen uns im Rahmen der EU für  
667 striktere  
668 Mechanismen zur Verhinderung von exzessiven Nahrungsmittelspekulationen, vor  
669 allem in  
670 Notsituationen, einsetzen. Exporte von chemisch-synthetischem Dünger und  
671 Pestiziden, die in  
672 der EU verboten sind, wollen wir beenden.

673 Die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern  
674 muss dabei  
675 im Rahmen von umfassenden Strategien zur Stärkung von Ernährungssystemen  
676 umgesetzt werden,  
677 inklusive Zugang zu Technologien, Infrastrukturen, Märkten und Finanzmitteln.

678 Globale Verantwortung annehmen

679 Noch immer belastet das Erbe der Kolonialzeit die Beziehungen zwischen Europa  
680 und ehemaligen  
681 Kolonien. Es zeigt sich etwa in der ungleichen globalen Vermögensverteilung, in  
682 wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen oder fehlender Repräsentanz. Die  
683 Mitgliedstaaten  
684 der EU müssen sich ihrer historischen Verantwortung stellen, die sich aus den  
685 Verbrechen der  
686 Kolonialgeschichte ergibt, und Machtungleichgewichte in den Blick nehmen. Dafür  
687 braucht es  
688 eine antirassistische Perspektive.  
689 Wir wollen benachteiligende Klauseln in Handelsabkommen korrigieren und Reformen  
690 bei den  
691 Entwicklungsbanken vorantreiben. In internationalen Natur- und  
692 Umweltschutzabkommen wollen  
693 wir die Menschen- und Landrechte indigener und lokaler Gemeinschaften besser  
694 achten. Die  
695 europäische Entwicklungszusammenarbeit wollen wir in Kooperation mit  
696 Partnerländern und  
697 Zivilgesellschaft im Sinne einer kritischen Reflexion von Machtverhältnissen  
698 kontinuierlich  
699 evaluieren und weiterentwickeln.  
700 Viele Entwicklungs- und Schwellenländer befinden sich in einer Schuldenkrise,  
701 die ihre  
702 Handlungsmöglichkeiten für sozialökologische Modernisierungsprozesse massiv  
703 einschränkt. Die  
704 EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich für solide Schuldenrestrukturierungen  
705 und

706 Schuldenerlasse für besonders belastete Länder einsetzen. Dazu muss auch ein bei  
707 den UN  
708 angesiedeltes, transparentes und unabhängiges Schuldenrestrukturierungsverfahren  
709 für Staaten  
710 unter Einbezug von privaten Gläubiger\*innen gehören. Wir wollen verhindern, dass  
711 europäische  
712 Rechtsräume zur Geldwäsche oder für die Steuervermeidung missbraucht werden, was  
713 die  
714 finanziellen Handlungsspielräume von Ländern des Globalen Südens weiter  
715 einschränkt.

## 716 4. Fairer Handel

717 Mit Handel Wohlstand schaffen

718 Handel fördert den Austausch zwischen Menschen und Gesellschaften und kann  
719 Wohlstand mehren.  
720 Das hat die EU selbst gezeigt, deren Binnenmarkt sie bis heute als eine  
721 wesentliche Säule  
722 trägt. Besonders in Deutschland hängt unser Wohlstand aufgrund der starken  
723 Exportorientierung unserer Wirtschaft von einem gut funktionierenden globalen  
724 Handel ab. Es  
725 ist daher eine politische Aufgabe der EU, ihren wirtschaftlichen und politischen  
726 Einfluss so  
727 zu nutzen, dass sie durch Handelspolitik Wertschöpfung fördert und zusätzlich  
728 weltweit  
729 Standards für soziale Gerechtigkeit, Klima- und Naturschutz sowie Menschenrechte  
730 beeinflusst. Auf diese Weise schützen wir auch unsere eigenen Standards vor  
731 einem  
732 Unterbietungswettbewerb und wirken damit im Sinne unserer Werte und Interessen.

733 Die Krisen der letzten Jahre, Pandemie, Extremwetter und Krieg, haben gezeigt,  
734 dass wir  
735 Risiken bei Lieferketten und dem Zugang zu Rohstoffen reduzieren müssen. Eine  
736 vorausschauende, offene Handelspolitik, die zuverlässige Partnerschaften knüpft,  
737 liefert  
738 dazu einen wichtigen Beitrag. Dazu müssen wir europäische Unternehmen dabei  
739 unterstützen,  
740 ihre Investitionstätigkeiten und Wertschöpfungsketten breiter zu streuen.

741 Handelsinstrumente neu ausrichten

742 Globaler Handel braucht globale Regeln. Die Welthandelsorganisation (WTO) ist  
743 der  
744 bestmögliche Rahmen, um diese Regeln zu formulieren, zu überprüfen und  
745 eventuelle  
746 Streitigkeiten auszutragen. Wir wollen die WTO grundlegend reformieren, damit  
747 sie dieser  
748 Rolle wieder gerecht werden kann. Dabei müssen auch gute Arbeitsstandards,  
749 Klima- und

750 Umweltschutz, Zugang zu Gesundheitsprodukten und grünen Technologien sowie eine  
751 faire  
752 Entwicklung in das Zentrum der globalen Handelspolitik gestellt werden.

753 Doch die WTO ist aufgrund der angespannten geopolitischen Lage aktuell kaum noch  
754 handlungsfähig und die Bereitschaft zu einer Reform global gesehen gering. Wir  
755 setzen daher  
756 verstärkt auf regionale Handelsabkommen auf Augenhöhe mit Partnern wie  
757 Australien, Indien,  
758 den Ländern Lateinamerikas oder der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN,  
759 die sich  
760 ebenfalls zu einem regelbasierten Welthandel bekennen.

761 Wir setzen uns dafür ein, dass Nachhaltigkeitsziele und Menschenrechte in alle  
762 zukünftigen  
763 internationalen Handelsabkommen aufgenommen und einklagbar werden. Im Falle  
764 eklatanter  
765 Missachtung der Menschenrechte oder bei Verstößen gegen das Pariser  
766 Klimaabkommen, sollte  
767 die EU konsequent von diesen Klauseln Gebrauch machen oder das Abkommen  
768 aussetzen. Das  
769 kürzlich abgeschlossene Freihandelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland ist  
770 ein Vorbild  
771 für einklagbare Nachhaltigkeitsstandards.

772 Wir wollen das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des  
773 geistigen Eigentums  
774 (TRIPS) neu ausrichten. Damit werden wir den Transfer von klimafreundlichen  
775 Technologien und  
776 wichtigen Gesundheitstechnologien aus dem Globalen Norden in den Süden  
777 unterstützen, um die  
778 Entwicklung der dortigen Wirtschaft zu fördern und weltweite Emissionen zu  
779 senken.

780 Die Digitalisierung kann global gerechten Handel wesentlich vereinfachen, etwa  
781 indem sie die  
782 Überwachung der Lieferketten automatisiert. In den Handelsabkommen der EU und in  
783 ihren  
784 Handelsinstrumenten müssen der digitale Handel von Gütern und Dienstleistungen,  
785 geistige  
786 Eigentumsrechte, Datenschutz und Netzneutralität stets mitgedacht werden. Dies  
787 erfordert  
788 eine Überarbeitung der europäischen Handelsinstrumente in den Bereichen  
789 Datenbestimmungen,  
790 Datenlokalisierung, Forschung und Entwicklung, nationale Steuersysteme und  
791 digitaler  
792 Binnenmarkt.

793 Zudem wollen wir die demokratische Kontrolle von Handelsabkommen verbessern. Vor  
794 Beginn der  
795 Verhandlungen sollte das Europäische Parlament das Verhandlungsmandat gemeinsam  
796 mit dem Rat  
797 der EU bestimmen.

798 Wenn EU-Industrien durch unfaire Handelspraktiken geschädigt werden, müssen  
799 handelspolitische Schutzinstrumente der EU eine wirksame Antwort bieten, um den  
800 fairen  
801 Wettbewerb zu schützen. Umgekehrt wollen wir gerade weniger industrialisierten  
802 Staaten einen  
803 offenen Dialog anbieten und ihnen in Handelsabkommen eine faire Chance zu einer  
804 Industriepolitik mit dem Ziel eigener Wertschöpfung einräumen. In diesem Bereich  
805 haben wir  
806 durch eine stetige Erweiterung unseres handelspolitischen Werkzeugkastens schon  
807 vieles  
808 erreicht. Zum Beispiel durch das Instrument gegen Zwangsmaßnahmen (Anti-  
809 Coercion-  
810 Instrument), mit dem sich die EU gegen einseitige Zwangsmaßnahmen von  
811 Handelspartnern wehren  
812 kann.

813 Im Einklang mit dem Klima handeln

814 Wir wollen unsere Wirtschaft klimaneutral umbauen und zu einer starken  
815 Kreislaufwirtschaft  
816 weiterentwickeln. Dazu gehört, mit unseren Handelspartnern gemeinsam Standards  
817 zu  
818 entwickeln, damit globale Märkte für grüne Produkte wie klimaneutralen Stahl  
819 entstehen  
820 können.

821 Die Einführung des Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) ist ein wichtiger Schritt,  
822 um eine  
823 faire CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Welthandel einzuführen und das EU-Emissionshandelssystem  
824 zu ergänzen  
825 und abzusichern. Dadurch werden Importe von bestimmten Produkten wie etwa Stahl  
826 oder Zement  
827 aus Ländern ohne Emissionshandel teurer, wenn diese in klimaschädlichen  
828 Verfahren  
829 hergestellt werden. Der CBAM unterstützt damit auch die Modernisierung unserer  
830 Industrie,  
831 indem er beispielsweise die Produzenten von grünem Stahl vor außereuropäischer  
832 Konkurrenz  
833 durch fossil hergestellten Stahl schützt und einen fairen Wettbewerb  
834 sicherstellt.

835 Es ist wichtig, dass wir Investitionen in fossile Brennstoffe und andere  
836 klimaschädliche  
837 Aktivitäten beenden und stattdessen Anreize für nachhaltige Investitionen  
838 setzen. Dies  
839 erfordert eine grundlegende Änderung des Modells für bilaterale EU-  
840 Investitionsverträge. Der  
841 Ausstieg aus dem klimaschädlichsten Investitionsschutzvertrag der Welt – dem  
842 Energiechartavertrag – von Deutschland und anderen EU-Ländern ist ein großer  
843 Erfolg. Wir  
844 kämpfen jetzt folgerichtig für einen Austritt der gesamten EU aus dem  
845 Energiechartavertrag.

846 Das Gesetz zu entwaldungsfreien Lieferketten ist ein wichtiger Baustein bei dem  
847 Ziel, die  
848 gravierenden Abholzungsraten weltweit zu bekämpfen.

849 Auf faire Partnerschaften setzen

850 Als globale Wirtschaftsakteurin muss die EU bei einer zukunftsorientierten  
851 Handelspolitik  
852 Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ins Zentrum rücken. Die Gesetze zur  
853 Regulierung der  
854 europäischen Lieferketten sind ein wichtiger Hebel, um diese Ziele zu erreichen.  
855 Damit  
856 übernimmt die EU Verantwortung dafür, weltweit effektiv Sozial- und  
857 Umweltdumping  
858 zurückzudrängen.

859 Die Ratifizierung und Umsetzung der Kernarbeitsnormen der Internationalen  
860 Arbeitsorganisation (ILO) sollte als Mindestanforderung für jedes  
861 Handelsabkommen angesehen  
862 werden. Handelsabkommen müssen auch die Anliegen von indigenen Völkern und  
863 Gemeinschaften  
864 vor Ort berücksichtigen und ihre Rechte schützen.

865 Es gibt derzeit mehr als 25 Millionen Zwangsarbeiter\*innen auf der Welt.  
866 Produkte aus dieser  
867 heutigen Art der Sklaverei haben auf dem EU-Binnenmarkt nichts verloren. Das EU-  
868 Importverbot  
869 für Produkte aus Zwangsarbeit, welches gerade verhandelt wird, muss daher  
870 konsequent  
871 umgesetzt werden.

872 Die Wirtschaftsbeziehungen mit Entwicklungs- und Schwellenländern müssen wir  
873 fair gestalten.  
874 Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit den Staaten Afrikas, der Karibik  
875 und des  
876 Südpazifiks wollen wir im Sinne eines fairen und entwicklungsorientierten  
877 Handels  
878 überprüfen. Dazu gehört es, die besonderen Vorteile der Least Developed  
879 Countries, die es  
880 diesen Ländern erlauben, Waren zollfrei in die EU einzuführen, auch als Teil von  
881 EPAs zu  
882 garantieren und den Staaten des Globalen Südens eine aktive Industriepolitik zu  
883 ermöglichen.

## 884 5. Mehr EU in Europa

885 Erweiterungsperspektiven

886 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem ureigenen  
887 Interesse.  
888 Sie stärkt unsere Sicherheit, unsere Stabilität und unseren Wohlstand. Deswegen

889 ist es  
890 unsere Verantwortung, die Kandidatenländer aktiv zu unterstützen. Klare  
891 Kriterien für den  
892 Beitritt wollen wir in einem fairen Beitrittsprozess mit verbindlichen Angeboten  
893 der  
894 Zusammenarbeit verknüpfen. Damit eine erweiterte EU handlungsfähig bleibt, muss  
895 sie ihre  
896 Strukturen reformieren: Erweiterung und Reformen müssen Hand in Hand gehen.

897 Alle Kandidatenstaaten müssen die Kopenhagener Kriterien, die Beitrittskriterien  
898 der EU,  
899 ohne Abstriche erfüllen und das gemeinsame Recht der EU, den *acquis*  
900 *communautaire*,  
901 vollumfänglich übernehmen.

902 Indem wir die EU-Erweiterung schrittweise voranbringen, dynamisieren wir den  
903 langwierigen  
904 und oft schwerfälligen Beitrittsprozess und sichern die Glaubwürdigkeit des  
905 europäischen  
906 Projekts. Es muss deutlich sichtbarer werden: Allein das Reformtempo in den  
907 Beitrittsländern bestimmt das Beitrittstempo. Deswegen wollen wir den  
908 Beitrittsprozess mit  
909 sichtbaren Zwischenschritten gestalten und diese mit positiven Anreizen  
910 anerkennen, zum  
911 Beispiel dem Zugang zu Roaming, Erasmus+ oder Teilen des Binnenmarkts. Ein  
912 Stillstand der  
913 Verhandlungen über einen längeren Zeitraum oder gar Rückschritte sollten im  
914 Umkehrschluss zu  
915 einem Wegfall der Vorteile führen. Ein Fokus im Beitrittsprozess muss auf dem  
916 Kampf gegen  
917 Korruption und Organisierte Kriminalität liegen. Dazu wollen wir die Mandate der  
918 EU-  
919 Antikorruptionsbehörde OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft auf die  
920 Beitrittskandidaten und die von ihnen eingesetzten EU-Mittel ausweiten.

921 Zentral ist für uns auch die Stärkung der Zivilgesellschaften in den  
922 Beitrittsstaaten, ihre  
923 Vernetzung untereinander und mit den Mitgliedstaaten der EU. Auf dem Weg in die  
924 EU ist uns  
925 eine enge Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften der Beitrittsländer  
926 auch jenseits  
927 der Regierungen wichtig. Regierungsvertreter\*innen der Beitrittsländer sollen an  
928 ausgewählten Sitzungen des Rats der EU teilnehmen können.

929 Westbalkanstaaten

930 Die Zukunft der sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina,  
931 Kosovo,  
932 Montenegro, Nordmazedonien und Serbien liegt in der EU.

933 Das Versprechen eines EU-Beitritts ist weiterhin ein wichtiger Motor für den  
934 sensiblen  
935 Friedens- und Aussöhnungsprozess in den Ländern des Westbalkans. Dieses



936 Beitrittsversprechen  
937 darf die EU nicht aufs Spiel setzen. Der Beginn der Beitrittsgespräche mit  
938 Albanien und  
939 Nordmazedonien, der Kandidatenstatus für Bosnien und Herzegowina sowie die  
940 Visaliberalisierung für Kosovo sind wichtige Fortschritte auf dem Weg in die EU.

941 Gleichzeitig bleiben die Herausforderungen angesichts von Korruption,  
942 Organisierter  
943 Kriminalität, schwacher rechtsstaatlicher Strukturen und teils unzureichender  
944 Aufarbeitung  
945 der Kriegsverbrechen groß. Bei deren Bewältigung wollen wir die Staaten im  
946 Beitrittsprozess  
947 intensiv unterstützen. Die Zivilgesellschaften der Region wollen wir noch besser  
948 fördern,  
949 besonders auch die grenzüberschreitende Jugendarbeit in der Region stärken und  
950 eine  
951 inklusive Erinnerungskultur unterstützen. Im Rahmen der Grünen Agenda für den  
952 Westbalkan  
953 wollen wir die Region beim Ausbau guter Arbeitsplätze, erneuerbarer Energien und  
954 nachhaltiger Investitionen schnell und effektiv unterstützen.

955 Ukraine

956 Die Ukraine steht in der Mitte der europäischen Familie. Ihr Platz ist in der  
957 EU. Millionen  
958 Ukrainer\*innen stellen sich täglich dem völkerrechtswidrigen russischen  
959 Angriffskrieg mutig  
960 entgegen: Sie wehren sich gegen den brutalen Versuch Russlands, ihr Land zu  
961 unterwerfen und  
962 ihre Kultur auszulöschen, das Völkerrecht und die europäische Friedensordnung zu  
963 zerstören.

964 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU in ihrer humanitären, politischen,  
965 finanziellen und  
966 auch militärischen Unterstützung der Ukraine nicht nachlässt. Wir werden die  
967 Ukraine  
968 weiterhin entschlossen unterstützen, damit sie ihre Souveränität und volle  
969 territoriale  
970 Integrität wiedererlangen und verteidigen kann. Wir stehen fest an der Seite der  
971 Ukraine,  
972 ihrer Menschen und ihres Rechts auf Freiheit, Selbstbestimmung und  
973 Selbstverteidigung und  
974 unterstützen den Wunsch zu einem nachhaltigen Frieden und zu robusten,  
975 zuverlässigen  
976 Sicherheitsgarantien.

977 Auch auf dem Weg in die EU werden wir die Ukraine umfassend unterstützen. Beide  
978 Seiten  
979 profitieren von einem geordneten und zügigen Beitrittsprozess. Wir setzen dabei  
980 auf  
981 Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Korruptionsbekämpfung und eine

982 aktive Rolle  
983 der Zivilgesellschaft und der regionalen und kommunalen Ebene.

984 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten den Wiederaufbau  
985 der Ukraine  
986 finanziell, technisch und mit Investitionen engagiert unterstützen. Dazu bedarf  
987 es auch  
988 großer finanzieller Anstrengungen und erheblich beschleunigter Verfahren, um  
989 schnelle  
990 Ergebnisse zu erzielen und das Land gegen die russischen Angriffe zu stärken.

991 Wir setzen auf vielfältige internationale Ermittlungs- und Justizorgane, die  
992 russische  
993 Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen einschließlich des  
994 Verbrechens des  
995 Aggressionskriegs aufklären und bestrafen. Ein internationaler Mechanismus soll  
996 über die  
997 Wiedergutmachung der Sach- und Personenschäden durch Russland an die Ukraine  
998 entscheiden und  
999 so eine Rechtsgrundlage zur Heranziehung Russlands zur Finanzierung des  
1000 Wiederaufbaus der  
1001 Ukraine schaffen.

1002 Die Wirtschaft der Ukraine ist durch den Krieg massiv geschwächt. Wir möchten,  
1003 dass die EU  
1004 die Wirtschaft der Ukraine durch Makrofinanzhilfen weiter stabilisiert und diese  
1005 als Zeichen  
1006 der Solidarität und als Beitrag zur europäischen Sicherheit fortsetzt. Dazu  
1007 gehört auch, den  
1008 Ausbau alternativer Exportwege für ukrainische Agrarprodukte jenseits des  
1009 Schwarzen Meeres  
1010 (solidarity lanes) weiter voranzutreiben. Das hilft der Ukraine wirtschaftlich  
1011 und trägt zur  
1012 globalen Ernährungssicherung bei.

1013 Georgien und Moldau

1014 Die Zukunft Moldaus und Georgiens liegt in der EU. Beide Länder sind seit Langem  
1015 Ziel von  
1016 militärischer Aggression und Destabilisierungsversuchen Russlands. Diese sind  
1017 seit Beginn  
1018 des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine intensiviert worden. Wir stehen  
1019 entschlossen  
1020 zur Souveränität und territorialen Integrität der beiden Länder. Wir werden  
1021 Moldau und  
1022 Georgien auf ihrem Weg in die EU tatkräftig unterstützen, gleichzeitig aber auch  
1023 die dafür  
1024 nötigen Reformen einfordern. Insbesondere Moldau hat als EU-Beitrittskandidat  
1025 seit 2020  
1026 einen mutigen und ambitionierten Reformkurs eingeschlagen, den wir konsequent  
1027 unterstützen.

---

## 1028 Europäische Nachbarschaft

1029 Die europäische Familie ist größer als die EU. Wir möchten eine EU, die  
1030 konstruktiv mit  
1031 ihren europäischen Nachbarn zusammenarbeitet.

1032 Die Zusammenarbeit der EU mit dem Europarat bei der Förderung und Verteidigung  
1033 von  
1034 Demokratie und Menschenrechten auf dem europäischen Kontinent möchten wir  
1035 intensivieren.

1036 Wir begrüßen die Europäische Politische Gemeinschaft als eine Plattform zur  
1037 engeren  
1038 Zusammenarbeit mit europäischen Staaten, unabhängig davon, ob diese eine EU-  
1039 Mitgliedschaft  
1040 anstreben oder nicht. Insbesondere im Bereich Energie ist diese Zusammenarbeit  
1041 im  
1042 ausgeprägten europäischen Interesse.

1043 Wir möchten, dass die EU und das Vereinigte Königreich weiter konstruktiv daran  
1044 arbeiten,  
1045 ihre Beziehungen nach dem Brexit wieder zu intensivieren. Eine enge  
1046 wirtschaftliche und  
1047 militärische Zusammenarbeit von EU und Vereinigtem Königreich ist im  
1048 beiderseitigen  
1049 Interesse. Wir begrüßen, dass das Vereinigte Königreich wieder in das EU-  
1050 Forschungsprogramm  
1051 Horizont Europa einsteigt. Gleichzeitig erwarten wir, dass die britische  
1052 Regierung  
1053 praktische Hürden beim Austausch und der Zusammenarbeit mit der EU, zum Beispiel  
1054 bei den  
1055 Studierenden-Visa, möglichst rasch abbaut.

1056 Die OSZE wollen wir angesichts der Herausforderungen durch den russischen  
1057 Angriffskrieg  
1058 gegen die Ukraine als wichtiges Forum für Dialog und Krisenprävention bewahren.  
1059 Sie kann in  
1060 der Gestaltung der Nachkriegsordnung in Osteuropa eine zentrale Rolle spielen.

## 1061 Türkei

1062 Die Türkei und die EU – und dabei ganz besonders Deutschland – verbindet eine  
1063 langjährige  
1064 Freundschaft und Partnerschaft, die sich in engen gesellschaftlichen,  
1065 kulturellen und  
1066 wirtschaftlichen Beziehungen niederschlägt. Wir glauben, dass eine demokratische  
1067 Türkei, in  
1068 der die Rechte aller ihrer Bürger\*innen geachtet werden, einen festen Platz in  
1069 der  
1070 europäischen Familie hat.

1071 Derzeit sieht die politische Realität leider anders aus: Die türkische Regierung  
1072 hat sich in

1073 den vergangenen Jahren immer weiter von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten  
1074 entfernt.

1075 Mit einer aggressiven Außen- und Regionalpolitik richtet sich Ankara zum Teil  
1076 offensiv gegen  
1077 europäische Interessen. Die anfängliche Blockade des schwedischen NATO-Beitritts  
1078 oder die  
1079 völkerrechtswidrige Militäroffensive in Nordsyrien zeigen zugleich, was für eine  
1080 schwierige  
1081 Partnerin die Türkei für Europa und die NATO in der aktuellen Sicherheitslage  
1082 ist.  
1083 Gleichzeitig hat sie sich als Vermittlerin im Krieg gegen die Ukraine und  
1084 darüber hinaus  
1085 engagiert.

1086 Die Türkei bleibt trotz dieser ambivalenten Rolle eine strategische Partnerin  
1087 für die NATO,  
1088 für Europa und für Deutschland. Diesem Dilemma stellt sich eine aktive GRÜNE  
1089 Außenpolitik.  
1090 Für uns kann es eine Wiederaufnahme der Gespräche über einen EU-Beitritt erst  
1091 dann wieder  
1092 geben, wenn die Türkei glaubhaft den Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit  
1093 einschlägt.

1094 Wir unterstützen die Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen sie notwendig und  
1095 möglich  
1096 ist, etwa zur Sicherheit im Schwarzen Meer oder bei der Bekämpfung des  
1097 Klimawandels. Der  
1098 autoritären Politik und nationalistischen Rhetorik aber, die sich offen gegen  
1099 die EU, gegen  
1100 die Sicherheit von türkischen Oppositionellen in der EU, gegen Kurd\*innen und  
1101 andere  
1102 Minderheiten oder gegen Menschenrechts-Verteidiger\*innen im eigenen Land wenden,  
1103 treten wir  
1104 entschieden entgegen. Die türkische Regierung muss die unzähligen politischen  
1105 Gefangenen aus  
1106 der Haft entlassen und den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für  
1107 Menschenrechte Folge  
1108 leisten.

1109 Wir stehen weiterhin fest an der Seite der vielen Türk\*innen, die sich für  
1110 Demokratie und  
1111 Rechtsstaatlichkeit engagieren. Wir möchten, dass die EU die türkische  
1112 Zivilgesellschaft,  
1113 die sich für einen demokratischen Wandel einsetzt, besonders unterstützt.

## 1114 **6. Ein starkes Europa in der Welt**

1115 Die östliche Nachbarschaft der EU

1116 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eine Zäsur für die EU und unseren  
1117 Kontinent.

1118 Die EU ist aufgefordert, neue Antworten auf ihre Nachbarschaft zu einem  
1119 feindseligen  
1120 Russland zu finden. Für unsere osteuropäischen Partner der EU braucht es  
1121 zielgerichtete  
1122 Politiken einer neuen EU-Politik für Osteuropa und Zentralasien, die besonders  
1123 die  
1124 veränderten Sicherheitsinteressen unserer Partner in den Blick nehmen.  
1125 Gleichzeitig müssen  
1126 wir die demokratischen Reformkräfte und Zivilgesellschaften in den durch  
1127 russische  
1128 Einmischung bedrohten europäischen Nachbarstaaten Russlands besonders  
1129 unterstützen.

1130 Wir stehen fest an der Seite der mutigen Menschen, die sich in Belarus seit den  
1131 Protesten  
1132 rund um die gefälschten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 unermüdlich für  
1133 Demokratie und  
1134 Menschenrechte in ihrem Land einsetzen. Wir werden uns weiterhin solidarisch und  
1135 mit  
1136 Nachdruck für die Unterstützung der belarusischen Zivilgesellschaft und  
1137 Opposition, die  
1138 Freilassung aller politischen Gefangenen, die Sanktionierung des belarusischen  
1139 Regimes und  
1140 für freie und faire Wahlen im Land einsetzen.

1141 Diktator Lukaschenka und sein Regime haben sich in Belarus und durch die  
1142 Unterstützung des  
1143 russischen Angriffskriegs in der Ukraine schwerer Menschenrechtsverletzungen und  
1144 Kriegsverbrechen schuldig gemacht. Dafür müssen sie zur Rechenschaft gezogen  
1145 werden. Wir  
1146 setzen uns insbesondere dafür ein, dass die EU die Sammlung und Sicherung von  
1147 Beweismaterial  
1148 unterstützt.

1149 Die EU kann und sollte sich stärker in allen Ländern des Südkaukasus engagieren  
1150 und  
1151 bestehende Demokratiebewegungen und die Zivilgesellschaft aktiv unterstützen.  
1152 Armeniens Weg  
1153 für mehr politische Teilhabe und persönliche Freiheiten wurde durch russischen  
1154 Druck und den  
1155 Krieg um Bergkarabach massiv erschwert. Wir begrüßen daher die EU-  
1156 Beobachtersmission in  
1157 Bergkarabach als wichtigen Schritt, den fortwährenden Konflikt zwischen  
1158 Aserbaidschan und  
1159 Armenien zu befrieden. Die EU kann hier als stabilisierender Mittler agieren und  
1160 dadurch  
1161 zugleich die demokratischen Reformkräfte Armeniens stärken.

1162 Putin und sein Machtregime haben Russland in eine totalitäre Diktatur gewandelt.  
1163 Sicherheit  
1164 in Europa kann es aktuell nur vor Russland geben – und nicht mit Russland.  
1165 Gewalt, Lüge,  
1166 Korruption und Willkür prägen die politische Realität. Die Zivilgesellschaft

1167 wurde mundtot  
1168 gemacht, die Opposition befindet sich entweder im Exil oder in politischer  
1169 Gefangenschaft.  
1170 Wir werden uns weiterhin für die Freilassung aller politischen Häftlinge  
1171 einsetzen. Wir  
1172 sehen uns als Freunde und Partner derer, die ein freies, friedliches und  
1173 demokratisches  
1174 Russland wünschen. Wir verstehen uns als harte Widersacher all jener, die das  
1175 verbrecherische Regime um Putin stützen. Wir unterstützen daher die europäische  
1176 Sanktionspolitik gegen das Regime und seine Vertreter\*innen. Wirtschafts- und  
1177 handelspolitische Normalität kann es mit diesem Russland nicht geben.

1178 Wir begrüßen den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den  
1179 russischen  
1180 Präsidenten. Er hat sich schlimmster Menschenrechtsverbrechen schuldig gemacht  
1181 und muss  
1182 dafür mit voller Härte des Rechts zur Rechenschaft gezogen werden.

### 1183 Transatlantische Beziehungen

1184 Mit keinem Land außerhalb Europas verbindet uns Europäer\*innen zugleich eine so  
1185 tiefe  
1186 gemeinsame Geschichte und eine so starke Partnerschaft wie mit den USA. Die USA  
1187 haben nach  
1188 dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Kalten Kriegs maßgeblich zur politischen  
1189 Einigung auf  
1190 dem europäischen Kontinent und zur Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen.

1191 Die transatlantischen Beziehungen sind aber auch von zentraler Bedeutung für  
1192 unsere  
1193 europäische Gegenwart und Zukunft. Seit dem russischen Angriffskrieg auf die  
1194 Ukraine haben  
1195 die USA mehr als jedes andere Land dazu beigetragen, die Friedensordnung in  
1196 Europa zu  
1197 verteidigen und die politische Einheit der europäisch-atlantischen Allianz zu  
1198 sichern. Die  
1199 derzeitige US-Administration ist ein strategischer Partner: für unsere  
1200 Sicherheit, für die  
1201 klimagerechte Erneuerung unseres Wohlstands und für die Selbstbehauptung der  
1202 liberalen  
1203 Demokratie.

1204 Gemeinsam sind wir stärker in der systemischen Auseinandersetzung mit China,  
1205 Russland und  
1206 anderen autoritären und totalitären Regimen. Gemeinsam können wir globale  
1207 Wertepartnerschaften und multilaterale Foren und Vereinbarungen sichern und  
1208 ausbauen.  
1209 Gemeinsam können wir die globale Handelsordnung gestalten und den klimaneutralen  
1210 Umbau  
1211 unserer Industrien voranbringen. Und gemeinsam können wir Zukunftstechnologien  
1212 entwickeln  
1213 und sie zugleich zum Wohle der Menschen und ihrer Freiheit aktiv gestalten.

1214 Eine starke transatlantische Beziehung benötigt handlungsfähige und  
1215 handlungsbereite Partner  
1216 auf beiden Seiten des Atlantiks. Deshalb braucht es mehr europäische  
1217 Anstrengungen, um  
1218 eigene sicherheits-, verteidigungs- und wirtschaftspolitische Kapazitäten zu  
1219 entwickeln.  
1220 Antilibérale Tendenzen auf beiden Seiten des Atlantiks gefährden das  
1221 Wertefundament, auf dem  
1222 die transatlantische Partnerschaft basiert. Ihnen gilt es entschieden  
1223 entgegenzutreten.

1224 Das bedeutet auch, dass wir die strategische Partnerschaft mit den USA  
1225 gleichzeitig  
1226 intensivieren und diversifizieren müssen. Diversifizierung heißt zum einen, die  
1227 transatlantischen Beziehungen auf ein breiteres Fundament zu stellen – durch den  
1228 Ausbau von  
1229 Partnerschaften mit Bundesstaaten, Städten, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und  
1230 Wissenschaft.  
1231 Und Diversifizierung heißt zum anderen, einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren  
1232 – durch eine  
1233 Stärkung der eigenständigen Handlungsfähigkeit der EU.

1234 Der gemeinsame Handels- und Technologierat (TTC) der EU und der USA ist ein  
1235 geeignetes  
1236 Forum, um gemeinsame Antworten auf globale Herausforderungen zu entwickeln.  
1237 Einer Vertiefung  
1238 der wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA stehen wir offen gegenüber, wenn  
1239 die soziale  
1240 und ökologische Standardsetzung dabei dem Prinzip des „Race to the Top“ folgt.

1241 China

1242 Für uns ist China Partner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer  
1243 Rivale. Durch  
1244 Chinas zunehmend aggressives Auftreten auf der globalen Bühne tritt die  
1245 Partnerschaft jedoch  
1246 zunehmend in den Hintergrund. Wir sind besorgt über die politische Entwicklung  
1247 in China. Sie  
1248 trägt zu einer weiteren Verschärfung der Differenzen zwischen Europa und China  
1249 bei. Im  
1250 Innern handelt die chinesische Führung repressiver und autoritärer; nach außen  
1251 verfolgt sie  
1252 inzwischen offen hegemoniale Ambitionen und versucht aggressiv, den eigenen  
1253 globalen  
1254 Einfluss zu erweitern. Dazu gehört eine enge Partnerschaft mit Russland.  
1255 Deswegen setzen wir  
1256 uns für eine engere Koordination der Mitgliedstaaten und der EU als Institution  
1257 sowie für  
1258 einen strukturierten Informationsaustausch und eine engere transatlantische  
1259 Koordinierung  
1260 des Verhältnisses zu China ein.

1261 Die EU muss ihre einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China, zum  
1262 Beispiel bei  
1263 Rohstoffen und Medikamenten, deutlich schneller reduzieren und die europäische  
1264 Wirtschaft  
1265 dabei unterstützen, langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben. Ohne eine  
1266 ambitionierte,  
1267 eigenständige Industrie- und Investitionspolitik kann dies nicht gelingen. Dabei  
1268 ist es  
1269 zentral, dass die EU einen eigenständigen Kurs gegenüber China formuliert.  
1270 Stimmen, die  
1271 einer kompletten Entkopplung von China das Wort reden, erteilen wir dagegen eine  
1272 Absage.

1273 China ist der größte Handelspartner der EU, aber nur unser drittgrößter  
1274 Exportmarkt. Das  
1275 Handelsdefizit wächst: Importe aus China nehmen zu, die Exporte nach China ab.  
1276 Noch gibt es  
1277 in China Abhängigkeiten von Technologien aus Europa, zudem ist der europäische  
1278 Markt für  
1279 chinesische Konzerne attraktiv. Die EU kann hier den bestehenden  
1280 Handlungsspielraum besser  
1281 und selbstbewusster nutzen, vor allem im Bereich der Transparenzpflichten  
1282 chinesischer  
1283 Konzerne bei Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, aber auch Sicherheitsstandards. Der  
1284 Schutz  
1285 kritischer Infrastruktur vor dem Zugriff chinesischer Investitionen muss  
1286 nachhaltig und in  
1287 der gesamten EU gewährleistet werden.

1288 Wir unterstützen die Einführung und den Einsatz des Anti-Coercion-Instruments  
1289 der EU sowie  
1290 einen koordinierten Ansatz bei Exportrestriktionen im Bereich sensibler  
1291 Technologien. Mit  
1292 gemeinsamen Instrumenten kann sich die EU besser gegen wirtschaftliche  
1293 Erpressungsversuche  
1294 verteidigen und eine abschreckende Wirkung erzielen.

1295 Die massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen Uigur\*innen in  
1296 der Provinz  
1297 Xinjiang, aber auch gegen Tibeter\*innen, religiöse Minderheiten und  
1298 Vertreter\*innen der  
1299 Zivilgesellschaft durch die chinesische Regierung müssen beendet werden. Der  
1300 Schutz der  
1301 Menschenrechte ist Grundlage europäischer Politik. Produkte aus Zwangsarbeit in  
1302 China dürfen  
1303 keinen Zugang zum europäischen Markt bekommen.

1304 Wir halten an der Ein-China-Politik der EU fest. Gleichzeitig erkennen wir an,  
1305 dass das  
1306 Eskalationsrisiko in der Taiwan-Straße durch die Erhöhung des militärischen  
1307 Drucks der  
1308 Volksrepublik China deutlich zugenommen hat. Wir betrachten Taiwan als  
1309 demokratischen



1310 Wertepartner und setzen uns dafür ein, den wirtschaftlichen, kulturellen und  
1311 politischen  
1312 Austausch zu intensivieren.

1313 Bei zentralen globalen Herausforderungen wie der Schuldenkrise der  
1314 Entwicklungsländer, der  
1315 Finanzierung von wirtschaftlicher Modernisierung sowie bei Klimaschutz- und  
1316 Anpassungsmaßnahmen werden wir, wo immer dies möglich ist, mit China  
1317 zusammenarbeiten. Dies  
1318 gilt auch für den globalen Gesundheitsschutz, den Schutz der Biodiversität oder  
1319 den Schutz  
1320 der Weltmeere. In diesen und weiteren Bereichen bleiben wir auf Basis der  
1321 universellen  
1322 Erklärung der Menschenrechte und der Kernprinzipien der multilateralen Ordnung  
1323 offen für  
1324 Kooperation.

1325 Naher Osten und Nordafrika

1326 Der Nahe Osten und Nordafrika ist eine Region im Umbruch und ein wichtiger  
1327 Nachbar für die  
1328 EU. Die Hoffnung der Revolutionsbewegungen in der Region blieb weitestgehend  
1329 unerfüllt, und  
1330 in den vergangenen Jahren haben sich wieder autoritäre Akteure in der Region  
1331 verfestigt. Wir  
1332 wollen aber trotz der schwierigen Lage eine enge Zusammenarbeit anstreben, die  
1333 die  
1334 wirtschaftliche Entwicklung zugunsten der Menschen unterstützen soll. Ihr Wunsch  
1335 nach einem  
1336 Leben in Würde und Sicherheit und mehr politischer Teilhabe soll im Zentrum der  
1337 europäischen  
1338 Nahostpolitik stehen.

1339 Große Potenziale liegen beim Ausbau der erneuerbaren Energien. In der  
1340 Zusammenarbeit von  
1341 kleinen und mittleren Unternehmen sehen wir dabei eine besondere Chance, um  
1342 Strukturen  
1343 jenseits der oft staatsdominierten Großunternehmen in der Region zu stärken.

1344 In der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft muss die EU verlässliche  
1345 Partnerin sein für  
1346 all diejenigen, die frauen- und menschenrechtliche Perspektiven schaffen und  
1347 Freiheit und  
1348 Selbstbestimmung voranbringen wollen. Durch die Geschichte von Kolonialismus und  
1349 jahrzehntelanger Unterstützung autoritärer Regierungen trägt Europa hier eine  
1350 besondere  
1351 Verantwortung.

1352 Wir wollen eine Migrationspolitik gestalten, die uns nicht von autoritären  
1353 Regimen in der  
1354 Region erpressbar macht. Eine einseitige Fokussierung auf Flüchtlingsabwehr im  
1355 Verhältnis zu  
1356 den südlichen Mittelmeeranrainern stützt autoritäre und dysfunktionale Regime,

1357 die selbst  
1358 Fluchtgründe schaffen.

1359 Die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen  
1360 Volkes mit  
1361 gleichen Rechten für all seine Bürger\*innen sind unverhandelbar. Für Frieden und  
1362 Sicherheit  
1363 braucht es eine Zweistaatenregelung mit der Schaffung eines souveränen,  
1364 lebensfähigen und  
1365 demokratischen Staates Palästina.

1366 Im Iran stehen wir an der Seite der Protestbewegung, die sich für feministische  
1367 Prinzipien  
1368 und einen freiheitlichen und demokratischen Staat einsetzt. Wir treten dafür  
1369 ein, dass die  
1370 EU die Sanktionen gegen die Verantwortlichen des Regimes aufrechterhält und  
1371 erweitert. Die  
1372 iranische Revolutionsgarde muss rechtssicher als Terrororganisation gelistet  
1373 werden. Zudem  
1374 muss die EU die demokratische Opposition im Iran und in der Diaspora  
1375 unterstützen und  
1376 politisch verfolgte Iraner\*innen schnell aufnehmen. Das Islamische Zentrum  
1377 Hamburg als  
1378 Koordinationspunkt der Überwachung der Diaspora in Deutschland muss endlich  
1379 geschlossen  
1380 werden. Der Iran muss sich an internationale nukleare Nicht-Verbreitungsabkommen  
1381 halten.

1382 Der Rüstungsspirale in der Region wollen wir mit einer gemeinsam und geschlossen  
1383 auftretenden EU entgegenwirken. Wir begrüßen diplomatische Bemühungen um  
1384 Deeskalation in der  
1385 Region. Normalisierung von Beziehungen darf nicht zu Straflosigkeit führen, zum  
1386 Beispiel  
1387 angesichts der Menschheitsverbrechen des Assad-Regimes in Syrien.

1388 Durch das jahrelange Engagement und den anschließenden schnellen Abzug  
1389 westlicher Truppen  
1390 tragen wir eine besondere Verantwortung gegenüber Afghanistan. Wir verurteilen  
1391 vor allem die  
1392 Verdrängung von Frauen aus fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens und  
1393 erkennen die  
1394 Taliban nicht als Regierung Afghanistans an. Wir setzen uns dafür ein, dass die  
1395 EU  
1396 angesichts der dramatischen Lage im Land weiterhin humanitäre Hilfe leistet und  
1397 dabei  
1398 explizit Frauen einbindet. Ortskräfte und Menschenrechts-Verteidiger\*innen sind  
1399 aufgrund  
1400 ihrer Arbeit – etwa für die Bundeswehr und internationale Organisationen – oder  
1401 ihres  
1402 Einsatzes für Menschenrechte in Gefahr. Wir stehen daher für den konsequenten  
1403 Schutz und die  
1404 Aufnahme von Ortskräften und Menschenrechts-Verteidiger\*innen.

## 1405 Afrika

1406 Die afrikanischen Staaten und Europa sind geografisch wie historisch eng  
1407 verbunden. Wir  
1408 wollen die vielfältigen Länder und Gesellschaften auf dem afrikanischen  
1409 Kontinent in ihren  
1410 Bemühungen unterstützen, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und gute Jobs  
1411 vor Ort zu  
1412 schaffen. Wir sehen eine wachsende Zusammenarbeit der EU mit dem afrikanischen  
1413 Kontinent in  
1414 Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft als Chance für beide  
1415 Seiten. Dabei  
1416 begreifen wir die Stärkung der Demokratie als wichtige Aufgabe.

1417 Ein gutes Beispiel sind die europäischen Klima- und Wasserstoffpartnerschaften,  
1418 die dazu  
1419 beitragen können, die Industrie auf beiden Kontinenten klimaneutral  
1420 voranzubringen. Wir  
1421 wollen sie daher ausbauen. Dabei ist für uns klar, dass die erzeugte Energie und  
1422 damit  
1423 verbundene Wertschöpfungsketten immer zuerst den produzierenden Ländern vor Ort  
1424 und ihrer  
1425 Nachbarschaft zur Verfügung stehen müssen.

1426 Dabei ist die geplante Zusammenarbeit im Rahmen der Global-Gateway-Initiative  
1427 ein Schritt in  
1428 Richtung weiterer wirtschaftlicher Entwicklung beider Kontinente und trägt als  
1429 attraktives  
1430 europäisches Angebot für die großen Investitionsbedarfe zur Verringerung der  
1431 Abhängigkeit  
1432 von China und Russland bei. Wir wollen die regionale Integration in den  
1433 afrikanischen  
1434 Wirtschaftsgemeinschaften und der Afrikanischen Union inklusive der entstehenden  
1435 panafrikanischen Freihandelszone unterstützen.

1436 Gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit sind unverzichtbare Grundlage für  
1437 gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Dort, wo die staatlichen  
1438 Strukturen  
1439 geschwächt sind, wollen wir durch eine Unterstützung der Zivilgesellschaft und  
1440 demokratischer politischer Akteure zu einem Wiederaufbau beitragen. Eine  
1441 besondere Rolle  
1442 kommt dabei Frauen und marginalisierten Gruppen zu.

1443 Europas Verflechtung mit Afrika ist bis heute von einem Machtungleichgewicht  
1444 gekennzeichnet.  
1445 Zudem leidet der afrikanische Kontinent bereits heute besonders stark unter den  
1446 Folgen der  
1447 Klimakrise, die in bedeutendem Maß durch europäische Emissionen verursacht  
1448 wurde. Im  
1449 Bewusstsein auch unseres kolonialen Erbes wollen wir Beziehungen gestalten, die  
1450 von Respekt  
1451 und Gleichberechtigung getragen werden.

## 1452 Indopazifik

1453 Das ökonomische Gravitationszentrum hat sich in den indopazifischen Raum  
1454 verschoben. Hier  
1455 findet ein Großteil des globalen Wachstums, der Innovation und Entwicklung  
1456 statt.

1457 Wir wollen die enge Kooperation mit Europas zentralen Partnern wie Japan,  
1458 Südkorea,  
1459 Australien und Neuseeland ausbauen und den Austausch mit den ASEAN-Staaten  
1460 intensivieren.  
1461 Dabei wollen wir unseren Fokus auch auf mehr Zusammenarbeit bei Klimaschutz und  
1462 wirtschaftliche Modernisierung legen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft und  
1463 die  
1464 Menschenrechte stärken. Auch die tiefe Kooperation mit Japan als engster Partner  
1465 im  
1466 indopazifischen Raum sowie einziges Mitglied der G7 in der Region wollen wir  
1467 weiter  
1468 ausbauen. Ein Beispiel hierfür ist die Digitale Partnerschaft, welche die EU im  
1469 Mai 2022 mit  
1470 Japan als erstes Partnerland überhaupt geschlossen hat.

1471 In der Pazifikregion liegen viele Staaten, die durch die Klimakrise in ihrer  
1472 Existenz  
1473 bedroht sind, obwohl sie selbst wenig den globalen Emissionen beigetragen haben.  
1474 Wir wollen  
1475 sie im Umgang mit den Folgen der Erderwärmung und des steigenden Meeresspiegels  
1476 konkret und  
1477 finanziell unterstützen. Wir wollen den Klimaschutz stärker in  
1478 Handelsbeziehungen mit den  
1479 Staaten der gesamten Region verankern und die Produktion von grüner Energie in  
1480 der Region,  
1481 zum Beispiel durch die Global-Gateway-Initiative der EU, gemeinsam voranbringen.

1482 Wir streben eine Vertiefung und Erweiterung der Beziehungen der EU mit Indien  
1483 an. Wir  
1484 begrüßen den Start des EU-India Trade and Technology Council im Jahr 2023 ebenso  
1485 wie die  
1486 2021 begonnene Konnektivitätspartnerschaft. Wir erkennen Indiens neue Bedeutung  
1487 für die  
1488 Bereitstellung globaler digitaler Güter an und wollen eine verstärkte  
1489 Zusammenarbeit bei  
1490 digitalen Zahlungssystemen ausloten. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit muss  
1491 sich an klaren  
1492 Sozial-, Minderheits- und Klimaschutzstandards orientieren. Mit zunehmender  
1493 Sorge betrachten  
1494 wir in dieser Hinsicht die aktuellen innenpolitischen Entwicklungen. Wir  
1495 unterstützen die  
1496 indische Zivilgesellschaft und setzen uns für eine friedliche Lösung  
1497 territorialer Konflikte  
1498 in Grenzregionen ein.

## 1499 Lateinamerika

1500 Die Länder Lateinamerikas sind nicht nur wichtige Wirtschafts-, sondern viele  
1501 auch unsere  
1502 Wertepartner. Die zahlreichen Demokratien dort sind für Europa natürliche  
1503 Partner bei der  
1504 Stärkung des Multilateralismus. Foren wie das wiederbelebte Gipfeltreffen  
1505 zwischen der EU  
1506 und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC)  
1507 ermöglichen  
1508 eine intensive Kooperation und Partnerschaft mit den Ländern des Kontinents.

1509 Allerdings ist die liberale Demokratie in einigen Staaten nach wie vor unter  
1510 Druck, wie  
1511 beispielsweise der Sturm auf Regierungsgebäude Anfang 2023 in Brasilien gezeigt  
1512 hat.  
1513 Ereignisse wie diese verdeutlichen, dass die Demokratie gegen autokratische  
1514 Tendenzen und  
1515 Gruppierungen verteidigt werden muss. Hierfür ist eine starke Zivilgesellschaft  
1516 essenziell.  
1517 Wir wollen Aktivist\*innen für Menschenrechte, Umweltschutz und für die Rechte  
1518 von LGBTIQ\*  
1519 Frauen und Indigenen schützen und ihre Arbeit aktiv unterstützen. Auch eine  
1520 effektive  
1521 Bekämpfung von Korruption und Drogenkriminalität ist wichtig.

1522 Über 55 Prozent der weltweiten Fläche an Regenwald befinden sich in  
1523 Lateinamerika. Die  
1524 Region ist zentral zum Schutz unseres Weltklimas. Deswegen wollen wir eine  
1525 Intensivierung  
1526 von Klima- und Rohstoffpartnerschaften sowie eine Ausweitung der Kooperation für  
1527 nachhaltige  
1528 Landwirtschaft und für effektiven Naturschutz. Der Schutz der Rechte der  
1529 indigenen  
1530 Bevölkerung muss dabei bei allen Vorhaben mitgedacht und priorisiert werden.

1531 Europa braucht enge Handelsbeziehungen mit Lateinamerika, nicht zuletzt auch, um  
1532 seine  
1533 Lieferketten mit Blick auf China zu diversifizieren. Die Global-Gateway-  
1534 Initiative der EU  
1535 kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Diese Partnerschaften können nur dann  
1536 erfolgreich  
1537 sein, wenn beide Seiten davon profitieren und ein substanzieller Teil der  
1538 Wertschöpfung in  
1539 Lateinamerika verbleibt. Wir werden das Mercosur-Abkommen nur ratifizieren, wenn  
1540 von Seiten  
1541 der Partnerländer umsetzbare, überprüfbare und rechtliche verbindliche,  
1542 einklagbare  
1543 Verpflichtungen im Bereich des Umwelt-, Sozial-, und Klimaschutzes vereinbart  
1544 werden.  
1545 Gleichzeitig kann es für uns das Mercosur-Abkommen nur gemeinsam mit einer  
1546 gleichwertigen

1547 Zusatzvereinbarung zum Schutz und Erhalt des Regenwaldes geben. Dadurch stellen  
1548 wir sicher,  
1549 dass unsere Partnerschaft mit Lateinamerika intensiviert und gleichzeitig  
1550 Menschenrechte  
1551 garantiert und das Weltklima geschützt werden.

## A6 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller\*in: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 11.09.2023)

### Antragstext

1 Die Europäische Union (EU) ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und der  
2 Demokratie. Die  
3 Europäer\*innen haben sie auf den Ruinen von Krieg und Unterdrückung errichtet.  
4 Heute  
5 garantiert sie, dass wir ohne Grenzkontrollen reisen können, wo uns früher  
6 Stacheldraht,  
7 Mauern und Schlagbäume trennten. Sie sorgt dafür, dass Meinungsfreiheit gilt, wo  
8 noch vor  
9 wenigen Jahrzehnten Diktatoren herrschten. Sie schützt den Rechtsstaat. Sie  
10 garantiert, dass  
11 alle Europäer\*innen ihre Regierungen frei wählen können – von der Gemeindeebene  
12 bis nach  
13 Brüssel.

14 Das Europa, das wir weiter prägen wollen, bietet Sicherheit und Schutz, führt  
15 zusammen und  
16 bindet ein. Unterschiede nämlich nicht nur auszuhalten, sondern als Chance zu  
17 begreifen;  
18 Brücken zu bauen über Grenzen und Gräben hinweg; das verbindende Element zu  
19 suchen, statt  
20 das Trennende tatenlos hinzunehmen: Nichts anderes ist Gründungsgedanke der EU.

21 Sicherheit und Schutz aber brauchen Organe, die sie schaffen und erhalten. Sie  
22 wollen wir  
23 stärken. Extremismus, Desinformation und Kriminalität machen vor nationalen  
24 Grenzen nicht  
25 Halt, im Gegenteil: Gerade in den vergangenen Jahren haben wir erlebt, wie  
26 autoritäre  
27 Staaten unsere freie Gesellschaft angreifen. Die EU ist in der Verantwortung,  
28 durch  
29 Koordination und starke eigene Institutionen den Schutz zu bieten, den die  
30 Bürger\*innen zu  
31 Recht erwarten – zumal diese Erlebbarkeit von Sicherheit und staatlicher  
32 Verlässlichkeit das  
33 Vertrauen in den demokratischen Staatenverbund der EU unmittelbar steigert.

34 Die Entwicklung der EU ist eine Entwicklung zu einem immer engeren Bündnis. Das  
35 ist gut,  
36 denn wir brauchen das Gewicht und die Fähigkeiten der EU, um viele der  
37 drängenden Probleme  
38 unserer Zeit zu lösen. Wie wir das tun, müssen wir in einem demokratischen  
39 Prozess  
40 bestimmen. Im Zentrum davon steht das Europäische Parlament, dessen Rechte wir  
41 erweitern  
42 wollen. So schaffen wir die Grundlage für eine föderale europäische Republik mit  
43 einer  
44 eigenen Verfassung. Auch wenn Entscheidungsprozesse in Europa zuweilen mühsam

45 und langwierig  
46 sind, so stellen sie doch einen großen Wert da: Sie ersetzen die Gewehrkegel,  
47 die nicht mit  
48 sich reden lässt, mit der Kraft des Wortes und der Diskussion. Dabei steht am  
49 Ende oft ein  
50 Kompromiss, der zwar nicht jede und jeden vollends zufriedenstellt, aber alle  
51 weiterbringt.  
52 Dafür stehen wir ein.

53 Denn der Zuwachs an Freiheit, Sicherheit und Demokratie, für den die europäische  
54 Einigung  
55 seit dem Zweiten Weltkrieg gesorgt hat, dürfte in der Weltgeschichte  
56 seinesgleichen suchen.

57 Nicht ohne Grund ist die EU das Zielobjekt von Extremist\*innen aller Art: Wer  
58 meint, dass  
59 Frauen nicht die gleichen Rechte haben sollten wie Männer, wer freie Medien  
60 mundtot machen  
61 will, wer seine Interessen durch Desinformation und Hetze durchsetzen will – für  
62 den ist die  
63 EU ein Dorn im Auge.

64 Wir finden: gut so.

65 Wir wollen die EU in ihrer Fähigkeit stärken, die Rechte und Freiheiten derer zu  
66 schützen,  
67 die hier leben. Unser Credo: Wir schützen unsere Freiheit am besten, wenn wir  
68 sie ausbauen.

69 Wir wollen die europäische Demokratie stärken, damit die besten Ideen in einen  
70 fairen  
71 Wettstreit um die Zukunft unseres Kontinents treten können. Wir wollen die  
72 Rechtsstaatlichkeit ausbauen, die allen Bürger\*innen Sicherheit und gleiche  
73 Rechte bietet.

74 Wir wollen eine EU, die für ihre Bürger\*innen arbeitet. Wir wollen, dass diese  
75 über das  
76 Europäische Parlament noch klarer den Kurs mitbestimmen können. Und wir wollen,  
77 dass die EU  
78 auch im Inneren, etwa gegenüber Regierungen wie der ungarischen von Viktor  
79 Orbán, die nötige  
80 Durchsetzungskraft beweist: Wer gegen die Grundwerte der EU verstößt, sollte  
81 nicht  
82 gleichzeitig uneingeschränkt von ihren Privilegien profitieren können.

83 Die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe aller ist einer dieser  
84 Grundwerte – und eine  
85 Grundvoraussetzung für unseren Zusammenhalt. Das gilt nicht zuletzt für die  
86 Rechte von  
87 Frauen. Solange die Hälfte der Bevölkerung in vielen Lebensbereichen  
88 benachteiligt ist,  
89 solange ist unsere Demokratie nicht vollständig. Autoritäre Kräfte innerhalb und  
90 außerhalb  
91 Europas stellen unseren Zusammenhalt indes infrage, indem sie einzelne Gruppen  
92 zum Feindbild  
93 erklären. Das schwächt uns alle und droht unseren Kontinent zu spalten. Dem



94 treten wir  
95 entschieden entgegen. Ein vielfältiges Europa ist ein starkes Europa: Es sorgt  
96 dafür, dass  
97 alle beitragen und teilhaben können. Wir stehen fest an der Seite all jener, die  
98 ausgegrenzt  
99 und diskriminiert werden. Und weil wir die EU als Vorreiterin einer  
100 wertegeleiteten  
101 Digitalisierung sehen, wollen wir Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch im  
102 Netz sichern.

103 Die EU ist stark, wenn sie im Kern ein Wertebündnis ist. Diese Werte müssen  
104 dabei  
105 glaubwürdig gelebt werden. Das gilt nicht zuletzt im Umgang mit Menschen, die  
106 nach Europa  
107 kommen wollen – oder müssen. Das Sterben im Mittelmeer und die Lage an den  
108 europäischen  
109 Außengrenzen sind unhaltbar. Wir stehen für Humanität und Ordnung im Umgang mit  
110 Geflüchteten  
111 und Migrant\*innen. Wir wollen Schutz bieten und zugleich Einwanderung so  
112 gestalten, dass  
113 diejenigen, die als Informatikerinnen oder Krankenpfleger, als Studentinnen oder  
114 Erntehelfer  
115 zum Erfolg unserer Gemeinschaft beitragen wollen, diesen Beitrag auch leisten  
116 können.

117 In Vielfalt geeint, so lautet das Motto der EU. Gemeinschaft soll sie sein,  
118 Gemeinschaft  
119 soll sie bleiben – über alle Unterschiede und Herausforderungen hinweg. Wir  
120 setzen uns ein  
121 für eine EU, die sich als Motor für ein immer engeres Zusammenwachsen unseres  
122 Kontinents  
123 versteht. Für einen Kontinent, in dem die Menschen in Freiheit und unter  
124 demokratischen  
125 Werten sicher leben. Für eine EU, die ein Zuhause bietet. Dieses Europa wollen  
126 wir sein.

## 127 1. Demokratische Institutionen

128 Rechtsstaatlichkeit verteidigen

129 Die Achtung von Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und  
130 Rechtsstaatlichkeit  
131 einschließlich der Rechte von Minderheiten bilden das Fundament der EU. Wenn  
132 Regierungen in  
133 Mitgliedstaaten diese Wertebasis systematisch aushöhlen, indem sie die  
134 Unabhängigkeit der  
135 Justiz – die erste Wächterin des Rechtsstaats – aushebeln, Freiräume der  
136 Opposition und  
137 Zivilgesellschaft beschneiden, eine freie Presse bekämpfen, Minderheiten- und  
138 LGBTIQ\*-Rechte  
139 einschränken, das Recht auf Asyl verweigern oder Korruption Tür und Tor öffnen,

140 schwächen  
141 sie die EU. Deshalb ist es unverzichtbar, dass die bestehenden  
142 Rechtsstaatsinstrumente  
143 konsequenter und schneller genutzt und weiterentwickelt werden.

144 Die Grundrechtecharta, das Grundgesetz der EU, wollen wir zum Schutzschirm für  
145 Europas  
146 Bürger\*innen machen. Da sich ihre Anwendung auf die Durchführung von EU-Recht  
147 durch die EU-  
148 Organe beschränkt, ist ihre Schutzwirkung bislang beschränkt. Das wollen wir  
149 ändern: Sie  
150 soll auch für das Handeln der Mitgliedstaaten gelten und einklagbar werden. Wenn  
151 eine  
152 Regierung die Grundrechte ihrer Bürger\*innen verletzt, soll sie dafür auch auf  
153 europäischer  
154 Ebene belangt werden können. Auch die Durchsetzbarkeit der Urteile des  
155 Europäischen  
156 Menschenrechtsgerichtshofs, der über die Einhaltung der Europäischen  
157 Menschenrechtskonvention wacht, wollen wir innerhalb der EU stärken.

158 Dem bestehenden Rechtsstaatscheck und dem Rechtsstaatsdialog, mit denen die Lage  
159 der  
160 Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten durchleuchtet wird, wollen wir mehr  
161 Gewicht  
162 verleihen. Wir sorgen dafür, dass besonders der Freiraum für die  
163 Zivilgesellschaft gezielter  
164 bemessen und geschützt wird. Um den Reformdruck zu erhöhen, setzen wir auf  
165 verbindliche  
166 Reformvereinbarungen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten, die perspektivisch  
167 sanktionsbewehrt werden müssen. Öffentliche Debatten hierzu im Europäischen  
168 Parlament müssen  
169 zur Regel werden und in die Bewertungen einfließen. Das Rechtsstaatsverfahren  
170 nach Artikel  
171 7, das in einem mehrstufigen Verfahren zum Beispiel zum Entzug des Stimmrechts  
172 führen kann,  
173 soll wieder nutzbar gemacht werden. Das soll dadurch geschehen, dass die  
174 Mitgliedstaaten im  
175 Europäischen Rat in allen Phasen des Verfahrens nicht mehr mit Konsens, sondern  
176 mit  
177 qualifizierter Mehrheit abstimmen.

178 Die Auszahlung von EU-Mitteln soll an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit,  
179 demokratischer  
180 Prinzipien und der Grundrechte geknüpft werden. Um den Missbrauch europäischer  
181 Steuergelder  
182 etwa durch systematische Korruption, Günstlings- und Vetternwirtschaft zugunsten  
183 bestimmter  
184 Parteien wirksam zu stoppen, darf die Überprüfung nicht allein stehen bleiben.  
185 Auch eine  
186 wirksame Gewaltenteilung und die umfängliche Gewährung der Grundrechte sind  
187 entscheidend.  
188 Deshalb erweitern wir den Haushaltsmechanismus auf die Einhaltung der  
189 Grundrechtecharta. Das

190 heißt: Bei Verstößen müssen EU-Gelder anteilig und gegebenenfalls stufenweise  
191 eingefroren  
192 werden.

193 Für eine Stärkung unserer gemeinsamen Werte setzen wir auf eine zwischen Rat,  
194 Kommission und  
195 Europäischem Parlament besser abgestimmte, sich gegenseitig verstärkende  
196 Anwendung aller  
197 Rechtsstaatsinstrumente. Die jeweiligen Erkenntnisse führen wir zu einer  
198 gemeinsamen  
199 Bewertungsgrundlage zusammen. Um einen regelmäßigen Charta-Check zu garantieren,  
200 den alle  
201 Mitgliedstaaten akzeptieren, schaffen wir eine unabhängige Expert\*innen-  
202 Kommission, die die  
203 EU-Kommission unterstützt. Wollen Mitgliedstaaten künftig EU-Fördermittel  
204 erhalten, müssen  
205 sie sich verpflichten, mit der europäischen Staatsanwaltschaft zu kooperieren.  
206 Bei  
207 Mittelkürzungen dürfen am Ende aber nicht die Menschen in den Kommunen die  
208 Leidtragenden  
209 sein, weil sich korrupte Regierungen aus ihrer finanziellen Verantwortung  
210 stehlen und lieber  
211 mit dem Finger nach Brüssel zeigen. Daher prüfen wir, wie Kommunen direkt  
212 unterstützt werden  
213 können.

214 Mehr Demokratie wagen

215 Die Stärkung der EU muss mit ihrer weiteren Demokratisierung und mehr Bürgernähe  
216 einhergehen. Dazu wollen wir das direkt gewählte Europäische Parlament weiter  
217 stärken. Das  
218 Parlament soll dem Rat gesetzgeberisch in allen Politikfeldern gleichgestellt  
219 sein und wie  
220 jedes Parlament gleichberechtigt Gesetze beschließen, etwa in der Steuer- oder  
221 Sicherheitspolitik. Es soll ein vollwertiges Initiativrecht erhalten, damit es  
222 eigenständig  
223 Gesetze auf den Weg bringen kann. Wir wollen sein Recht ausbauen,  
224 Untersuchungsausschüsse  
225 einzuberufen und Zeug\*innen vorzuladen. Außerdem soll es die Kommission auf  
226 Vorschlag der  
227 Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten wählen und im Notfall  
228 wieder  
229 entlassen können.

230 Für mehr demokratische Legitimierung der Entscheidungen auf EU-Ebene braucht es  
231 mehr  
232 Transparenz im Europäischen Rat und in den Ministerräten. Die Debatten und die  
233 Positionen  
234 der einzelnen Mitgliedsländer sollen nachvollziehbarer gemacht werden.

235 Unsere Vision ist die Föderale Europäische Republik mit einer europäischen  
236 Verfassung. Das

---

237 Parlament soll in einem Zweikammersystem zusammen mit dem Rat ein  
238 gleichberechtigter Teil  
239 der gesetzgebenden Gewalt werden.

240 Um die Europawahlen europäischer und demokratischer zu machen, wollen wir, dass  
241 alle  
242 Parteien Spitzenkandidat\*innen nominieren. Aus deren Reihen wiederum wählt das  
243 Europäische  
244 Parlament den nächsten Präsidenten bzw. die nächste Präsidentin der Kommission.  
245 Zudem sind  
246 bei der Europawahl bislang nur Kandidat\*innen aus dem jeweils eigenen Land  
247 wählbar. Das  
248 wollen wir im Sinne eines grenzüberschreitenden Wahlkampfs ändern. Ein Teil der  
249 Abgeordneten  
250 soll zukünftig nicht mehr allein über die nationalen Listen, sondern über  
251 europäische  
252 transnationale Listen bestimmt werden.

253 Junge Menschen mischen sich ein und wollen Europa mitgestalten. Deshalb war die  
254 Einführung  
255 des Wahlrechts ab 16 Jahren in Deutschland für die Europawahl ein großer Erfolg.

256 Ergänzend zur demokratischen Vertretung der Bürger\*innen im Europäischen  
257 Parlament wollen  
258 wir mehr direkte Teilhabe auch auf EU-Ebene ermöglichen.

259 Mit dem Europäischen Bürger\*innenforum können europäische Bürger\*innen, die nach  
260 dem  
261 Zufallsprinzip aus der gesamten Bevölkerung der EU ausgelost werden, in einem  
262 Bürger\*innen-  
263 Gutachten konkrete Handlungsvorschläge formulieren. Das war das Prinzip der  
264 Europäischen  
265 Zukunftskonferenz. Wir wollen dieses Instrument fest verankern.

266 Die Europäische Bürgerinitiative (EBI), bei der Bürger\*innen direkt ein Thema  
267 auf die  
268 Tagesordnung der europäischen Politik setzen können, wollen wir erweitern,  
269 verbindlicher und  
270 bekannter machen. Einer erfolgreichen EBI muss zwingend innerhalb eines Jahres  
271 ein  
272 Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission folgen und dem Europäischen  
273 Parlament sowie  
274 dem Rat zur Abstimmung vorgelegt werden. Die Initiator\*innen einer EBI sollen  
275 als  
276 Zwischenschritt auch ein Europäisches Bürger\*innenforum einberufen können.

277 Handlungsfähiger werden

278 Angesichts der vielfältigen Herausforderungen sind wir auf eine handlungsfähige  
279 EU  
280 angewiesen. Deshalb wollen wir zum einen mit der Ausweitung von  
281 Mehrheitsentscheidungen  
282 Entscheidungen schneller ermöglichen. Wo bisher noch Einstimmigkeit zwischen den

283 Staaten  
284 erforderlich war und Entscheidungen deshalb leicht blockiert werden konnten,  
285 soll in Zukunft  
286 mit qualifizierter Mehrheit abgestimmt werden. Dabei ist es wichtig, dass die  
287 Interessen  
288 kleinerer Mitgliedstaaten weiterhin Gehör finden.

289 Zum anderen wollen wir die in den Verträgen vorgesehene Klausel der Verstärkten  
290 Zusammenarbeit (Passerelle-Klausel) besser nutzen. Sie erlaubt es einer Gruppe  
291 von  
292 mindestens neun EU-Mitgliedstaaten, in ausgewählten Politikfeldern enger zu  
293 kooperieren und  
294 gemeinsam Projekte anzustoßen. Damit können sie schneller wichtige Projekte auf  
295 den Weg  
296 bringen. Wichtig für uns: Dabei soll das Europäische Parlament einbezogen werden  
297 – und alle  
298 anderen Mitgliedsländer sollen sich auch zu einem späteren Zeitpunkt anschließen  
299 können.

300 Einige der Reformen sind ohne Vertragsänderung möglich. Sie sollen zügig und  
301 zeitnah in die  
302 Realität umgesetzt werden. Eine Reihe der Reformvorschläge, für die wir  
303 eintreten, bedarf  
304 einer Vertragsänderung. Dafür wollen wir einen Konvent unter der Einbeziehung  
305 von EU-  
306 Bürger\*innen einberufen. Dieser soll die Empfehlung der wegweisenden Konferenz  
307 zur Zukunft  
308 der EU einbeziehen. Hier waren Bürger\*innen maßgeblich an der Formulierung von  
309 neuen  
310 Perspektiven für die EU beteiligt.

311 Korruption bekämpfen

312 Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger\*innen, jeder Anschein käuflicher  
313 Politik richtet  
314 Schaden an. Wir sorgen deshalb für mehr Transparenz im Europäischen Parlament,  
315 in der  
316 Kommission und im Rat, um die Glaubwürdigkeit demokratischer Prozesse und das  
317 Vertrauen in  
318 die EU zu stärken. Wir machen Lobbyinteressen und Interessenskonflikte für alle  
319 sichtbar.  
320 Mit dem Korruptionsskandal einzelner Europaabgeordneter aus dem Jahr 2022 ist  
321 das  
322 dringlicher denn je.

323 Den Verhaltenskodex des Europäischen Parlaments stellen wir endlich scharf. Bei  
324 Verstößen  
325 müssen finanzielle Strafen auf dem Fuße folgen. Mit einem für alle EU-  
326 Institutionen, auch  
327 den Rat, verbindlichen Lobbyregister legen wir auf allen politischen Ebenen  
328 offen, wer in  
329 den Institutionen ein- und ausgeht. Diejenigen, die auf die Gesetzgebung

330 Einfluss ausüben,  
331 machen wir durch einen „legislativen Fußabdruck“ sichtbar, der umfassend  
332 nachvollziehbar  
333 macht, welche Positionen im Gesetzgebungsprozess eingebracht wurden.

334 Wir beenden die unwirksame reine Selbstkontrolle und schalten eine unabhängige  
335 Ethikbehörde  
336 ein, die für alle EU-Institutionen die Regeln zur Lobbykontrolle durchsetzt.  
337 Beim Wechsel  
338 zwischen Politik und Wirtschaft sorgen wir für klare Karenzzeitregeln, die an  
339 Übergangszahlungen angepasst sind, und für deren Kontrolle.

340 Mit einer EU-weiten Datenbank, die politische Onlinewerbung sowie ihre Auftrag-  
341 und  
342 Geldgeber\*innen transparent erfasst und digitaler Wahlkampfwerbung bei der  
343 Nutzung  
344 persönlicher Daten klare Schranken setzt, garantieren wir mehr Fairness im  
345 demokratischen  
346 Wettbewerb und mehr Schutz gegen Desinformation und Onlinehass.

## 347 2. Feminismus

348 Europa zum Motor für Frauenrechte machen

349 Frauen und Mädchen sollen in der gesamten EU gleichgestellt und selbstbestimmt  
350 leben können.  
351 In Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft – überall gibt es  
352 noch viel zu  
353 tun. Oft war Europa die Vorreiterin für Frauenrechte und Gleichstellung der  
354 Geschlechter.  
355 Doch rechte und rechtskonservative Kräfte in vielen Ländern nehmen unsere  
356 Errungenschaften  
357 ins Visier. Sie versuchen durch eine rückwärtsgewandte Familienpolitik, Frauen  
358 aus dem  
359 Arbeitsmarkt zu drängen. Reproduktive Rechte, besonders das Recht auf  
360 Schwangerschaftsabbruch, werden offen infrage gestellt, Errungenschaften im  
361 Kampf gegen  
362 Gewalt an Frauen werden zurückgedrängt. Dem stellen wir uns mit aller Macht  
363 entgegen.

364 Unser Ziel ist es, dass die EU eine Garantin für Geschlechtergerechtigkeit auf  
365 unserem  
366 Kontinent bleibt. Geschlechtergerechtigkeit soll sich durch alle Politikbereiche  
367 der Union  
368 ziehen. Deshalb wollen wir das EIGE (European Institute for Gender Equality)  
369 stärken und  
370 ausbauen.

371 Die Gender-Equality-Strategie der EU-Kommission, die 2025 ausläuft, muss zügig  
372 und  
373 umfangreich evaluiert werden. Auf Grundlage dieser Ergebnisse werden wir in der  
374 kommenden

375 Legislatur einen ambitionierten Plan erstellen, um mit großen Schritten in  
376 Sachen  
377 Gleichberechtigung voranzukommen.

378 Alle Menschen müssen selbst über ihren Körper und ihr Leben entscheiden können.  
379 Wir wollen  
380 auch deswegen, dass die EU die Selbstbestimmungsrechte von Frauen und Mädchen  
381 stärkt. Dazu  
382 gehört, dass die reproduktive Gesundheit und das Recht auf körperliche  
383 Selbstbestimmung  
384 sowie selbstbestimmte Familienplanung für alle sichergestellt sind. Wir wollen  
385 den  
386 uneingeschränkten Zugang zu Verhütungsmitteln stärken. Eine professionelle  
387 Beratung zur  
388 Familienplanung ist die Grundlage für selbstbestimmte Entscheidungen. Sie muss  
389 breit in der  
390 EU verfügbar sein. Die Initiative, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in der  
391 EU-  
392 Grundrechtecharta zu verankern, unterstützen wir.

393 Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt verwirklichen

394 Alle profitieren davon, wenn Frauen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.  
395 Als  
396 Ingenieurinnen, Erzieherinnen, Ärztinnen und in unzähligen weiteren Berufen  
397 schaffen sie  
398 Wohlstand – für Europa und für sich: Denn eine faire Beteiligung am Arbeitsmarkt  
399 hilft  
400 Frauen, ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern und zum Beispiel  
401 Altersarmut zu  
402 vermeiden. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir auch politisch den Weg ebnen.

403 Der Gender-Pay-Gap, also die Lücke zwischen den Löhnen von Männern und denen von  
404 Frauen,  
405 klafft in allen EU-Ländern. Im Durchschnitt liegt er bei 12,1 Prozent, in  
406 Deutschland sogar  
407 bei circa 18 Prozent. Deshalb war die Verabschiedung der  
408 Lohntransparenzrichtlinie ein  
409 großer Erfolg. Sie schafft mehr Transparenz durch Auskunftsansprüche und  
410 Berichte,  
411 Entschädigungsansprüche bei geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung und  
412 stärkt so die  
413 Rechte der Arbeitnehmerinnen. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass  
414 diese  
415 Richtlinie auch in den Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt wird. Und natürlich  
416 müssen  
417 sogenannte Sorge- und Care-Berufe, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt werden,  
418 durch  
419 bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung aufgewertet sowie die gerechtere  
420 Verteilung von  
421 bezahlter Arbeit und unbezahlter Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern  
422 verbessert werden.

423 Um für Frauen die gleichen Zugangs- und Aufstiegschancen auf dem Arbeitsmarkt zu  
424 schaffen  
425 und die Geschlechtergerechtigkeit zu erhöhen, wurde vom Europäischen Rat eine  
426 Vereinbarkeitsrichtlinie erlassen. Diese soll es Eltern partnerschaftlich  
427 ermöglichen,  
428 Berufs- und Privatleben miteinander zu vereinbaren. Mit der Familienstartzeit,  
429 die  
430 Partner\*innen nach der Geburt eine 14-tägige berufliche Freistellung ermöglicht,  
431 wird die  
432 Bundesregierung hier einen weiteren Schritt zur Erfüllung tun und Paare bei der  
433 partnerschaftlichen Arbeitsteilung unterstützen. Eine gute und  
434 partnerschaftliche  
435 Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eine effektive Maßnahme, um dem  
436 existierenden  
437 Fachkräftemangel durch eine höhere Erwerbsquote von Frauen entgegenzuwirken.  
438 Denn: Viele  
439 Frauen möchten gern mehr arbeiten und immer mehr Männer wünschen sich,  
440 Familienaufgaben  
441 paritätisch aufzuteilen – die Bedingungen lassen es aber nicht zu.

442 Besonders auffällig ist der geringe Anteil von Frauen in allen Bereichen der  
443 sogenannten  
444 MINT-Berufe und den entsprechenden Studiengängen. Das gilt für ganz Europa.  
445 Angesichts des  
446 Arbeits- und Fachkräftemangels ist es geradezu fahrlässig, auf dieses Potenzial  
447 zu  
448 verzichten. Entsprechend wollen wir das Arbeitskräfteangebot für den MINT-  
449 Bereich  
450 verbessern. Auf EU-Ebene fordern wir deshalb bessere Finanzierungsmöglichkeiten  
451 für Darlehen  
452 und Eigenkapitalfinanzierungen für junge Unternehmerinnen und Innovatorinnen  
453 durch EU-Fonds  
454 und Programme sowie die Erleichterung des Zugangs von Frauen zu bestehenden  
455 Fonds, aber auch  
456 zu gut bezahlten Arbeitsplätzen.

457 Gewaltschutz durchsetzen

458 Wir wollen ein Europa, das Schutz und Unterstützung für alle Opfer von  
459 geschlechtsbasierter  
460 Gewalt bietet. Wir setzen uns dafür ein, dass Gewalt gegen Frauen verhindert  
461 bzw. verfolgt  
462 und verurteilt wird. Ein wichtiger Baustein dafür ist die finanzielle  
463 Unabhängigkeit von  
464 Frauen, da sie die Trennung von gewalttätigen Partnern erleichtert und somit  
465 eine wichtige  
466 Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben ist. Die Istanbul-Konvention ist  
467 das erste  
468 Instrument in Europa, das rechtsverbindliche Standards speziell zur Bekämpfung  
469 von Gewalt  
470 gegen Frauen und häuslicher Gewalt festlegt. Endlich wurden durch die Initiative



471 der  
472 Bundesregierung auch in Deutschland sämtliche Vorbehalte zurückgenommen. Bis  
473 heute aber  
474 haben sechs Mitgliedstaaten – Bulgarien, die Tschechische Republik, Ungarn,  
475 Lettland,  
476 Litauen und die Slowakei – diese Konvention noch nicht ratifiziert. Deshalb ist  
477 es ein  
478 großer Erfolg, dass die EU selbst umfassend und ohne Ausnahmen der Istanbul-  
479 Konvention  
480 beigetreten ist. Wir wollen, dass alle Leistungen der Mitgliedstaaten zum Schutz  
481 von Frauen  
482 mindestens den Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention und ihrem  
483 erläuternden Bericht  
484 entsprechen – einschließlich der Standards für Unterkünfte, Betreuungsstellen  
485 für Opfer  
486 sowie Notrufstellen. Nun muss auch die ergänzende neue EU-Richtlinie zur  
487 Bekämpfung von  
488 Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zügig verabschiedet und umgesetzt  
489 werden.

#### 490 Menschenhandel bekämpfen

491 Menschenhandel ist eine schwere Straftat und Menschenrechtsverletzung, die wir  
492 durch ein  
493 gemeinsames europäisches Vorgehen konsequent bekämpfen müssen. Die verbreitetste  
494 Form des  
495 Menschenhandels in der EU geschieht zum Zweck der sexuellen Ausbeutung.  
496 Betroffene werden  
497 gezwungen, unter menschenunwürdigen Bedingungen in der Prostitution zu arbeiten.  
498 Mehr als  
499 die Hälfte der Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung in  
500 der EU sind  
501 EU-Bürger\*innen, überwiegend Frauen und Mädchen.

502 Wir wollen die internationale Zusammenarbeit bei der Prävention, Strafverfolgung  
503 und zum  
504 Schutz der Betroffenen entlang der bereits bestehenden Vereinbarungen stärken.  
505 Darüber  
506 hinaus machen wir uns bei der anstehenden Überarbeitung der EU-Opferschutz-  
507 Richtlinie dafür  
508 stark, dass alle Opfer von Straftaten besser geschützt werden. Wir wollen den  
509 Zugang zu  
510 Informationen über Opferrechte stärken sowie eine gute Koordination zwischen den  
511 Mitgliedstaaten, öffentlichen Stellen und den Justizbehörden sicherstellen.  
512 Dabei muss der  
513 Opferschutz im Zentrum des Handelns stehen. Opfer von Menschenhandel einfach  
514 abzuschieben,  
515 ist falsch. Stattdessen würden ihre Anzeige- und Aussagebereitschaft durch  
516 Schutzprogramme  
517 und dauerhafte Bleiberechte erhöht und die Strafverfolgung der Täter\*innen  
518 erleichtert.

519 Die Hälfte der Macht zur Realität werden lassen

520 Solange Frauen in Schlüsselbereichen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft  
521 nicht  
522 angemessen vertreten sind, ist die Demokratie nicht vollständig. Auch in Europa  
523 müssen wir  
524 immer noch mit der Lupe suchen, um Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen zu  
525 finden. Wir  
526 begrüßen, dass die Richtlinie zu Führungspositionen nun endlich in Kraft treten  
527 konnte. Denn  
528 verbindliche Quoten sind ein effektives Mittel, um Führungsgremien in Wirtschaft  
529 und Politik  
530 geschlechtergerecht zu besetzen, auch in den Institutionen der EU selbst. Auch  
531 die  
532 Kommission selbst soll geschlechterparitätisch besetzt werden.

533 Um die finanzielle Macht in Europa geschlechtergerechter zu gestalten, wollen  
534 wir ein  
535 effektives Gender Budgeting und Gleichstellungschecks für den EU-Haushalt  
536 durchsetzen. Es  
537 ist uns gelungen, künftige EU-Haushalte gerechter für alle Geschlechter  
538 aufzustellen: In der  
539 neuen Haushaltsordnung ist nun festgeschrieben, dass die Vergabe von EU-Geldern  
540 nach  
541 Geschlechtern transparent gemacht wird. Dadurch werden bestehende  
542 Ungerechtigkeiten bei der  
543 Mittelverteilung sichtbar und können korrigiert werden. Zudem hat die Kommission  
544 eine  
545 Methode zur Messung der Auswirkungen von Haushaltsmitteln auf die Gleichstellung  
546 entwickelt.  
547 Diese muss aber in einigen Bereichen noch verbessert werden. Aufgrund der neuen  
548 Datenlage  
549 muss der nächste Mehrjährige Finanzrahmen geschlechtergerecht gestaltet werden.

### 550 **3. Europas Vielfalt**

551 Zivilgesellschaft stärken

552 Europa zeichnet sich durch seine Vielfalt und das Miteinander verschiedener  
553 Menschen aus.  
554 Queere Menschen, Menschen mit und ohne Behinderung, Atheist\*innen und religiöse  
555 Menschen,  
556 Junge und Alte bringen jeweils ihre Lebensperspektiven ein, gestalten unser  
557 Miteinander und  
558 unsere Demokratie. Unsere pluralistische Demokratie ist stark, weil sie in  
559 Bürgerinitiativen  
560 und Parteien, Vereinen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine lebendige  
561 Zivilgesellschaft gestalten. Es ist Aufgabe der EU, diese Freiheitsrechte zu  
562 sichern.

563 Wir unterstützen deshalb die europäische Zivilgesellschaft dabei, sich selbst  
564 grenzüberschreitend zu denken und zu organisieren. Im Europäischen Parlament  
565 haben wir  
566 erfolgreich eine Initiative für ein europäisches Vereinsrecht auf den Weg  
567 gebracht. So  
568 sorgen wir dafür, dass zivilgesellschaftliche Initiativen überall in Europa  
569 rechtlich  
570 abgesichert arbeiten können.

571 Zivilgesellschaftliche Initiativen sind häufig die erste Anlaufstelle für  
572 Menschen, die  
573 Diskriminierung und Gewalt erfahren. Damit sie Betroffene angemessen beraten  
574 können, wollen  
575 wir die bestehenden Beratungsstrukturen weiter fördern und ausbauen.

576 Wir setzen uns dafür ein, dass Förderprogramme wie „Bürgerinnen und Bürger,  
577 Gleichstellung,  
578 Rechte und Werte“ (CERV) angemessen ausgestattet werden. So fördern wir  
579 Initiativen und  
580 Selbstvertretungsorganisationen, die sich für die Gleichberechtigung aller  
581 Menschen stark  
582 machen und dort aktiv sind, wo Rechtsstaatlichkeit und Demokratie besonders  
583 unter Druck  
584 stehen.

585 Religion und Glauben haben eine integrative Kraft in der Gesellschaft und sind  
586 Bestandteil  
587 unserer Kulturen. Sie sind die Grundlage vieler Gemeinden und Einrichtungen, die  
588 zum  
589 Zusammenhalt beitragen. Religionsfreiheit ist konstitutiv für eine vielfältige  
590 und freie  
591 Gesellschaft. Menschen, die aufgrund ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung  
592 verfolgt  
593 werden, verdienen unseren Schutz. Wir wollen den interreligiösen Dialog  
594 vertiefen und  
595 Gemeinden dabei unterstützen, Menschen verschiedenen Glaubens miteinander in  
596 Kontakt zu  
597 bringen. Wir sind überzeugt, dass im gegenseitigen Respekt und im Dialog auf  
598 Augenhöhe unser  
599 vielfältiges Europa gestärkt wird.

600 Diskriminierung überwinden

601 Sicherheit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Bürger\*innen-Rechte  
602 gelten für alle  
603 Menschen. Sie sind die Voraussetzung für ein Leben in Freiheit. Sie müssen  
604 unabhängig davon  
605 gelten, woher ein Mensch kommt, wie er oder sie liebt, lebt oder glaubt. Ein  
606 Europa, das in  
607 seiner Vielfalt zusammenhält und die Rechte jedes und jeder Einzelnen schützt,  
608 schafft  
609 demokratischen Fortschritt, Teilhabe und Freiheit für alle. Um dieses

610 Versprechen  
611 einzulösen, muss die EU konsequent mit rechtlichen Maßnahmen gegen  
612 Diskriminierung vorgehen.

613 Noch immer ist Antisemitismus bis in die Mitte der europäischen Gesellschaft  
614 tief verwoben.  
615 Jüdische Einrichtungen werden bedroht und angegriffen. Dem stellen wir uns  
616 entschlossen  
617 entgegen. Dies gilt in besonderer Weise für uns als Deutschland und dem  
618 Versprechen „Nie  
619 wieder!“, dem sich auch Europa nach dem Zweiten Weltkrieg und der Shoah  
620 verpflichtet hat. Es  
621 ist die Aufgabe aller Mitgliedstaaten, die Sicherheit jüdischer Gemeinden zu  
622 gewährleisten  
623 und sicherzustellen, dass Jüdinnen und Juden in Europa eine sichere Zukunft  
624 sehen. Wir  
625 befürworten deshalb die Aufstockung der europäischen Gelder für  
626 Sicherheitsprojekte, um sie  
627 dabei zu unterstützen. Als Europäer\*innen ist es nicht nur unsere Aufgabe,  
628 Antisemitismus in  
629 all seinen Formen entgegenzutreten, sondern auch jüdisches Leben in seiner  
630 Vielfalt sichtbar  
631 zu machen und zu stärken. Um das Wissen über das jüdische Leben allgemein sowie  
632 Kontakte und  
633 Erfahrungen mit jüdischen Menschen europaweit zu vermitteln, wollen wir  
634 politische und  
635 kulturelle Bildungsangebote fördern.

636 Muslim\*innen bilden die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Europa.  
637 Muslimisches Leben  
638 gehört zu Europa und ist zugleich zur Zielscheibe von rechten und  
639 verschwörungsideologischen  
640 Bewegungen geworden. Wir begrüßen es, dass die EU nach langer Zeit endlich die  
641 Stelle der  
642 EU-Koordinatorin gegen Islamfeindlichkeit neu besetzt hat. Ihre Rolle wollen wir  
643 stärken.

644 Wir wollen, dass die Bekämpfung von Antiziganismus eine neue Priorität wird und  
645 sich dabei  
646 von paternalistischen Ansätzen verabschiedet. Denn Menschen mit Romani-  
647 Hintergrund werden  
648 beim Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen und Arbeit oft benachteiligt. Damit  
649 die  
650 politische Teilhabe und der Einsatz gegen Antiziganismus gefördert werden,  
651 richten wir ein  
652 europäisches Beratungsgremium ein. Diesem gehören unter anderem Expert\*innen für  
653 Roma-  
654 Politik, Selbstvertretungsorganisationen und lokale sowie regionale  
655 Gebietskörperschaften  
656 an.

657 Menschen, die Diskriminierung erfahren, sei es durch öffentliche Institutionen,  
658 auf dem

659 Wohnungs- oder auf dem Arbeitsmarkt, dürfen nicht allein gelassen werden,  
660 sondern müssen  
661 Recht und Gesetz auf ihrer Seite wissen. Die EU hat durch ihre Vorgaben den  
662 Schutz gegen  
663 Diskriminierung bereits erheblich verbessert. Um das Schutzniveau zu  
664 vereinheitlichen und zu  
665 stärken sowie Schutzlücken zu schließen, wollen wir, dass die 5.  
666 Antidiskriminierungsrichtlinie endlich verabschiedet wird. Das Amt der bzw. des  
667 Antirassismusbeauftragten der Europäischen Kommission soll gestärkt und über  
668 2025 hinaus  
669 besetzt werden. Wir unterstützen die Minority-SafePack-Initiative und wollen  
670 Minderheitenrechte wie den Erhalt von Sprache, Kultur und Identität in der EU  
671 stärken.

## 672 Queere Rechte schützen

673 Die Möglichkeit, sich frei zu entfalten und in der eigenen Individualität leben  
674 zu können,  
675 ist ein Kern der europäischen Werte. Obwohl queere Menschen in den letzten  
676 Jahrzehnten viele  
677 ihrer Rechte erfolgreich erkämpfen konnten, erleben wir, dass autoritäre Kräfte  
678 versuchen,  
679 diese wieder zurückzudrehen. Nicht selten ist ein selbstbestimmtes Leben in  
680 Sicherheit für  
681 lesbische, schwule, bisexuelle, trans\*, inter\* und queere Menschen (LGBTIQ\*)  
682 nicht möglich,  
683 weil ihre Rechte eingeschränkt oder sie im Alltag angefeindet oder angegriffen  
684 werden.  
685 Diesen Versuchen stellen wir uns klar entgegen, ganz egal aus welcher Motivation  
686 sie  
687 geschehen oder von wem sie ausgehen.

688 Auf unsere Initiative hin hat das Europäische Parlament die EU zur „LGBTIQ\*  
689 Freedom Zone“  
690 erklärt. Wir setzen uns auf dieser Grundlage dafür ein, dass die EU-Kommission  
691 und der Rat  
692 alle ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente – inklusive  
693 Vertragsverletzungsverfahren und  
694 Sanktionen – nutzen, um das systematische Vorgehen von Regierungen gegen  
695 LGBTIQ\*-Personen  
696 sowie die Demontage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stoppen.

697 Familie ist dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen – ob mit zwei  
698 Müttern,  
699 alleinerziehend oder Mutter und Vater. Landesgrenzen dürfen nicht darüber  
700 entscheiden, ob  
701 Kinder mit ihren Eltern aufwachsen, denn das Recht auf Freizügigkeit muss auch  
702 für  
703 Regenbogenfamilien ohne Wenn und Aber gelten. Wir streiten dafür, dass eine in  
704 einem EU-Land  
705 begründete Elternschaft, eingetragene Partnerschaft oder gleichgeschlechtliche

706 Ehe in der  
707 gesamten Union anerkannt wird.

708 Inklusion verwirklichen

709 Die europäische Behindertenbewegung hat sich erfolgreich für ihr Recht auf  
710 Gleichstellung  
711 und Teilhabe eingesetzt. Mit der Verabschiedung der UN-  
712 Behindertenrechtskonvention haben  
713 sich die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, alle Barrieren abzubauen, die der  
714 Teilhabe am  
715 politischen und gesellschaftlichen Leben im Weg stehen. Wir wollen dafür sorgen,  
716 dass die  
717 inklusive Gesellschaft endlich in ganz Europa Wirklichkeit wird.

718 Um selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, wollen wir eine stärkere Förderung von  
719 selbstständigem Wohnen, inklusivem Leben und Arbeiten. Dazu wollen wir unter  
720 anderem das  
721 Werkstättensystem reformieren – denn sozialer Schutz und Mindestlöhne müssen  
722 auch für  
723 Menschen mit Behinderung gelten.

724 Schlechte Nutzbarkeit von Webseiten, Stufen ohne Rampe, zu enge Türen – Menschen  
725 mit  
726 Behinderung, aber auch ältere Menschen oder mobilitätseingeschränkte Personen  
727 erleben in  
728 ihrem Alltag unterschiedliche Barrieren, die ihre Teilhabe am öffentlichen Leben  
729 einschränken. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-Barrierefreiheitsrichtlinie,  
730 der  
731 sogenannte European Accessibility Act (EAA), in allen Mitgliedstaaten – auch in  
732 Deutschland  
733 – umgesetzt wird.

734 Um die europäische Freizügigkeit auch für Menschen mit Behinderung erlebbar zu  
735 machen,  
736 wollen wir einen europäischen Schwerbehindertenausweis einführen, gegenseitige  
737 Anerkennung  
738 nationaler Definitionen von Behinderung und barrierefreies Reisen durch ganz  
739 Europa  
740 umsetzen. Dies gilt auch für die Inanspruchnahme von sozialen Leistungen.

#### 741 **4. Eine lebendige Kulturlandschaft**

742 Kultur als Säule der Demokratie

743 Wenig eint Europa so sehr wie seine vielfältige, lebendige Kultur. Sie entsteht  
744 aus dem  
745 Zusammenspiel von Traditionen des gesamten Kontinents mit Einflüssen von außen  
746 und der  
747 beständigen Entwicklung neuer Ausdrucksformen. Kultur ist ein Wert an sich und  
748 zugleich ein

749 unverzichtbarer Teil der europäischen Demokratie, denn in ihr finden Austausch  
750 und  
751 Zusammenleben über Grenzen hinweg auf verschiedenste Weise statt. Wir  
752 verteidigen deshalb  
753 die freie Kunst und Kultur gegen staatliche Eingriffe, aber auch durch die  
754 Gestaltung einer  
755 öffentlichen Förderung, die künstlerische Kreativität auch jenseits der  
756 Marktlogiken  
757 ermöglicht.

758 Das Programm „Creative Europe“ wollen wir deshalb ausbauen und deutlich  
759 vereinfachen, um die  
760 Zusammenarbeit und den Austausch von Künstler\*innen und Kulturveranstalter\*innen  
761 in ganz  
762 Europa zu ermöglichen, nicht zuletzt auch dort, wo Vielfalt und Demokratie unter  
763 Druck  
764 stehen. Es soll sich als Dienstleister für Kulturschaffende verstehen, der  
765 ansprechbar ist  
766 sowie schnell und zielgerichtet unterstützt.

767 Das Ziel der Klimaneutralität betrifft in besonderem Maß die europäische  
768 Dimension der  
769 Kultur, die von der Bewegung von Kulturgütern und Menschen lebt. Wir wollen  
770 daher im Rahmen  
771 von Creative Europe ein Programm schaffen, in dem Beratung und Finanzierung für  
772 den Wandel  
773 der europäischen Kulturzusammenarbeit hin zur Klimaneutralität gebündelt werden.  
774 Auch die  
775 Idee des Neuen Europäischen Bauhauses, das einen interdisziplinären Ansatz für  
776 klimaneutrales Bauen und Gestalten fördert, wollen wir partizipativ weiter  
777 ausbauen und als  
778 eigene Mission in Horizont Europa verankern.

779 Im Programm der europäischen Kulturhauptstädte wird die Vielfalt unseres  
780 Kontinents erlebbar  
781 und gefördert. Wir wollen dieses erfolgreiche Konzept fortführen, dabei aber die  
782 Bewerbungsverfahren überprüfen und transparenter gestalten.

783 Zur europäischen Kultur gehört auch ihre gewachsene Struktur einer unabhängigen  
784 Kulturwirtschaft mit kleinen und mittelständischen Unternehmen. Sie gestalten  
785 unter anderem  
786 virtuelle Welten, Games, Filme oder Serien und sind wesentliche Treiberinnen von  
787 Innovation  
788 und Wachstum – weit über ihren eigenen Sektor hinaus. Diese Strukturen wollen  
789 wir fördern  
790 und gegen die Marktmacht der großen internationalen Plattformen schützen, etwa  
791 indem wir uns  
792 in Handelsabkommen für die Aufrechterhaltung der kulturellen Ausnahme einsetzen.

793 Kreative stärken

794 Die Schaffenskraft von Künstler\*innen und Kreativen ist die Grundlage für unsere  
795 lebendige

796 Kulturlandschaft. Angesichts technischer und gesellschaftlicher Veränderungen  
797 müssen sie  
798 ihren Platz in der Wertungskette der Kulturproduktion immer wieder neu  
799 behaupten. Das  
800 gilt vor allem für die neuen Entwicklungen der Künstlichen Intelligenz (KI).  
801 Diese nutzt von  
802 Menschen erdachte Bilder, Töne und Texte, um neue Inhalte zu erzeugen. Damit  
803 tritt sie in  
804 Konkurrenz zu menschlichen Urheber\*innen. Wir setzen uns daher für die  
805 Durchsetzung der  
806 Rechte von Urheber\*innen ein, zum Beispiel dafür, dass sie die Zustimmung zur  
807 Verwendung  
808 ihres Materials auf der Grundlage des bestehenden Urheberrechts verweigern  
809 dürfen.  
810 Urheber\*innen wollen wir bei der fairen Vergütung ihrer Werke unterstützen.  
811 Urheber\*innen  
812 und auch andere Kulturschaffende wie Schauspieler\*innen oder Musiker\*innen  
813 müssen einen  
814 Platz am Tisch haben, wenn über die Weichenstellungen der digitalisierten  
815 Kulturwelt  
816 entschieden wird.

817 Durch eine Erweiterung des Erasmus-Programms auf Künstler\*innen und Kreative  
818 wollen wir die  
819 Mobilität und die europäische Perspektive von Kulturschaffenden weiter stärken.  
820 Für  
821 Kulturschaffende, denen außerhalb der EU Verfolgung droht, wollen wir einen  
822 sicheren Hafen  
823 und Unterstützungsmöglichkeiten anbieten.

824 Medienfreiheit garantieren

825 Freie Medien sind eine unverzichtbare Grundlage für jede demokratische  
826 Öffentlichkeit. Auch  
827 in Mitgliedstaaten der EU wird diese Grundlage heute angegriffen. Wir  
828 unterstützen deshalb  
829 verbindliche Instrumente, um gegen die Einschränkung von Pressefreiheit – sei es  
830 in Form  
831 offener Zensur, durch die Kontrolle und Zentralisierung von Verlageigentum oder  
832 auf anderem  
833 Weg – vorzugehen. Dabei gilt für uns auch hier, dass alle Kontrollmechanismen  
834 dem Grundsatz  
835 der Staatsferne folgen müssen.

836 Private Medien in Print und Online werden auch durch die Marktmacht der  
837 Plattformen im  
838 Wettbewerb um Werbeeinnahmen stark in ihrem Wirtschaftsmodell beeinträchtigt.  
839 Wir streben  
840 deshalb an, durch geeignete Instrumente die Wettbewerbssituation für  
841 journalistische  
842 Angebote besonders im Netz zu verbessern.



843 Der grenz- und sprachüberschreitende Raum der EU stellt für die Herausbildung  
844 einer  
845 gemeinsamen Öffentlichkeit eine besondere Herausforderung dar. Deshalb setzen  
846 wir uns für  
847 einen Ausbau transnationaler und mehrsprachiger Angebote des öffentlich-  
848 rechtlichen  
849 Rundfunks ein. Konkret wollen wir dazu zunächst den erfolgreichen Ansatz des  
850 Senders arte  
851 ausbauen und ihn schrittweise zu einem gemeinsamen europäischen Angebot  
852 entwickeln. Darüber  
853 hinaus setzen wir uns für die Vernetzung der Angebote des öffentlich-rechtlichen  
854 Rundfunks  
855 in Europa und für eine verbesserte Auffindbarkeit europäischer Kultur- und  
856 Medienangebote im  
857 Netz ein. Wir wollen Förderung und Schutz für Exilmedien schaffen, damit die EU  
858 ein Raum des  
859 freien Ausdrucks auch für Menschen aus Ländern sein kann, in denen die Presse-  
860 und  
861 Meinungsfreiheit unterdrückt wird.

862 Europäisch erinnern

863 Die Erinnerung an vergangenes Unrecht gehört zu den Grundlagen aller  
864 Gesellschaften eines  
865 Kontinents, der über Jahrhunderte von Gewalt und Kriegen gezeichnet war. Die EU  
866 als  
867 Friedensprojekt hat die Aufgabe, diese Perspektiven zueinander in Beziehung zu  
868 setzen.  
869 Erinnerung soll einen Beitrag zu Versöhnung und Verständigung leisten, nicht  
870 spalten. Dabei  
871 ist es wichtig, eine multiperspektivische Erinnerungskultur zu fördern, die auch  
872 die  
873 Geschichte von bisher zu Unrecht überhörten Gruppen mit in den Blick nimmt. Wir  
874 wollen mit  
875 europäischen Mitteln Initiativen unterstützen, die sich der Aufgabe der  
876 Verständigung widmen  
877 und beispielsweise auch in Osteuropa die sich historisch überlagernden  
878 Gewalterfahrungen  
879 durch den Angriffskrieg Deutschlands sowie die Unterdrückung durch die  
880 Sowjetunion in ihrem  
881 komplexen Erbe verständlich und nachvollziehbar machen. Bestrebungen nach einer  
882 Umdeutung  
883 der Geschichte im Dienste nationalistischer Tendenzen treten wir entschieden  
884 entgegen.

885 Allen Versuchen, einen „Schlussstrich“ unter das Erinnern an die Verbrechen des  
886 Nationalsozialismus und besonders der Shoah zu ziehen oder sie zu verharmlosen,  
887 stellen wir  
888 uns klar entgegen. Sie sind mit den demokratischen Werten unvereinbar. Wir  
889 werden dies nicht  
890 unbeantwortet lassen – nicht in Deutschland, nicht in Europa, nirgendwo.

891 Zum europäischen Erbe gehört auch die grausame Geschichte von Völkermord,  
892 Kolonialismus,  
893 Versklavung und Ausbeutung in Afrika, Lateinamerika und Asien. Viele europäische  
894 Staaten  
895 waren in diese Verbrechen verwickelt und profitieren teilweise noch heute von  
896 den damals  
897 geschaffenen Abhängigkeiten. Deswegen wollen wir die Aufarbeitung der kolonialen  
898 Geschichte  
899 in enger Zusammenarbeit mit den Nachkommen, mit Forscher\*innen und  
900 zivilgesellschaftlichen  
901 Initiativen aus ehemals kolonisierten Staaten auch auf europäischer Ebene  
902 vorantreiben. Dazu  
903 gehört die Rückgabe beispielsweise von Raubkunst oder menschlichen Gebeinen.

904 Fair Play im Sport

905 Ob Amateurfußball oder Champions League, ob Fahrradausflug oder Tour de France –  
906 Sport steht  
907 im Herzen von Europa. Er verbindet Menschen, schafft und vermittelt regionale  
908 Identitäten,  
909 sorgt für Gesprächsstoff. Im Zentrum stehen die vielen Menschen, die sich  
910 ehrenamtlich in  
911 Vereinen und Verbänden engagieren. Wir wollen Verbände stärken, die sich  
912 besonders für  
913 gesellschaftlichen Zusammenhalt, Demokratie und Gleichberechtigung sowie gegen  
914 Ausgrenzung  
915 und Hass stark machen. Europäische Fördermittel wollen wir für sie einfacher  
916 zugänglich  
917 machen.

918 Sport kann nur dann eine Vorbildfunktion einnehmen und verbinden, wenn er fair  
919 und  
920 transparent funktioniert. Betrug, Doping und Korruption stehen seinem Wesen  
921 diametral  
922 entgegen. Wir wollen daher eine unabhängige europäische Agentur etablieren, die  
923 sich mit  
924 NGOs, Anti-Korruptionsexpert\*innen sowie internationalen Ermittler\*innen für  
925 Transparenz,  
926 Integrität und echte Rechenschaftspflichten um Korruptions- und Betrugsfälle im  
927 weltweiten  
928 Sport kümmert.

929 Damit wollen wir Vertrauen wiederherstellen. Das ist auch eine Grundlage dafür,  
930 dass  
931 internationale Sportgroßveranstaltungen in Europa weiter ihren Platz haben. Wenn  
932 sie mit  
933 klaren und verlässlichen Standards für soziale und ökologische Fairness und  
934 Nachhaltigkeit  
935 arbeiten, können sie damit weltweit einen Wettbewerbsvorteil erlangen und  
936 Zeichen setzen.  
937 Wir setzen besonders auf eine grenzüberschreitende Ausrichtung von

938 Sportereignissen. So  
939 machen wir den europäischen Spitzensport gemeinsam erlebbar.  
940 Wir wollen Sport gegen die Auswirkungen der Klimakrise resilient machen. Viele  
941 Sportarten  
942 sind von einer intakten Natur abhängig, gleichzeitig verursacht der Sport  
943 Schäden. Wir  
944 wollen durch ein europäisches Forschungsprogramm Wege aufzeigen, wie sich  
945 Europas  
946 vielfältige Sportszene klimaneutral entwickeln kann.

## 947 5. Humanität und Ordnung

948 Fach- und Arbeitskräfte willkommen heißen

949 Europa steht vor einem demografischen Wandel mit einer rasch alternden  
950 Bevölkerung und sucht  
951 händeringend nach Fach- und Arbeitskräften. Um unseren Wohlstand zu sichern,  
952 müssen wir im  
953 weltweiten Wettbewerb um schlaue Köpfe und fleißige Hände attraktiver werden und  
954 Einwanderung modern gestalten. Statt bürokratischer und langwieriger Verfahren  
955 wollen wir  
956 die Fach- und Arbeitskräfteeinwanderung mit EU-weiten gemeinsamen  
957 Rahmenregelungen fördern.  
958 Hierzu zählt, die Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus Drittstaaten  
959 einheitlich und  
960 unbürokratisch zu gestalten.

961 Um qualifizierte Fachkräfte anzuwerben, wollen wir den EU-Talentpool weiter  
962 ausbauen. Dafür  
963 braucht es in den europäischen Botschaften mehr Personal und eine  
964 Digitalisierungsoffensive,  
965 damit Anträge schnell und auch digital gestellt werden können. Fach- und  
966 Arbeitskräfte  
967 gewinnen wir aber nicht nur durch unbürokratische Verfahren. Wir wollen auch  
968 sicherstellen,  
969 dass sich Migrant\*innen durch eine gelebte Ankommens- und Willkommenskultur  
970 schnell bei uns  
971 einleben und gern bei uns leben. Denn eine aktive Willkommenskultur macht uns  
972 auch als  
973 Wirtschaftsstandort attraktiv. Dazu gehört es auch, Rassismus und Ausgrenzung  
974 entgegenzutreten, die nicht zuletzt Europas Wohlstand schaden. Um Angebote für  
975 eine gute und  
976 schnelle Integration vor Ort zu unterstützen, wollen wir den kommunalen  
977 Integrationsfonds  
978 stärken und weiter ausbauen.

979 Wir wollen alle Arbeitskräfte gegen Ausbeutung schützen – auch Menschen ohne  
980 Papiere. Faire  
981 Arbeitsbedingungen dürfen nicht von der Herkunft abhängen. Dazu wollen wir  
982 mehrsprachige und

983 niedrigschwellige Beschwerde- und Beratungsstrukturen ausbauen und stärken,  
984 damit sich alle  
985 Arbeiter\*innen an sie wenden können.

986 Gemeinsame Asylpolitik angehen

987 Wir kämpfen für eine EU, die den Zugang zum Grundrecht auf Asyl garantiert sowie  
988 humanitäre  
989 und völkerrechtliche Verpflichtungen einhält. Wir stehen zur Genfer  
990 Flüchtlingskonvention,  
991 der Europäischen Menschenrechtskonvention, der UN-Kinderrechtskonvention, der  
992 Behindertenrechtskonvention und dem internationalen Seerecht.

993 Eine langfristige, geordnete und faire gemeinsame Asylpolitik ist nötig, um  
994 menschenunwürdige Ad-hoc-Lösungen zu beenden. Mit einer fairen und verbindlichen  
995 Verteilung  
996 von Schutzsuchenden stärken wir die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und  
997 verteidigen  
998 unsere gemeinsamen Werte. Abschottung und Grenzzäune schaffen Chaos und Leid,  
999 rechtsstaatliche Verfahren sorgen für Humanität und Ordnung.

1000 Gerade Staaten mit europäischen Außengrenzen sind auf eine geordnete Verteilung  
1001 und  
1002 Unterstützung der EU sowie auf Solidarität beim rechtsstaatlichen  
1003 Grenzmanagement  
1004 angewiesen. Wir setzen uns deshalb für einen dauerhaften, verlässlichen und  
1005 verpflichtenden  
1006 Solidaritäts- und Verteilmechanismus ein. Um die gemeinsamen Herausforderungen  
1007 zu  
1008 bewältigen, müssen sich alle Mitgliedstaaten einbringen – ob durch die Aufnahme  
1009 von  
1010 Schutzsuchenden oder durch finanzielle Unterstützung für die Aufnahme von  
1011 Geflüchteten.  
1012 Geld- und Sachleistungen an Drittstaaten sind dabei keine Kompensation.  
1013 Mitgliedstaaten, die  
1014 in besonderem Maße Geflüchtete aufnehmen, müssen gestärkt und finanziell  
1015 entlastet werden.

1016 Viele Kommunen in der EU sind bereit, beherzt anzupacken. Bei der Verteilung von  
1017 Geflüchteten innerhalb der EU wollen wir eine aktive Rolle der Kommunen stärken  
1018 und die  
1019 kommunalen Integrationsfonds ausbauen. Wenn es um die Verteilung Geflüchteter  
1020 auf der  
1021 europäischen Ebene geht, möchten wir die Ressourcen der Länder und Kommunen über  
1022 einen  
1023 Matching-Mechanismus mit den Bedürfnissen der Geflüchteten in Einklang bringen.

1024 Um das Vertrauen in unser Asylsystem zu stärken, wollen wir die EU-Asylagentur  
1025 in ihren  
1026 Befugnissen erweitern, damit sie die gemeinsamen europäischen Asylregeln  
1027 durchsetzen kann.  
1028 Perspektivisch soll die Behörde dort, wo das System in einzelnen Mitgliedstaaten  
1029 überlastet

---

1030 ist, auch die Kompetenz für Asylverfahren erhalten. Dabei sind  
1031 menschenrechtliche  
1032 Verpflichtungen einzuhalten und streng zu kontrollieren.

1033 Humanität und Ordnung an den Außengrenzen sicherstellen

1034 Die EU ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Das Recht auf  
1035 Freizügigkeit  
1036 bzw. der Abbau von Grenzen innerhalb Europas war und ist eine der größten  
1037 Errungenschaften  
1038 für das Zusammenwachsen der europäischen Gemeinschaft. Deshalb lehnen wir  
1039 dauerhafte und  
1040 stationäre Binnengrenzkontrollen ab.

1041 Ein gemeinsamer Schengen-Raum braucht kontrollierte Außengrenzen. Denn für die  
1042 Freiheit und  
1043 Sicherheit im Inneren müssen wir zuverlässig wissen und kontrollieren können,  
1044 wer nach  
1045 Europa kommt.

1046 Die Glaubwürdigkeit der europäischen Werte und damit auch der Einfluss  
1047 europäischer Politik  
1048 nach außen setzt indes die Achtung von Recht und Werten im eigenen Handeln  
1049 voraus. Mit  
1050 dieser Erkenntnis ist es schwer vereinbar, dass das europäische Versprechen von  
1051 Humanität  
1052 und Rechtsstaatlichkeit für Tausende jährlich an Stacheldraht und  
1053 Patrouillenbooten  
1054 zerschellt.

1055 Dem Versuch, Geflüchtete rechtswidrig zurückzudrängen, stellen wir uns  
1056 entschieden entgegen.  
1057 Menschen, die bei uns in Europa ankommen, müssen zuverlässig registriert,  
1058 erstversorgt und  
1059 menschenwürdig untergebracht werden. Das Recht auf Einzelfallprüfung und das  
1060 Nichtzurückweisungsgebot gelten dabei immer und überall.

1061 Trotz dieser völker- und europarechtlich verbrieften Prinzipien erleben wir an  
1062 Europas  
1063 Außengrenzen immer wieder systematische Rechtsbrüche. Menschen sind  
1064 Misshandlungen  
1065 ausgesetzt, ihnen wird der Zugang zum Asylverfahren verweigert oder sie werden  
1066 in Seenot  
1067 ihrem Schicksal überlassen. Wir setzen uns dafür ein, dass illegale Pushbacks  
1068 rechtlich und  
1069 politisch konsequent geahndet werden. Wir wollen außerdem das staatliche und  
1070 zivilgesellschaftliche Menschenrechtsmonitoring durch die EU-Grundrechteagentur  
1071 weiter  
1072 ausbauen. Gleichzeitig bedarf es einer engmaschigen parlamentarischen Kontrolle  
1073 von Frontex-  
1074 Einsätzen und einer systematischen Menschenrechtsbeobachtung vor Ort. Hilfs- und  
1075 Menschenrechtsorganisationen benötigen jederzeit Zugang zu den Geflüchteten und  
1076 den

1077 Grenzregionen. Kooperationen der EU mit Drittstaaten müssen immer auf der Basis  
1078 von Grund-  
1079 und Menschenrechten erfolgen. Die Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache  
1080 wollen wir  
1081 endlich beenden.

1082 Wir stehen entschlossen an der Seite der vielen Engagierten, die Geflüchtete  
1083 versorgen und  
1084 beraten. Wir wollen sicherstellen, dass Presse, NGOs und Anwält\*innen  
1085 ungehindert Zugang zu  
1086 ihnen haben, um ihrem humanitären Engagement nachzugehen. Die Bedarfe von  
1087 besonders  
1088 schutzbedürftigen Gruppen wie Frauen, queeren Menschen, Kindern oder Menschen  
1089 mit  
1090 Behinderungen müssen wir dabei besonders in den Blick nehmen. Kinder, die sich  
1091 allein auf  
1092 den Fluchtweg machen, müssen wir besser vor kriminellen Strukturen schützen. Sie  
1093 müssen  
1094 kindergerecht untergebracht und versorgt werden.

1095 Spurwechsel, Migrations- und Rückführungsabkommen

1096 Alle Menschen, die in Europa Schutz suchen, haben ein Recht auf faire und  
1097 rechtsstaatliche  
1098 Asylverfahren. Wir fordern, dass sie dabei Zugang zu unabhängigen Asylberatungen  
1099 haben, um  
1100 ihre Rechte zu kennen und durchzusetzen. Auch im Rahmen von möglichen  
1101 Grenzverfahren muss  
1102 eine unabhängige Rechtsberatung gewährleistet sein.

1103 Gleichzeitig wissen wir, dass nicht alle Asylverfahren zu einer  
1104 Aufenthaltserlaubnis führen.  
1105 Wer nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen  
1106 Voraussetzungen sowie  
1107 nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat, muss  
1108 zügig wieder  
1109 ausreisen – sofern dem keine Abschiebehindernisse entgegenstehen. Rückführungen  
1110 sind immer  
1111 mit besonderen menschlichen Härten verbunden. Wir wollen, dass die freiwillige  
1112 Rückkehr  
1113 Vorrang vor zwangsweisen Rückführungsmaßnahmen hat. Deshalb setzen wir uns für  
1114 eine  
1115 europaweite, ergebnisoffene und unabhängige Rückkehrberatung ein.

1116 Klar ist auch, dass Menschen nicht in Staaten abgeschoben werden dürfen, in  
1117 denen ihnen  
1118 Menschenrechtsverletzungen oder eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben  
1119 drohen. Eine  
1120 Rückführung darf nur in Länder erfolgen, zu denen die betroffene Person eine  
1121 klare  
1122 Verbindung hat. Das Konzept der sicheren Drittstaaten finden wir weiterhin  
1123 falsch. Der

1124 Abschluss von sogenannten Rückführungs- oder Migrationsabkommen muss  
1125 menschenrechtsbasiert,  
1126 die Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten partnerschaftlich und auf Augenhöhe  
1127 erfolgen.

1128 Sie darf nicht von finanzieller Unterstützung im Rahmen der  
1129 Entwicklungszusammenarbeit  
1130 abhängig gemacht werden.

1131 Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten finden wir falsch, denn es löst keine  
1132 Probleme.

1133 Was hilft, ist: alle Asylverfahren beschleunigen und die Qualität der  
1134 Entscheidung  
1135 verbessern. Länder, die ihren Staatsbürger\*innen eine sichere Rückkehr  
1136 garantieren, sollen  
1137 über Visaerleichterungen oder Ausbildungspartnerschaften eine Aussicht auf  
1138 geordnete  
1139 Migration erhalten. Menschen, die schwere Straftaten begangen haben, müssen nach  
1140 Verbüßung  
1141 ihrer Strafe prioritär zurückgeführt werden.

1142 Viele Geflüchtete leben bereits lange in Europa, bringen sich ein und stehen in  
1143 Beschäftigungsverhältnissen. Wir wollen ihnen eine bessere Perspektive geben.

1144 Denn es ist  
1145 nicht zumutbar, dass Menschen trotz tiefer Verwurzelung in die europäische  
1146 Gesellschaft  
1147 täglich Sorge vor einer Abschiebung haben müssen. Wir setzen uns deshalb für  
1148 einen  
1149 Spurwechsel ins europäische Einwanderungssystem ein.

1150 Menschen in Seenot retten

1151 Jedes Jahr sterben Tausende Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren.

1152 Als EU ist  
1153 es unsere Verpflichtung, die Augen vor diesem unerträglichen Zustand nicht zu  
1154 verschließen.  
1155 Kein Mensch sollte für das Recht, um Asyl zu ersuchen, das eigene Leben oder das  
1156 der Familie  
1157 und Kinder riskieren müssen. Wir dürfen nicht länger hinnehmen, dass das  
1158 Mittelmeer die  
1159 tödlichste Grenze der Welt bleibt.

1160 Das Völkerrecht verpflichtet uns dazu, Menschen in Seenot zu retten. Es braucht  
1161 endlich eine

1162 europäische Initiative für eine zivile, flächendeckende und staatlich  
1163 koordinierte  
1164 Seenotrettung. Wir stehen an der Seite der Seenotretter\*innen, die Menschenleben  
1165 retten.

1166 Alle Mitgliedstaaten der EU sind dafür verantwortlich, zu gewährleisten, dass  
1167 Seenotrettungsorganisationen ihre Einsätze gefahrlos absolvieren können. Der  
1168 erfolgte  
1169 Einstieg Deutschlands in die finanzielle Unterstützung privater Seenotrettungs-  
1170 NGOs ist hier

1171 ein wichtiger Schritt. Die Seenotrettungsschiffe dürfen nicht durch Behörden in  
1172 ihrer Arbeit  
1173 behindert werden. Rettungsschiffe müssen die Gelegenheit haben, den  
1174 nächstgelegenen sicheren  
1175 Hafen anzulaufen, damit die Menschen an Land gehen und versorgt werden können.  
1176 Ein Auslaufen  
1177 von Rettungsschiffen darf nicht behindert und Seenotrettung nicht kriminalisiert  
1178 werden. Um  
1179 Menschenleben zu retten, treten wir für die Verbesserung der staatlichen, unter  
1180 anderem  
1181 finanziellen, Unterstützung ziviler Organisationen ein. Wenn Menschen von  
1182 Seenotrettungsschiffen aufgenommen werden, müssen sie Zugang zum Antrag auf Asyl  
1183 erhalten.

1184 Sichere und legale Fluchtwege schaffen

1185 Der wirksamste Weg, irregulärer Migration entgegenzuwirken, ist die Schaffung  
1186 sicherer und  
1187 legaler Migrationswege. So schützen wir nicht nur Menschenleben, sondern legen  
1188 auch  
1189 Schleuser\*innen das Handwerk.

1190 Wir setzen deshalb auf partnerschaftliche Mobilitäts- und Migrationsabkommen mit  
1191 Staaten  
1192 außerhalb der EU. Diese sollen vor allem Wege zur Bildungs- und Arbeitsmigration  
1193 schaffen  
1194 und können gleichzeitig die menschenrechtlich abgesicherte Rückführung  
1195 abgelehnter  
1196 Asylbewerber\*innen umfassen.

1197 Wir setzen uns dafür ein, das Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks  
1198 UNHCR deutlich  
1199 auszubauen und zu stärken. So können durch die Vereinten Nationen (UN)  
1200 anerkannte und  
1201 besonders schutzbedürftige Geflüchtete geordnet und solidarisch auf die  
1202 Aufnahmeländer  
1203 verteilt werden. Wir wollen, dass sich der Anteil nach der Wirtschaftskraft der  
1204 Staaten  
1205 bemisst. Das EU-Resettlement muss sich dabei an den UNHCR-Kriterien orientieren  
1206 und darf das  
1207 individuelle Recht auf Asyl nicht schwächen.

1208 Mit der Erteilung von humanitären Visa wollen wir sicherstellen, dass  
1209 Asylsuchende Europa  
1210 erreichen können, ohne ihr Leben zu gefährden. Als EU müssen wir in besonderem  
1211 Maße unserer  
1212 Verantwortung gegenüber ehemaligen Ortskräften sowie besonders gefährdeten  
1213 Afghan\*innen und  
1214 ihren Familien gerecht werden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass  
1215 Aufnahmeprogramme  
1216 gestärkt werden. Afghanischen Frauen, die in Drittstaaten geflohen sind und  
1217 denen seit der



1218 Machtübernahme der Taliban ein Studium in ihrem Heimatland untersagt ist, wollen  
1219 wir mit  
1220 einem europäischen Stipendienprogramm ermöglichen, ihr Studium fortzusetzen.  
1221 Wir treten dafür ein, dass Geflüchtete ihre Angehörigen nachholen können.  
1222 Familien gehören  
1223 zusammen. Gleichzeitig unterstützen stabile Lebensverhältnisse die Integration.

## 1224 **6. Ein vereintes Vorgehen gegen Kriminalität**

1225 Polizeiliche Zusammenarbeit stärken

1226 Ein starker Raum der Freiheit und Freizügigkeit braucht handlungsfähige  
1227 Institutionen, die  
1228 Recht und Demokratie schützen, und er braucht Männer und Frauen, die oft unter  
1229 großem  
1230 persönlichen Einsatz diesen Auftrag erfüllen. Kriminalität findet  
1231 grenzüberschreitend statt  
1232 und verursacht enorme Schäden – sie bedroht die individuelle Sicherheit aller  
1233 Menschen,  
1234 unsere Lebensqualität, unseren Wohlstand. Die EU muss darauf antworten: Die  
1235 zunehmende  
1236 Vernetzung unserer Gesellschaft und Wirtschaft muss sich auch in der  
1237 Zusammenarbeit unserer  
1238 Sicherheitsbehörden widerspiegeln. Moderne und effiziente Polizei- und  
1239 Justizarbeit muss in  
1240 einem vereinten Europa ebenfalls grenzüberschreitend stattfinden sowie im  
1241 Einklang mit  
1242 Bürger\*innen-Rechten und rechtsstaatlichen Standards operieren. Wir setzen auf  
1243 wirksame  
1244 Prävention und gemeinsame Strafverfolgung.

1245 Die europäische Polizeibehörde Europol wollen wir dafür ausbauen. Europol soll  
1246 eigene  
1247 operative Möglichkeiten für die Bekämpfung von Terrorismus und Organisierter  
1248 Kriminalität  
1249 (OK) bekommen. Das Europol-Informationssystem (EIS) entwickeln wir weiter, um  
1250 den  
1251 Datenaustausch zu verbessern. Die Aufsicht von Europol durch das Europäische  
1252 Parlament  
1253 wollen wir stärken, um Transparenz sicherzustellen. Neben dem Ausbau von Europol  
1254 sind  
1255 Austausch und Vernetzung der europäischen Polizei ein Schlüssel zum Erfolg: Die  
1256 polizeiliche  
1257 Zusammenarbeit fördern wir durch den Ausbau gemeinsamer Joint-Investigation-  
1258 Teams, die in  
1259 enger Zusammenarbeit Ermittlungen durchführen. Gemeinsame Zentren der Polizei in  
1260 Grenzregionen bauen wir auf Ebene der EU aus.

1261 Vor allem wollen wir die europäische Perspektive in Praxis und Theorie der  
1262 Polizeiarbeit

1263 stärken: Wir schaffen ein europaweites, gefördertes Austauschprogramm für  
1264 Polizist\*innen,  
1265 bauen die Kooperation und Forschung an Polizeihochschulen und Universitäten aus  
1266 – und  
1267 stärken so eine wissenschaftsbasierte Kriminalpolitik. Auch Drittstaaten wollen  
1268 wir hierbei  
1269 einbeziehen.

1270 Organisierte Kriminalität bekämpfen

1271 Organisierte Kriminalität (OK) schädigt Menschen europaweit. Sie kostet  
1272 Steuerzahler\*innen  
1273 und Unternehmen Milliardenbeträge. Sie kann Demokratie und Rechtsstaat  
1274 unterwandern.  
1275 Beispiele hierfür sind die Mordanschläge auf investigative Journalist\*innen, die  
1276 Unterwanderung legaler Wirtschaftsbereiche oder die politische Einflussnahme  
1277 durch  
1278 Korruption. Damit schädigt die OK insbesondere wirtschaftlich schwache Regionen  
1279 in Europa  
1280 und hindert deren Entwicklung. Wir wollen entschlossen und gemeinsam gegen  
1281 Organisationen  
1282 der OK vorgehen. Gruppierungen wie die Mafia nehmen wir dabei besonders in den  
1283 Blick. Dafür  
1284 stärken wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Kriminalpolizei und  
1285 Justiz. Die  
1286 europäischen Gesetze zur Bekämpfung der OK wollen wir harmonisieren.

1287 Die organisierte Wirtschaftskriminalität betrachten wir stärker, schützen so  
1288 auch  
1289 Verbraucher\*innen vor Betrug und Unternehmen vor unfairem Wettbewerb. Den Kampf  
1290 gegen die  
1291 unterschiedlichen Formen des Menschenhandels wollen wir konsequent führen und  
1292 den Opfern  
1293 besonderen Schutz zukommen lassen. Ein Schwerpunkt für uns ist die Bekämpfung  
1294 der  
1295 Umweltkriminalität und Agromafia: Die illegale Entsorgung von Müll, der illegale  
1296 Holzeinschlag oder der Handel mit fragwürdig erzeugten Lebensmitteln verursachen  
1297 enorme  
1298 Schäden für Mensch und Umwelt. Den Handel mit illegalen Drogen werden wir  
1299 eindämmen. Ein  
1300 nachhaltiges Vorgehen gegen kriminelle Aktivitäten kann nur in Zusammenarbeit  
1301 mit der  
1302 Zivilgesellschaft gelingen und muss auf Prävention setzen. Daher werden wir  
1303 zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen, die sich gegen die OK  
1304 engagieren.

1305 Gegen Geldwäsche vorgehen

1306 Geldwäsche und Finanzkriminalität verursachen hohe finanzielle Schäden für Staat  
1307 und  
1308 Gesellschaft. Allein in Deutschland werden schätzungsweise rund 100 Milliarden

1309 Euro jährlich  
1310 „gewaschen“. Der Skandal um die Wirecard AG hat viele Tausende von  
1311 Kleinanleger\*innen  
1312 geschädigt. Wir wollen entschieden gegen Geldwäsche und Finanzkriminalität  
1313 vorgehen. Auch  
1314 den organisierten Steuer- oder Subventionsbetrug werden wir ins Visier nehmen.  
1315 Finanzermittlungen bieten häufig erste Ermittlungsansätze und können helfen,  
1316 kriminellen  
1317 Gruppen die Geschäftsgrundlage zu entziehen. Für uns ist klar: Kriminalität darf  
1318 sich nicht  
1319 lohnen!

1320 Die neue europäische Anti-Geldwäschebehörde AMLA wollen wir zu einer  
1321 schlagkräftigen  
1322 Institution im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung entwickeln.  
1323 Wir drängen  
1324 darauf, dass alle EU-Mitgliedstaaten nun ohne Verzug europäische und  
1325 internationale  
1326 Standards zur Bekämpfung der Geldwäsche national umsetzen. Zusätzlich soll der  
1327 automatische  
1328 Austausch von Steuerinformationen intensiviert werden. Wir setzen uns dafür ein,  
1329 dass  
1330 international auf Ebene der G7/G20 ein Anti-Geldwäsche-Aktionsplan  
1331 vorangetrieben wird. Wir  
1332 setzen uns für ein europäisches Vermögensregister ein. Behörden sollten  
1333 europaweit die  
1334 wirtschaftlichen Eigentümer von Vermögensgegenständen einsehen dürfen, die von  
1335 Kriminellen  
1336 regelmäßig für Geldwäsche missbraucht werden. Schlupflöcher und  
1337 Umgehungsmöglichkeiten der  
1338 Transparenzregister, die zur Bekämpfung von Geldwäsche und  
1339 Terrorismusfinanzierung dienen,  
1340 werden wir weiter einschränken. Der Zugang zu den Transparenzregistern soll für  
1341 die  
1342 Zivilgesellschaft, Journalist\*innen und andere Gruppen mit berechtigtem  
1343 Interesse einfach,  
1344 kostenfrei und anonym möglich sein. Immobilien müssen wirksam vor Spekulationen  
1345 durch  
1346 illegales Geld geschützt werden. So schützen wir auch Mieter\*innen. Dafür werden  
1347 wir die  
1348 Transparenzvorschriften und Kontrollen beim Immobilienerwerb verbessern. Die  
1349 grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden und Instrumente  
1350 im Bereich  
1351 Vermögensabschöpfung wollen wir verbessern. Vermögen unklarer Herkunft in  
1352 Zusammenhang mit  
1353 kriminellen Aktivitäten muss einfacher eingezogen werden können. Für Bargeld  
1354 werden wir EU-  
1355 weit gültige Höchstgrenzen festlegen, um den Transfer von inkriminierten  
1356 Finanzmitteln zu  
1357 erschweren. Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung OLAF werden wir personell  
1358 und  
1359 finanziell stärken, damit es wirksam gegen Betrugs- oder Korruptionsstraftaten,

1360 zum Beispiel

1361 die Veruntreuung von europäischen Fördergeldern, vorgehen kann.

1362 Terrorismus das Handwerk legen

1363 Terroristische Anschläge oder Gewalttaten, derzeit hauptsächlich islamistisch

1364 und

1365 rechtsextrem motiviert, erzeugen unermessliches menschliches Leid. Sie stellen

1366 eine enorme

1367 Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar. Terrornetzwerke reichen oft über den

1368 gesamten

1369 Kontinent und darüber hinaus. Die EU kann und muss hier einen wirkungsvollen

1370 Beitrag zum

1371 Schutz leisten. Eine konsequente und gut abgestimmte polizeiliche wie

1372 nachrichtendienstliche

1373 europaweite Zusammenarbeit mit einheitlichen Standards und Definitionen ist

1374 notwendig, um

1375 dem Terror das Handwerk zu legen. Wir wollen hierfür die Stelle des Anti-Terror-

1376 Koordinators

1377 bzw. der Anti-Terror-Koordinatorin der EU aufwerten und die Mitgliedstaaten zu

1378 mehr

1379 Austausch und Kooperation verpflichten.

1380 Gute Präventionsarbeit ist das beste Mittel, damit Menschen nicht in die

1381 politische

1382 Gewaltszene und den Terrorismus abrutschen. Dafür brauchen wir den europaweiten

1383 Erfahrungsaustausch demokratischer Kräfte, den wir finanziell fördern wollen.

1384 Dazu zählt die

1385 Bildungsarbeit an Schulen oder Jugendeinrichtungen. Programme zur

1386 Deradikalisierung oder

1387 Angebote für Aussteiger\*innen aus der islamistischen oder rechtsextremen Szene

1388 wollen wir

1389 EU-weit etablieren. Die Entwicklung anderer und neuer Extremismusformen

1390 beobachten wir

1391 genau. Onlineplattformen spielen eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von

1392 Terrorpropaganda. Wir wollen, dass Onlineplattformen entschiedener dagegen

1393 vorgehen und

1394 entsprechende Inhalte löschen.

1395 Durch eine entschiedene Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung wollen wir dem

1396 Terror die

1397 operative Grundlage entziehen. Wir richten den Blick darauf, wo sich

1398 terroristische und

1399 kriminelle Strukturen überschneiden. So unterbinden wir den Zugang zu

1400 Schwarzmärkten und

1401 legen wichtige Finanzquellen trocken. Wir setzen uns für gemeinsame Standards

1402 und einen

1403 intensiven Austausch bei der Verfolgung von Terrorist\*innen ein.

1404 Bei der Beobachtung potenzieller Gewalttäter\*innen braucht es ein europaweit

1405 einheitliches

1406 Vorgehen, damit die Sicherheitsbehörden nicht aus administrativen Gründen ihre

1407 Spur  
1408 verlieren. Den Begriff des „Gefährders“ wollen wir deshalb EU-weit einheitlich  
1409 definieren,  
1410 um eine grenzüberschreitende Fallbearbeitung sicherzustellen.

1411 Schwere Gewalttaten und Terroranschläge haben in der Vergangenheit immer wieder  
1412 gezeigt,  
1413 dass Schusswaffen oder Ausgangsstoffe für Explosivstoffe zu leicht verfügbar  
1414 sind. Wir  
1415 wollen die Verfügbarkeit von illegalen Schusswaffen einschränken und den  
1416 Schwarzmarkt  
1417 austrocknen. Für sogenannte Anscheinswaffen, beispielsweise Sammlerstücke,  
1418 wollen wir  
1419 wirksame europäische Standards einführen, damit eine Reaktivierung der Waffen  
1420 nicht mehr  
1421 möglich ist. Waffen und relevante Waffenteile müssen lückenlos registriert  
1422 werden. Wir  
1423 setzen uns für gemeinsame und strenge Standards für die Zuverlässigkeitsprüfung  
1424 für  
1425 Waffenbesitzer\*innen ein. Den Missbrauch von Ausgangsstoffen von Explosivstoffen  
1426 wollen wir  
1427 durch ein strenges Monitoring unterbinden.

1428 Nachrichtendienste effektiv aufstellen

1429 Grenzüberschreitender Terrorismus, geheimdienstliche Aktivitäten,  
1430 Wirtschaftsspionage oder  
1431 Desinformationskampagnen bedrohen unsere liberale und offene Gesellschaft.  
1432 Besonders  
1433 autoritäre Staaten wie China, Russland oder Iran nehmen dabei die gesamte EU in  
1434 den Blick  
1435 und koordinieren ihre Vorgehen in den verschiedenen Mitgliedstaaten. Beispiele  
1436 hierfür sind  
1437 Angriffe auf Oppositionelle oder auf unsere Kritischen Infrastrukturen (KRITIS).  
1438 Dem müssen  
1439 wir uns in Europa gemeinsam und entschlossen entgegenstellen. Die  
1440 Nachrichtendienste spielen  
1441 dabei eine wichtige Rolle und sind Teil einer wehrhaften Demokratie.

1442 Bisher wird ihre Arbeit aber oft dadurch behindert, dass Informationen und  
1443 Erkenntnisse  
1444 europaweit nicht ausreichend geteilt werden. Wir fordern effektive und  
1445 demokratische  
1446 Nachrichtendienste, damit wir die Sicherheit der EU global besser gewährleisten  
1447 können.  
1448 Deshalb wollen wir für eine bessere und rechtsstaatliche Zusammenarbeit der  
1449 europäischen  
1450 Nachrichtendienste eine europäische Nachrichtendienstagentur gründen. Dort soll  
1451 in den  
1452 Mitgliedstaaten gesammeltes Wissen, unter Einhaltung strenger rechtlicher  
1453 Vorgaben,  
1454 zusammengeführt und ausgewertet werden, um die Analysefähigkeit zu stärken. Es

1455 braucht  
1456 demokratisch legitimierte und rechtsstaatliche Kontrollmechanismen der Agentur,  
1457 die unter  
1458 Einbeziehung des Europäischen Parlaments erarbeitet werden. Wir setzen uns dafür  
1459 ein, dass  
1460 nachrichtendienstliche Befugnisse europaweit auf klaren Rechtsgrundlagen stehen,  
1461 effektiv  
1462 begrenzt werden und eine parlamentarische Kontrolle in allen Mitgliedstaaten  
1463 eingehalten  
1464 wird. Einen rechtswidrigen Ringtausch von fragwürdig erlangten Daten unter den  
1465 Nachrichtendiensten lehnen wir ab. Darüber hinaus setzen wir uns für eine  
1466 bessere Vernetzung  
1467 und Kooperation der mitgliedstaatlichen Aufsichtsbehörden auf der europäischen  
1468 Ebene ein.

1469 Gemeinsame Strafverfolgung ausbauen

1470 Eine effiziente und gemeinsame Verfolgung von Straftaten braucht einen  
1471 einheitlichen  
1472 europäischen Rechtsrahmen – das gilt für das gesamte Spektrum, von der  
1473 Organisierten  
1474 Kriminalität bis hin zu Hasskriminalität. Dafür wollen wir insbesondere das  
1475 Strafrecht  
1476 weiter harmonisieren. Hasskriminalität wollen wir in die Liste der EU-Straftaten  
1477 aufnehmen,  
1478 damit sie europaweit verfolgt werden kann.

1479 Um Recht in Europa durchzusetzen, wollen wir die europäischen Strukturen  
1480 stärken: Die  
1481 Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen  
1482 (Eurojust)  
1483 wollen wir personell und finanziell besser ausstatten und die Europäische  
1484 Staatsanwaltschaft  
1485 (EUSTa) ausbauen. Sie soll zukünftig eigene Ermittlungen bei  
1486 grenzüberschreitenden  
1487 Sachverhalten im Bereich von Terrorismus und OK führen. Grenzüberschreitende  
1488 Strafverfahren  
1489 wollen wir vereinfachen und in einem Land bündeln, damit sie gemeinsam  
1490 durchgeführt werden  
1491 können. Durch die Digitalisierung des grenzüberschreitenden elektronischen  
1492 Rechtsverkehrs  
1493 unter Wahrung der IT-Sicherheit und des Datenschutzes schaffen wir eine  
1494 schnellere und  
1495 effizientere Zusammenarbeit der Justiz in Europa.

1496 Im Zentrum stehen die Rechte der Bürger\*innen: Wir treten für einen effektiven  
1497 Rechtsschutz  
1498 von Beschuldigten und Verteidiger\*innen ein. Hinweisgeber\*innen, Zeug\*innen und  
1499 investigative Journalist\*innen spielen eine herausragende Rolle bei der  
1500 Aufklärung von  
1501 Straftaten und Rechtsverstößen. Wir wollen sie deshalb besser schützen. Dafür  
1502 schlagen wir

1503 ein EU-Netz vor, das europaweit einen wirksamen Schutz für Menschen bietet, die  
1504 bei der  
1505 Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten mitwirken. All das soll Menschen dabei  
1506 unterstützen, bei der Aufklärung von Verbrechen sicher mit der Justiz  
1507 zusammenzuarbeiten.  
1508 Das wollen wir nutzen. Aussagen von Kronzeug\*innen sollen künftig eine größere  
1509 Rolle bei der  
1510 grenzüberschreitenden Strafverfolgung spielen.

1511 Die Bevölkerung schützen

1512 Naturkatastrophen, schwere Unglücke oder humanitäre Notlagen: Außerordentliche  
1513 Notsituationen können das Leben Tausender Menschen auf den Kopf stellen und  
1514 gigantische  
1515 Umweltschäden nach sich ziehen. Ebenso können Angriffe auf unsere Kritische  
1516 Infrastruktur  
1517 unabsehbare Auswirkungen haben. Sie sind die Lebensadern unserer modernen  
1518 Gesellschaft. Sie  
1519 versorgen uns mit Energie oder Informationen. Einzelne Mitgliedstaaten sind mit  
1520 Bedrohungen  
1521 dieses Ausmaßes schnell überfordert. Die EU kann durch eigene Ressourcen und  
1522 Koordination  
1523 praktisch helfen – und so Sicherheit und Wohlstand auf unserem Kontinent  
1524 schützen. Wir  
1525 wollen den physischen und digitalen Schutz von KRITIS verbessern und  
1526 zusammendenken. Dabei  
1527 nehmen wir transnationale Netze stärker in den Blick. Ein verbindliches IT-  
1528 Schwachstellenmanagement führen wir ein, um Attacken auf digitale Systeme zu  
1529 verhindern.

1530 Durch die Klimakrise drohen Extremwetterereignisse mit ihren teilweise  
1531 unabsehbaren Folgen  
1532 weiter zuzunehmen. Eine Stärkung des europäischen Bevölkerungsschutzes kann  
1533 dabei helfen,  
1534 Schäden zu reduzieren. Wir wollen das europäische Katastrophenschutzverfahren  
1535 weiter stärken  
1536 und mit eigenen europäischen Fähigkeiten ausstatten. Dafür wollen wir zunächst  
1537 eine echte  
1538 europäische Löschflugzeugstaffel aufstellen und in die rescEU-Reserve einbinden.  
1539 Den  
1540 gesundheitlichen Bevölkerungsschutz und zum Beispiel Kapazitäten zur Hilfe bei  
1541 Erdbeben oder  
1542 anderen Großschadenslagen wollen wir ausbauen.

## 1543 7. Digitale Bürgerrechte

1544 Menschenrechte in einer digitalen Welt sichern

1545 Die schnell fortschreitende Digitalisierung hat einen enormen Einfluss auf die  
1546 Art, wie wir

1547 zusammen leben. Deswegen entwickeln wir auf der Grundlage unserer Werte eine  
1548 Menschenrechtspolitik für das digitale Zeitalter. Wir wollen die EU dabei als  
1549 Vorbild und  
1550 Partnerin für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in einer globalisierten  
1551 digitalen Welt  
1552 stärken. Dazu müssen wir bei der Gestaltung der digitalen Dimension die Rechte  
1553 der Menschen  
1554 immer mitdenken. Menschen haben das Recht, selbstbestimmt zu leben und weder von  
1555 KI noch  
1556 anderen Technologien vereinnahmt zu werden.

1557 Wir treten dafür ein, dass der digitale Raum stärker unsere vielfältige  
1558 Gesellschaft  
1559 abbildet und bestehende Diskriminierung nicht in den digitalen Raum übertragen  
1560 wird. Wir  
1561 fördern das konsequente Vorgehen gegen Diskriminierung und eine aktive  
1562 Beteiligung von  
1563 Frauen an den Gestaltungspositionen der Digitalisierung.

1564 Instrumente der Massenüberwachung lehnen wir daher ab. Dazu gehört etwa die  
1565 anlasslose  
1566 Vorratsdatenspeicherung, biometrische Gesichtserkennung, die Überwachung von  
1567 Verhalten oder  
1568 Emotionen. Besonders KI-gestützte Technologien zur Erkennung von Emotionen oder  
1569 die  
1570 Zuschreibungen von teils höchst persönlichen Eigenschaften wie Geschlecht,  
1571 sexuelle  
1572 Orientierung, politische oder gewerkschaftliche Zugehörigkeit lehnen wir  
1573 aufgrund der hohen  
1574 Wahrscheinlichkeit für Fehler und der möglichen Auswirkungen auf bereits  
1575 marginalisierte  
1576 Gruppen ab. Die Forschung und der Einsatz besonders von Emotionserkennung zur  
1577 Unterstützung  
1578 im medizinischen und sozialen Bereich sollen davon aber nicht betroffen sein.  
1579 Das Recht auf  
1580 eine sichere Kommunikation und Verschlüsselung wollen wir stärken und ausbauen.  
1581 Sie ist  
1582 gerade für eine freie Presseberichterstattung oder für die Arbeit von  
1583 oppositionellen  
1584 Kräften in autoritären Ländern von entscheidender Bedeutung.

1585 Der anlasslosen Verarbeitung von umfassenden Fluggastdaten und der Ausweitung  
1586 entsprechender  
1587 Systeme auf andere Sektoren treten wir klar entgegen. Auch in der EU wird  
1588 Spyware  
1589 eingesetzt, die tief in die Privatsphäre eindringt. Die Verwendung von Spyware,  
1590 zum Beispiel  
1591 zur Überwachung von Journalist\*innen oder Staatsanwält\*innen, lehnen wir ab.



---

1592 Gegen Hass im Netz vorgehen

1593 Der Zugang zu verlässlichen Informationen und Nachrichten ist eine Voraussetzung  
1594 der  
1595 Demokratie. Soziale Medien und andere moderne Kommunikationsplattformen erlauben  
1596 es heute,  
1597 dass Informationen und Nachrichten auf unterschiedlichste Weise aufbereitet und  
1598 diskutiert  
1599 werden können.

1600 Durch Propagandakampagnen wird die demokratische Meinungsbildung gefährdet.  
1601 Wahlen sollen  
1602 bewusst mit Mitteln der Desinformation beeinflusst werden. Wir treten dafür ein,  
1603 dass  
1604 Sanktionen gegen staatliche Propagandaplattformen, die gezielt Desinformationen  
1605 verbreiten,  
1606 etwa Russia Today, konsequent durchgesetzt werden. Wir wollen, dass regelmäßig  
1607 und  
1608 europaweit Lagebilder zu Desinformationen erstellt werden, um die Grundlage für  
1609 eine  
1610 effektive Bekämpfung zu schaffen.

1611 Hass, Hetze und Desinformation greifen gezielt die offene Debatte an diesen  
1612 Orten an. Mit  
1613 offenem Frauenhass wird versucht, Frauen aus dem digitalen Raum zu drängen.  
1614 Algorithmen und  
1615 Targeting dominanter Digitalplattformen tragen dazu einen wesentlichen Beitrag,  
1616 indem sie  
1617 Hassnachrichten und Desinformation verstärkt verbreiten. In der Folge ziehen  
1618 sich von  
1619 Hassrede betroffene Personen häufig zurück oder schränken ihre Meinungsäußerung  
1620 ein – zum  
1621 Schaden der demokratischen Debatte.

1622 Die algorithmische Verstärkung von Hass und Hetze nehmen wir ins Visier. Mit dem  
1623 Digitale-  
1624 Dienste-Gesetz und dem Digitale-Märkte-Gesetz haben wir in Europa die  
1625 Grundsteine gelegt, um  
1626 mit Nutzer\*innen-Rechten, Transparenz und klaren Regeln Hassrede  
1627 entgegenzutreten, ein  
1628 demokratischeres Internet zu schaffen und Wettbewerb wiederherzustellen. Diese  
1629 Regeln gilt  
1630 es, jetzt in Deutschland und Europa konsequent durchzusetzen und  
1631 weiterzuentwickeln.

1632 Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen von Hass und Hetze betroffene  
1633 Personen  
1634 einfacher bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen können. Dafür wollen wir  
1635 auch eine  
1636 europaweite Opferberatung und niedrigschwellige Hilfsangebote etablieren. Die  
1637 Einrichtung  
1638 von Spezialdienststellen bei Polizei und Staatsanwaltschaften in den  
1639 Mitgliedstaaten wollen

1640 wir unterstützen. Die konsequente Durchsetzung des Strafrechts kann auch durch  
1641 die rechtlich  
1642 gesicherte automatisierte Erkennung von strafrechtlich relevantem Material, zum  
1643 Beispiel  
1644 Hassposts, unterstützt werden, das anschließend von den Ermittlungsbehörden  
1645 überprüft wird.  
1646 Europol soll gegen europaweit agierende Netzwerke vorgehen, die gezielt Hass und  
1647 Hetze im  
1648 Netz verbreiten.

1649 Gleichzeitig können auch klassische Medien bei der Verbreitung von  
1650 Desinformation eine  
1651 wichtige Rolle spielen, wenn sie zum Beispiel Informationen ohne Überprüfung aus  
1652 den  
1653 sozialen Medien übernehmen oder gar selbst aktiv bei der Verbreitung von  
1654 Falschinformationen  
1655 mitwirken. Die Verbreitung von hochwertigen gefälschten Videos, sogenannten  
1656 Deepfakes, oder  
1657 durch KI manipulierten Bildern lässt Desinformationen noch glaubwürdiger  
1658 erscheinen und ist  
1659 für viele Menschen nur schwer erkennbar. Daher haben wir im Rahmen des KI-  
1660 Gesetzes  
1661 erfolgreich die adäquate Kennzeichnung der Deepfakes verankert. Ein wichtiger  
1662 Baustein der  
1663 Bekämpfung von Desinformationen in einer Demokratie liegt in der Stärkung der  
1664 Informationskompetenz, damit Menschen besser Desinformationen erkennen können.

1665 Sogenannte Social Bots, die automatisch Inhalte in sozialen Medien verbreiten,  
1666 sollen  
1667 entsprechend gekennzeichnet und somit unterscheidbar von menschlichen  
1668 Nutzer\*innen werden.

1669 Europas IT schützen

1670 Wenn unsere digitale Infrastruktur eine immer wichtigere Rolle für unser  
1671 Zusammenleben  
1672 spielt, kommt ihrem Schutz eine große Bedeutung bei. Der beste Schutz vor  
1673 Cybercrime aber  
1674 liegt in der Prävention und in der Resilienz digitaler Systeme. Wir sorgen für  
1675 eine  
1676 konsequente Etablierung von hohen IT-Sicherheitsanforderungen in digitalen  
1677 Produkten,  
1678 Diensten und Prozessen. Wir setzen uns für eine zügige Umsetzung der  
1679 aktualisierten EU-  
1680 Richtlinie zur Cybersicherheit ein, um ein EU-weites Sicherheitsniveau zu  
1681 etablieren. Wir  
1682 wollen die europäische Kooperation im Bereich der Cyberabwehr deutlich stärken.  
1683 Die Agentur  
1684 der Europäischen Union für Cybersicherheit entwickeln wir hierfür weiter.

1685 Der Cyberraum wird zunehmend Schauplatz von Kriegen und Konflikten. Das sehen  
1686 wir

1687 eindringlich in der Ukraine, wo die militärische Aggression Russlands von  
1688 Cyberoperationen  
1689 begleitet wird. Auch Cyberattacken etwa auf digitale Wahl- und  
1690 Verwaltungssysteme sind eine  
1691 Bedrohung für unsere Demokratie und Sicherheit. Wir setzen uns für einen norm-  
1692 und  
1693 regelbasierten Cyberraum ein, der von Diplomatie und internationaler  
1694 Zusammenarbeit geprägt  
1695 ist. Gleichzeitig geht Cybersicherheit mit digitaler Souveränität einher. Hier  
1696 wollen wir  
1697 Kompetenzen in der EU ausbauen.

1698 Wir wollen in Europa die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für  
1699 sichere „Digitale  
1700 Botschaften“ schaffen. Damit sollen staatliche und öffentlich relevante  
1701 Datenbanken und  
1702 technische Infrastrukturen in anderen europäischen Mitgliedstaaten gesichert  
1703 vorgehalten  
1704 werden können, um auch in Krisen- und Kriegssituationen die Arbeitsfähigkeit und  
1705 den Zugang  
1706 zu Daten, zum Beispiel von Parlamenten, der öffentlichen Verwaltung, der Justiz  
1707 oder den  
1708 Sozialversicherungen, zu ermöglichen.

1709 Das hohe Tempo der Digitalisierung und die Zunahme digitaler Dienstleistungen  
1710 haben auch zu  
1711 einer Verlagerung von Straftaten ins Netz geführt. Darauf muss die  
1712 Strafverfolgung  
1713 reagieren, besonders auf europäischer Ebene, denn Cybercrime kennt ebenso wie  
1714 das Internet  
1715 keine Grenzen. Dafür stärken wir die Rolle von Europol bei der Bekämpfung von  
1716 Kriminalität  
1717 im Netz. Auch die europaweite polizeiliche Zusammenarbeit zur Erkennung und  
1718 Bekämpfung  
1719 stärken wir. So gehen wir auch entschieden gegen die Verbreitung von  
1720 sexualisierten  
1721 Gewaltdarstellungen von Kindern und Jugendlichen im Netz vor. Wir wollen mit  
1722 gezielten  
1723 Kampagnen die Bürger\*innen für Betrugsdelikte sensibilisieren, die im Internet  
1724 begangen  
1725 werden.